

Europa als Ziel?

Die Zukunft der globalen Migration



Europa als Ziel?

Die Zukunft der globalen Migration

Impressum

Originalausgabe
Juli 2019

© Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Sämtliche, auch auszugsweise Verwertung bleibt vorbehalten.

Herausgegeben vom

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Schillerstraße 59

10627 Berlin

Telefon: (030) 22 32 48 45

Telefax: (030) 22 32 48 46

E-Mail: info@berlin-institut.org

www.berlin-institut.org

Das Berlin-Institut finden Sie auch bei Facebook und Twitter (@berlin_institut).

Autoren: Jana Aresin, Adrián Carrasco Heiermann, Alisa Kaps, Reiner Klingholz

Konzeptionelle Beratung: Rainer Ohliger

Datenrecherche: Rebaz Ahmad, Jana Aresin, Adrián Carrasco Heiermann

Lektorat: Tanja Kiziak

Die Autoren danken Rainer Ohliger, Stephan Sievert, Dr. Steffen Angenendt, Anna Dieterle und Patrick Sabourin für die wissenschaftliche Begleitung der Studie und wertvolle Kommentare im Schreibprozess.

Design: Jörg Scholz (www.traktorimnetz.de)

Layout und Grafiken: Christina Ohmann (www.christinaohmann.de)

Druck: Laserline Berlin

Der überwiegende Teil der thematischen Landkarten wurde auf Grundlage des Programms EasyMap der Lutum+Tappert DV-Beratung GmbH, Bonn, erstellt.

ISBN: 978-3-946332-48-0

Die Studie ist Teil des Projekts „Zuwanderer von morgen“, gefördert durch die Stiftung Mercator.

Über das Berlin-Institut

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten. In seinen Studien, Diskussions- und Hintergrundpapieren bereitet das Berlin-Institut wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf. Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter www.berlin-institut.org.

Unterstützen Sie die unabhängige Arbeit des Berlin-Instituts

Das Berlin-Institut erhält keinerlei öffentliche institutionelle Unterstützung. Projektförderungen, Forschungsaufträge, Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts. Das Berlin-Institut ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zustiftungen sind steuerlich absetzbar.

Im Förderkreis des Berlin-Instituts kommen interessierte und engagierte Privatpersonen, Unternehmen und Stiftungen zusammen, die bereit sind, das Berlin-Institut ideell und finanziell zu unterstützen. Informationen zum Förderkreis finden Sie unter

www.berlin-institut.org/foerderkreis-des-berlin-instituts.html

Stiftung Mercator

Die Stiftung Mercator ist eine private, unabhängige Stiftung. Sie strebt mit ihrer Arbeit eine Gesellschaft an, die sich durch Welt-offenheit, Solidarität und Chancengleichheit auszeichnet. Dabei konzentriert sie sich darauf, Europa zu stärken, den Bildungserfolg benachteiligter Kinder und Jugendlicher insbesondere mit Migrationshintergrund zu erhöhen, Qualität und Wirkung kultureller Bildung zu verbessern, Klimaschutz voranzutreiben und Wissenschaft zu fördern. Die Stiftung Mercator steht für die Verbindung von wissenschaftlicher Expertise und praktischer Projekterfahrung. Als eine führende Stiftung in Deutschland ist sie national wie international tätig. Dem Ruhrgebiet, der Heimat der Stifterfamilie und dem Sitz der Stiftung, fühlt sie sich besonders verpflichtet.

INHALT

Vorwort	4
Das Wichtigste in Kürze.....	6
Migration ist Teil des Lebens	10
Warum sich Menschen auf Wanderschaft begeben	14
Qualität und Quellen von Migrationsdaten	26
Die sechs betrachteten Regionen	28
1 Subsahara-Afrika	30
2 Mena	41
3 Südasien.....	51
4 Ost- und Südostasien.....	61
5 Postsowjetischer Raum	71
6 Lateinamerika und Karibik.....	81
Quellen.....	90

VORWORT

Nüchternheit und Pragmatismus – notwendige Grundlagen für die Migrationsdebatte

Die Länder beziehungsweise die Großregionen der Welt befinden sich in verschiedenen sozioökonomischen Entwicklungsstadien. Deshalb unterscheiden sie sich auch in ihrer demografischen Dynamik. Denn wenig entwickelt bedeutet in der Regel hohe Kinderzahlen und ein entsprechendes Bevölkerungswachstum. Ein hoher Entwicklungsstand hingegen ist mit niedrigen Geburtenzahlen und einer nahezu stagnierenden oder gar schrumpfenden, auf alle Fälle aber alternden Bevölkerung verbunden. Entscheidend ist dabei überall der Anteil von Menschen in dem Alter, in welchem sie gemeinhin einer Beschäftigung nachgehen, also jene Gruppe, die in der Regel dafür sorgt, die Volkswirtschaft am Laufen zu halten und den Wohlstand zu mehren.

In den Ländern der OECD schrumpft der Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung schon seit Mitte der 1980er Jahre. Seit etwa 2010 tut sie das auch in Ostasien und um das Jahr 2030 wird Lateinamerika folgen. Nur in Subsahara-Afrika, jener Weltregion, die das mit Abstand höchste Bevölkerungswachstum erlebt, sowie in Süd-Asien und Teilen des mittleren Ostens wird der Anteil der Menschen im Erwerbsalter noch mindestens bis 2050 weiter wachsen.

Diese uneinheitliche demografische Entwicklung hat weitreichende Folgen rund um den Globus: Erstens deutet sie auf ein Ende des Weltbevölkerungswachstums hin, denn die Zahl der Länder, in denen die Geburtenziffern unter das Niveau sinken, das für eine stabile Bevölkerung nötig wäre, steigt kontinuierlich. Zweitens erzeugt das Altern und Schrumpfen im reicheren Teil der Welt einen zunehmenden Bedarf an Arbeitskräften aus dem Ausland. Drittens gelingt es den ärmeren Ländern mit starkem Bevölkerungswachstum selten, den vielen nachkommenden Menschen eine angemessene Versorgung zu garantieren, von Bildungsmöglichkeiten bis hin zu Arbeitsplätzen mit auskömmlicher Bezahlung.

Die Unterschiede und Ungleichheiten, die sich daraus ergeben, sind in einer globalisierten Welt mehr oder weniger überall bekannt. Die Menschen wissen heutzutage, wo ein besseres Leben möglich ist. Wanderungen erfolgen gemeinhin entlang eines Einkommens-, Sicherheits- und Wohlstandsgefälles. Deshalb entsteht bei vielen der Wunsch, jenseits der Heimat ihr Glück zu suchen. Wie stark er werden kann, zeigt sich in dem für afrikanische Verhältnisse vergleichsweise weit entwickelten Ghana: Dort nahmen im Jahr 2015 rund 1,7 Millionen Menschen, zehn Prozent der über 15-jährigen Bevölkerung, an der US-amerikanischen Diversity Lottery teil. Sie ist ein kleiner Teil des amerikanischen

Green-Card-Programms und ermöglicht es alljährlich 50.000 Menschen weltweit, ein Dauervisum für die USA zu erhalten.

Europa hat keine Lotterie, mit der es Chancen und Lebensoptionen verlost. Aber der Kontinent ist im demografischen Wandel unter den Weltregionen am weitesten fortgeschritten. Entsprechend groß ist derzeit der Bedarf an Arbeitskräften aus anderen Ländern und er wird künftig noch deutlich größer werden, selbst wenn sich bisher nicht jedes EU-Land dies eingesteht. Auch EU-Staaten, die davon ausgehen, dass sie Zuwanderer bei Bedarf aus anderen Ländern der Union bekommen können, müssen sich mittelfristig umorientieren. Denn innerhalb der EU ist Migration ein Nullsummenspiel. Wer aus einem Land abwandert, vergrößert dort die demografischen Lücken. Zuwanderung aus Drittstaaten muss deshalb das Konzept der Zukunft sein.

Das Gute dabei ist: Weil demografische Entwicklungen eine lange Vorlaufzeit haben, lassen sie sich – theoretisch – frühzeitig erkennen und durch geeignete Interventionen abfedern, unter anderem durch eine gesteuerte Migration. Um sie längerfristig zu planen, ist jedoch zunächst eine nüchterne Analyse des globalen Migrationsangebots wie auch der nationalen Migrationsnachfrage notwendig.

Praktisch allerdings wird die pragmatische Debatte um eine organisierte Zuwanderung von der Diskussion um jene Menschen überlagert, die vor Krieg und Vertreibung fliehen und/oder aus wirtschaftlicher Not das Risiko einer oftmals gefährlichen Wanderung auf sich nehmen. Diese Menschen stellen den Großteil jener, die zunächst einmal irregulär in die EU gekommen sind und sich dort Asyl erhoffen. Sie stammen meist aus Afrika, dem Nahen Osten und Westasien, Regionen, in denen die Bevölkerung nach wie vor stark wächst. Umfragen belegen, dass sich dort eine wachsende Zahl von Menschen mit dem Gedanken an eine Auswanderung befasst.

Doch wie viele von ihnen sich tatsächlich auf den Weg nach Europa machen, ist offen. Wie sich die Migration künftig entwickelt, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Die vorliegende Studie analysiert die Beweggründe, welche die Menschen zu einer Wanderung veranlassen, ebenso wie die Hürden, die

Migration eher bremsen. Wie viele Menschen sich – ungefragt oder angeworben – auf den Weg nach Europa machen, hängt auch vom Bedarf in anderen Weltregionen ab. Denn auch Nordamerika, die Länder Ostasiens oder der ehemaligen Sowjetunion sind mittlerweile in einer demografischen Situation, in der sie Zuwanderer benötigen. Um Migranten, insbesondere um solche, die attraktive Qualifikationen mitbringen wie IT-Spezialisten oder Pflegekräfte, ist längst ein internationaler Wettbewerb ausgebrochen. Mit Sicherheit ist Europa nicht das einzige Wunschziel der Migrationswilligen dieser Welt.

Die Bevölkerung, zumindest in Deutschland, steht der Idee von Zuwanderung generell offen gegenüber. Umfragen zufolge glauben hierzulande 59 Prozent, dass „Zuwanderer unser Land durch ihre Arbeit und ihre Talente stärker machen“. Demgegenüber geben 35 Prozent an, sie seien „eine Last, weil sie Arbeitsplätze wegnehmen und Sozialleistungen

kassieren“. Dabei waren die Deutschen schon einmal zuwanderungsfreundlicher, nämlich vor der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015/16. Dies zeigt, dass der Migrationsdiskurs stark von aktuellen Ereignissen und politischen Gemengelage beeinflusst wird, statt von der Einsicht in die Notwendigkeit, sich pragmatisch mit der Frage der Zuwanderung auseinanderzusetzen. So erklärt sich letztlich auch die Unfähigkeit der EU, eine gemeinsame Migrationspolitik zu entwickeln, obwohl dies dringend notwendig wäre.

Berlin, im Juli 2019

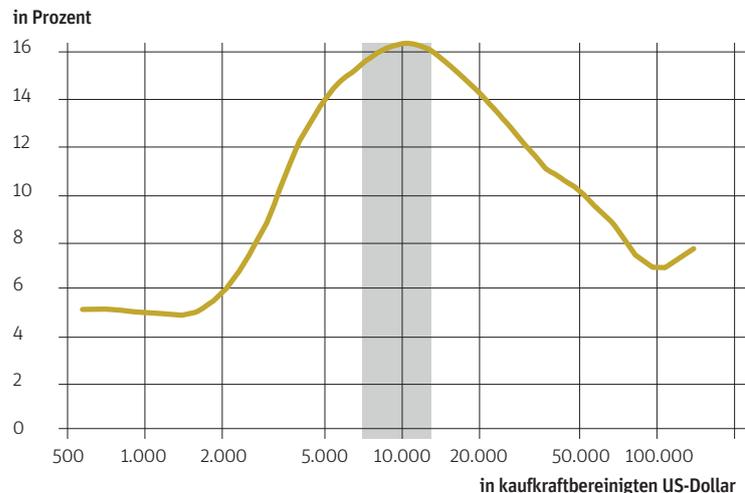
Reiner Klingholz
Direktor Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Mehr Entwicklung = mehr Migration

Entgegen landläufiger Meinung wird Europa nicht von den Armen der Welt überrannt. Denn für eine Migration sind finanzielle Mittel nötig, über welche die meisten Menschen in den wenig entwickelten Ländern kaum verfügen. Nach der „Migration-hump-Theorie“ werden Wanderungen über größere Distanzen erst wahrscheinlich, wenn das jährliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf etwa 2.000 US-Dollar steigt. Bei 7.000 bis 13.000 Dollar erreichen sie ihren Höhepunkt. Das bedeutet aber auch, dass sich Migration durch Entwicklung nicht bremsen lässt. Im Gegenteil fördert sie die Wanderungsbereitschaft.

Zusammenhang zwischen BIP pro Kopf (jährlicher Durchschnitt in Kaufkraftparität bei konstanten 2011 US-Dollar, logarithmische Skala) und geschätzter Auswanderungsrate, in Prozent, 2015

(Datenquelle: nach European Commission, Joint Research Centre, 2018²)



DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Im Zeitalter der Migration

Migration ist ein prägendes Phänomen unserer Zeit: Rund 258 Millionen Menschen lebten 2017 laut den Vereinten Nationen als internationale Migranten in einem anderen Land. Darunter fallen auch jene, die vor Konflikten geflohen sind oder in anderen Ländern einen Asylantrag gestellt haben. Der größte Teil der internationalen Migranten wandert aber um anderswo zu arbeiten. Diese Bewegungen finden auf der ganzen Welt statt und spiegeln den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandel im Rahmen der Globalisierung wider. Aus Sicht der Europäischen Union hat Migration aus zwei Gründen eine besondere Bedeutung:

■ Einige Mitgliedsstaaten sind schon heute auf Zuwanderung angewiesen, um die Alterung der eigenen Bevölkerung abzufedern, die Wirtschaft am Laufen zu halten und die Sozialsysteme weiter zu finanzieren. Ihre Zahl wird in Zukunft steigen und letztlich dürften alle EU-Staaten notwendigerweise Zuwanderungsländer werden. Bis 2030 dürfte in der gesamten EU der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung, also der Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren, um rund sieben Prozent schrumpfen. In absoluten Zahlen bedeutet das für Deutschland im Vergleich zu 2015 ein Minus von fünf Millionen in dieser Altersgruppe. Noch stärker vom Alterungsprozess betroffen sind die Bevölkerungen in Italien oder Portugal, Länder, die schon 2030 ein Medianalter von über 50 Jahren erreichen werden. Der weltweite Durchschnitt wird dann bei etwa 33 Jahren liegen. Auf absehbare Zeit wird die weltweite demografische Entwicklung

somit dafür sorgen, dass die Nachfrage nach Zuwanderern im reicheren Teil der Welt, also längst nicht nur in der EU, steigt, während sich das Migrationspotenzial aus dem ärmeren Teil vergrößert.

■ Die sogenannte Flüchtlingskrise hat bestehende Vorbehalte und Ressentiments gegenüber Migration, insbesondere gegenüber Asylsuchenden und Geflüchteten, verstärkt. Innerhalb der europäischen Bevölkerungen und auf politischer Ebene polarisieren diese Themen heute stärker als noch vor zehn Jahren. Zuwanderung, ob arbeitsmarktorientiert oder von Flucht geprägt, wird deshalb generell in Frage gestellt. Die EU-Mitgliedsstaaten nehmen in dieser schwierigen Gemengelage grundlegend unterschiedliche Positionen ein, so dass momentan weder eine gemeinsame Migrations- noch Asylpolitik absehbar ist. Die Staaten sind sich allenfalls einig, die irreguläre Migration einzudämmen und stärker zu kontrollieren und setzen in unterschiedlichem Ausmaß auf Abschottungsmaßnahmen.

Angesichts der Widerstände und Vorbehalte gegenüber Migration stellt sich die Frage: Wie geht es weiter in Sachen Migration in der EU? Um die öffentliche Debatte nüchtern zu moderieren, ist es zunächst notwendig, eine klare Vorstellung vom heutigen Migrationsgeschehen zu erhalten und die Migrationspotenziale in verschiedenen Weltregionen zu analysieren. Die vorliegende Studie untersucht diese anhand verschiedener Einflussgrößen und zieht daraus Rückschlüsse, wie sich die Wanderungen in die EU über die kommenden Jahre entwickeln könnten.

Warum Migration entsteht

Ob sich Menschen entschließen zu migrieren, hängt von vielen Faktoren ab, die sich gegenseitig noch beeinflussen und verstärken können. Im Zentrum steht der grundsätzliche Wunsch, das eigene Leben zu verändern, die Suche nach Freiheit, Sicherheit oder nach einem besseren Einkommen. Manche Menschen wandern aus purer Not oder fliehen vor Kriegen, andere weil sie sich anderenorts eine höhere Lebensqualität versprechen. Die meisten von ihnen wandern nur über kurze Distanzen, oft im eigenen Land oder in die Nachbarstaaten. Nur ein Teil der Migranten begibt sich in eine andere Weltregion, etwa nach Europa.

Zentrale Einflussgrößen

1 Demografische Faktoren

Eine stark wachsende Bevölkerung und eine große Anzahl von Menschen im Erwerbsalter, für die nicht die entsprechenden Arbeitsplätze geschaffen werden können, fördern die Migration. Hohes Bevölkerungswachstum geht in der Regel mit wachsender Konkurrenz um Nahrung und Trinkwasser, um Wohnraum, Bildungseinrichtungen und Gesundheitsdienste einher. Aus einer schlechten Versorgung können soziale Konflikte entstehen, welche den Migrationswunsch verstärken. Bis 2030 und noch weit darüber hinaus wird sich das globale Bevölkerungswachstum immer mehr auf die Länder südlich der Sahara und Teile der Mena-Region konzentrieren. Nigeria beispielsweise, das einwohnerstärkste Land Afrikas, dürfte Prognosen zufolge zwischen 2070 und 2075 die Einwohnerzahl der heutigen EU erreichen.

2 Bildung

Je besser der Bildungsstand, desto höher die Wahrscheinlichkeit, sich woanders erfolgreich ein neues Leben aufbauen zu können. Tendenziell sind es die besser Gebildeten, die sich dazu entschließen abzuwandern und dies auch organisieren können. Nur indirekt und längerfristig hat Bildung einen migrationsdämpfenden Effekt: Insbesondere bei Frauen ist sie der wichtigste Faktor für sinkende Kinderzahlen. Sie verbessert zudem die Perspektiven jedes einzelnen Menschen, sich in der eigenen Heimat eine Existenz aufzubauen.

3 Wirtschaftliche Faktoren

Menschen wandern auch entlang eines Wohlstandsgefälles. Dieses ist zwischen den Industrienationen und den weniger entwickelten Regionen der Welt enorm. Zudem fehlt es dort an Arbeitsplätzen, um die Nachwuchsjahrgänge mit Beschäftigung zu versorgen. Dieser Umstand befördert den Wunsch nach Migration, vor allem in der Gruppe der 20- bis 39-jährigen, welche die Mehrheit unter den Migranten stellen. Die Wanderungswahrscheinlichkeit über Landesgrenzen hinweg steigt allerdings erst ab einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und Jahr von 2.000 kaufkraftbereinigten US-Dollar an, ein Wert, den die ärmsten Länder der Welt gar nicht erreichen. Bis die Menschen weitere Wege zurücklegen und auch Europa erreichen können, ist eine Wirtschaftskraft im Bereich zwischen 3.000 bis 10.000 Dollar notwendig. Der politisch motivierte Versuch über Entwicklung „Fluchtursachen“ zu bekämpfen, mit dem Ziel, Migration zu reduzieren, kann deshalb kaum funktionieren. Denn Entwicklung und bessere Einkommensmöglichkeiten versetzen zunächst einmal mehr Menschen in die Lage, eine Wanderung zu organisieren und zu finanzieren.

4 Netzwerke und Diaspora

Netzwerke zwischen Abgewanderten und ihren Freunden und Verwandten in den Herkunftsländern fördern weitere Migration auf diesen Kanälen. Sie ist auch im Sinne der Herkunftsländer, die sie deshalb aktiv unterstützen, weil die Rücküberweisungen aus der Diaspora eine wesentliche Finanzquelle darstellen.

5 Konflikte und politische Faktoren

Die Zahl der weltweiten, gewaltsamen Konflikte hat ihren Höchststand seit 1975 erreicht. Dabei geht es nicht nur um Auseinandersetzungen zwischen Staaten, sondern auch um Bürgerkriege oder Terror. Zunächst suchen die Menschen in umliegenden Landesregionen nach sicheren Orten, an denen sie darauf warten können zurückzukehren. Doch wenn sich Konflikte über Jahre hinziehen, wandern Binnenflüchtlinge auch über nationale Grenzen. Diese Migration erfolgt aus Mangel an regulären Wanderungsmöglichkeiten in der Regel ohne rechtliche Grundlage. Dabei lässt sich selten klar trennen, wer aus wirtschaftlichen, politischen oder anderen Gründen seinen Heimatort verlässt.

6 Umweltfaktoren

Globale Umweltveränderungen verschlechtern vielerorts auf der Welt die Lebensbedingungen. Dazu zählen das Versiegen von Wasserquellen, die Erosion von Ackerflächen, der Verlust von Wäldern und Biodiversität und die Folgen des Klimawandels. Schon heute führen diese Veränderungen zu Versorgungskrisen sowie dazu, dass Menschen ihre Heimatorte verlassen müssen. Umweltschäden können andere Migrationsursachen verstärken, etwa indem sie Verteilungskonflikte schüren oder Regierungen destabilisieren. In der Regel sind es die ohnehin schon marginalisierten Teile der Bevölkerung, die sich auf den Weg machen. Diese Umweltmigranten bleiben aber, mangels anderer Möglichkeiten, häufig im eigenen Land.

7 Migrationspolitik

Die Migrationspolitik der Länder beeinflusst, wie viele Menschen mit welchen sozioökonomischen Eigenschaften zuwandern können. In der EU hat sie spätestens seit der „Flüchtlingskrise“ von 2015 das Ziel, (irreguläre) Migration möglichst stark einzuschränken. Seither ist die Zahl der Schutzsuchenden deutlich gesunken. Weil es gleichzeitig kein EU-weites Konzept für eine geordnete und reguläre Migration aus Drittstaaten gibt, dürfte die Politik bis auf weiteres dafür sorgen, dass die Wanderungen in naher Zukunft nicht annähernd die Werte von 2015 und 2016 erreichen.

Wunsch und Wirklichkeit

Aus Befragungen des Markt- und Meinungsforschungs-Instituts Gallup geht hervor, dass sich weltweit rund 750 Millionen Menschen vorstellen können, in ein anderes Land zu ziehen, sollte die Möglichkeit dazu bestehen – das sind 15 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung. Am höchsten ist der Migrationswunsch mit 33 Prozent in den Ländern südlich der Sahara. In Lateinamerika und Karibik, wo der Wunsch seit dem Jahr 2010 am stärksten gestiegen ist, sind es immerhin 27 Prozent, in der Mena-Region 24 Prozent. Aber auch innerhalb der EU tragen sich 21 Prozent mit dem Gedanken an eine Auswanderung. In den verschiedenen Regionen Asiens sind es hingegen nur 7 bis 8 Prozent. 21 Prozent der potenziellen Migranten weltweit – das entspricht 158 Millionen Personen – geben die USA als Wunschziel an. Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich wären für immerhin 42, 36 respektive 34 Millionen Menschen attraktiv.

Auch wenn diese Zahlen für manche alarmierend klingen, sie spiegeln Wünsche, aber keine Wirklichkeit wider: Nicht einmal zehn Prozent jener Menschen, die sich eine Migration vorstellen können, planen eine solche für die kommenden zwölf Monate. Diese Personen sind mehrheitlich männlich, im jungen Erwachsenenalter, stammen aus einem urbanen Umfeld und haben in der Regel mindestens einen sekundären Bildungsabschluss. Schlussendlich ist es weniger als ein halbes Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung, das sind gut 23 Millionen Menschen, die konkrete Schritte für eine Auswanderung unternehmen, sich etwa Geld oder Visa für die Migration beschaffen.

Regionale Unterschiede

Die Ausprägung der wichtigsten Migrationsfaktoren unterscheidet sich je nach Weltregion und dort zwischen den einzelnen Staaten. Das Migrationspotenzial für die EU fällt entsprechend regional verschieden aus.

Subsahara-Afrika

Bevölkerung (2020): 1,1 Milliarden
Migranten innerhalb/außerhalb der eigenen Region: 18,8/8,3 Millionen
Migranten in der EU-28: 4,0 Millionen

Afrika südlich der Sahara erlebt das mit Abstand höchste Bevölkerungswachstum weltweit und verfügt über die jüngste Einwohnerschaft. Gegenwärtig leben dort 1,1 Milliarden Menschen, bis 2050 dürfte sich ihre Zahl fast verdoppeln, wobei der größte demografische Druck in West- und Zentralafrika besteht. Der überwiegende Teil der dort lebenden Menschen verfügt nicht über die Mittel und Möglichkeiten, über längere Distanzen bis nach Europa zu wandern. Der Anteil der Personen in der EU, die in Afrika geboren sind, beträgt nicht einmal ein Prozent. Sie finden sich vor allem in Ländern mit kolonialer Vergangenheit, in Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Belgien und Portugal. Es ist davon auszugehen, dass sich

das Migrationspotenzial aus Subsahara-Afrika deutlich erhöht – wegen des starken Bevölkerungswachstums, weil sich viele der Länder in Sachen Bildung und Wohlstand entwickeln, aber auch aufgrund anhaltender Konflikte und des Klimawandels, der die Versorgungslage vielerorts weiter verschlechtern dürfte. Das noch auf lange Sicht bestehende Einkommensgefälle zwischen Subsahara-Afrika und der EU, die relative Nähe über das Mittelmeer sowie die große bestehende Diaspora in Europa begünstigen Wanderungen dorthin.

Naher Osten und Nordafrika (Mena)

Bevölkerung (2020): 548,2 Millionen
Migranten innerhalb/außerhalb der eigenen Region: 16,9/13,1 Millionen
Migranten in der EU-28: 9,3 Millionen

In der Mena-Region mit ihren 548 Millionen Einwohnern lebt die zweitjüngste Bevölkerung der Welt. Bis 2030 dürfte sie um weitere 13 Prozent anwachsen. Die formalen Bildungswerte sind in der jüngeren Vergangenheit gestiegen, die Kinderzahlen je Frau gesunken – eigentlich eine gute Voraussetzung für eine demografische Dividende, einen Entwicklungsschub aufgrund einer günstigen Altersstruktur. Doch mangelnde Perspektiven für junge Arbeitsuchende und anhaltende Konflikte in der Region sind die Hauptgründe für den wachsenden Migrationswunsch, der sich überwiegend auf Länder der eigenen Region erstreckt. In Mena leben etwa 7 Prozent der Weltbevölkerung, aber rund 18 Prozent aller Migranten weltweit. Europa ist das Hauptziel weiträumiger Wanderungen und dort sind es vor allem die Länder Frankreich, Deutschland, Belgien und die Niederlande, zu denen die besten Migrationsnetzwerke bestehen. In der EU lebten 2017 rund 9,3 Millionen Zugewanderte aus dem Mena-Raum, überwiegend aus der Türkei (2,7 Millionen), Marokko (2,5 Millionen) und Algerien (1,6 Millionen). Konflikte wie in Libyen und Jemen sowie die angespannte politische Lage in einwohnerstarken Ländern wie Ägypten und Türkei können größere, wenngleich schwer

kalkulierbare Migrationsbewegungen auslösen. Hinzu kommt, dass Mena die heißeste und trockenste Region der Welt ist und der Klimawandel den ohnehin schon bestehenden Trinkwassermangel deutlich verschärfen wird. Auch wenn Umweltveränderungen per se keine weiträumige Migration auslösen, so erhöhen sie bei instabilen politischen Gemengelagen die Wahrscheinlichkeit für Konflikte.

Südasien

Bevölkerung (2020): 1,9 Milliarden
Migranten innerhalb/außerhalb der eigenen Region: 9,1/29,3 Millionen
Migranten in der EU-28: 3,3 Millionen

Die Menschen in Südasiens hegen nur zu einem geringen Anteil Migrationswünsche. Angesichts der 1,9 Milliarden Einwohner und des anhaltend hohen Bevölkerungswachstums in Ländern wie Pakistan oder Afghanistan bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit ergibt sich daraus trotzdem ein erhebliches Migrationspotenzial, das sich aber überwiegend auf die Nachbarländer erstreckt. Auch die Fluchtmigration aus Afghanistan dürfte sich auf Pakistan und Iran konzentrieren. 2017 lebten 3,3 Millionen Menschen aus Südasiens in der EU. Die meisten von ihnen stammen aus Indien, dem zweitbevölkerungsreichsten Land der Welt, Pakistan und Bangladesch. Das wichtigste Zielland in der EU ist aufgrund der ehemaligen Kolonialbeziehungen das Vereinigte Königreich, wo fast zwei Millionen in Südasiens geborene Menschen wohnen. Aufgrund steigender Bildungswerte in den wachsenden Mittelschichten, vor allem in Indien, und eines Überangebots an Arbeitskräften, dürften von dort weiterhin qualifizierte Menschen abwandern. Weil gut ausgebildete Zuwanderer aus der Region immer gefragter auf dem internationalen Arbeitsmarkt werden, stellt sich die Frage, wie viele davon die EU für sich gewinnen kann. Bislang jedenfalls zieht es diese Menschen eher in die USA und nach Kanada.

Ost- und Südostasien

Bevölkerung (2020): 2,3 Milliarden
Migranten innerhalb/außerhalb
der eigenen Region: 14,2/21,5 Millionen
Migranten in der EU-28: 3,0 Millionen

Für den im internationalen Vergleich niedrigen Migrationswunsch innerhalb Ost- und Südostasiens gibt es verschiedene Gründe: Veleorts haben Wirtschaftswachstum und höhere Bildung neue Perspektiven für die Menschen geschaffen. Das Bevölkerungswachstum der Region klingt langsam aus und dürfte ab 2035 in ein Schrumpfen übergehen. In Japan, China oder Südkorea wachsen längst nicht mehr ausreichend Kinder nach, um die Jahrgänge zu ersetzen, die sich in den Ruhestand verabschieden. Diese Länder benötigen auf mittlere Sicht selbst Zuwanderung. Die Migration findet größtenteils innerhalb der Region statt, daneben stehen Nordamerika und Australien weit oben auf der Liste der Wanderungsziele. Erst danach folgt Europa, wo aber immerhin drei Millionen Menschen aus Ost- und Südostasien leben, eine Millionen davon aus China. Weitere Zuwanderung ist vor allem aus China zu erwarten, auch wenn die Bevölkerung dort nicht mehr wächst, sowie aus Indonesien, Vietnam und den Philippinen, wo sich das Bevölkerungswachstum voraussichtlich noch bis etwa 2050 fortsetzen wird.

Postsowjetischer Raum

Bevölkerung (2020): 290,2 Millionen
Migranten innerhalb/außerhalb
der eigenen Region: 22,0/7,6 Millionen
Migranten in der EU-28: 5,5 Millionen

In den Ländern der ehemaligen Sowjetunion liegt der Anteil der Menschen mit Migrationswunsch konstant bei etwa 15 Prozent und damit im Vergleich zu anderen Regionen relativ niedrig. Die Bevölkerung der Region wächst aufgrund niedriger Geburtenziffern nicht mehr, sie altert vielerorts schon stark und die Menschen wandern vor allem aus Erwerbs-

zwecken sowie überwiegend innerhalb der eigenen Region. Dies ist vor allem auf eine gemeinsame Sprache, etablierte Netzwerke und eine gute Migrationsinfrastruktur zurückzuführen. Es ist unwahrscheinlich, dass sich dies künftig grundlegend ändern wird. Nur wenn sich die politische und wirtschaftliche Situation in einzelnen Ländern erheblich verschlechtern sollte, könnte die EU für mehr Menschen zu einem potenziellen Wanderungsziel werden. So ist in Russland der Bevölkerungsanteil mit Migrationswunsch zuletzt deutlich gewachsen.

Lateinamerika und Karibik

Bevölkerung (2020): 663,5 Millionen
Migranten innerhalb/außerhalb
der eigenen Region: 6,0/31,6 Millionen
Migranten in der EU-28: 4,4 Millionen

Für Migranten aus Lateinamerika und der Karibik sind die USA das mit Abstand wichtigste Zielland. Aber auch die EU und dort vor allem Spanien, Portugal und Italien sind attraktive Wanderungsziele. Die beiden Regionen sind durch gemeinsame Sprachen, historische Verflechtungen und eine große Diaspora miteinander verbunden. Der demografische Abwanderungsdruck in Lateinamerika ist nur noch gering, weil die Bevölkerung nur noch wenig wächst und vielerorts bereits altert. Der Anteil von Personen im wanderungstypischen Alter von 20 bis 39 Jahren wird bis 2030 bereits sinken. Der dennoch bestehende, vergleichsweise hohe Wanderungswunsch beruht auf relativ guten Bildungswerten bei gleichzeitig schlechten Arbeitsmarktbedingungen und Einkommensmöglichkeiten. Krisen und Konflikte wie in Nicaragua oder Venezuela erhöhen derzeit den Wanderungsdruck. Weil sich die USA zunehmend gegen Zuwanderung vor allem aus Zentralamerika abschotten, könnte sich ein Teil der Wanderungswilligen Europa zum neuen Ziel nehmen.

MIGRATION IST TEIL DES LEBENS

Die Welt erlebt derzeit die größten demografischen Ungleichgewichte der Geschichte. Auf der einen Seite stehen Länder, die sich früh in Richtung einer Industriegesellschaft entwickelt haben. Sie verfügen in der Regel über einen hohen Wohlstand, gute Infrastrukturen und soziale Absicherung. Dort sind weite Bevölkerungskreise gut gebildet, die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern ist fortgeschritten, die Menschen können ihre Leben weitgehend individuell planen – und die Kinderzahlen je Frau sind niedrig. Mit Ausnahme von Israel gibt es kein industrialisiertes Land mit bestandserhaltenden Geburtenziffern. Ohne Zuwanderung stagniert in vielen dieser Länder bereits die Bevölkerung, sie altert stark und hat mancherorts schon begonnen zu schrumpfen. Diesen Ländern gehen mehr und mehr die Erwerbstätigen aus, die den Wohlstand der Gesellschaften erwirtschaften – qualifizierte Fachkräfte für die Unternehmen, Aushilfskräfte im Dienstleistungssektor, medizinisches und Pflegepersonal für die Älteren. Die Schwellenländer, von China bis Brasilien, folgen diesem Trend sehr schnell.

Auf der anderen Seite stehen ärmere Länder, die erst in den frühen Phasen der sozioökonomischen Entwicklung stehen. Dort liegen die Kinderzahlen noch auf hohem oder sehr hohem Niveau und die Bevölkerung wächst entsprechend stark. Das Wachstum verstärkt die ohnehin bestehende Konkurrenz der Menschen um Versorgungsleistungen, Bildungsmöglichkeiten und Jobs. Praktisch überall in den wenig entwickelten Ländern nimmt die Zahl der Menschen im Erwerbsalter schneller zu als die der verfügbaren Arbeitsplätze. Verteilungskonflikte und politische Krisen sind fast unvermeidbare Folgen.

Auf absehbare Zeit wird es daher in einem Teil der Welt eine wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften und im anderen ein steigendes Angebot geben. Nach der Vorstellung von Ökonomen würde unter Idealbedingungen der Markt für einen Ausgleich sorgen und die Arbeitskräfte würden dorthin wandern, wo sie gebraucht werden. Das Problem dabei ist, dass das weltweite Angebot die Nachfrage erheblich übersteigt und auch die Qualifikation der Wanderungswilligen nicht immer den Erfordernissen der Zielländer entspricht.

Hier kommt die Politik ins Spiel: Sie sollte Migration als Teil der globalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung regeln und dabei vier verschiedene Interessen berücksichtigen: Erstens sollten die Menschen aus den Herkunftsländern die Chance haben, ihr Leben durch die Wanderung zu verbessern. Zweitens sollten die Zielländer volkswirtschaftlich von der Migration profitieren können. Drittens sollte Migration die Entwicklung in den Herkunftsländern nicht hemmen. Und viertens muss die Politik die Migration so moderieren, dass die Bevölkerung der Zielländer sie gesellschaftlich akzeptiert.

Warum die EU Zuwanderung braucht

Die Bevölkerungen in allen EU-Mitgliedsstaaten werden in den kommenden Jahrzehnten aufgrund von anhaltend niedrigen Kinderzahlen und steigender Lebenserwartung deutlich altern. Bis 2030 dürfte das europäische Medianalter, also jenes Alter, welches die Bevölkerung in zwei Hälften teilt, von heute 42 auf rund 46 Jahre steigen. Italien oder Portugal liegen dann bereits bei über 50 Jahren. Zum Vergleich: Das weltweite Medianalter beträgt etwa 30 Jahre und dürfte bis 2030 nur um drei Jahre zulegen.¹ Fast flächendeckend gehen immer mehr EU-Bürger

in den Ruhestand. Das bedeutet weniger Einzahler in die gesetzlichen Rentenkassen, während mehr Menschen auf deren Leistungen angewiesen sind und die Kosten für die Gesundheits- und Pflegesysteme steigen.² So stehen die Gesellschaften der EU vor der Herausforderung, ihr Zusammenleben anders zu organisieren als bisher.

Ein Mittel, um Alterung und Schrumpfung zu verlangsamen, ist Zuwanderung. Welchen Effekt sie hat, zeigt ein Blick auf die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2006. In ihrem mittleren Szenario ging sie bis 2030 von einem Einwohnerschwund von 2 bis 5 Millionen Einwohnern auf 77 bis 80 Millionen aus und einem wachsenden Anteil der über 64-Jährigen an der Bevölkerung von etwas unter 30 Prozent. Weil aber die Zuwanderung nach Deutschland deutlich stärker ausfiel als für diese Berechnung angenommen und weil Migranten in der Regel jünger sind, ist heute damit zu rechnen, dass sich die Einwohnerzahl Deutschlands bis 2030 praktisch nicht verändert und auch dann noch bei knapp 83 Millionen liegen dürfte, bei einem Anteil der über 64-Jährigen von 26 Prozent.³

Die EU-Binnenmigration kann den demografischen Wandel nicht abmildern. Sie hilft zwar einzelnen Ländern, etwa jenen in Süd- und Osteuropa, die nach der letzten Finanzkrise ihre Arbeitsmärkte entlasten konnten, während andere, wirtschaftsstarke Länder wie Deutschland von den zugewanderten Arbeitskräften profitieren. Aber insgesamt bleiben innereuropäische Wanderungen für die EU ein Nullsummenspiel – des einen Landes Gewinn ist des anderen Verlust.⁴ Deshalb wächst in der alternden Union die Bedeutung der Migration aus Drittstaaten. Nur mit Menschen von außerhalb der EU lassen sich Lücken in der Erwerbsbevölkerung schließen.

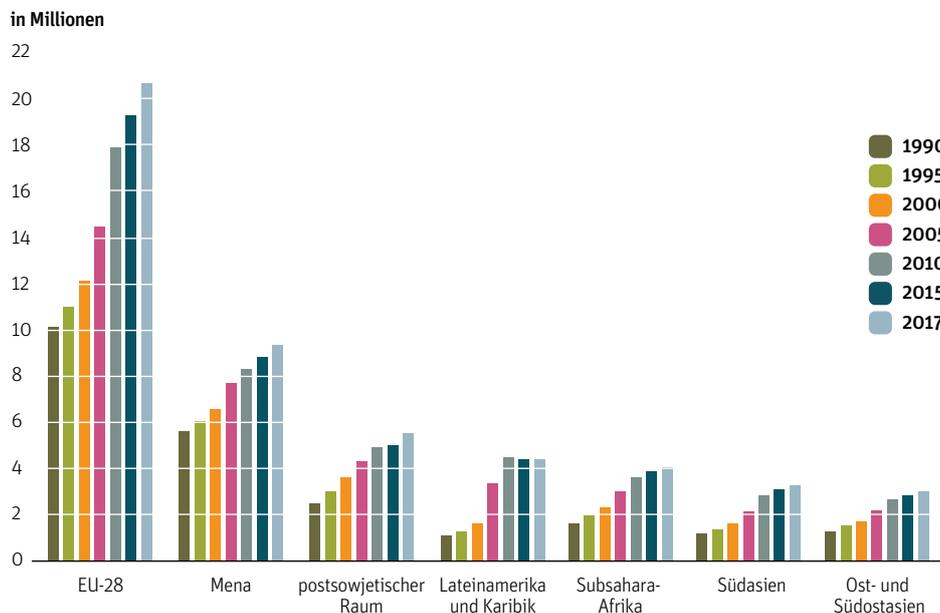
Dieser ökonomischen Notwendigkeit stehen Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber: 2018 äußerten sich rund 53 Prozent der EU-Bürger skeptisch bis negativ über die Zuwanderung aus nicht-EU Staaten.⁵ Aufgabe der Politik ist es deshalb auch, über Sinn und Zweck von Migration mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren. Dazu gehört es, aufzuzeigen, welche Konsequenzen es hat, wenn Staaten im demografischen Wandel die Zuwanderung auf ein Minimum begrenzen, wie es etwa Japan tut: Dort gab es über Jahrzehnte so gut wie keine Zuwanderung, die Wirtschaft stagniert seit Jahren, die Staatsverschuldung hat 237 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht und die Renten- und Gesundheitssysteme stehen vor enormen Problemen. Die Gesamtbevölkerung wird nach offiziellen Schätzungen zwischen 2015 und 2060 von 127 auf 88 Millionen schrumpfen. Der Anteil der Erwerbsbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren wird von 61 auf 51 Prozent zurückgehen, während jener der Generation 65+ von 27 auf 38 Prozent steigt.⁶ Dennoch lehnen große Teile der japanischen Bevölkerung Zuwanderung nach wie vor ab und die Regierung öffnet sich rhetorisch und nur in winzigen Schritten gegenüber migrantischen Arbeitskräften.⁷

In der EU ist ein solches Modell, das auf ethnische Homogenität der Bevölkerung zielt, nicht realistisch, denn die Millionen Bürger mit Migrationsgeschichte prägen die Gesellschaften schon lange.⁸ Gerade die früh industrialisierten Zielländer internationaler Migranten, wie etwa die westeuropäischen EU-Staaten, profitieren ökonomisch von der Zuwanderung. So erwirtschaften Migranten im Saldo meist mehr öffentliche Einnahmen, als sie über Transferleistungen erhalten.⁹ Zwar gilt dies nicht immer, doch häufig ist dieses Verhältnis nur vorübergehend umgekehrt. Studien zeigen immer wieder, dass internationale Migration langfristig zu einem höheren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beiträgt.¹⁰ Dabei kommt es allerdings – wie auch bei der einheimischen Bevölkerung – darauf an, welche Bildung und Fähigkeiten die Menschen mitbringen oder welche Möglichkeiten sie erhalten, ihre Potenziale zu entfalten. Allzu oft aber gehen mit dem Migrantenstatus geringere Einkommen sowie schlechtere Chancen bei der Bildung einher.¹¹

Herausforderungen für Gesellschaft und Migrationspolitik

In dieser Gemengelage müssen Gesellschaft und Politik entscheiden, nach welchen Kriterien sie die Türen des Landes öffnen. Es geht dabei um die Fragen, wie viele Zuwanderer kommen und welche Qualifikationen sie mitbringen sollen, wie sie bei der Integration in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft zu unterstützen sind, welche Maßnahmen für Ehepartner und Kinder notwendig sind und welche Mittel die Institutionen von der EU bis zur Kommune dafür bereitstellen.

Die EU-Mitgliedsstaaten vertreten zu diesen Fragen der Migration derzeit grundlegend verschiedene Positionen. Eine gemeinsame Migrationspolitik, die Zuwanderung nicht primär als Problem begreift, ist in weite Ferne gerückt. Einige Länder lehnen Zuwanderung grundsätzlich ab, andere halten sie zumindest aus ökonomischer Perspektive für notwendig. Einigkeit besteht allenfalls darin, die irreguläre Migration einzudämmen und stärker zu kontrollieren. Letztere hat sich aber seit der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015 in der öffentlichen Diskussion in den Vordergrund gedrängt. Der Streit



Steter Anstieg

Die EU zählt zu den Weltregionen, in denen die meisten internationalen Migranten leben. Die Grafik zeigt, wie sich die Zahl an Migranten in der EU seit 1990 verändert hat und aus welchen Regionen sie kamen. Die allermeisten Wanderungen fanden innerhalb der EU statt und sie haben mit den EU-Osterweiterungen Mitte der 2000er Jahre noch einmal zugenommen. Unter den Migranten von außerhalb der EU stellen jene aus der Region Naher Osten und Nordafrika (Mena) mit zuletzt über neun Millionen Personen die größte Gruppe. Dort finden sich mit der Türkei, Algerien und Marokko einige der wichtigsten Herkunftsländer für Migranten in der EU.

Anzahl internationaler Migranten in der EU-28 nach Herkunftsregion, 1990 bis 2017 (Datengrundlage: UN DESA¹²)

um Flucht und Asyl hat eine pragmatische Debatte um eine geregelte Zuwanderung weitgehend verhindert.

Die EU steht vor der Herausforderung, rechtlich zwischen Geflüchteten und Migranten unterscheiden zu müssen – das gilt zumindest für alle Unterzeichner der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951. Für die erste Gruppe besteht ein Rechtsanspruch auf Unterstützung unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder Qualifikation. Bei der zweiten kann jedes Zielland eigene Auswahlkriterien anlegen. In der Realität verschwimmen beide Kategorien jedoch zunehmend. Bislang fehlen die richtigen Instrumente, um sowohl Geflüchteten Schutz zu bieten, als auch transparente und reguläre Zuwanderungswege für Migranten zu schaffen.

Auf internationaler Ebene haben sich inzwischen viele Staaten für mehr Kooperation in der Migrationspolitik ausgesprochen, um diese Probleme zu überwinden. Der Ende 2018 verabschiedete Globale Migrationspakt der Vereinten Nationen hat sich einerseits zum Ziel gesetzt, dass Wanderungen aus Not nicht mehr stattfinden müssen. Andererseits soll er dazu beitragen, Migration in sichere, reguläre und geordnete Bahnen zu lenken. Dabei stärkt er den zwischenstaatlichen Austausch, fördert die Kooperation in der Migrationspolitik und bietet Unterstützung beim Aufbau von notwendigen Verwaltungsstrukturen.¹³ Doch selbst bei diesen Fragen sind die EU-Staaten weit voneinander entfernt. So stimmten Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn gegen den Pakt; Bulgarien, Italien, Lettland sowie Österreich enthielten sich. Damit haben sich immerhin 20 EU-Mitglieder für mehr Kooperation in der Migrationspolitik ausgesprochen.

Um Kompromisse zu finden und letztlich klare Regeln für Migration aufzustellen, ist es zunächst notwendig, eine klare Vorstellung vom heutigen Migrationsgeschehen zu bekommen und die Migrationspotenziale in verschiedenen Weltregionen zu analysieren, die für eine Wanderung nach Europa in Frage

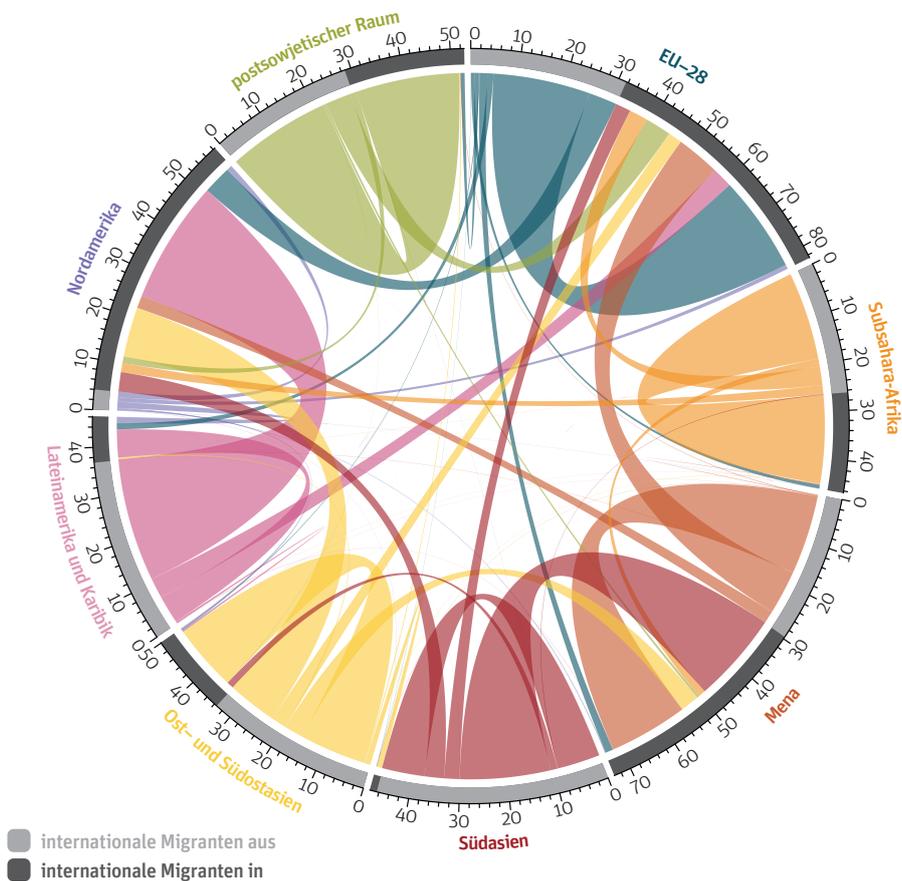
kommen. Daraus lassen sich Rückschlüsse ziehen, wie sich Migrationsbewegungen oder auch der Migrationsdruck Richtung EU über die kommenden Jahre entwickeln könnte. Wanderungen wie auch Druck hängen von verschiedenen Faktoren ab, vom Bevölkerungswachstum und den Jobchancen in den Herkunftsländern, von den bestehenden sozialen, kulturellen oder historischen Beziehungen zwischen den Ländern, von

Migrationspotenzial ...

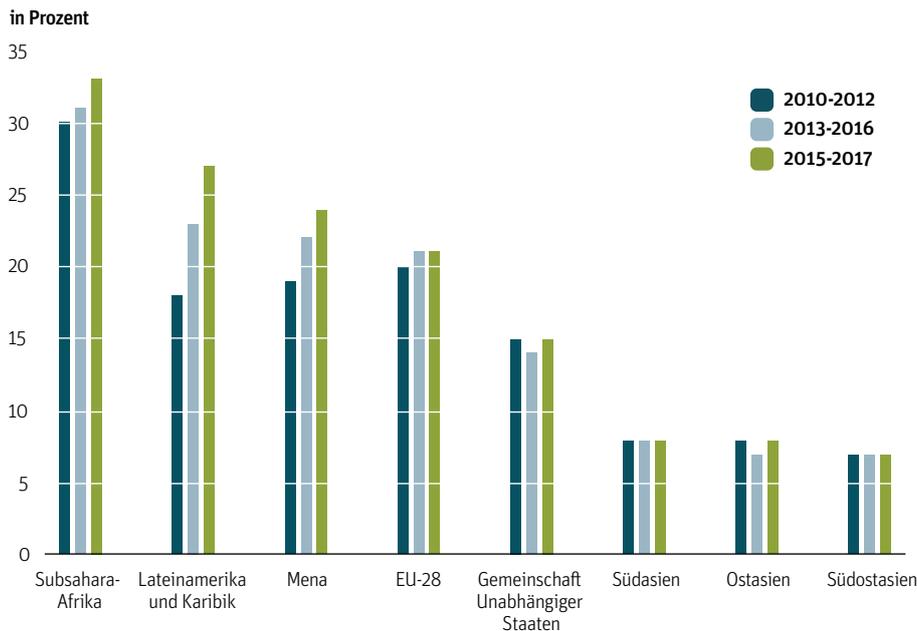
... beschreibt die Anzahl der Menschen, die sich wünschen, in ein anderes Land zu ziehen und dazu auch die Möglichkeit haben. Das Migrationspotenzial ist deutlich größer als die tatsächliche Anzahl der Menschen, die wandern.

Hauptziele innerhalb der Herkunftsregion

Wenn die Menschen ihren Wohnort verlagern, tun sie das meist nur über kurze Distanzen. Die meisten bleiben im eigenen Land, deutlich weniger gehen über eine Grenze und kommen auch dann selten aus ihrer eigenen Großregion heraus. International zeigen sich typische Migrationsmuster, die häufig historisch bedingt sind und sich über den Austausch mit bereits ausgewanderten Landsleuten verstärken. Wie aus der Grafik ersichtlich, bleiben die allermeisten Migranten aus dem postsowjetischen Raum oder aus Subsahara-Afrika in ihrer Region. Zu den größten überregionalen Zuwanderergruppen zählen Lateinamerikaner in den Vereinigten Staaten und Personen aus Südasien in der Mena-Region. So leben viele indische Arbeitsmigranten in den Vereinigten Arabischen Emiraten (3,3 Millionen) oder in Saudi-Arabien (2,3 Millionen).



Internationale Migranten nach ausgewählten Herkunfts- und Zielregionen (Daten geben die Anzahl zur Mitte des Jahres an und spiegeln damit vergangene Wanderungen wider), in Millionen, 2017
(Datengrundlage: UN DESA¹⁸)



Viele wünschen sich zu wandern, wenige tun es

Das Meinungsforschungsinstitut Gallup erhebt regelmäßig und weltweit, wie viele Menschen sich vorstellen können, langfristig in ein anderes Land zu ziehen. Weltweit waren es zuletzt rund 750 Millionen. In den Ländern Subsahara-Afrikas sowie in Lateinamerika und Karibik liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationswunsch am höchsten. Auch in der EU hegen rund 20 Prozent der Menschen den Wunsch, in einem anderen Land zu leben. Allerdings zeigen die Zahlen weder, ob die potenziellen Migranten diesen Wunsch tatsächlich umsetzen (können) noch wo sie gerne leben würden.²⁰ Tatsächlich treffen deutlich weniger Menschen konkrete Wanderrangsvorbereitungen und noch weniger machen sich am Ende wirklich auf den Weg.²¹

Anteil der Bevölkerung, die auswandern würde, wenn sie die Gelegenheit dazu hätte, nach Regionen* und Erhebungszeiträumen, in Prozent
(Datengrundlage: Gallup World Poll²²)

*Die hier gezeigten Regionen sind eine Auswahl des Gallup-Institutes und entsprechen in ihrer Länderzusammensetzung nicht exakt den in dieser Studie verwendeten.

der Qualifikation und dem Alter der Wanderungswilligen, aber auch von politischen Verhältnissen, von Krieg, Terror oder von Umweltveränderungen.

Die vorliegende Studie untersucht, welche Faktoren eine Migration begünstigen, welche Migrationspotenziale in sechs verschiedenen Weltregionen existieren und ob sich von dort künftig eher mehr oder eher weniger Menschen aus den verschiedensten Gründen auf den Weg nach Europa machen werden. Dabei ist stets zu unterscheiden, wie viele Menschen sich mit dem Wunsch auszuwandern beschäftigen und wie viele wirkliche Vorbereitungen dazu treffen beziehungsweise schlussendlich eine Wanderung antreten.

Wer wandert heute wohin?

Mehr Menschen denn je sind heute grenzüberschreitend mobil, 2017 lebten rund 258 Millionen Menschen als internationale Migranten in einem anderen Land, darunter rund 29 Millionen Geflüchtete und Asylsuchende.¹⁴ Anders als zu Zeiten der Industrialisierung

sind heute praktisch alle Weltregionen Teil des internationalen Migrationsgeschehens.¹⁵ Diese Bewegungen sind ein Ebenbild des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandels auf der Welt, während sie diesen gleichzeitig vorantreiben.¹⁶ Mobilität lässt sich heute einfacher und billiger organisieren als zu früheren Zeiten. Der globale Informationsaustausch ermöglicht den Menschen heute einen Einblick in die Lebensbedingungen von Regionen, in denen es sich einfacher und besser leben lässt oder wo sich neue Chancen auf eine Beschäftigung und Bildungsmöglichkeiten ergeben.

Dass es heute mehr Migration gibt, hat aber auch einen ganz trivialen Grund – das Bevölkerungswachstum: Zwischen 1990 und 2017 hat sich die Zahl der Menschen von etwa 5,3 auf 7,5 Milliarden erhöht, also um 42 Prozent. Die Zahl der internationalen Migranten hat sich im selben Zeitraum von 153 auf 258 Millionen erhöht, also um 69 Prozent und damit etwas stärker als die Zahl der Menschen insgesamt.¹⁷

Internationale Migranten ...

... sind laut UN-Definition Personen, die ihren Lebensmittelpunkt für mindestens zwölf Monate in ein anderes Land verlegt haben und dort noch wohnen.

Die meisten Menschen wandern nach wie vor, um anderswo zu arbeiten. Von den etwa 234 Millionen internationalen Migranten im Alter von über 15 Jahren sind etwa 70 Prozent zu Erwerbszwecken in ein anderes Land gezogen.¹⁹ Abseits dieser dominierenden Migrationsformen lassen sich heute auch vermehrt Menschen im Alter in einem anderen Land nieder. Andere pendeln zwischen verschiedenen Ländern hin und her.

WARUM SICH MENSCHEN AUF WANDERSCHAFT BEGEBEN

Migration ist ein konstanter Faktor menschlicher Geschichte. Schon immer sind Menschen gewandert, um neue Siedlungsgebiete für sich und ihre Gemeinschaften zu erschließen. So hat sich unser archaischer Vorfahr *Homo erectus* vor rund zwei Millionen Jahren über weite Teile des afrikanischen Kontinents und dann bis nach Eurasien ausgebreitet. Auch die ersten modernen Menschen sind,

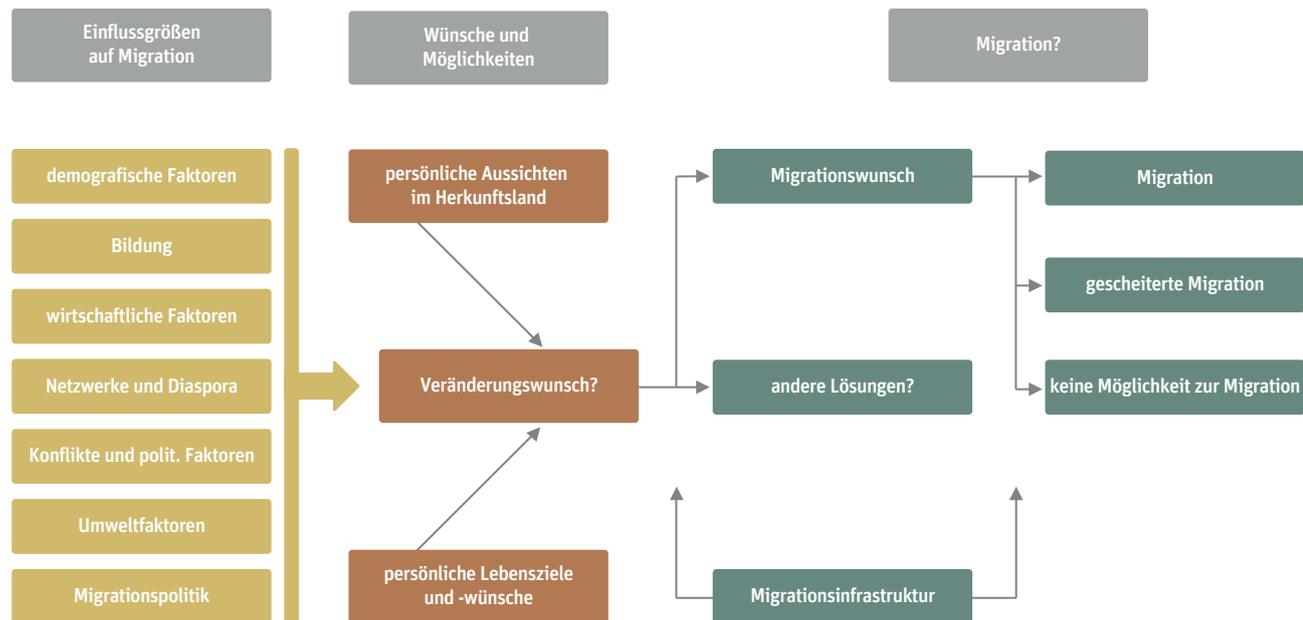
wiederum ausgehend von Afrika, seit über 200.000 Jahren auf Wanderschaft und haben Zug um Zug die ganze Welt besiedelt.¹

Doch diese frühen Wanderungen hatten kein konkretes geografisches Ziel. Sie glichen eher einer gemächlichen Ausbreitung über Generationen hinweg oder einer langsamen Flucht vor klimatischen und ökologischen Verän-

derungen. Zielgerichtete Migration ist ein relativ junges Phänomen. So setzten mit der frühen Industrialisierung große Wanderungsbewegungen ein, vor allem aus ländlichen Regionen in die neuen Produktionszentren, wo die Fabriken auf Arbeitskräfte angewiesen waren. Als neue Transportmöglichkeiten wie moderne Schiffe, Eisenbahnen und später auch Flugzeuge Langstreckenreisen selbst

Wie entsteht Migration?

Es muss Einiges zusammenkommen, bevor Menschen ihren Heimatort verlassen, um woanders ihr Glück zu suchen. Im Zentrum steht meist der Wunsch, das eigene Leben zu verändern und seinen Kindern bessere Chancen zu bieten, die Suche nach mehr Sicherheit und Freiheit oder nach höherem Einkommen.



(Eigene Darstellung nach Carling, 2017²)

über Kontinente hinweg möglich machten und das Telefon die menschliche Kommunikation revolutionierte, wandelte sich die Migration zu einem globalen Phänomen.

Die großen Migrationstrends in dieser Epoche waren nicht auf die Industrialisierungszentren beschränkt. Zwischen 1846 und 1940 verließen schätzungsweise 55 bis 58 Millionen Menschen ihre europäische Heimat mit dem Ziel Amerika, was jährlich mehr als einer halben Million Menschen entsprach. Aus Indien und dem südlichen China machten sich in diesem Zeitraum bis zu 52 Millionen Menschen auf den Weg Richtung Südostasien. Und aus dem nordöstlichen Asien und Russland wanderten bis zu 51 Millionen Menschen ab, um sich in Sibirien, Zentralasien oder Japan niederzulassen. Diese Wanderungsbewegungen geschahen nicht immer freiwillig, sondern häufig als Folge von Vertreibungen oder Deportationen.³

Die Zielorte von Migranten profitieren in der Regel von den neu Zugewanderten.⁴ Viele von ihnen kommen als Arbeitskräfte, gründen eigene Unternehmen und sind häufig unerlässlich für die Volkswirtschaften. Sie bringen neue Ideen in Wirtschaft und Gesellschaft ein, regen den kulturellen Austausch an und stärken den globalen Wissensaustausch.⁵ So finden sich in den Autorenzeilen der Publikationen großer Forschungsinstitute Namen aus aller Herren Länder und Unternehmen nutzen die Diversität ihrer Mitarbeiterschaft als strategisches Instrument.

Wünsche und Möglichkeiten bedingen, ob Menschen wandern

Die Gründe für einen Ortswechsel sind vielfältig. Natürliche und menschengemachte Umweltveränderungen spielen ebenso eine Rolle wie ein Bevölkerungswachstum, mit dem die Verfügbarkeit von Ressourcen und Infrastrukturen nicht Schritt halten kann. Menschen fliehen vor Terror und Konflikten,

werden vertrieben oder suchen nach Orten, wo sie ihre eigenen Lebensziele besser realisieren und ihren Lebensunterhalt sichern können.⁶ Manche Menschen wandern aus purer Not, andere weil sie sich anderenorts eine noch höhere Lebensqualität versprechen. Meist stehen gleichzeitig verschiedene Faktoren hinter einem Wunsch zu migrieren, die sich zudem gegenseitig beeinflussen und verstärken können.

Weltweiten repräsentativen Umfragen zufolge tragen sich zwischen 7 (in Südasien) und 33 Prozent (in Subsahara-Afrika) aller Erdenbürger mit dem Gedanken an eine Abwanderung.⁷ Diese Ziffer sagt jedoch wenig über das tatsächliche Migrationsgeschehen. Denn am Ende unternimmt weniger als ein Prozent aller erwachsenen Menschen weltweit konkrete Schritte für eine grenzüberschreitende Verlegung ihres Wohnorts.⁸ Welche Faktoren und Rahmenbedingungen bei der Verwirklichung eines Migrationswunsches eine Rolle spielen, und wie sie sich auf Wanderungsentscheidungen auswirken, beschreiben die folgenden Absätze.

1 Demografische Faktoren

Demografische Faktoren wirken sich vor allem indirekt auf Migrationsentscheidungen aus. Hohes Bevölkerungswachstum bedeutet wachsende Konkurrenz um Ausbildungs- und Arbeitsplätze, um Infrastrukturen, um Nahrung oder Trinkwasser. Insbesondere für wenig entwickelte Länder ist dies eine enorme Herausforderung, denn dort ist vielerorts die Versorgungslage ohnehin kritisch, während die Zahl der Menschen oft schneller wächst als die Gesundheitsdienste, die Zahl der Schulen, der Wohnraum und vor allem die verfügbaren Arbeitsplätze.

Bis 2030 und lange darüber hinaus wird sich das globale Bevölkerungswachstum immer mehr auf Teile West- und Südasiens und vor allem die afrikanischen Länder südlich der

Sahara konzentrieren. So wuchs die Bevölkerung zwischen 2017 und 2018 in Pakistan laut UN-Schätzungen um 3,8 Millionen, in Nigeria, dem einwohnerstärksten Land Afrikas, waren es sogar rund 5 Millionen.⁹

Scheitern die Regierungen daran, ihren Bürgerinnen und Bürgern gute Lebensbedingungen zu verschaffen, dann setzt häufig zunächst eine regionale Wanderung ein. Diese verläuft vor allem von strukturschwachen ländlichen Regionen in die urbanen Zentren. Dort sind die Lebensbedingungen zwar selten optimal, denn die meisten Landflüchtigen finden gerade in wenig entwickelten Ländern nur Unterschlupf in Armutsvierteln mit beengten Verhältnissen, schlechten Hygienebedingungen und hoher Kriminalität. Aber dennoch ist es dort leichter, (informelle) Beschäftigung und Schulen für den Nachwuchs zu finden als in den ländlichen Herkunftsregionen. Da sich die gefühlte Lebensqualität und die Aufstiegschancen unterm Strich verbessern, ziehen Städte immer mehr Menschen aus ländlichen Regionen an.

Die Urbanisierung schreitet gerade in den ärmeren Weltregionen rasch voran. Während in Afrika südlich der Sahara 2008 rund 35 Prozent der Menschen in urbanen Gebieten lebten, dürften es nach Schätzungen der Vereinten Nationen bis 2030 schon 47 Prozent sein.¹³ Bis dahin sind in Afrika sechs von weltweit 41 Megastädten mit über zehn Millionen Einwohnern zu erwarten.¹⁴

In den Zentren kommen Menschen leichter an Informationen, mit denen sich eine weitere Migration organisieren lässt. Mit besseren Verdienstmöglichkeiten und wachsendem Lebensstandard – Rahmenbedingungen, die auch zu deutlich sinkenden Kinderzahlen je Frau führen¹⁵ – haben sie zudem andere Möglichkeiten, eine Abwanderung in ein anderes Land zu finanzieren. Die Urbanisierung fördert einerseits die Migrationsbereitschaft, reduziert aber andererseits langfristig den demografischen Druck.¹⁶

Entgegen landläufiger Auffassung sind es letztlich nicht die Regionen und Länder mit den höchsten Kinderzahlen und dem stärksten Bevölkerungswachstum, welche die meisten internationalen Migranten stellen. Denn dies sind die Gebiete, in denen Armut noch weit verbreitet ist. Armut verhindert aber eine Migration über größere Distanzen.¹⁷

Keine Alternative zu Entwicklung

Die europäische Politik hat sich angesichts der gestiegenen Flüchtlingszahlen in den vergangenen Jahren auf die Fahnen geschrieben, sogenannte Fluchtursachen zu bekämpfen.¹⁸ In Wirklichkeit geht es dabei aber eher um

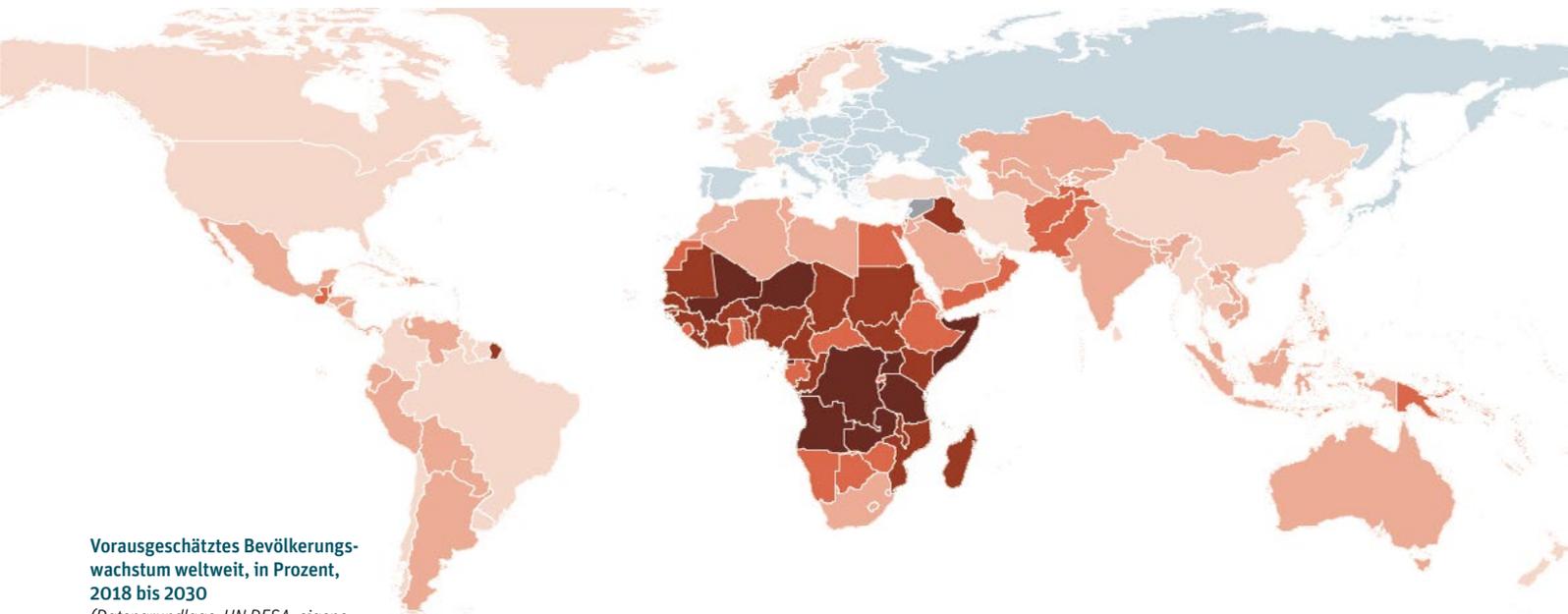
Migrationsursachen. Mit dieser Strategie sollen die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Ankömmlinge verbessert und Perspektiven für die rasch wachsende junge Bevölkerung geschaffen werden, auf dass sie mehr Anreize haben, in ihrer Heimat zu bleiben. Das ist zwar kein neues Konzept, sondern die Ur-Idee der Entwicklungszusammenarbeit. Migration einzudämmen, war jedoch nie ein erklärtes Ziel dieser Bemühungen. Vielmehr hat die Entwicklungszusammenarbeit Migration als Thema und Aufgabenfeld lange ignoriert oder als Symptom fehlender Entwicklung verstanden. Zudem dominierte in der Entwicklungszusammenarbeit die Vorstellung, Migration führe für die Herkunftsländer vor allem zu einem Verlust von

Humankapital, also von Fachkräften aller Art, wohingegen die Empfängerländer die „besten Leute“ abschöpften. Dass in der Regel beide Seiten von einer Migration profitieren, kam erst spät in die Diskussion.¹⁹

Migration über Entwicklung einzudämmen wird ohnehin kaum gelingen. Verschiedene Studien belegen, dass bessere Lebensbedingungen und Verdienstmöglichkeiten diese zunächst einmal fördern, weil sie mehr Menschen in die Lage versetzen, eine Abwanderung zu planen und zu bezahlen.²⁰ „Fluchtursachen bekämpfen“ ist ein wohlgemeintes Schlagwort, das sich bestenfalls sehr langfristig auf die Migrantenzahlen auswirkt. Dennoch ist Entwicklung in den armen

Gefährliches Wachstum?

Unterschiedliche Projektionen kommen zum Ergebnis, dass die Weltbevölkerung von heute rund 7,6 bis zum Jahr 2030 auf 8 bis 8,5 Milliarden Menschen anwachsen wird. Dabei entfällt ein Großteil des Zuwachses auf afrikanische und westasiatische Länder. Ob und wie stark sich dieses Bevölkerungswachstum in Migration übersetzt, hängt davon ab, ob die Staaten es schaffen, ihre Bürger mit den wichtigsten Gütern, Leistungen und auskömmlichen Beschäftigungsmöglichkeiten zu versorgen.¹¹ Verbessern sich die Lebensbedingungen und die Perspektiven der Menschen, sinken erfahrungsgemäß auch die Geburtenziffern. Langfristig geht dann auch der demografisch bedingte Migrationsdruck zurück.



Vorausgeschätztes Bevölkerungswachstum weltweit, in Prozent, 2018 bis 2030
(Datengrundlage: UN DESA, eigene Berechnung¹²)

Die demografische Dividende – von sinkenden Kinderzahlen zum wirtschaftlichen Aufstieg

Im Zuge ihrer sozioökonomischen Entwicklung sind bislang alle Staaten weltweit dem gleichen Pfad gefolgt – dem sogenannten demografischen Übergang. Die Theorie beschreibt im Wesentlichen den Wandel von hohen zu niedrigen Geburten- und Sterberaten. In traditionellen, vorindustriellen Gesellschaften werden viele Kinder je Frau geboren. Gleichzeitig sterben aber auch viele Menschen jedes Alters, weshalb sich die Bevölkerungszahl kaum verändert. Günstigere Lebensbedingungen, wie eine bessere Ernährung, Hygiene und medizinische Errungenschaften, führen schließlich dazu, dass die Sterberate sinkt. Da die Kinderzahlen zunächst aber weiterhin hoch bleiben, wächst die Bevölkerung vorübergehend stark. Erst zeitverzögert sinken auch die Geburtenraten, bedingt durch mehr Wohlstand, bessere Bildung und die Möglichkeiten für eine individuellere Lebensplanung. Das Bevölkerungswachstum verlangsamt sich, bis es langfristig ganz zum Erliegen kommt.²¹

Für den sozioökonomischen Fortschritt ist allerdings weniger das Ausklingen des Bevölkerungswachstums, als vielmehr der Wandel der Altersstruktur in einer Gesellschaft von Bedeutung. Wenn die Kinderzahlen sinken, verschiebt sich der Schwerpunkt der Bevölkerung, und die letzten geburtenstarken Jahrgänge rücken ins Erwerbsalter vor. Zu diesem Zeitpunkt stehen einer großen Zahl an Erwerbsfähigen weniger Kinder und noch nicht viele Ältere gegenüber, die es zu versorgen gilt. Familie und Staat haben damit mehr Mittel zur Verfügung, um in die kleiner werdenden Nachwuchsjahrgänge zu investieren. Zudem stehen dem Arbeitsmarkt überproportional viele Arbeitskräfte zur Verfügung, die produktiv werden können. Diese Altersstruktur wird als demografischer Bonus bezeichnet.²²

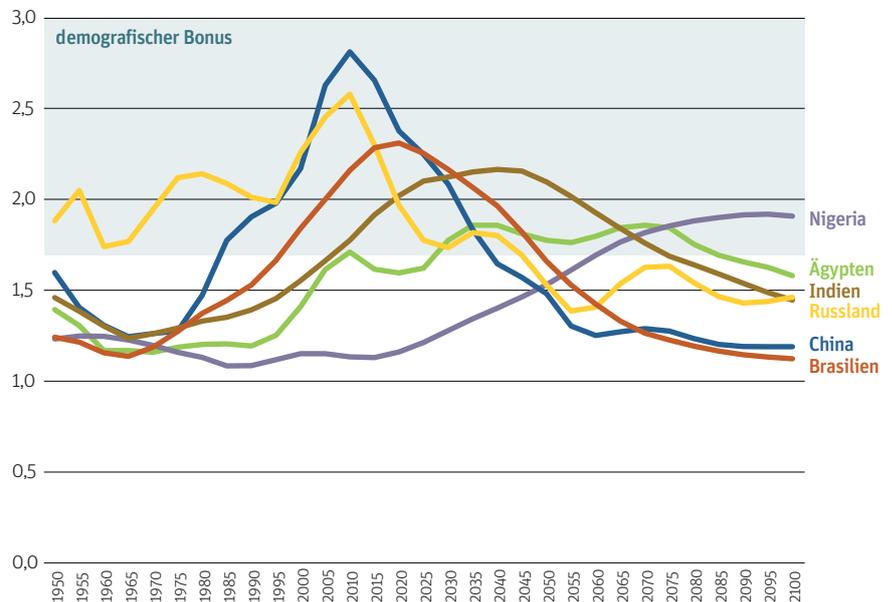
Wenn es in dieser Phase gelingt, die nachwachsenden Jahrgänge schrittweise besser zu qualifizieren und die jungen Erwerbsfähigen in Arbeit zu bringen, lässt sich

diese vorteilhafte Altersstruktur für einen ökonomischen Entwicklungsschub nutzen. Dann fahren die jeweiligen Länder eine sogenannte demografische Dividende ein. Asiatischen Tigerstaaten wie Südkorea, Thailand, Malaysia oder China ist es so gelungen, in kurzer Zeit von Entwicklungs- zu Schwellen- und Industrieländern aufzusteigen und enorme Wohlstandgewinne zu erzielen. Ökonomen führen das asiatische Wirtschaftswunder zu großen Teilen auf die Nutzung des demografischen Bonus zurück.²³ Das Zeitfenster, in dem diese günstige Altersstruktur in einen wirtschaftlichen Aufschwung verwandelt werden kann, eröffnet sich, wenn auf jede abhängige Person mindestens 1,7 Erwerbsfähige im Alter zwischen 15 und 64 kommen.²⁴

Unterschiedliche Zeitfenster

Da Staaten weltweit den demografischen Wandel zeitversetzt und mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten durchlaufen, erreichen sie den demografischen Bonus zu jeweils anderen Zeitpunkten. Auch das Verhältnis zwischen Abhängigen und Erwerbsbevölkerung fällt je nach Entwicklungspfad unterschiedlich aus – mit entsprechenden Auswirkungen auf das mögliche Wirtschaftswachstum. So erreichte China beispielsweise bereits ab den 1980er Jahren eine günstige Altersstruktur, die 2010 bei einem Verhältnis von 2,8 Erwerbsfähigen je abhängiger Person gipfelte, und dem Land ein hohes wirtschaftliches Wachstum bescherte. Die zunehmende Alterung der chinesischen Gesellschaft sorgt allerdings dafür, dass China das Zeitfenster des demografischen Bonus rasch wieder verlassen wird. Nigeria dürfte dagegen erst ab 2060 eine günstige Altersstruktur erreichen und selbst dann deutlich weniger Wirtschaftswachstum erleben. Denn der Überhang an Erwerbsfähigen, der für die abhängigen Jungen und Alten sorgen kann, wird geringer ausfallen.

Anzahl der 15- bis 64-Jährigen im Verhältnis zu einer Person im Alter von 0 bis 14 oder 65 und älter
(Datengrundlage: UN DESA²⁵)



Ländern ohne Alternative, denn ohne Fortschritte würde das hohe Bevölkerungswachstum anhalten. Dies würde die Lösung aller vorhandenen Probleme weiter erschweren, die Armut vielerorts zementieren, Konflikte weiter schüren – und damit auf andere Weise den Migrationsdruck erhöhen.

Angebot und Nachfrage

Gegenüber den Ländern mit hohem Bevölkerungswachstum sind die Staaten der EU in ihrer demografischen Entwicklung weiter fortgeschritten. Dort liegen die Geburtenziffern überall unterhalb des Reproduktionsniveaus von 2,1 Kindern je Frau, unter welchem die Bevölkerung ohne Zuwanderung mittelfristig schrumpft.

Bis 2030 ist EU-weit kein natürlicher Bevölkerungszuwachs mehr zu erwarten, dafür aber ein Rückgang der Erwerbsbevölkerungen sowie eine deutliche Alterung – mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Sozialsysteme.²⁶ Auch in den meisten postsowjetischen Gesellschaften, in ostasiatischen Staaten wie Japan, China oder Südkorea wachsen längst nicht mehr ausreichend Kinder nach, um die Jahrgänge zu ersetzen, die sich nach und nach in den Ruhestand verabschieden.²⁷ Diese Regionen stehen vor ähnlichen demografischen Herausforderungen wie Europa.

In all diesen weiter entwickelten Ländern entstehen generell wenige moderne Arbeitsplätze in ländlichen Regionen. Jüngere Menschen wandern tendenziell aus diesen Gebieten ab, in die wirtschaftlich florierenden Zentren oder gleich in andere Länder, wo sie sich eine bessere Zukunft versprechen. Je nach Wirtschaftslage werden somit jene Staaten, die kein natürliches Bevölkerungswachstum mehr verzeichnen, zu Einwanderungs- oder aber zu Auswanderungsländern. Deutschland oder Japan brauchen Zuwanderer – als Arbeitskräfte in den Unternehmen und/oder um die alternde Bevölkerung zu versorgen. Osteuropäische Staaten wie Rumänien oder Bulgarien können die eigene Erwerbsbe-

völkerung nicht im Land halten, weil das Einkommensgefälle zu wohlhabenderen Regionen in Europa zu groß ist.

Mittelfristig ist nicht damit zu rechnen, dass die Kinderzahlen in den EU-Staaten und anderen Industrienationen wieder über das Reproduktionsniveau steigen und sich damit die entstehenden demografischen Lücken schließen lassen. Gleichzeitig gehen alle Projektionen für die ärmeren Länder der Welt davon aus, dass die Fertilitätsraten weiter sinken – jedenfalls dort, wo sich die sozio-ökonomischen Bedingungen verbessern. Weil die Kinderzahlen je Frau in diesen Ländern aber noch deutlich über dem Reproduktionsniveau liegen und die Bevölkerungen zudem sehr jung sind, wird das Bevölkerungswachstum noch über Jahrzehnte anhalten.²⁸

Auf absehbare Zeit wird die weltweite demografische Entwicklung somit dafür sorgen, dass die Nachfrage nach Zuwanderern im reicheren Teil der Welt, also längst nicht nur in der EU, steigt, während sich das Migrationsangebot aus dem ärmeren Teil vergrößert. Letzteres liegt auch daran, dass von dem Mangel an Arbeitsplätzen vor allem die Gruppe der 20- bis 39-Jährigen betroffen ist, die ohnehin die Mehrheit unter den Migranten stellt. Unterm Strich dürften weitaus mehr Menschen Jobs und bessere Lebensbedingungen benötigen, als die Märkte der Industrienationen Arbeitskräfte nachfragen.

2 Bildung

Wie gut die Menschen gebildet sind, hat einen Einfluss auf ihre Möglichkeiten zu wandern. Je besser der Bildungsstand, desto höher die Wahrscheinlichkeit, sich anderswo erfolgreich ein neues Leben aufbauen zu können.²⁹ Bildung macht mobil. Sie erhöht die Wandermotivation der Individuen, vor allem dann, wenn der Arbeitsmarkt nicht mit dem Zuwachs an besser Qualifizierten Schritt halten kann und die Einkommensmöglichkeiten begrenzt sind. In der Regel sind es deshalb die besser Gebildeten, die sich dazu entschlie-

ßen, abzuwandern und dies auch organisieren können. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ihrer Heimatländer sind Migranten im Durchschnitt höher qualifiziert.³⁰

Bildung hat allerdings – indirekt und längerfristig – auch einen migrationsdämpfenden Effekt: Denn in den wenig entwickelten Ländern, die noch ein hohes Bevölkerungswachstum verzeichnen, ist Bildung, insbesondere für Frauen, der wichtigste Faktor für sinkende Kinderzahlen.³¹ Auch weil Bildung die ökonomischen Möglichkeiten einer Gesellschaft und die Perspektiven jedes einzelnen Menschen verbessert, reduziert sie langfristig den Bevölkerungsdruck und damit das Migrationspotenzial.

Weil für alle Länder der Welt bekannt ist, wie viele Kinder Frauen welchen Bildungsstandes bekommen, lassen sich für jedes Land Bevölkerungsprojektionen in Abhängigkeit künftiger Bildungsinvestitionen erstellen. In diesem Sinne haben Wissenschaftler des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalysen bei Wien drei Szenarien erstellt: Erstens das *Constant Enrollment Scenario*, bei dem die Einschulungsraten auf heutigem Niveau bleiben. Zweitens das *Global Trend Scenario*, das die globalen Erfolge im Bildungssektor auf Basis der jüngeren Vergangenheit fortschreibt. Und drittens das *Sustainable Development Goal Scenario*, das massive Bildungsinvestitionen unterstellt, wie einst in den asiatischen Tigerstaaten. Das Bevölkerungswachstum würde sich in den Szenarien 2 und 3 mittelfristig und im Szenario 1 erst recht langfristig verringern.

Weil nahezu überall auf der Welt die Regierungen in die Bildungslandschaft investieren³², werden bis 2030 weitaus mehr Menschen als heute einen mit dem deutschen Abitur vergleichbaren höheren Bildungsabschluss (Sekundarstufe II) erreichen – und damit mobiler werden.

Wenn die besser Gebildeten vermehrt auswandern, wirkt sich das auch vor Ort aus. Unter dem Stichwort „Brain-Drain“ diskutieren Politik und Wissenschaft schon lange, welche Konsequenzen es hat, wenn Ärzte, Pflegepersonal und andere Fachkräfte ihre Heimatländer verlassen. Im schlimmsten Fall entstehen dann Versorgungslücken, die auch die lokale Entwicklung hemmen können. Doch ganz so eindeutig wie häufig behauptet sind die Folgen nicht.

Denn aus der Abwanderung von Qualifizierten kann in den Zielländern eine gut gebildete Diaspora entstehen. Abgewanderte senden Geld an Familien und Freunde zurück, mit dem diese etwa die Bildung der Kinder finanzieren oder Versorgungsleistungen bezahlen.

Sie bringen auch neues, teilweise beruflich relevantes Wissen mit zurück, wenn sie ihre Familien besuchen oder ganz zurückkehren.³³ Aus Abwanderung kann so eine „zirkuläre Migration“ entstehen, von der im besten Fall alle Seiten profitieren.³⁴

3 Wirtschaftliche Faktoren

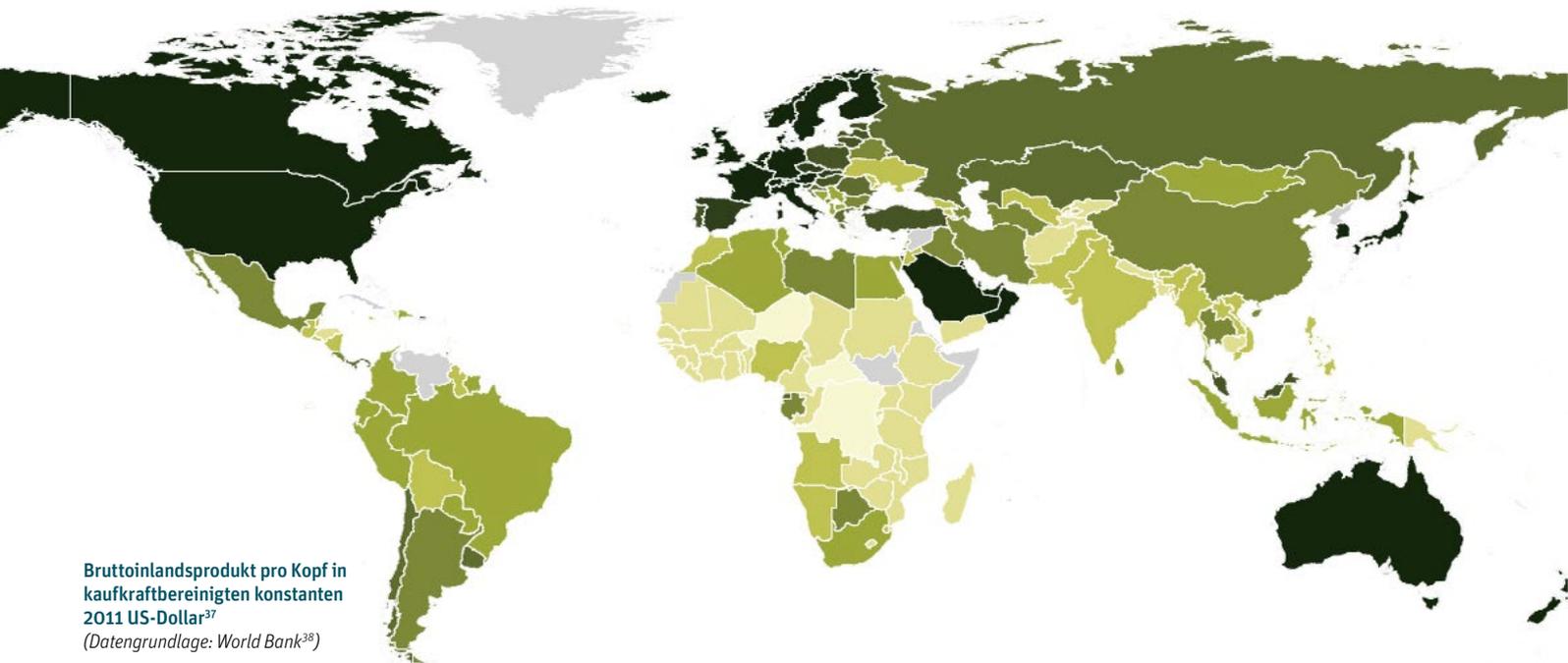
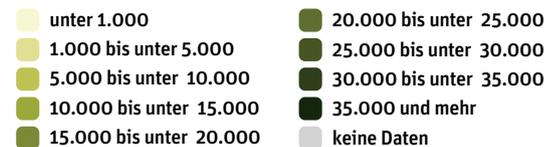
Zwischen den Industrienationen und den weniger entwickelten Regionen der Welt besteht ein enormes Wohlstandsgefälle. So erwirtschafteten die entwickelten Staaten 2018 ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, das rund neunmal so hoch war wie das der aufstrebenden und sich entwickelnden Staaten.³⁵ Selbst die ärmsten EU-Staaten

Rumänien und Bulgarien kommen auf ein Pro-Kopf-BIP, das den Schnitt von Subsahara-Afrika um das Sechs- bis Siebenfache übersteigt. Zwar sinkt weltweit seit Jahren der Anteil von Menschen in extremer Armut, doch 2016 lebten in Uganda, Honduras oder Bangladesch 41, 16 respektive 15 Prozent der Bevölkerung noch immer von weniger als 1,9 US-Dollar pro Tag und zählten damit zu jenen, die unter extremer Armut leiden.³⁶

Die weniger entwickelten Länder wachsen wirtschaftlich wesentlich stärker als die Industrienationen. Während die Wirtschaft in der EU in den Jahren 2010 bis 2017 durchschnittlich um 1,5 Prozent pro Jahr zugelegt hat, kam Subsahara-Afrika auf bis zu 5 Prozent. Doch diese Fortschritte finden

Weltweite Einkommensungleichheit

Gerade in den Ländern, deren Bevölkerungen am schnellsten wachsen, liegt das Pro-Kopf-Einkommen am niedrigsten. Weil die Menschen auch entlang eines Einkommensgefälles wandern, dürfte die weltweite Migration auf längere Sicht zunehmen.



Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in kaufkraftbereinigten konstanten 2011 US-Dollar³⁷
(Datengrundlage: World Bank³⁸)

auf einem sehr niedrigen Ausgangsniveau statt. Zudem müsste die Wirtschaft merklich stärker wachsen als die Zahl der Menschen, um ihnen eine Perspektive geben zu können, was längst nicht überall der Fall ist. Junge Menschen, insbesondere Frauen, finden oft nur Beschäftigung im informellen Bereich oder in der Subsistenzlandwirtschaft. Diese desolate Lage befördert den Wunsch nach Migration, vor allem in der Gruppe der 20- bis 39-Jährigen.

Internationale Wanderung erfordert Geld

Die wichtige Frage dabei ist: Wohin wandern diese Menschen? Die *Bilateral Migration Matrix* der Weltbank, OECD und Internationalem Währungsfonds zeigt, dass Menschen aus armen Ländern meist nur über kurze Distanzen wandern, und zwar in Nachbarländer, die

oft nur wenig bessere Perspektiven bieten. Die Wanderungswahrscheinlichkeit folgt dabei in der Regel der *migration hump theory* (abgeleitet vom englischen *hump* für Buckel): Demnach steigt die Migrationswahrscheinlichkeit ab einem jährlichen BIP pro Kopf von 2.000 kaufkraftbereinigten US-Dollar erst an, ein Wert, den die ärmsten Länder der Welt gar nicht erreichen.³⁹

Bis die Menschen weitere Wege zurücklegen und auch Europa erreichen können, ist deutlich mehr Entwicklung beziehungsweise Wirtschaftskraft nötig, irgendwo im Bereich zwischen 3.000 bis 10.000 US-Dollar. Afrikanische Länder wie Niger, Tschad oder die Zentralafrikanische Republik werden es kaum schaffen, sich noch in diesem Jahrhundert so weit zu entwickeln. Erst jenseits von 10.000 US-Dollar pro Kopf wird der Wohlstand so groß, dass weniger Menschen aus wirtschaftlichen Gründen migrieren. Ganz zum

Stillstand kommt die Migration aber auch bei sehr hohem Entwicklungsstand nicht.⁴⁰

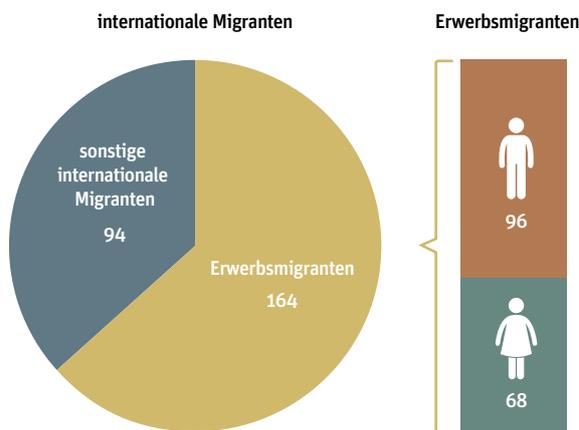
Die Buckel-Theorie deckt sich mit Befragungsergebnissen, wonach Menschen aus Ländern mit niedrigen oder mittleren Einkommen zwar einen hohen Nutzen in einer internationalen Migration sehen, es aber nur die Reicheren unter ihnen schaffen, eine solche zu organisieren. Demgegenüber sind es in Ländern mit höheren Einkommen tendenziell die weniger gut Gestellten (aber im internationalen Vergleich immer noch relativ gut Verdienenden), die in der Migration eine Chance auf Verbesserung ihrer Lebensbedingungen sehen.⁴¹

Menschen wandern aber nicht nur der Arbeit und dem Einkommen nach, sondern auch in Richtung besserer Bildungsmöglichkeiten für die eigenen Kinder, funktionierender Gesundheitssysteme und anderer Versorgungsleistungen. Weltweit leiden noch immer 821 Millionen Menschen unter Hunger⁴⁴, 2,1 Milliarden können kein sauberes Wasser trinken⁴⁵ und rund 960 Millionen haben keinen Zugang zu Elektrizität.⁴⁶ Einige der wichtigsten Indikatoren, an denen sich die Lebensqualität bemessen lässt, fasst der *Human Development Index* (HDI) der Vereinten Nationen zusammen. Die Mehrzahl der Länder, die dabei schlecht abschneiden, liegt nach wie vor auf dem afrikanischen Kontinent. Doch auch Länder in anderen Regionen, die durch gewaltsame Konflikte oder Naturkatastrophen erschüttert werden, wie Syrien, Jemen, Afghanistan oder Haiti, liegen im untersten Fünftel der Rangliste.⁴⁷

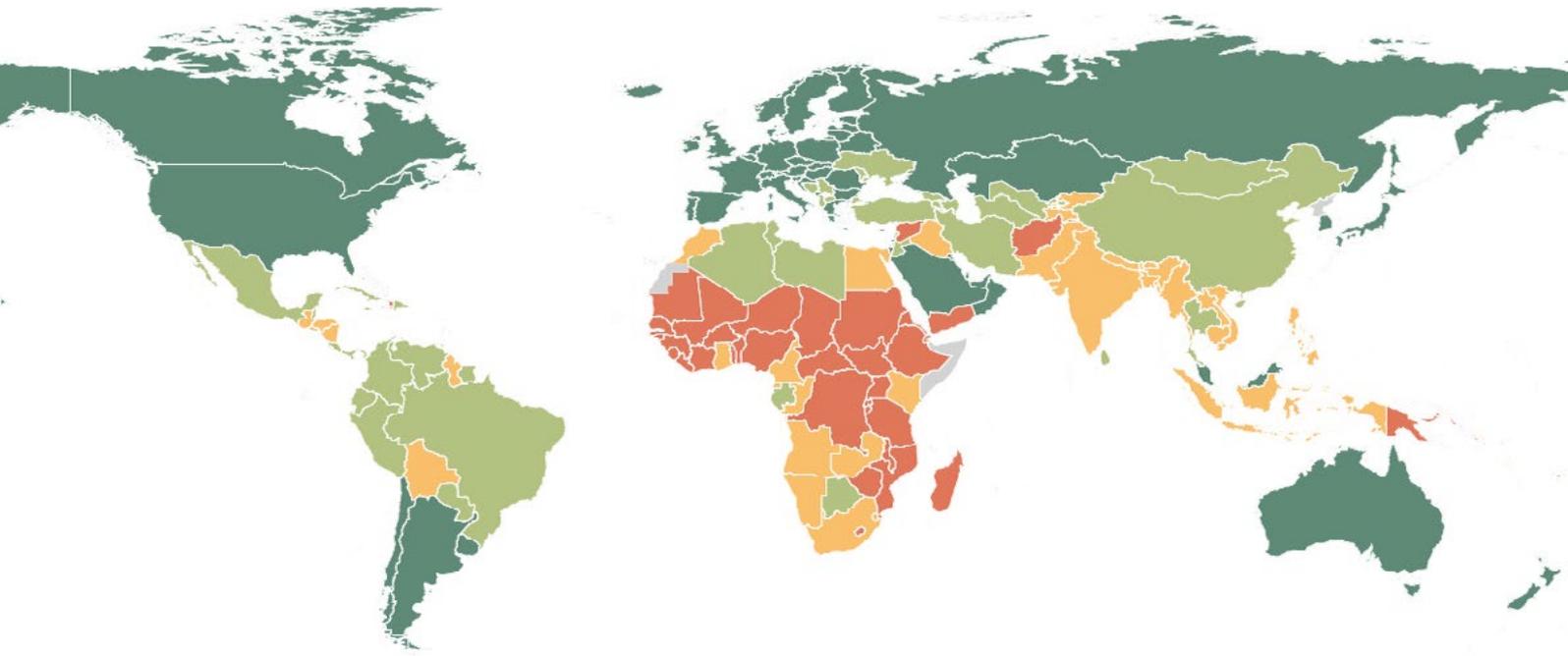
Über die letzten Jahrzehnte haben alle Weltregionen sozioökonomische Fortschritte erzielt, wobei die größten Fortschritte auf die ärmsten Länder entfielen. Zuletzt konnten sich etwa Ruanda oder Äthiopien im HDI deutlich verbessern. Am augenfälligsten lässt sich die Lebensqualität an der Lebenserwartung ablesen, einem der besten Querschnittsindikatoren für das Wohlergehen der Menschen. Auch hier zeigen sich nach wie vor erhebliche Unterschiede: So können Neuge-

Die Arbeit ruft

Migration ist unerlässlich für die globale Wirtschaft. Das zeigt sich auch darin, dass Arbeitsmigranten mit rund 60 Prozent den größten Anteil an allen international Wandernden stellen. Sie übernehmen in Industrienationen häufig die unattraktiven Jobs, die den hohen Lebensstandard dort erst ermöglichen⁴², etwa in der Gastronomie, in Pflegeberufen, auf dem Bau oder in der Fleischverarbeitung. Sie werden allerdings oft schlecht bezahlt und arbeiten unter prekären Arbeitsbedingungen, obwohl viele von ihnen für bessere Jobs qualifiziert wären.



Internationale Migranten nach Wanderungsgrund und Geschlecht, in Millionen, 2017
(Datengrundlage: International Labour Organization⁴³)



Kein gutes Leben für alle

Viele Länder in Afrika südlich der Sahara haben große Defizite in der menschlichen Entwicklung. Die Menschen dort leben kürzer, haben weniger Einkommen zur Verfügung und schlechtere Bildungschancen. Die EU-28-Staaten hingegen finden sich allesamt in der höchsten Kategorie auf dem Index der menschlichen Entwicklung.

Index der menschlichen Entwicklung, 2017
(Datengrundlage: UNDP⁴⁸)

- niedriger Entwicklungsstand
- mittlerer Entwicklungsstand
- hoher Entwicklungsstand
- sehr hoher Entwicklungsstand
- keine Daten

borene in den EU-28-Staaten im Schnitt mit rund 81 Lebensjahren rechnen, in Südasien mit 68. In Subsahara-Afrika werden sie im Schnitt nur 60 Jahre alt.⁵⁰

4 Netzwerke und Diaspora

Wenn Menschen ihre Heimat verlassen und in ein anderes Land auswandern, halten sie in der Regel Kontakt zu Familien und Freunden. So entstehen informelle und formelle Netzwerke kultureller, ethnischer oder religiöser Natur. Die Migrationsentscheidungen von Menschen hängen auch davon ab, ob sie auf solche Netzwerke in anderen Weltregionen zurückgreifen können. Existiert in einem Land bereits eine Gemeinschaft aus der Heimatregion, erhöht sich zunächst

der Informationsaustausch. Menschen, die über eine Migration nachdenken, können so Eindrücke aus dem Zielland gewinnen und praktische Hilfen bekommen – zu Einwanderungsregularien, zu legalen und irregulären Migrationskanälen, wie und wo notwendige Dokumente zu besorgen sind, welche Jobangebote und Einkommensmöglichkeiten es gibt oder welche Unterstützungsleistungen existieren. Neue Kommunikationswege wie Skype, Facebook oder Messenger-Dienste erleichtern den Austausch.

Auch Staaten nutzen diese Netzwerke, um mit ihren ausgewanderten Bürgern in Kontakt zu bleiben, aber auch um von Rücküberweisungen und einer zirkulären Migration zu profitieren. Einige haben Behörden eingerichtet, die sich ausschließlich um ihre im Ausland

lebende Bevölkerung kümmern. So unterhält Israel ein eigenes Diasporaministerium und im indischen Außenressort informiert eine entsprechende Abteilung Ausgewanderte beispielsweise darüber, wie sie im Heimatland investieren oder ihre Verstorbenen in die Heimat überführen können.⁵¹

Die Rücküberweisungen an Freunde und Verwandte sind ein relevanter Wirtschaftsfaktor, der in den meisten Herkunftsländern wichtiger ist als die Einnahmen aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Die Weltbank schätzt, dass diese Mittel aus der Diaspora die internationalen Entwicklungsgelder um das Dreifache übersteigen.⁵² Indien etwa erhielt 2016 rund 2,6 Milliarden US-Dollar an Entwicklungshilfe, aber Rücküberweisungen in Höhe von 63

Milliarden US-Dollar. Diese Mittel helfen den Menschen in den Herkunftsregionen und vermitteln nebenbei, dass es für Abgewanderte vergleichsweise einfach ist, zu Wohlstand zu kommen. Rücküberweisungen begünstigen somit weitere Migration.⁵⁴

Netzwerke existieren vor allem zwischen Ländern, die schon lange miteinander verflochten sind, etwa über postkoloniale Verbindungen wie zwischen Spanien und Südamerika, Frankreich und Nordafrika sowie den frankophonen Staaten in Westafrika oder zwischen dem Vereinigten Königreich und Commonwealth-Ländern wie Indien, Pakistan und Bangladesch. Eine neue Diaspora kann entstehen, wenn einzelne Länder Arbeitskräfte aus bestimmten Weltregionen

anwerben oder Geflüchteten aus besonderen Krisengebieten Asyl gewähren. Beispiele dafür sind die Gastarbeiterwanderungen aus der Türkei nach Deutschland oder die Aufnahme von tamilischen Bürgerkriegsflüchtlingen aus Sri Lanka durch die Schweiz.

5 Konflikte und politische Faktoren

Heute lassen deutlich weniger Menschen ihr Leben in Kriegen als zu früheren Zeiten. So war die Zahl der Kriegsoffer in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst noch sehr hoch, sank in den 1960er Jahren deutlich ab und stieg mit dem Kalten Krieg wieder an, bevor sie mit dessen Ende zu Beginn der 1990er Jahre bis etwa 2010 einen histori-

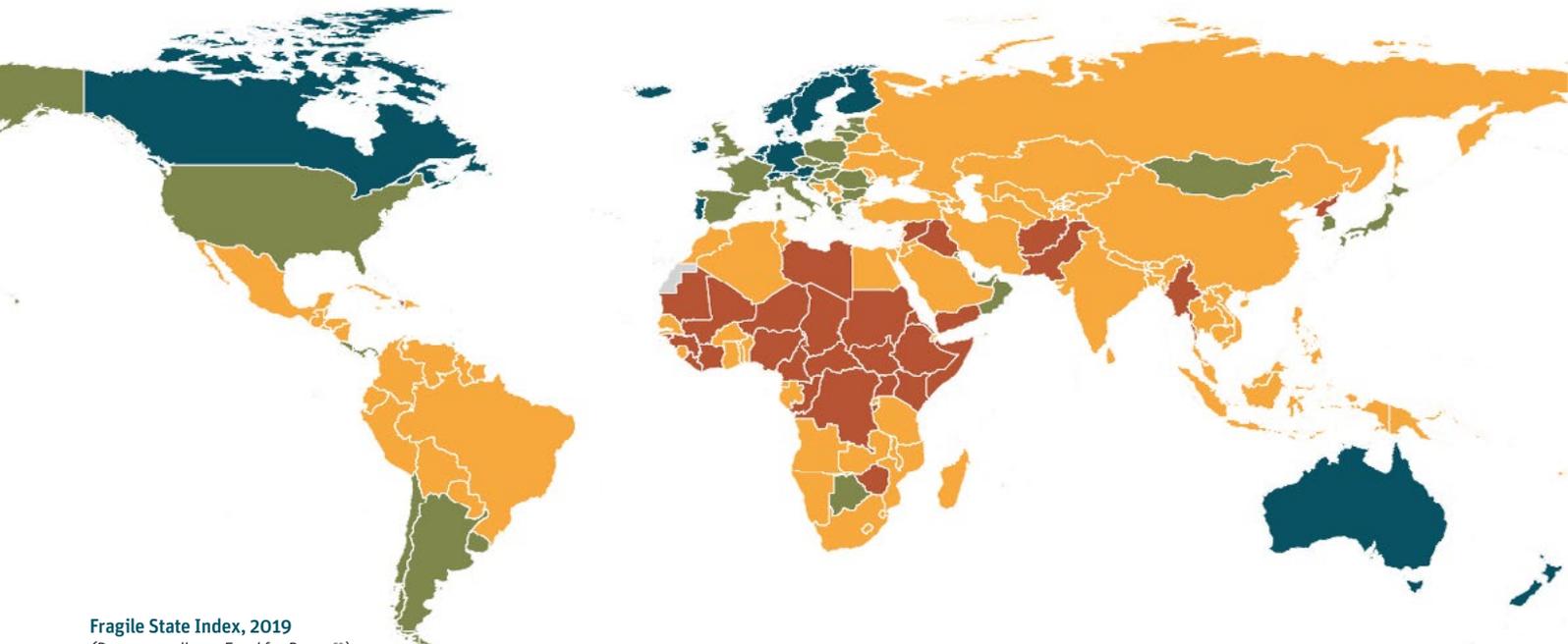
schen Tiefstand erreichte. Seither ist die Welt wieder kriegerischer geworden und es sterben wieder mehr Menschen in Auseinandersetzungen.⁵⁵

Die Zahl gewaltsamer Konflikte hat laut dem *Uppsala Conflict Data Program* (UCDP) den Höchststand seit 1975 erreicht. 131 Konflikte zählten die Experten 2017. Dabei geht es nicht nur um Auseinandersetzungen zwischen Staaten, sondern auch um Bürgerkriege oder Terror. So hat die nichtstaatliche Gewalt seit 2007 stark zugenommen, durch Terrorgruppen und Milizen wie den sogenannten Islamischen Staat, Al-Kaida oder Boko Haram. Während die Zahl derartiger Konflikte 2007 bei 23 lag, stieg sie in den folgenden zehn Jahren bis auf 82 an.⁵⁶

Fragile Regionen

Nach wie vor gefährden Terror, Konflikte oder autoritäre politische Bewegungen weltweit die Organisation von Staaten. Die meisten der besonders fragilen Länder finden sich in Afrika südlich der Sahara und in der Mena-Region. Doch auch in Südamerika oder Westasien stehen Länder unter politischem Druck. Der Zeitverlauf des Index zeigt aber ebenso: Global gesehen entwickeln sich die meisten Länder weiterhin positiv.

- alarmierend
- Warnung
- stabil
- nachhaltig
- keine Daten



Fragile State Index, 2019
(Datengrundlage: Fund for Peace⁵⁹)

Inbesondere in Zentral- und Nordafrika, im Nahen Osten und in Westasien leiden die Menschen unter extremer Gewalt. Viele Konflikte konzentrieren sich in einzelnen Staaten, wie Syrien, Jemen, Südsudan oder der Demokratischen Republik Kongo, allesamt Länder, in denen ohnehin Entwicklungsstress durch starkes Bevölkerungswachstum herrscht. Doch auch in Mexiko fordern Auseinandersetzungen zwischen paramilitärischen Gruppen und Drogenkartellen zivile Todesopfer.⁵⁷ In Konfliktregionen entwickelt sich zudem meist die Wirtschaft schlecht, soziale Ungleichheit spaltet die Gesellschaft, die Menschenrechtssituation ist miserabel und es fehlt an Vertrauen in politische Institutionen – Gründe genug, aus diesen Regionen fliehen zu wollen. Wo die Lage schlecht ist, zeigt der Index der fragilen Staaten, der von dem unabhängigen Forschungsinstitut *Fund for Peace* berechnet wird und mehr Faktoren berücksichtigt als nur die Konfliktzahl und -intensität. Unter den 20 Staaten mit den besorgniserregendsten Werten finden sich fast ausschließlich Länder in Afrika südlich der Sahara.

Wo gewaltsame Konflikte den Alltag bestimmen, fliehen die Menschen mittel- oder langfristig, weil ihnen die Lebensgrundlage fehlt oder Verfolgung droht. Laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) sind weltweit jeden Tag rund 44.000 Menschen dazu gezwungen, ihren Heimatort aus diesen Gründen zu verlassen – alle zwei Sekunden eine Person.⁵⁸ Zunächst suchen die Menschen in umliegenden Landesregionen nach sicheren Orten, an denen sie darauf warten, zurückkehren zu können. Doch oft ziehen sich Konflikte über Jahre hin und machen dies unmöglich. Längerfristig wandert ein Teil der Binnenflüchtlinge dann auch über größere Distanzen und nationale Grenzen. Diese Migration erfolgt aus Mangel an regulären Wanderungsmöglichkeiten in der Regel irregulär.

Wie und in welchem Umfang diese Wanderungen und Fluchtbewegungen stattfinden, zeigt sich in Syrien, wo seit 2011 in weiten Teilen Bürgerkrieg herrscht. Nach Angaben des *Internal Displacement Monitoring Centre* galten 2017 6,8 Millionen Syrer als *internally displaced persons* (IDPs)⁶⁰, also als innerhalb des eigenen Landes Vertriebene. Rund 4,5 Millionen haben jenseits der Grenze in der Türkei, dem Libanon oder Jordanien Zuflucht gesucht.⁶¹ Rund eine Million hat sich seit Beginn des Bürgerkriegs auf den weiteren Weg Richtung Europa gemacht, um dort einen Asylantrag zu stellen.⁶²

Nicht immer lässt sich klar trennen, wer aus wirtschaftlichen, politischen oder anderen Gründen seinen Heimatort verlässt. Dies zeigt sich unter anderem in Venezuela, wo seit 2014 rund drei Millionen Menschen das Land verlassen haben – 9,5 Prozent der gesamten Bevölkerung.⁶³ Auch andere Länder, die autoritär regiert werden, in denen aber keine akuten bewaffneten Konflikte herrschen, wie Russland, Iran, Nordkorea oder Saudi-Arabien erleben Abwanderung, soweit sie überhaupt möglich ist.⁶⁴

Zwar lässt sich kaum vorhersagen, wo künftig Kriege ausbrechen und wo sich Terrorgruppen oder autoritäre Regime ausbreiten. Doch angesichts der Tatsache, dass vielen Staaten ein funktionsfähiges politisches System fehlt und nichtstaatliche Gruppen ganze Länder destabilisieren, könnte das Konfliktrisiko mittelfristig weiter steigen – mit der entsprechenden Auswirkung auf regionale und internationale Migration.⁶⁵

6 Umweltfaktoren

Weltweit, vor allem aber in den wenig entwickelten Ländern zeigen sich mittlerweile die Folgen globaler Umweltveränderungen. Diese reichen vom Absinken des Grundwasserspiegels über die Erosion von Ackerflächen, den Verlust von Wäldern und Biodiversität bis hin zu einem Anstieg der Meeresspiegel und anderen Folgen des Klimawandels. Schon heute führen diese Veränderungen, die oft kumuliert auftreten, zu Versorgungskrisen sowie dazu, dass Menschen temporär oder langfristig ihre Lebensgrundlagen verlieren und ihre Heimatorte verlassen. Umweltfaktoren sind aber selten die einzige Ursache für Migration. Umweltschäden können andere Migrationsursachen verstärken, etwa indem sie Verteilungskonflikte schüren oder Regierungen destabilisieren. In der Regel sind es dann die ohnehin schon marginalisierten Teile der Bevölkerung, die sich auf den Weg machen. Diese Umweltmigranten bleiben aber, mangels anderer Möglichkeiten, meist im eigenen Land und landen in den Armutsvierteln der urbanen Zentren.⁶⁶

Der Zusammenhang von ökologischen Faktoren und Migration wird in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert. Auch wenn Schätzungen immer wieder nahelegen, dass Menschen künftig aufgrund von Umweltschäden in ungekanntem Ausmaß wandern werden⁶⁷, sind derartige Projektionen schwer zu erstellen, weil die Datenlage schlecht ist und kausale Zusammenhänge nur schwer zu erhärten sind.⁶⁸ Einig ist sich die Forschung jedoch darüber, dass ökologische Faktoren einen Einfluss auf die Migrationsentscheidungen von Menschen haben.⁶⁹ Denn wenn etwa steigende Meeresspiegel oder ausbleibende Niederschläge ganze Landstriche unbewohnbar machen, ist Migration der einzige Ausweg, um sich an die veränderten Bedingungen anzupassen.

Der aktuelle Bericht des Weltklimarates verdeutlicht, dass schon eine durchschnittliche Erwärmung der erdnahen Luftschichten um 1,5 Grad Celsius deutlich mehr extreme Wetterlagen wie Starkniederschläge, Stürme oder Dürren nach sich ziehen wird als heute wobei ein Grad gegenüber vorindustrieller Zeit bereits erreicht ist.⁷⁰ Die Erderwärmung dürfte sich jedoch nicht einmal auf zwei Grad begrenzen lassen, da praktisch kein Land die (unverbindlichen) Zusagen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens von 2015/2016 einhält, die Treibhausgas-Emissionen zu senken. Stattdessen steigt derzeit der globale Ausstoß von Kohlendioxid, Methan und anderen klimarelevanten Gasen. Bei anhaltendem Trend könnte aber auch langfristig mit einem Anstieg der Durchschnittstemperaturen um drei bis fünf Grad zu rechnen sein.⁷¹

Dies würde vielen Millionen von Menschen die Existenzgrundlage entziehen. Ein steigender Meeresspiegel würde küstennahe Metropolen wie Alexandria und Jakarta, weite Gebiete in Bangladesch und entlang der chinesischen Küste unbewohnbar machen und die Trinkwasserversorgung erschweren. Bereits jetzt destabilisieren häufige Fluten die Böden der Küsten und gefährden Gebäude. Durch den Boden eindringendes Meerwasser versalzt überdies viele Agrarflächen und macht sie unbrauchbar.⁷²

Das *Internal Displacement Monitoring Centre* (IDMC) sammelt laufend Daten dazu, wo Menschen durch Natur- beziehungsweise menschengemachte Umweltkatastrophen innerhalb ihrer Staaten vertrieben werden. 2017 stieg ihre Zahl auf rund 19 Millionen. Besonders betroffen waren Staaten in Ostasien und dem Pazifikraum, wo fast die Hälfte der Umweltvertriebenen herkommt. Überflutungen und Wirbelstürme hatten dabei den Hauptteil der Wanderungen zu verantworten.⁷³ Zur Klimamigration über Staatsgrenzen hinweg fehlen bislang valide Daten.

Entsprechend schwierig ist festzustellen, in welchem Ausmaß Umweltmigranten bis nach Europa kommen.⁷⁴ Allerdings beginnt der Klimawandel gerade erst, seine Folgen zu zeigen. Weitere gravierende Veränderungen lassen sich wegen der Trägheit des Klimasystems längst nicht mehr verhindern. Und wenn es der Staatengemeinschaft nicht sehr bald gelingt, die Treibhausgas-Emissionen massiv und rasch zu senken, könnte die Erderwärmung mit all ihren Folgen zu einem wichtigen Kofaktor für Migration werden.

7 Migrationspolitik

Aufnahmelande von Migranten können alleine oder im Verbund beeinflussen, wie viele Menschen mit welchen sozioökonomischen Eigenschaften einreisen. Sie haben zudem einen Einfluss darauf, wie gut Zugewanderte in ihrer neuen Heimat Fuß fassen und in die Gesellschaft integriert werden. Die derzeit genutzten Instrumente der Migrationspolitik reichen dabei von konkreten Anwerbestrategien für Hochqualifizierte bis hin zu Abwehrmaßnahmen wie einer restriktiven Asylpolitik und physischer Abschottung mit Zäunen und Grenzkontrollen. Die Politik kann jedoch nicht alles regeln. Weder lassen sich ausschließlich hochproduktive Arbeitskräfte ins Land holen noch Grenzen komplett abriegeln. Letztlich kann auch kein Land für sich alleine entscheiden, wie Migration zu regeln ist, sondern ist auf Kooperation sowohl mit den Nachbarstaaten wie auch mit den Herkunftsländern von Migranten angewiesen. Wie schwierig dies sein kann, zeigt schon die Unfähigkeit der EU, sich auf eine einheitliche Migrations- und Flüchtlingspolitik zu einigen.

Seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/2016 setzen die EU, beziehungsweise einzelne ihrer Mitgliedstaaten, zunehmend auf Abschottungsmaßnahmen. Sie sind das Resultat wachsender Widerstände auf politischer Ebene und innerhalb der eigenen Bevölkerungen gegen eine Zuwanderung, die in der jüngeren Vergangenheit nicht immer geregelt abgelaufen ist.

Diese Politik zeigt mittlerweile die von den Staaten gewünschte Wirkung. Grenzzäune in Ungarn, um die Westbalkan-Route zu schließen, das „EU-Flüchtlingspakt“ genannte Abkommen der EU mit der Türkei, der verstärkte Einsatz der Grenzschutzagentur Frontex im Mittelmeer oder fragwürdige „Deals“ mit libyschen Milizen haben die Zahl der Schutzsuchenden mehr als halbiert – von 1,3 Millionen 2015 auf 581.000 im Jahr 2018.⁷⁵ Dabei ist zu beachten, dass zwischen Einreise und Asylantrag Verzögerungen entstehen, sodass die Zahl der Anträge der Zahl der Ankünfte hinterherhinkt. Denn wer als Asylsuchender die EU erreicht, muss häufig Monate, teilweise Jahre darauf warten, bis die Behörden eine Entscheidung über den Asylantrag getroffen haben.⁷⁶

Wie sich die Migration zahlenmäßig entwickeln wird, lässt sich heute nicht abschätzen. Wahrscheinlich ist, dass sechs der sieben aufgeführten Faktoren künftig den Wunsch nach Migration wachhalten beziehungsweise verstärken werden. Weder ist damit zu rechnen, dass Bürgerkriege und andere Konflikte, die zu Fluchtmigration führen, enden, noch, dass Menschen nicht mehr anderswo nach besseren Arbeitsbedingungen oder Bildungsmöglichkeiten suchen. Damit ist und bleibt Migration eine feste Größe für die EU, unabhängig davon, ob sie regulär oder irregulär erfolgt. Umso wichtiger wäre eine bessere Kooperation innerhalb der EU und mit den Herkunftsstaaten von Migranten.⁷⁷

Die internationale Staatengemeinschaft hat die Notwendigkeit hierfür erkannt und fordert in den Nachhaltigen Entwicklungszielen eine „sichere, geordnete, reguläre und verantwortliche Migration“. Mit dem globalen Migrationspakt, den die UN-Vollversammlung im Dezember 2018 mit absoluter Mehrheit angenommen hat, existiert überdies erstmals ein Kooperationsrahmen, um Migrationspolitik global abzustimmen.⁷⁸ Der Pakt kann jedoch nur Anregungen für die weiterhin national bestimmte Einwanderungspolitik geben.⁷⁹ Doch auch auf nationaler Ebene bewegt sich etwas, etwa in Deutschland: Mit

dem Fachkräftezuwanderungsgesetz hat die Bundesregierung einen vorsichtigen Schritt getan, um reguläre Einwanderungswege vor allem für Fachkräfte auszubauen.

Das Gesetz soll die bereits existierenden Möglichkeiten der Erwerbszuwanderung erweitern und vereinfachen. So dürfen künftig alle Personen aus Drittstaaten in Deutschland arbeiten, die einen Arbeitsvertrag vorweisen können und deren Qualifikation anerkannt wurde. Auch die Gruppe derjenigen, die ohne einen Arbeitsvertrag nach Deutschland kommen können, um hier für sechs Monate nach einer Stelle zu suchen, wird ausgeweitet. Neben Akademikern betrifft dies auch Personen mit anerkannter Berufsausbildung und junge Schulabsolventen auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz.⁸⁰

Die geordnete Zuwanderung ist durch die Flüchtlingsdiskussion in der öffentlichen Debatte in den Hintergrund geraten. Diese Diskussion hält an, obwohl die Zahl der Schutzsuchenden massiv gesunken ist und die Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland dringlicher wird. Denn nicht nur Deutschland ist aufgrund des demografischen Wandels auf Zuwanderung angewiesen, früher oder später dürfte das für alle EU-Länder gelten. Bisher aber erschwert die Diskussion um die Flüchtlinge jede Regelung zur geordneten Migration auf EU-Ebene.

Auch die dazu notwendigen Regeln werden irgendwann kommen und Auswirkungen auf die künftigen Migrationszahlen haben. Insgesamt bleibt schwer abzuschätzen, wie sich die Zuwanderung nach Europa bis 2030 entwickeln wird, zumal neue politische Verwerfungen wie der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU oder der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in einigen EU-Staaten das Migrationsgeschehen zusätzlich beeinflussen werden.

Sicher ist nur, dass der Wunsch vieler Menschen aus manchen Weltregionen in die EU zu gelangen, um eine Beschäftigung oder Sicherheit zu finden, eher größer als kleiner wird. Wie gezeigt, entstehen Migrationsentscheidungen immer in einem komplexen Zusammenspiel von demografischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Faktoren. Diese Faktoren haben in den sechs in dieser Studie betrachteten Herkunftsregionen potenzieller Zuwanderer unterschiedliches Gewicht. Deshalb werden sich sowohl der Migrationsdruck in, wie auch die Nachfrage der EU nach Einwanderern aus den jeweiligen Regionen sehr unterschiedlich entwickeln.

QUALITÄT UND QUELLEN VON MIGRATIONS DATEN

Die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen fordern global eine „sichere, geordnete und reguläre Migration“.¹ Aber wie lässt sich diese Forderung in politische Programme, Gesetze und Richtlinien überführen? Wie lässt sich beurteilen, ob die entsprechenden Ziele erreicht werden? Hier kommen Migrationsdaten ins Spiel. Denn erst durch valide und verlässliche Daten werden soziale Phänomene wie Migration politisch greifbar. Eine faktenbasierte Politik ist ohne Wanderungsdaten nicht denkbar. Die SDGs und der Globale Migrationspakt versuchen, diese Probleme anzugehen und weltweite Standards bei der Erfassung von Daten zu etablieren.

Die zwei wichtigsten Indikatoren, um Migrationsbewegungen zu beschreiben, sind der Bestand an Migranten (migrant stocks) und Wanderungen (migration flows). Mithilfe dieser Kennziffern lassen sich Wanderungen der Vergangenheit beschreiben und künftige Migrationspotenziale abschätzen sowie Zusammenhänge zwischen Migrationsmustern und demografischen, wirtschaftlichen oder politischen Faktoren untersuchen. Befragungen können diese Erkenntnisse ergänzen, indem sie erfassen, wie viele Menschen in einem Land Migrationswünsche hegen oder tatsächlich planen, auszuwandern.

Die Daten zu diesen Indikatoren lassen sich aus verschiedenen und unterschiedlich validen Quellen gewinnen. Deshalb variiert die Datenqualität mitunter stark und häufig führen unterschiedliche Quellen dazu, dass Informationen zwischen Ländern nicht vergleichbar sind.

Migrant Stocks...

... beziffern die Anzahl beziehungsweise den Bestand internationaler Migrantinnen und Migranten in einem Land oder einer Region zu einem bestimmten Zeitpunkt. Das sind alle Personen, deren Geburtsland ein anderes ist, als jenes, in dem sie längerfristig leben.² Laut UN-Definition zählt dazu erst, wer sich mindestens zwölf Monate in einem anderen Land aufhält.³

Migration Flows...

... beschreiben die Anzahl internationaler Migrantinnen und Migranten, die in einem gegebenen Zeitraum in ein Land ein- oder aus diesem ausreisen, unabhängig von der Aufenthaltsdauer. Besonders für Staaten, zwischen denen keine Visumpflicht herrscht, etwa innerhalb des Schengen-Raums, sind Wanderungen oft schwer zu dokumentieren.⁴

Personen mit Migrationswünschen oder Migrationsplänen...

... sind die Menschen in einem Land, die sich wünschen in ein anderes Land auszuwandern, wenn sich dazu die Möglichkeit ergibt, beziehungsweise jene Menschen, die konkret planen, diesen Wunsch umzusetzen.⁵

Migrationsdaten werden vor allem aus nationalen Volkszählungen, aus administrativen Einträgen und aus Befragungen gewonnen. Ein Zensus ermittelt in der Regel, in welchem Land eine Person geboren wurde, welche Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in welchem Jahr ausländische Personen eingereist sind. Damit ist er die Hauptquelle für die Zahl internationaler Migranten in einem Land. Allerdings unterscheidet sich je nach Land, welche Konzepte den gestellten Fragen zugrunde liegen. Die einen erfassen etwa das Geburtsland, andere nur die Staatsangehörigkeit. Für viele Länder sind die aktuellsten Zensusdaten zudem veraltet und können somit nur als Grundlage für Schätzungen dienen.

Administrative Einträge sind Daten, die vor allem zu Verwaltungszwecken erhoben werden. Dazu zählen beispielsweise Bevölkerungsregister (in Deutschland etwa das Ausländerzentralregister), Ein- und Ausreiseinformationen aus Grenzkontrollen oder die Anzahl ausgestellter Aufenthaltserlaubnisse. Sie verwenden je nach Land häufig unterschiedliche Definitionen, beispielsweise davon, wer als Migrant gilt. Die Register spiegeln zudem lediglich bürokratische Verfahren wider, nicht aber die tatsächlichen Wanderungen.⁶ Naturgemäß können beide Quellen keine undokumentierten Wanderungen erfassen, die auch als irreguläre Migration bezeichnet werden. Selbst die besten verfügbaren Daten geben somit immer ein unvollständiges Bild wieder.

Befragungen haben gegenüber Zensus- und administrativen Daten den Vorteil, dass sie Migrationswünsche, -absichten und -pläne beschreiben, also ein Bild im Vorfeld von tatsächlichen Wanderungen geben. Allerdings sind relativ große Stichproben notwendig, um ein repräsentatives Bild von möglichen, künftigen Wanderungen zu zeichnen.⁷

Um eine detaillierte Schätzung künftiger Wanderungen zu entwickeln, nutzen Wissenschaftler unterschiedliche Methoden. Eine Möglichkeit besteht darin, mit statistischen Modellen, ausgehend von bestehenden Daten, künftige Stocks und Flows zu errechnen.⁸ Dazu müssen die Statistiker Annahmen darüber treffen, welche Faktoren sich wie auf Wanderungen auswirken. Für die finale Rechnung benötigen sie möglichst umfassende und vergleichbare Daten – sowohl für bisherige Wanderungen, als auch für die als Einflussfaktoren angenommenen Indikatoren wie etwa politische Stabilität oder sozioökonomische Ungleichheit. Dieser Ansatz stößt spätestens dort an seine Grenzen, wo Einflussgrößen nur schwer oder gar nicht quantifizierbar sind. Dies gilt etwa für soziale, psychologische oder Umweltfaktoren.⁹

Um den Problemen statistischer Modelle zu entgehen, nutzt die Wissenschaft auch qualitative Methoden. Dabei treffen Experten auf der Grundlage ihrer wissenschaftlichen Expertise Annahmen über relevante, künftige Entwicklungen. Diese subjektiven Einschätzungen dienen dazu, unterschiedliche Entwicklungsszenarien zu entwerfen, also verschiedene Varianten, wie sich die Migration entwickeln könnte.¹⁰ Wie bei den statistischen Modellen gehen aber auch die hier getroffenen Annahmen mit einem hohen Maß an Unsicherheit einher, weil viele für Migration relevante Faktoren nur schwer einzuschätzen sind.¹¹

Beide Ansätze bringen Nachteile mit sich. Aktuelle Migrationsprognosen verbinden deshalb beide Konzepte und entwickeln aus Experteneinschätzungen die Annahmen für statistische Modelle.¹²

Dieser Studie liegen sowohl die Informationen aus statistischen Modellen und Datenbanken internationaler Organisationen als auch Bevölkerungsszenarien zugrunde. Darauf bauen die Autoren eine Einschätzung der weiteren Entwicklung auf und untersuchen, wie sich diese auf das Migrationspotenzial

auswirken könnte. Dabei handelt es sich um qualitative, subjektive Einschätzungen des Berlin-Instituts, die zwar nach bester wissenschaftlicher Kenntnis erstellt sind, aber keinen Anspruch erheben, eine sichere Prognose zu geben.

Die Cepam-Szenarien

Das *Center of Expertise on Population and Demography* (Cepam) wurde 2015 während der sogenannten Flüchtlingskrise von der Europäischen Kommission und dem *International Institute for Applied Systems Analysis* (IIASA) gegründet. Ziel des Cepam ist es, die langfristige demografische Entwicklung der EU zu erforschen. Dazu gehören auch die Fragen, wie sich die Zahl der Migranten in der EU verändern könnte und welche sozioökonomischen Eigenschaften die Zugewanderten mitbringen.¹³

Das Leistungsspektrum des Cepam beinhaltet Bevölkerungsszenarien auf der Makroebene nach Geschlecht, Alter und Bildungsgrad für alle Länder der Welt. Für die EU-Mitgliedsstaaten wird zusätzlich die Arbeitsmarktbeteiligung nach Migrationsszenarien berechnet.¹⁴ In einem zweiten Modul schlüsselt das Cepam die Bevölkerungsentwicklung nach den Faktoren Einwanderungsstatus, Dauer des Aufenthalts im Zielland, Geburtsland, Sprache und Religion auf.

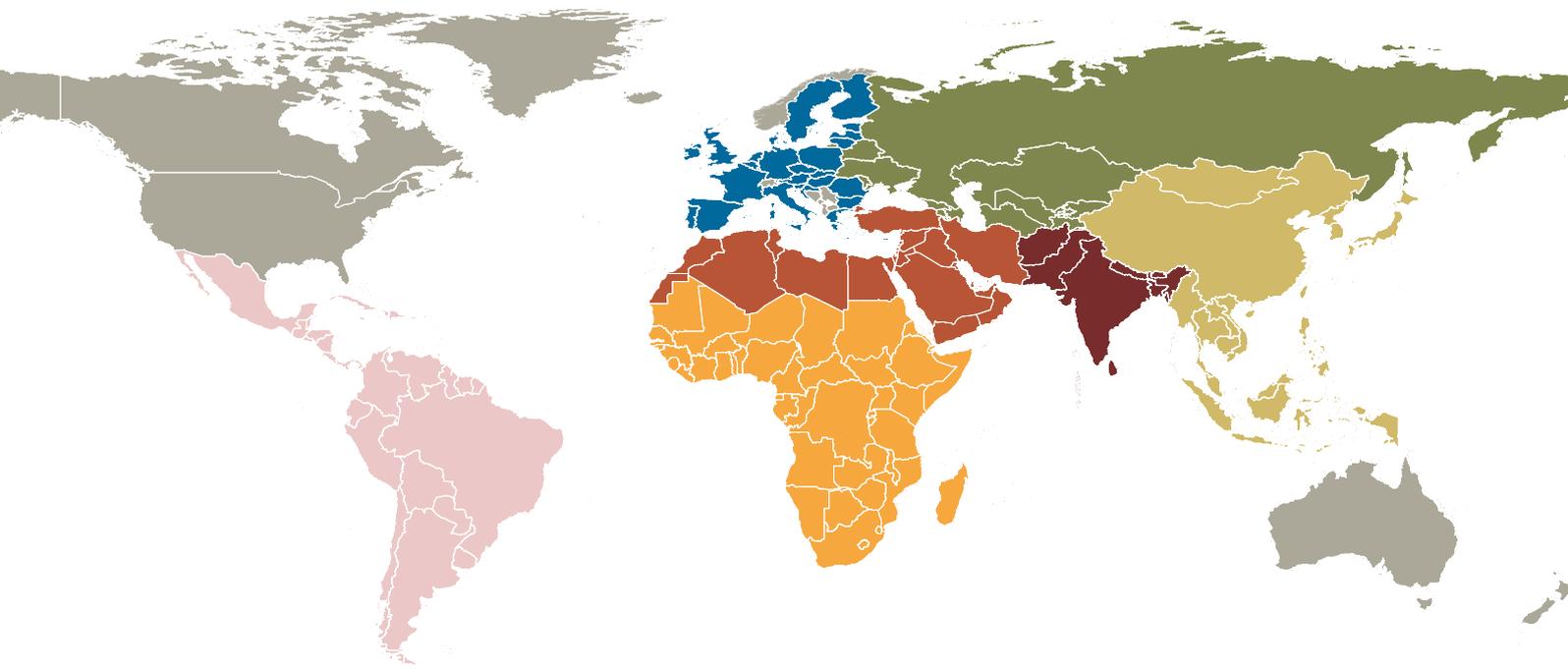
Die wichtigsten demografischen Entwicklungen bildet das Cepam in drei *Shared Socioeconomic Pathways* (SSPs) ab, also gemeinsamen sozioökonomischen Entwicklungspfaden, die jeweils einen möglichen gesellschaftlichen Weg bis 2100 beschreiben.

Das Szenario SSP2 beschreibt einen Entwicklungsweg, in dem vieles so weiterläuft wie bisher: Die Bildungswerte werden sich demnach konstant verbessern, nur wenige Menschen bleiben langfristig ohne formale Bildung. Die Migration folgt dem Langzeittrend zwischen 1960 und 2015. Für dieses Szenario werden zusätzlich je eine Variante ohne sowie eine mit doppelt so hoher Migration wie bisher berechnet. SSP1 beschreibt einen schnelleren Entwicklungsweg mit großen Investitionen in Bildung und Gesundheit. Die Geburtenraten und die Sterblichkeit der Menschen werden in diesem Szenario deutlich rascher sinken, während sich die Migration wie bisher weiterentwickelt. SSP3, das aus Entwicklungssicht schlechtestes Szenario, geht davon aus, dass bildungs- und gesundheitspolitische Anstrengungen scheitern. In der Folge steigt die Zahl der Menschen ohne formale Bildung. Die Sterblichkeit und die Geburtenziffern gehen nicht zurück. In diesem Fall wird angenommen, dass weniger Menschen wandern, weil ihnen die Möglichkeiten dazu fehlen.¹⁵

Alle Szenarien basieren auf den Daten aus Zensus, Bevölkerungsregistern und demografischen Umfragen und beziehen sich dabei auf das Referenzjahr 2015.

In der vorliegenden Studie bildet das SSP2-Szenario die Grundlage für alle demografischen Daten, sofern sie nicht anders gekennzeichnet sind, also für Bevölkerungsgrößen, Fertilitätsraten, Lebenserwartung, Alterszusammensetzung, Geschlechterverteilung sowie Wanderungssalden.

DIE SECHS BETRACHTETEN REGIONEN



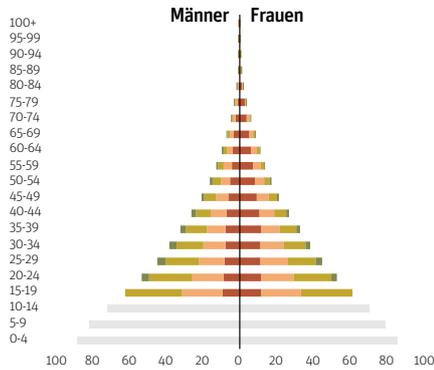
Die vorliegende Studie untersucht, welche Migrationspotenziale die Regionen Lateinamerika und Karibik, der Nahe Osten und Nordafrika (Mena inklusive Türkei), Subsahara-Afrika, Südasiens, Ost- und Südostasien sowie der postsowjetische Raum für die EU bieten. Die Regionen bilden die wichtigsten Herkunftsregionen von Migranten in der EU ab. Die Wanderungen zwischen den EU-Staaten, aus einigen

europäischen Drittstaaten sowie aus den USA, Kanada, Australien und Neuseeland sind nicht Teil der Untersuchung. Sie stellen entweder nur geringe Zahlen an Migranten in der EU oder lassen sich nicht sinnvoll in andere Großregionen integrieren. Am Ende der Regionalkapitel stehen jeweils drei Länderbeispiele, um die Unterschiede innerhalb der Regionen zu illustrieren.

- Subsahara-Afrika
- Mena (inklusive Türkei)
- Südasiens
- Ost- und Südostasien
- postsowjetischer Raum
- Lateinamerika und Karibik
- EU-28
- nicht analysiert

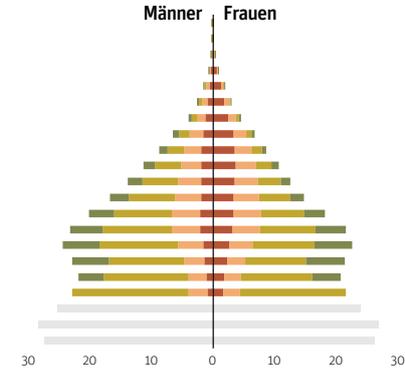
Subsahara-Afrika

Gesamtbevölkerung: 1,2 Milliarden
+ 24,8 Prozent bis 2030



Mena

Gesamtbevölkerung: 548 Millionen
+ 13,1 Prozent bis 2030



Aus den Bevölkerungspyramiden der EU und der sechs untersuchten Weltregionen wird deutlich, wie sich die globalen Migrationsbewegungen entwickeln: Vor allem in der EU aber auch in Ost- und Südostasien und im postsowjetischen Raum wächst aufgrund der Alterung der Bedarf an Zuwanderung. Das größte Migrationspotenzial besteht in Afrika südlich der Sahara.

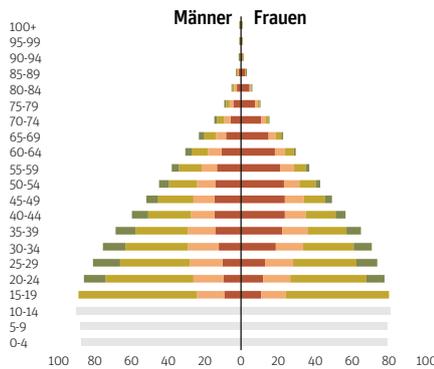
Bevölkerung nach Altersgruppen und Bildungsstand in den betrachteten Regionen und der EU-28, in Millionen, 2020

(Datengrundlage: Cepam¹)

- ☐ unter 15
- ☐ keine Bildung
- ☐ Primarbildung
- ☐ Sekundarbildung
- ☐ Postsekundarbildung

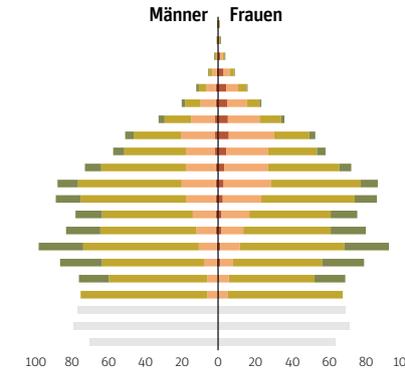
Südasien

Gesamtbevölkerung: 1,9 Milliarden
+ 10,5 Prozent bis 2030



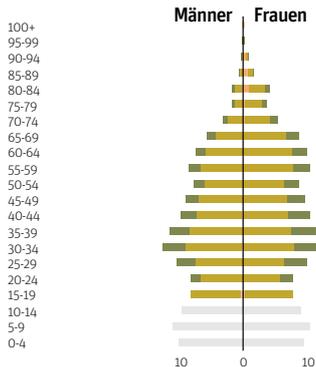
Ost- und Südostasien

Gesamtbevölkerung: 2,3 Milliarden
+ 2,2 Prozent bis 2030



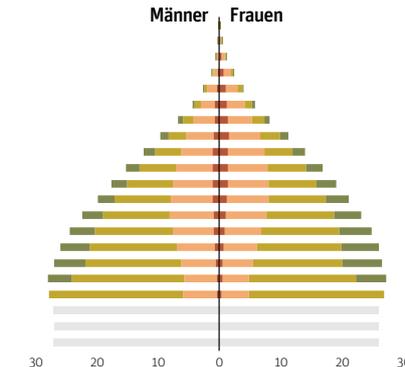
Postsowjetischer Raum

Gesamtbevölkerung: 290 Millionen
+ 0,1 Prozent bis 2030



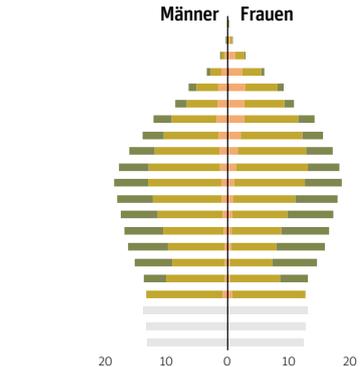
Lateinamerika und Karibik

Gesamtbevölkerung: 663 Millionen
+ 7,6 Prozent bis 2030



EU-28

Gesamtbevölkerung: 510 Millionen
+ 0,4 Prozent bis 2030



1 | SUBSAHARA-AFRIKA

Europa und Afrika sind seit Jahrhunderten durch Wanderungen miteinander verflochten. Europäische Siedler, Soldaten und Kolonialbeamte hatten den Kontinent seit dem 19. Jahrhundert zum Ziel. Die Migrationswege kehrten sich im 20. Jahrhundert mit dem Ende der Kolonialzeit um, als viele einst eingewanderte Europäer nebst ihren Nachkommen zurückkehrten. Mit ihnen kamen vermehrt auch Afrikaner – als Arbeitskräfte, Studenten oder im Rahmen des Familiennachzugs. Diese Migration erfolgte lange Zeit auf legalem Wege. Seit 2008 ist diese Form der Zuwanderung als Folge der Finanzkrise deutlich zurückgegangen. Dafür hat die irreguläre Migration seit einigen Jahren stark zugenommen.¹

Afrika südlich der Sahara (zu Nordafrika siehe Kapitel Mena auf ► S. 41) erlebt weltweit das mit Abstand höchste Bevölkerungswachstum und verfügt über die jüngste Einwohnerschaft. Gegenwärtig leben dort 1,1 Milliarden Menschen. Das mittlere Cepam-Szenario geht davon aus, dass sich diese Zahl bis 2050 fast verdoppelt. Dabei ist bereits unterstellt, dass sich dort bis dahin die durchschnittlichen Kinderzahlen je Frau im Rahmen einer gesellschaftlichen Entwicklung von heute 4,8 auf 2,3 reduzieren. Während Subsahara-Afrika heute 14 Prozent der Weltbevölkerung stellt, dürften es 2050 rund 22 Prozent sein.²

Die Region ist auch jene mit dem weltweit größten Entwicklungsrückstand. Eine Industrialisierung ist erst in wenigen Ländern zu beobachten, die meisten Menschen leben

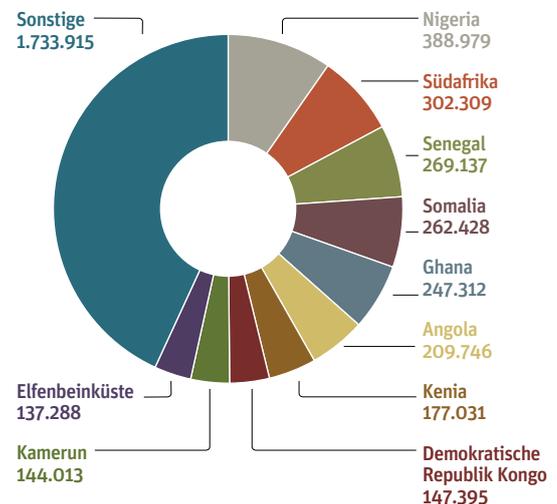
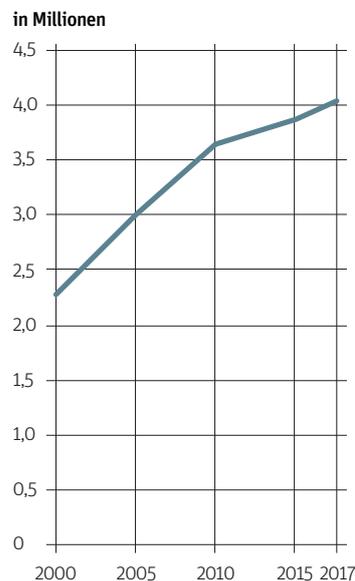
noch von der Landwirtschaft und kommen oft nicht über die Existenz als Subsistenzbauern hinaus. Armut ist weitverbreitet, weshalb der demografische Übergang, jene sozioökonomische Entwicklung, die mit der Ausbreitung von Wohlstand und Bildung zu neuen Lebensperspektiven und zu geringeren Nachwuchszahlen führt, nur stockend vorankommt.

Auch wenn Subsahara-Afrika seit dem Jahr 2000 ein jährliches Wirtschaftswachstum von durchschnittlich etwa vier Prozent aufweist, wächst die Ökonomie zu langsam und die Bevölkerung zu schnell, um die Armut merklich zu reduzieren.³ Daraus resultiert ein hohes soziales Konfliktpotenzial, das mit politischen Unruhen einhergehen kann. Das bedeutet potenziell eine hohe Migrationswahrscheinlichkeit, nicht nur, aber auch in Richtung Europa.

Gebremster Anstieg

Die meisten Zuwanderer aus Subsahara-Afrika in die EU stammten 2017 aus Nigeria, dem bei weitem einwohnerstärksten Land der Region. Familiennachzug und Studium waren dabei die Hauptgründe. Anders ist das bei Migranten aus Krisen- oder Bürgerkriegsländern wie Eritrea oder Somalia: Wer von dort kommt, stellt in der Regel einen Asylantrag.

Internationale Migranten aus Ländern Subsahara-Afrikas in der EU, 2000 bis 2017, und nach Herkunftsländern, 2017
(Datengrundlage: UN DESA¹⁰)



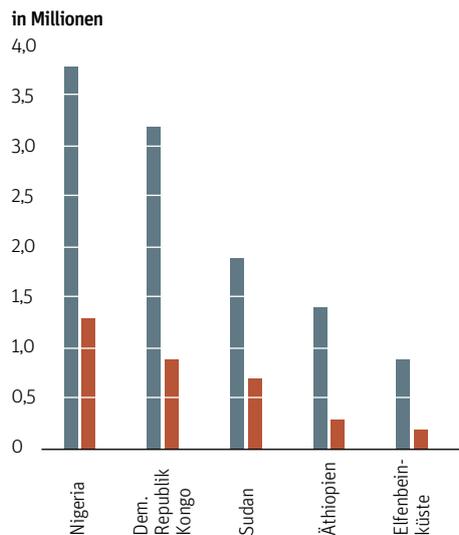
Viele wollen weg

In keiner Weltregion ist der Wunsch abzuwandern größer als in Afrika. Die aus Befragungen bekannten Werte klingen aber dramatischer als die Realität. Denn weniger als ein Prozent der Bevölkerung auf dem gesamten Kontinent trifft auch konkrete Vorbereitungen für eine Migration. Davon macht sich nur gut ein Zehntel schlussendlich auf den Weg. Und der führt die Migranten meist in die Nachbarländer und nur zu einem kleinen Teil bis Europa.

Anzahl über 15-Jähriger, die planen auszuwandern oder sich darauf vorbereiten, Länderauswahl, in Millionen, 2010 bis 2015

(Datengrundlage: Gallup World Poll nach Laczko, Tjaden, Auer 2017¹³)

■ Plan
■ Vorbereitung



Status quo der Migration aus Subsahara-Afrika

Die Zahl der Afrikaner, die nicht im Land ihrer Geburt leben, hat sich seit dem Ende der Kolonialzeit etwa vervierfacht, auf 36 Millionen im Jahr 2017. Damit ist die Diaspora etwa genauso schnell gewachsen wie die Gesamtbevölkerung Afrikas. Ihr Anteil pendelt seit 1960 zwischen 2,6 und 3,2 Prozent, 2017 waren es 2,9 Prozent.⁴

Annähernd zwei Drittel der Diaspora, rund 25 Millionen Menschen, leben in einem anderen afrikanischen Land.⁵ Innerhalb Subsahara-Afrikas wandern die Menschen vor allem in nahe gelegene, wirtschaftlich weiter entwickelte Länder mit besseren Jobmöglichkeiten. Große Länder wie Südafrika, Nigeria und Äthiopien, die in Europa oft als Auswanderungsländer wahrgenommen werden, sind im Saldo Zuwanderungsländer.⁶

Das liegt auch daran, dass Subsahara-Afrika viele Geflüchtete beherbergt. 6,3 Millionen waren 2017 registriert, vor allem aus Eritrea, Somalia, Südsudan oder der Demokratischen Republik Kongo. Weitere 14,5 Millionen

Personen waren Flüchtlinge im eigenen Land, vor allem im Sudan, in der Demokratischen Republik Kongo und Nigeria.⁷

In Afrika südlich der Sahara waren die meisten Menschen lange Zeit viel zu arm, um lange Distanzen zu überbrücken. Doch mittlerweile haben sich sowohl Zahl wie auch Anteil der Übersee-Wanderer deutlich erhöht – Tendenz weiter steigend. In den letzten Jahren blieben nur noch 70 Prozent aller Migranten in Afrika, 30 Prozent verließen den Kontinent. Die eine Hälfte davon zog nach Europa, die anderen in die Golfstaaten und nach Nordamerika.⁸ Insgesamt haben im Zeitraum von 2010 bis 2017 1,4 Millionen Menschen aus Subsahara-Afrika erstmalig eine Aufenthaltserlaubnis in einem EU-Mitgliedsstaat erhalten, die meisten von ihnen zum Zweck der Familienzusammenführung. Die übrigen waren vor allem internationale Studenten und Arbeitsmigranten. Im selben Zeitraum haben in der EU etwa eine Millionen Personen aus den Ländern Subsahara-Afrikas erstmals einen Asylantrag gestellt.⁹

Von den 420 Millionen Einwohnern der westlichen EU (in den Ländern, die durch die Osterweiterung Teil der EU wurden, lebten 2017 sehr wenige Menschen afrikanischen Ursprungs) sind 3,9 Millionen, also etwas unter einem Prozent, in Subsahara-Afrika geboren. Gegenüber 2010 entspricht das einer Zunahme von zehn Prozent.¹¹

Die europäischen Zielregionen von Migranten aus Subsahara-Afrika haben sich über die letzten 30 Jahre ausgeweitet. In den zwei bis drei Jahrzehnten nach dem Ende der Kolonialzeit waren dies vor allem die ehemaligen Kolonialmächte Belgien, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Portugal, wohin bereits Netzwerke bestanden und wo die sprachlichen Barrieren gering waren. Bis heute sind dies die wichtigsten Wohnorte von Menschen mit Herkunft aus Subsahara-Afrika in Europa. Mittlerweile zieht es sie aber auch in größeren Zahlen in andere EU-Länder, vor allem nach Deutschland, Italien, Österreich, Schweden und Spanien.

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Wer heutzutage durch die Straßen einer subsaharischen Großstadt, zum Beispiel in Senegal oder Äthiopien, geht und wahllos junge Menschen danach fragt, ob sie sich eine Auswanderung vorstellen können, der erhält meist die Antwort: „Wir wollen alle weg.“ Offizielle Erhebungen stützen dieses Bild. Auf die Frage: „Würden Sie in ein anderes Land auswandern, wenn Sie die Möglichkeit dazu hätten“, antworteten in Ghana und Nigeria rund 75 Prozent und in Kenia und Südafrika über 50 Prozent aller Befragten „Ja“. Im weltweiten Vergleich ist der Migrationswunsch in Subsahara-Afrika und dort speziell in Zentral- und Westafrika am höchsten.¹²

Dieser erste Eindruck deckt sich jedoch nicht mit der Migrationsrealität. Die repräsentative Befragung des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Gallup gibt da schon genauere Antworten. Sie wurde zwischen 2010 und

2015 in 160 Ländern weltweit durchgeführt und hat auch Afrika detailliert erfasst (eine separate Analyse für Subsahara-Afrika gibt es nicht). Demnach erklärten rund 30 Prozent der über 15-jährigen Afrikaner, sie hätten den Wunsch, vorübergehend oder permanent in ein anderes Land zu ziehen. Das wären nach heutigem Bevölkerungsstand etwas über 208 Millionen Menschen.

Diese Antworten spiegeln aber lediglich die Tatsache wider, dass diese Menschen generell unzufrieden mit ihren Entfaltungsmöglichkeiten sind. Denn nur vier bis sieben Prozent gaben auf Nachfrage an, sie hätten *tatsächlich den Plan*, innerhalb der nächsten zwölf Monate zu migrieren. Noch weniger, nämlich gerade mal ein Prozent hatte *konkrete Schritte* für eine Auswanderung unternommen, sich etwa um notwendige Papiere gekümmert oder finanzielle Mittel besorgt. Schlussendlich waren es etwas über 0,12 Prozent, in Zahlen etwa 1,3 Millionen, die sich pro Jahr zwischen 2010 und 2015 auf den Weg in ein anderes Land gemacht haben. Bis nach Europa sind pro Jahr nur 400.000 bis 500.000 Afrikaner gekommen. 43 Prozent von ihnen stammten aus Subsahara-Afrika.¹⁴ Die wichtigsten Herkunftsländer (zwischen 2010 und 2017) waren Nigeria, Eritrea, Senegal und Somalia.¹⁵

Einflussgrößen für künftige Migration aus Subsahara-Afrika

1 Demografische Faktoren

Die Bevölkerungszahlen in den Ländern südlich der Sahara haben sich in den vergangenen 25 Jahren verdoppelt. Allein bis 2030 wird Subsahara-Afrikas Bevölkerung von heute 1,1 auf über 1,4 Milliarden Menschen anwachsen, was das stärkste Wachstum aller sechs in dieser Studie betrachteten Weltregionen ist.

Mit der bisherigen Verdopplung der Bevölkerung seit Anfang der 1990er Jahre ging auch eine Verdopplung der Auswanderung nach Europa einher. Wäre dies der einzige Faktor für künftige Migration, dann wäre statt jährlich mit 400.000 bis 500.000 Migranten wie in der Phase zwischen 2010 und 2017 im Jahr 2030 mit 540.000 bis 675.000 Personen aus Subsahara-Afrika zu rechnen.

Aber auch andere demografische Gründe sprechen für einen wachsenden Migrationsdruck: Die meisten Länder der Region stehen in jener Phase des demografischen Übergangs, in der die Geburtenziffern erst noch zurückgehen. Damit verändert sich die für arme Länder typische Bevölkerungspyramide und der Schwerpunkt der Bevölkerung verlagert sich von den Kinderjahrgängen wie eine Beule in Richtung der jungen Menschen im Erwerbsalter. Diese Gruppe wächst dann für eine Weile schneller als die Gesamtbevölkerung.

Im Prinzip könnten die Länder von dieser Situation profitieren, denn solange viele Menschen im wirtschaftlich aktiven Alter sind und eine sinkende Zahl junger sowie noch wenige alte Menschen zu versorgen sind, kann die Wirtschaft florieren. Voraussetzung dafür ist, dass die starken Jahrgänge im jungen Erwerbsalter auch eine bezahlte Arbeit finden und dass ihr Bildungsniveau kontinuierlich steigt, damit sie Schritt für Schritt in höhere Stufen der wirtschaftlichen Wertschöpfung aufsteigen und eine demografische Dividende einfahren können (siehe Erklärung zur demografischen Dividende auf ► S. 17).

Von einer solchen Situation sind die meisten Länder Subsahara-Afrikas noch weit entfernt. Denn weil die Geburtenziffern nur langsam sinken, wird Subsahara-Afrika als Ganzes erst um das Jahr 2055 herum jene Bevölkerungsstruktur erlangen, die eine demografische Dividende ermöglicht. Für manche Länder wie Äthiopien oder Ruanda, wo die Geburtenziffern derzeit dank einer vergleichsweise guten sozioökonomischen Entwicklung rasch

sinken, gilt das schon früher; für andere wie Niger, Angola oder Nigeria, wo die Kinderzahlen je Frau bisher kaum zurückgehen, erst später.¹⁷

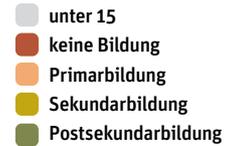
Zudem gibt es viel zu wenige Jobs für die jungen Menschen, die in den Arbeitsmarkt hineinwachsen. Aktuell erreichen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent jährlich zehn bis zwölf Millionen Personen das Erwerbsalter. Aber nur etwa drei Millionen finden formale Arbeitsplätze.¹⁸ Die meisten jungen Menschen finden zwar irgendeine Art der informellen Beschäftigung, etwa in Familienbetrieben, aber die ist in der Regel schlecht oder gar nicht bezahlt. Aus solchen Jobs resultieren auch keine Steuereinnahmen für den Staat. Deshalb droht vielerorts anstelle einer demografischen Dividende ein demografisches Desaster, eine Situation, in der ein großer Jugendüberhang zu Frustration unter der jungen Bevölkerung, zu sozialen Unruhen und politischer Instabilität führen kann¹⁹ – und zu mehr Migration, denn junge Erwachsene stellen jene Gruppe, die sich am häufigsten auf internationale Wanderschaft begibt.

Verstädterung fördert Wanderung

Ein weiterer demografischer Faktor für mehr Migration ist die Urbanisierung. Nirgendwo schreitet die Verstädterung schneller voran als in Subsahara-Afrika. Zwar wohnen dort bisher anteilmäßig weniger Menschen in Städten als im Rest der Welt, aber binnen 25 Jahren wird sich deren Zahl verdoppeln, auf dann 940 Millionen. Während die Bevölkerung in Subsahara-Afrika jedes Jahr um 2,7 Prozent wächst, legt sie in den Städten um 4,2 Prozent zu. Diese sind hauptverantwortlich für die Wirtschaftskraft der Länder und für das Entstehen von Mittelschichten.²⁰ Länder mit einem höheren Urbanisierungsgrad sind tendenziell weiter entwickelt als solche mit einem niedrigen.²¹ Demgegenüber sind die ländlichen Gebiete meist strukturschwach und verzeichnen höhere Fertilitätsraten als die urbanen Zentren.²²

Unterschiedlich weit entwickelt

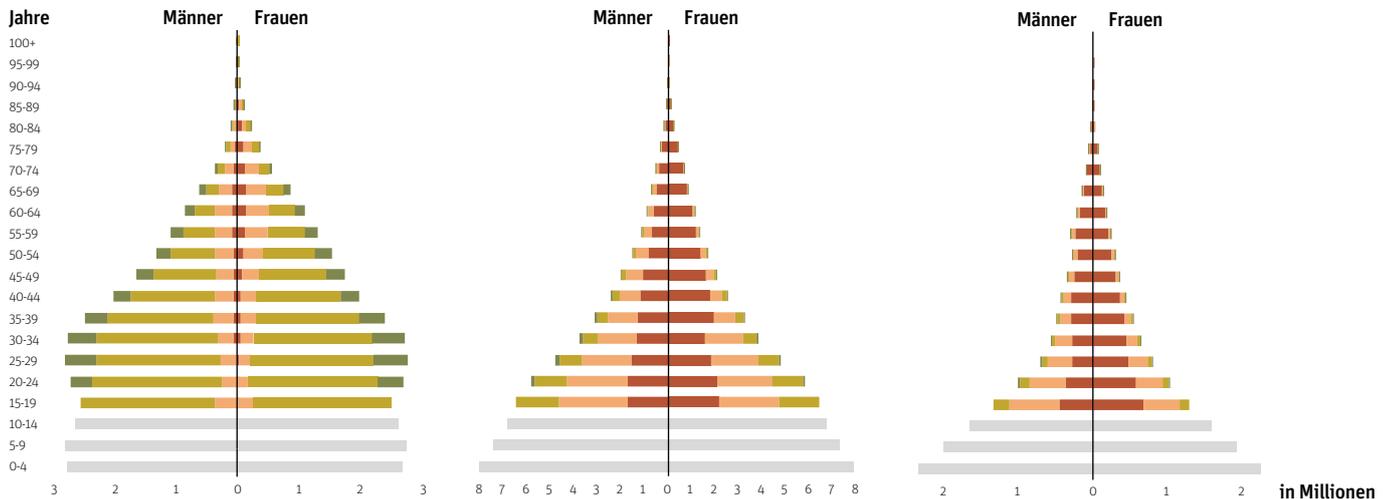
Die Länder Subsahara-Afrikas befinden sich in unterschiedlichen Stadien des demografischen Übergangs. Während in Südafrika die Kinderzahlen je Frau bereits auf 2,4 gesunken sind, liegen sie in Äthiopien noch bei 4,1 und in Niger sogar bei 6,8. Entsprechend unterscheidet sich der Bevölkerungsaufbau der Länder. In Südafrika wächst bereits der Anteil der Älteren, in Niger spielen die jüngeren Jahrgänge mit Abstand die größte Rolle. Die Unterschiede in den Geburtenziffern hängen direkt mit dem Bildungsgrad der Bevölkerung zusammen, denn mehr Bildung bedeutet in armen Ländern weniger Nachwuchs.



Südafrika Gesamtbevölkerung: 59 Millionen

Äthiopien Gesamtbevölkerung: 113 Millionen

Niger Gesamtbevölkerung: 24 Millionen



Bevölkerung nach Altersgruppen und Bildungsstand, Südafrika, Äthiopien, Niger, in Millionen, 2020

(Datengrundlage: Cepam²⁵)

Die rasche Urbanisierung hat deshalb zwei gegenläufige Effekte: Einerseits wird sie mittelfristig die internationale Migration fördern, weil in den Städten mehr Menschen an Mittel und Informationen kommen, die für eine Wanderung nötig sind. Andererseits kann die Urbanisierung langfristig das Bevölkerungswachstum bremsen und die sozioökonomische Entwicklung befördern, so dass sich dadurch der Migrationsdruck reduziert.

2 Bildung

Bildung erhöht die Wahrscheinlichkeit für eine Migration. So waren die Migranten, die zwischen 2010 und 2017 aus Subsahara-Afrika nach Europa kamen, im Schnitt deutlich besser gebildet als die Gesamtbevölkerung ihrer Herkunftsländer. Über die Hälfte von ihnen hatte einen Abschluss einer weiterfüh-

renden Schule oder einer Hochschule. Sie waren überwiegend männlich, im Alter von 20 bis 30 Jahren und hatten entgegen weitläufiger Vorstellungen zu über 50 Prozent zuvor einen Job in ihrer Heimat.²³

Insgesamt aber haben die Menschen in Afrika südlich der Sahara im weltweiten Vergleich den niedrigsten Bildungsstand. Dieses Defizit ist ein Grund für die geringe Abwanderungsrate aus dieser Region, denn wenig Bildung bedeutet in der Regel Armut. Besonders dramatisch ist die Bildungssituation in den Sahelländern, also jenen Staaten an den südlichen Ausläufern der Sahara, sowie in Nigeria. Im Schnitt können hier 40 Prozent der 25- bis 64-Jährigen nicht lesen und schreiben. Selbst unter den jüngeren Nachwuchsjahrgängen, also jenen, die sich künftig um ihre Länder verdient machen könnten, verfügt in manchen Ländern nicht einmal die Hälfte über derartige Basisfähigkeiten.²⁴

Ohne ausreichende Bildung dürfte die heutige Jugend Subsahara-Afrikas kaum in der Lage sein, eine Beschäftigung jenseits der einfachen Landwirtschaft oder des informellen Bereiches, geschweige denn den Anschluss an die Wissensökonomien des 21. Jahrhunderts zu finden. Massive Investitionen in den Bildungssektor sind deshalb unerlässlich.

Mehr Bildung versetzt mehr Menschen in die Lage eine Wanderung zu planen und zu finanzieren und befördert damit Migration. Trotzdem ist ein höheres Bildungsniveau für Subsahara-Afrika ohne Alternative, denn ohne Bildung bliebe die Region in einem Kreislauf aus Unterentwicklung, hohem Bevölkerungswachstum und wachsender Krisenanfälligkeit gefangen. Welchen Einfluss Bildung auf die Entwicklungsmöglichkeiten und die Migrationszahlen der Zukunft haben

kann, haben Wissenschaftler des *Wittgenstein Center for Demography and Global Human Capital* in drei Szenarien berechnet:²⁶

Im ersten, dem „SDG-Szenario“, würden die Bildungsinvestitionen nach dem Vorbild der erfolgreichsten asiatischen Tigerstaaten wie Südkorea oder Singapur verlaufen. Alle Jugendlichen hätten die Möglichkeit, zumindest eine Sekundarschulbildung abzuschließen. Ein wachsender Anteil der jungen Menschen würde ein Studium aufnehmen und auch die Entwicklung der armen Länder würde sich stark beschleunigen. Die Bevölkerung Subsahara-Afrikas wüchse von 969 Millionen im Basisjahr 2015 bis 2030 auf lediglich 1,3 Milliarden an.

Das zweite, das „Weiter-wie-bisher-Szenario“, geht davon aus, dass sich die globale Bildungslandschaft unverändert weiterentwickelt. Das wäre ein großer Fortschritt für die Region, denn dieses Modell baut vor allem auf den allgemeinen Bildungsfortschritten der Riesenländer Indien und China auf, die

deutlich über jenen in Subsahara-Afrika liegen. Gelänge dies dort, käme die Bevölkerung bis 2030 auf 1,4 Milliarden Menschen.

Das dritte „Stagnationsszenario“ geht davon aus, dass die Einschulungsraten auf heutigem Niveau bleiben, die absolute Zahl der Kinder, die nie eine Schule oder nur eine Grundschule besuchen, also in Folge des Bevölkerungswachstums zunimmt. Die Welt zerfiele immer mehr in Regionen mit hohem Bildungs- und Entwicklungsstand und solchen mit stagnierender Entwicklung, darunter die meisten afrikanischen Länder. Die Bevölkerung Subsahara-Afrikas wüchse unter diesen Bedingungen bis 2030 auf 1,5 Milliarden. Im Vergleich zu Szenario 1 wäre das ein Unterschied von 209 Millionen Menschen, was etwa der heutigen Bevölkerung Nigerias entspricht.

Szenario Zwei ist nach heutigem Kenntnisstand das wahrscheinlichste. Es bedeutet für Subsahara-Afrika mittelfristig steigende Bildungswerte und damit ein wachsendes Migrationspotenzial. Bildung ist also ein

weiterer Faktor, der neben dem dem Bevölkerungswachstum für mehr Migration spricht.

3 Wirtschaftliche Faktoren

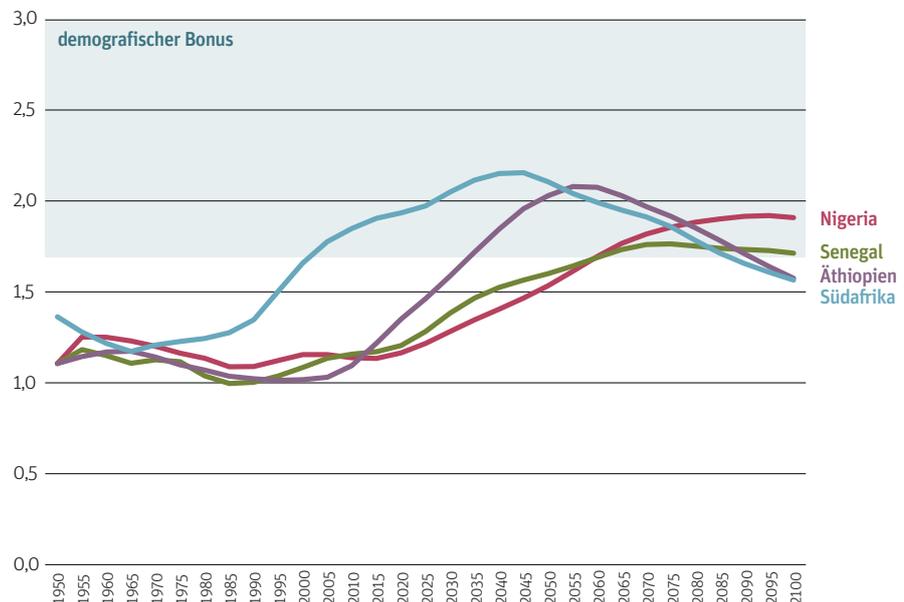
Ein Hauptgrund für die im Vergleich zum Rest der Welt geringen Abwanderungsraten aus Subsahara-Afrika ist die verbreitete Armut, welche eine internationale Migration für weite Bevölkerungskreise gar nicht zulässt. Daran wird sich auch bis 2030 nur wenig ändern. Besonders arme Länder wie Burundi, die Zentralafrikanische Republik oder die Demokratische Republik Kongo erreichen nicht einmal ein Pro-Kopf-BIP von 1.000 US-Dollar pro Jahr.²⁷ Die Arbeitslosigkeit ist hoch und die Löhne sind wegen des Überangebots an Arbeitskräften niedrig. Abwanderung findet in der Regel nur in etwas weiter entwickelte Nachbarländer statt, wo die Menschen erwarten, überhaupt einen Job zu bekommen.²⁸ Ein besseres Einkommen erhalten sie selten, denn die Verdienstunterschiede zwischen den einzelnen Ländern sind meist nur gering.²⁹

Der lange Weg zum Aufschwung

Südafrika ist eines der wenigen Länder Subsahara-Afrikas, die heute schon von einer demografischen Dividende profitieren können. In Äthiopien, wo die Kinderzahlen je Frau in der jüngeren Vergangenheit stark gesunken sind, öffnet sich das Fenster für einen möglichen, demografisch bedingten Entwicklungsschub 2035. Andere Länder, in denen die Geburtenziffern nur zögerlich sinken, müssen noch wesentlich länger auf diese Chance warten.

Anzahl der 15- bis 64-Jährigen im Verhältnis zu einer Person im Alter von 0 bis 14 oder 65 und älter

(Datengrundlage: UN DESA¹⁶)



Migranten entstammen im Wesentlichen aus der Mittelschicht. Die Afrikanische Entwicklungsbank erwartet für Subsahara-Afrika 2019 ein Wirtschaftswachstum von 4,1 Prozent, was relativ wenig für Länder im ökonomischen Aufholprozess ist.³⁰ Aber auch damit wachsen die Mittelschichten und damit die Zahl potenzieller Migranten. Die Phase des erhöhten Wanderungsdrucks wird für diese Bevölkerungsgruppe über Jahrzehnte anhalten, denn die Mittelschichten werden bis 2030 auf keinen Fall reich genug sein, um die Migrationswahrscheinlichkeit wieder zu reduzieren. Erst wenn das Pro-Kopf-BIP pro Jahr eine Höhe von 7.000 bis 13.000 US-Dollar (kaufkraftbereinigt) erreicht, schwächt sich erfahrungsgemäß die Auswanderung wieder ab.³¹

Soweit sind in Subsahara-Afrika allenfalls kleine Inselstaaten wie Mauritius oder die Seychellen. Länder wie Senegal oder Nigeria kommen nur auf ein BIP pro Kopf und Jahr von 3.140 respektive 5.350 US-Dollar. Sie liegen also genau in dem Bereich, in dem eine Auswanderung für eine größere Zahl von Menschen bereits finanzierbar ist und deshalb wahrscheinlicher wird.³²

Dabei ist es vor allem das Wohlstandsgefälle zu Europa, das eine Migration dorthin erstrebenswert macht. So liegt das durchschnittliche Pro-Kopf-BIP in Subsahara-Afrika bei 3.500, in der EU aber bei 37.200 US-Dollar. Selbst die ärmsten EU-Staaten Bulgarien und Rumänien kommen noch auf 18.600 respektive 23.500 US-Dollar.³³

Was Europa zusätzlich attraktiv erscheinen lässt, ist die berechtigte Vorstellung von einer besseren Versorgung und mehr Gleichheit. Subsahara-Afrika gehört zu den Regionen, wo der Wohlstand weltweit am ungerechtesten verteilt ist.³⁴ Der Lebensstandard, gemessen an der Lebenserwartung, ist im globalen Vergleich der niedrigste. Heute Geborene haben im Schnitt lediglich 60 Jahre vor sich, zwölf Jahre weniger als ein durchschnittlicher Erdenbürger.³⁵ Der *Human Development*

Index (HDI) der Vereinten Nationen listet fast alle Länder der Region in der niedrigsten Kategorie der Entwicklung auf, zwölf schaffen es in die mittlere Kategorie. Zwei kleine Inselstaaten und die mit großem Rohstoffreichtum gesegneten Länder Botsuana und Gabun tragen das Etikett „hoher Entwicklungsstand“. In der höchsten Stufe findet sich kein einziges Land der Region.³⁶

Das erhebliche Wohlstandsgefälle zwischen Afrika südlich der Sahara und der EU bleibt somit längerfristig bestehen. Es hält den Migrationsanreiz hoch, während jede wirtschaftliche Entwicklung in der Region die Möglichkeiten für eine Wanderung verbessern.

4 Netzwerke und Diaspora

Die meisten Migranten aus Subsahara-Afrika halten engen Kontakt mit Freunden und Verwandten aus der Heimat und tauschen sich über Job- und Einkommensmöglichkeiten in den Zielländern aus.³⁷ Dabei wird der Traum vom besseren Leben jenseits von Afrika allerdings durch über soziale Medien transportierte Erfolgsgeschichten überhöht. Auch wenn sich für viele Menschen die Erwartungen an ein erfolgreiches Leben in Europa nicht erfüllen, kommunizieren sie aus Scham selten ein Scheitern oder warnen Daheimgebliebene davor, es ihnen nachzutun.³⁸ Ohnehin üben Familien mancherorts einen hohen sozialen Druck auf junge Erwerbsfähige in ihrem Kreise aus, ins Ausland zu gehen um dort ein Einkommen zu erwirtschaften und die Verwandten in der Heimat zu unterstützen.³⁹ Migration gilt als Erfolgsmodell, auch wenn die Realität dies oft nur an Einzelfällen widerspiegelt. Die Diaspora wird deshalb auch bei künftigen Wanderungen nach Europa ein treibender Faktor bleiben. Das gilt auch, weil unter den Abgewanderten überproportional viele junge Männer sind, die je nach Aufenthaltsstatus später ihre Ehefrauen oder Kinder über den Familiennachzug nachholen können.

Bisher lebt in den Ländern der EU gemessen an der Gesamtbevölkerung ihrer Herkunftsländer nur eine kleine Diaspora aus Subsahara-Afrika: Aus Niger oder Mali sind nur 0,05 respektive 0,5 Prozent in die EU abgewandert. Aus Nigeria, wo die Hälfte aller Westafrikaner lebt, 0,2 Prozent.⁴⁰ Existierende Netzwerke, aber auch historische Handelsbeziehungen sorgen bisher dafür, dass die Migranten in Europa überwiegend in den ehemaligen Kolonialmächten dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Portugal zu finden sind. Wegen der Nähe zu Afrika zählt mittlerweile auch Italien zu den Ländern mit vergleichsweise vielen Migranten aus der Region. Fast drei Viertel der rund vier Millionen Einwanderer aus Subsahara-Afrika lebten 2017 in diesen vier EU-Ländern.⁴¹

5 Konflikte und politische Faktoren

Bei Bürgerkriegen und politischer Repression fliehen Menschen üblicherweise zunächst an einen sicheren Ort im eigenen Land und später in Nachbarländer, in der Erwartung, bald wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. Erst wenn sich diese Hoffnung nicht erfüllt, etwa, weil Konflikte lange anhalten, machen sich Geflüchtete in größeren Zahlen auf weite Wege – auch bis nach Europa.⁴² So stieg zwischen 2000 und 2017 die Zahl der in Europa lebenden Somalier und Eritreer um 53.000 respektive 127.000, was eine Folge des Bürgerkrieges in dem einen sowie von Diktatur und Unterdrückung in dem anderen Land war.⁴³

Die Zahl der im eigenen Land Vertriebenen in Subsahara-Afrika ist nach Angaben des UNHCR bis Ende 2017 auf 14,5 Millionen Personen verdoppelt. Darüber hinaus gab es am Ende dieses Zeitraums 6,3 Millionen Menschen, die in einem anderen Land auf dem Kontinent Schutz gesucht hatten.⁴⁴ Dabei sind es heute weniger langjährige Kriege mit hohen Opferzahlen, wie sie Afrika lange erlebt hat, welche viele Menschen zu einer Flucht bewegen, als vielmehr Konflikte durch

Milizen und Terrorgruppen sowie gewaltsame Proteste. Wirtschaftliche Motive verstärken den Wunsch die Heimat zu verlassen, denn unter den Lebensbedingungen fragiler Staaten wie Südsudan ist ein geregeltes Arbeiten mit sicheren Einkommen kaum möglich.⁴⁵

Wie sich Konflikte, Terror oder gar Kriege künftig in Subsahara-Afrika entwickeln werden, ist unmöglich vorherzusagen. Im Moment allerdings finden sich in der Region nach den Analysen des Fund for Peace die fragilsten Staaten der Welt: 21 von 31 Ländern mit der höchsten Gefahrenstufe liegen südlich der Sahara. Die einzige positive Nachricht ist, dass sich die Lage seit 2015 nicht wesentlich verschlechtert hat.⁴⁶ Gewaltsame Konflikte sind derzeit bei weitem nicht der Hauptgrund für eine Migration innerhalb Afrikas wie auch nach Europa.⁴⁷ Sicher ist lediglich, dass fragile Staaten in ihrer Entwicklung gehemmt sind, was bei anhaltendem Bevölkerungswachstum eine Migration innerhalb der Region wahrscheinlicher macht.

6 Umweltfaktoren

Die Produktivität der Landwirtschaft in Subsahara-Afrika ist die niedrigste der Welt. Dafür gibt es viele Gründe, unter anderem fehlt es an Maschinen, Düngemitteln, verbessertem Saatgut und modernen Anbaumethoden, mit denen sich die Erträge verbessern ließen. Hinzu kommt, dass die meisten Böden wenig Lehmanteil und Humus enthalten, ein Umstand, der durch nicht nachhaltige Bewirtschaftung sowie durch Wind- und Regenerosion noch verschlechtert wird. 65 Prozent der Anbauflächen gelten als mehr oder weniger degradiert, haben also an Bodenfruchtbarkeit verloren. Dies sind nur einige Gründe dafür, dass sich Afrika südlich der Sahara nicht ohne Importe ernähren kann.⁴⁸

Zwei Faktoren, von denen Subsahara-Afrika besonders betroffen ist, verschärfen das Problem der mangelnden Nahrungssicherheit: Bevölkerungswachstum und Klimawandel. Vorausgesagt werden höhere Temperaturen und extreme Hitzewellen, die den Wassermangel in ohnehin trockenen Gebieten verschärfen werden. In manchen Regionen dürfte der Regen ausbleiben, in anderen in solchen Mengen niedergehen, dass Überschwemmungen und Bodenverluste die Folgen sind.⁴⁹ Der Wasserstress wird verschärft durch einen steigenden Bedarf an Bewässerungsanlagen für die Landwirtschaft wie auch durch die Erzeugung von Elektrizität in Staudämmen.

Auch wenn manche Gebiete Afrikas von besseren Niederschlägen profitieren werden, zeigen die Klimamodelle insgesamt einen negativen Einfluss. Damit ist die Existenz von Millionen von Kleinbauern bedroht. Viele werden sich notgedrungen auf Wanderschaft begeben und den Urbanisierungstrend weiter beschleunigen. Die Menschen landen dann meist am Rande der Großstädte in informellen Siedlungen, die häufig in Küstennähe und kaum über dem Meeresspiegel liegen. Dort aber sind sie vom steigenden Meeresspiegel bedroht und von Überschwemmungen, denen sie schutzlos ausgesetzt sind.⁵⁰

Die semiaride Sahelregion mit ihren etwa 300 Millionen Einwohnern ist besonders vom Klimawandel betroffen. Die Temperaturen werden den Prognosen nach 1,5-mal schneller steigen als im globalen Mittel, insgesamt um drei bis fünf Grad bis zum Jahr 2050. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass sich die ohnehin schon prekäre Versorgung mit Trinkwasser und Nahrungsmitteln weiter verschlechtert und in keiner Weise mit dem Wachstum der Bevölkerung mithalten kann. Auch mit zunehmenden Konflikten zwischen nomadisierenden und sesshaften Landbewohnern sei zu rechnen.⁵¹

Klimawandel und andere Umweltbeeinträchtigungen werden sich zunächst eher auf das regionale Migrationsgeschehen auswirken. Erst wenn es zu Verteilungskonflikten in den Städten kommt, kann daraus auch eine internationale Migration werden. Weil der Klimawandel eine lange Anlaufphase hat, sind auf kurze Sicht keine dramatischen Migrationsbewegungen zu erwarten. Danach aber kann der Wandel unkalkulierbare wirtschaftliche, soziale und politische Folgen haben – gerade in einer Weltregion, die aus anderen Gründen unter massivem Entwicklungsstress steht.

7 Migrationspolitik

Bis 2015 kam die Mehrzahl der Migranten aus Subsahara-Afrika mit gültigen Papieren in die Länder der EU, meist über den Familiennachzug, seltener über ein Arbeitsvisum. Dagegen hat sich zwischen 2012 und 2016 die irreguläre Migration, die im Wesentlichen über das Mittelmeer stattfindet, stark erhöht, von 65.000 auf 210.000 Menschen. Seitdem sinken die Zahlen jedoch und seit 2017 überwiegt die reguläre Zuwanderung wieder.⁵²

Das zeigt, dass es schwieriger geworden ist, auf dem irregulären Weg nach Europa zu gelangen, doch nach wie vor wagen sich viele Menschen auf den gefährlichen Weg auf hoher See. Dass dabei nicht deutlich mehr Menschen in Europa ankommen, liegt an den auf ▶ S. 24 beschriebenen Abschottungs- und Grenzsicherungsmaßnahmen. Auch der mit vier Milliarden Euro ausgestattete EU *Emergency Trust Fund for Africa* hat unter anderem das Ziel, irreguläre Migration zu unterbinden – durch Unterstützung bei der Grenzsicherung oder beim Kampf gegen Schmugglernetzwerke.⁵³ Künftig werden sich die Länder der EU eher mehr als weniger für erhöhte Grenzkontrollen einsetzen, sie werden mehr Staaten als sichere Herkunftsländer einstufen und die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern forcieren.

Die Politik gegenüber geregelter Migration aus Subsahara-Afrika, die auf Arbeit und Ausbildung in Europa zielt, ist wenig strukturiert und nicht zwischen den EU-Staaten abgestimmt. Gezielte Anwerbungsprogramme sind die Ausnahme oder existieren erst gar nicht. Sie könnten helfen, Migration aus Afrika nach Europa in geordnete Bahnen zu lenken, bieten aber kein ausreichendes Ventil um irreguläre Migration zu unterbinden. Über Abschottung hinaus sind die heute dominierenden Migrationsbewegungen aus Afrika somit nur bedingt steuerbar.

Länderbeispiele

Senegal: hohes Bevölkerungswachstum – räumlich sehr mobile Bevölkerung – hohe Migrationswahrscheinlichkeit nach Europa

Seit der Unabhängigkeit von Frankreich 1960 hat sich die Einwohnerzahl Senegals auf 17 Millionen mehr als verfünffacht. Bis 2030 dürfte die Bevölkerung auf 21 Millionen Menschen anwachsen.⁵⁴ Senegal war lange ein Zuwanderungsland, verliert mittlerweile aber im Saldo Einwohner durch Abwanderung. Wichtige Zielorte senegalesischer Migranten sind ebenfalls die Nachbarländer. Aber auch in Europa leben viele Menschen aus dem westafrikanischen Land: Mit etwa 269.000 Personen machten sie 2017 fast die Hälfte der weltweiten senegalesischen Diaspora aus, die sich fast ausschließlich auf drei Länder verteilt, auf Frankreich (120.000), Italien (86.000) und Spanien (50.000).⁵⁵

Im Westen Afrikas gilt Senegal als ein Stabilitätsanker. Das Land ist politisch gefestigt und weist vergleichsweise funktionierende demokratische Strukturen auf. Auf dem Demokratieindex des Bertelsmann Transformation Index rangiert es auf Platz 33 von 129 und damit unter den zehn führenden Ländern Subsahara-Afrikas.⁵⁶ Laut dem HDI gehört Senegal zu den Ländern mit niedrigem Entwicklungsstand, doch Verbesserungen

sind erkennbar. Zwischen 2012 und 2017 hat sich das Land im HDI um fünf Plätze verbessert.⁵⁷ In den letzten fünf Jahren lag die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts bei knapp fünf Prozent. Damit gehört Senegal zu den zehn am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften südlich der Sahara.⁵⁸

Um mit den aktuellen Wachstumsraten der Bevölkerung von etwa drei Prozent pro Jahr Schritt halten zu können, um deren Basisversorgung zu garantieren sowie Einkommenszuwächse zu ermöglichen, müsste Senegals Wirtschaft allerdings um mindestens sieben Prozent pro Jahr wachsen. Doch dafür mangelt es vor allem an formalen Arbeitsplätzen, gerade für die 15- bis 24-Jährigen.⁵⁹

Für die senegalesische Wirtschaft spielt die Diaspora im Ausland eine wichtige Rolle: 2018 entsprachen ihre Rücküberweisungen von über zwei Milliarden US-Dollar 13,7 Prozent des BIP.⁶⁰ Diese Gelder dürften mit dazu beigetragen haben, dass Europa ein Wunschziel für Migranten bleibt, auch wenn der reguläre Weg dorthin immer schwieriger wird. So ist der Anteil der Senegalesen, die über das Mittelmeer irregulär nach Europa kommen, um dort Asyl zu beantragen, zwischen 2010 und 2016 stetig gestiegen, auch wenn ihre Chancen auf einen positiven Asylbescheid sehr gering sind.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit und fehlende Einkommensmöglichkeiten, gepaart mit einem stetigen Bevölkerungszuwachs, dürften künftig den Migrationsdruck in Senegal weiter erhöhen. Bis 2030 wachsen jährlich etwa 118.000 Senegalesen ins junge Erwerbsalter zwischen 15 und 24 Jahren hinein, für die keine ausreichenden Arbeitsplätze vorhanden sind. Neben diesen absehbaren Entwicklungen könnten aber auch schwer kalkulierbare Ereignisse wie der Klimawandel mehr Senegalesen zur Abwanderung bewegen. Als Anrainer der Sahelzone leidet Senegal seit jeher unter Dürren und Überschwemmungen.

Diese dürften sich künftig noch verschärfen und damit die Lebensbedingungen der Menschen weiter verschlechtern. Im Weltrisikoindex, der jährlich die Gefahr von Naturkatastrophen und die Fähigkeiten eines Landes, mit solchen Herausforderungen umzugehen misst, wurde Senegal 2018 in die höchste Risikokategorie eingestuft.⁶¹

Insgesamt könnte sich künftig ein wachsender Teil der ohnehin schon mobilen Bevölkerung auf den Weg machen. Die bereits heute große senegalesische Diaspora in Europa macht es wahrscheinlicher, dass die EU auch weiterhin ein wichtiges Ziel für Migranten bleibt. Bis 2030 dürfte laut den Cepam-Szenarien mit einer Nettoabwanderung von jährlich 16.000 Menschen zu rechnen sein – Tendenz weiter steigend. Dem heutigen Trend folgend, dürften das vor allem junge Menschen mit höherer Qualifikation sein.⁶²

Äthiopien: hohes demografisches Potenzial – räumlich stabile Bevölkerung – geringe Migrationswahrscheinlichkeit nach Europa

Äthiopien ist mit 113 Millionen Einwohnern das zweitgrößte Land Afrikas, für das Jahr 2030 wird ihre Zahl auf 140 Millionen geschätzt. Die Kinderzahlen je Frau haben sich in den letzten drei Jahrzehnten von über sieben auf heute etwa vier reduziert. Das ist fast der schnellste Fertilitätsrückgang in Afrika und spricht für eine sehr positive sozioökonomische Entwicklung. Dennoch ist die Bevölkerung noch zu rund 40 Prozent unter 15 Jahre jung. Damit müssen für über 40 Millionen Menschen auf mittlere Sicht neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

In Äthiopien lebten 2017 etwa 1,2 Millionen Einwanderer, überwiegend aus den benachbarten Krisenländern Somalia, Süd-Sudan und Eritrea. Demgegenüber wandern vergleichsweise wenige Menschen aus Äthiopien aus, signifikante Gruppen finden sich in den USA (220.000), im Nahen Osten und dort vor

allem in Saudi-Arabien (150.000), sowie in den Nachbarstaaten Sudan und Kenia. Nur elf Prozent aller international mobilen Äthiopier leben in Europa, vor allem in Italien (30.000) Deutschland und Schweden (jeweils 20.000).⁶³ Ein Grund für die überschaubare Diasporabevölkerung Äthiopiens ist die Tatsache, dass das Land nie kolonisiert war und die entsprechenden Netzwerke fehlen.

Äthiopien ist nach wie vor eines der ärmsten Länder der Welt, auch wenn es seit 2005 eine dynamische Entwicklung erlebt. Das jährliche BIP pro Kopf ist bis 2017 von 732 auf 1.730 US-Dollar und damit um 136 Prozent gewachsen – das ist Rekord für Afrika.⁶⁴ Doch Äthiopien erreicht bis heute nicht das kritische BIP pro Kopf von über 2.000 US-Dollar, ab dem eine internationale Migration wahrscheinlich wird.⁶⁵ Berechnungen zeigen, dass dieses erst zwischen 2029 und 2040 erreicht werden könnte.⁶⁶

Migrationsfördernd dürften sich allerdings die Verbesserungen im äthiopischen Bildungssystem auswirken. Dank hoher Investitionen haben sich die Einschulungsraten in Grund- und Sekundarstufe seit dem Millenniumswechsel mehr als verdoppelt.⁶⁷ Damit ist das Bildungsniveau zwar selbst im afrikanischen Vergleich noch immer niedrig, doch seither ist der Anteil der 15- bis 24-Jährigen, die lesen und schreiben können, von knapp 40 auf 60 Prozent gestiegen.⁶⁸

Im HDI steht Äthiopien auf Platz 173 von 189. Im Index der fragilen Staaten rangiert es auf Platz 23 von 178. Äthiopien ist damit trotz seiner jüngsten Erfolge noch immer ein wenig entwickelter, politisch nicht gefestigter Staat. Das zeigen auch anhaltende Konflikte unterschiedlicher ethnischer Gruppen, die allein in der ersten Hälfte des Jahres 2018 rund 1,4 Millionen Menschen dazu zwangen, sich in ei-

ner anderen Region Äthiopiens oder in einem Nachbarland in Sicherheit zu bringen.⁶⁹ Eine Destabilisierung Äthiopiens hätte Auswirkungen auf die gesamte, ohnehin krisenbelastete Region am Horn von Afrika und könnte eine regionale und darüber hinaus gehende Migrationswelle auslösen. Insgesamt lässt sich das künftige Migrationspotenzial Äthiopiens schwer einschätzen. Sollte sich die politische und wirtschaftliche Lage weiter stabilisieren, könnte das Land zu einem Entwicklungsmotor für die ganze Region werden. Bleibt die Entwicklung hinter den Erwartungen der Menschen zurück, dürfte Äthiopien allein schon aufgrund seiner Bevölkerungsgröße zu einer wesentlichen Quelle der Migration aus Subsahara-Afrika werden.

Nigeria: sehr hohes demografisches Potenzial – politisch instabil – wachsende Migrationswahrscheinlichkeit nach Europa

Nigeria ist mit etwa 200 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Es beherbergt ein Sechstel aller Afrikaner und erlebt einen nur langsamen Fertilitätsrückgang – noch liegen die Kinderzahlen je Frau bei 5,5. Deshalb wächst die Bevölkerung stark, 2030 soll sie Projektionen zufolge auf 260 Millionen angestiegen sein.

Schon heute stellen sich Verteilungsfragen, denn in Nigeria leben 220 Menschen pro Quadratkilometer, womit das Land fast die Bevölkerungsdichte von Deutschland erreicht hat. Wenn es 2050 in Nigeria 410 Millionen Menschen gibt, wäre es so dicht besiedelt wie heute die Niederlande.⁷⁰

Dort herrschen angesichts eines BIP pro Kopf und Jahr von 49.000 US-Dollar allerdings andere Versorgungsmöglichkeiten als in dem westafrikanischen Land, das auf ein BIP von 5.400 US-Dollar kommt.⁷¹ Zwar verfügt Nigeria über die zehntgrößten nachgewiesenen Ölreserven der Welt,⁷² wird aber nach

Schätzungen der Weltbank im Jahr 2019 lediglich 2,4 Prozent Wirtschaftswachstum erleben, deutlich unter dem Schnitt von Subsahara-Afrika.⁷³ In Nigeria gibt es eine extrem reiche Oberschicht, doch 43 Prozent der Landbevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.⁷⁴ Im HDI findet sich der afrikanische Bevölkerungsgigant auf Platz 157 von 189 Ländern. Noch bedenklicher ist der Rang im Index der fragilen Staaten, der das Land auf Platz 14 der instabilsten Länder der Welt einstuft.⁷⁵

Unter den jungen Nigerianern finden gerade mal 30 Prozent eine reguläre Beschäftigung. Wer sonst Arbeit sucht, landet im informellen Sektor und ist meist unterbeschäftigt und/oder schlecht bezahlt. Zwischen 2010 und 2017 ist die Zahl der Menschen im Erwerbsalter um 3,9 Prozent, die Zahl der Jobs aber nur um 1,6 Prozent gewachsen.⁷⁶ Dies ist ein Grund dafür, dass sich 2017 einer Befragung von Afrobarometer zufolge 35 Prozent aller erwachsenen Nigerianer mit dem Gedanken an eine Auswanderung beschäftigten. Erste Vorbereitungen wie etwa den Antrag auf ein Visum, hatten immerhin 12 Prozent getroffen.⁷⁷ Als Migrationswunschziel gaben 32 Prozent Nordamerika an, 21 Prozent Europa.

Die Hälfte der Nigerianer ist muslimischen Glaubens und lebt überwiegend im rückständigen Norden, wo die absolute Armutsquote, also der Anteil der Menschen, die von weniger als umgerechnet 1,25 US-Dollar am Tag leben müssen, 74 Prozent beträgt.⁷⁸ Die 40 Prozent Christen finden sich mehrheitlich im besser entwickelten Süden, wo „nur“ 54 Prozent der Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben. Die Versorgungsmisere im Norden zeigt sich unter anderem an desolaten Bildungswerten: Dort besuchen rund 50 Prozent der Kinder im dafür vorgesehenen Alter keine Grundschule.

Aufgrund der Entwicklungsunterschiede wächst die muslimische Bevölkerung schneller als die christliche, was neue Verteilungskonflikte mit sich bringt.⁷⁹ So kommt es zwischen nomadischen Viehhirten des Nordens und sesshaften Bauern des Südens vermehrt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, denen wesentlich mehr Menschen zum Opfer fallen als der Gewalt von Boko Haram, einer Terrorgruppe, die überwiegend im Nordosten des Landes aktiv ist.⁸⁰

Internationale Abwanderung ist aufgrund der Wohlstandsunterschiede eher aus dem reicheren Süden zu erwarten, während im Norden laut der Internationalen Organisation für Migration fast zwei Millionen Binnenvertriebene leben.⁸¹ 2018 hatten sich 228.000 als Geflüchtete in die Nachbarstaaten Tschad, Kamerun und Niger gerettet.⁸²

In der EU lebten im Jahr 2017 rund 389.000 Personen, die in Nigeria geboren sind, vor allem im Vereinigten Königreich (209.000). Deutschland spielt mit 26.700 Personen als Zielland bisher eine untergeordnete Rolle.⁸³ Unter den erstmals in der EU Asylsuchenden befanden sich 2017 sechs Prozent Nigerianer. In absoluten Zahlen waren das 39.185 Menschen, gegenüber 46.245 in 2016 und 18.895 in 2014. Die Anerkennungsquote für Personen aus diesem Land liegt EU-weit allerdings nur bei 17 Prozent.⁸⁴

Nigeria wird für Europa schon aufgrund seiner Größe seine Spitzenposition unter den Herkunftsgebieten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara für Migranten behalten. Bevölkerungswachstum gepaart mit innenpolitischen Problemen macht das Land jedoch zu einer schwer kalkulierbaren Größe. Von Nigeria ist grundsätzlich ein wachsendes Migrationspotenzial in die EU zu erwarten, insbesondere, wenn sich die innenpolitischen Konflikte verschärfen.

Weitere Entwicklung

Mit Ausnahme der EU-Migrationspolitik sprechen sämtliche hier diskutierten Faktoren für eine mittelfristig steigende Zuwanderung aus Subsahara-Afrika in die EU. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen auch die Europäische Kommission und der Internationale Währungsfonds.⁸⁵ Zum einen erhöht sich der demografische Druck, der in West- und Zentralafrika am höchsten ist, in Ostafrika hoch und im südlichen Afrika am geringsten. Zum anderen ist der Wunsch nach Auswanderung über die Jahre gestiegen, wobei er in West- und Zentralafrika am höchsten ist.⁸⁶ Die Gruppe der 20- bis 39-jährigen Männer dürfte auch künftig das größte Migrationspotenzial stellen. Das Einkommensgefälle zwischen Subsahara-Afrika und Europa bleibt ein wesentlicher Grund für einen anhaltend hohen Migrationswunsch. Die wirtschaftliche Entwicklung und steigende Bildungswerte in Subsahara-Afrika deuten ebenfalls auf mehr Migration hin. Schwer zu kalkulieren sind Ereignisse wie der Klimawandel, politische Verwerfungen oder Konflikte, die eine Migration aber tendenziell verstärken dürften.

Ein Papier der Europäischen Kommission schätzt auf Basis dieser Zusammenhänge, dass sich bei einer Fortschreibung heutiger Trends die Migration aus Subsahara-Afrika von 2015 bis 2030 von jährlich 1,3 Million auf etwa 1,6 Millionen erhöht.

In Frankreich, wo die Subsahara-Diaspora vergleichsweise groß ist und heute 1,5 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, könnte deren Anteil nach einer französischen Analyse bis 2050 auf 3 Prozent anwachsen. Bei den unter 30-Jährigen wären es maximal 5 Prozent.⁸⁷ Selbst wenn man die zweite Generation, also die von Afrikanerinnen in Frankreich geborenen Kinder mitzählt, bleiben die Anteile im einstelligen Bereich. Diese Prognose unterscheidet sich grundlegend von den Spekulationen des viel zitierten amerikanischen Buchautors Stephen Smith, der für 2050 vorhersagt hat, dass Europa zu einem Drittel afrikanisch sei, bei den unter 30-Jährigen sogar zur Hälfte.⁸⁸

Als Teil der allgemeinen Globalisierung wird die Vielfalt in Europa jedoch zunehmen, auch als Folge einer verstärkten Zuwanderung aus Subsahara-Afrika. Diese genau vorherzusagen ist nicht möglich, auch wenn sicher ist, dass aus dieser Weltregion auf mittlere Sicht der größte Migrationsdruck in Richtung Europa besteht. Dies gilt vor allem dann, wenn sich die Länder sozioökonomisch weiterentwickeln und dadurch mehr Menschen eine Wanderung ermöglichen. Inwieweit die Grenzsicherungspolitik der EU die irreguläre Migration kontrollieren und begrenzen kann, lässt sich ebenfalls nicht vorhersagen.

	DEMOGRAFIE				BILDUNG		WIRTSCHAFT	LEBENSQUALITÄT	DIASPORA	POLITIK		ÖKOLOGIE
	Bevölkerung 2020 (Millionen)	Bevölkerungswachstum bis 2030 in Prozent (Basisjahr = 2020)	Anteil der Bevölkerung in urbanen Räumen 2020 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen an der Gesamtbevölkerung 2030 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen mit Sekundarschulabschluss 2030 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen mit Postsekundarabschluss 2030 in Prozent	Durchschnittliches jährliches BIP pro Kopf-Wachstum 2010 bis 2017 in Prozent	HDI Rang von 189, 2017	Anteil Migranten in EU-28 Ländern an der Gesamtbevölkerung (Herkunftsland) in Prozent	Fragile State Index Rang von 178, 2019	Bertelsmann Transformations Index Demokratisierung (1 bis 10)	World Risk Index Rang von 172, 2018
Subsahara-Afrika	1151,1	24,8	41,4	31,0	43,2	10,0	1,1	-	0,4	-	-	-
Angola	32,4	28,5	66,8	30,6	30,7	1,1	-0,7	147	0,7	35	4,2	37
Äquatorialguinea	1,3	22,6	73,1	29,7	57,9	9,5	-5,8	141	1,6	53	-	107
Äthiopien	113,0	23,8	21,7	33,3	26,1	3,4	7,0	173	0,1	23	3,0	69
Benin	12,0	24,2	48,4	31,4	26,5	5,1	1,9	163	0,2	75	7,9	30
Botsuana	2,4	13,5	70,9	31,8	61,3	28,9	2,5	101	0,2	120	8,2	109
Burkina Faso	20,8	27,7	30,6	30,3	29,7	3,3	2,5	183	0,1	47	6,4	40
Burundi	11,5	19,4	13,7	31,0	18,1	4,9	-1,2	185	0,1	15	3,8	47
Demokratische Republik Kongo	88,4	28,4	45,6	29,9	61,1	9,1	2,9	176	0,2	5	3,5	-
Dschibuti	1,0	17,9	78,1	33,5	36,4	9,9	0,0	172	0,9	43	-	18
Elfenbeinküste	26,0	20,7	51,7	32,5	29,2	11,5	4,2	170	0,6	29	5,8	53
Eritrea	5,4	19,6	41,3	32,4	36,6	8,9	-	179	1,6	17	2,1	98
Eswatini	1,4	12,7	24,2	35,0	64,6	20,4	1,1	144	0,2	42	-	94
Gabun	2,2	17,8	90,1	31,2	55,5	19,8	1,0	110	1,2	92	-	80
Gambia	2,3	24,1	62,6	32,0	43,9	8,4	-0,9	174	2,1	47	-	31
Ghana	30,7	20,0	57,3	31,3	67,5	9,1	4,2	140	0,9	110	7,9	50
Guinea	13,6	22,0	36,9	31,4	32,1	11,1	3,8	175	0,5	11	6,1	57
Guinea-Bissau	2,0	17,5	44,2	31,1	41,5	2,9	1,4	177	2,2	19	-	19
Kamerun	25,7	20,4	57,6	32,4	50,4	14,9	2,1	151	0,6	16	3,9	22
Kap Verde	0,6	8,6	66,7	33,0	44,6	9,2	1,1	125	20,1	106	-	23
Kenia	53,5	23,9	28,0	32,2	70,0	14,4	2,7	142	0,4	25	6,3	72
Komoren	0,9	19,6	29,4	31,7	40,8	25,0	0,4	165	4,6	56	-	51
Kongo	5,7	22,6	67,8	30,8	56,9	11,3	-0,6	137	1,8	27	3,3	79
Lesotho	2,3	8,2	29,0	34,5	40,5	13,7	1,7	159	0,1	61	5,6	54
Liberia	5,1	23,3	52,1	31,3	51,1	4,2	1,1	181	0,3	30	6,6	49
Madagaskar	27,5	23,9	38,5	32,4	26,4	3,2	0,3	161	0,5	58	5,4	32
Malawi	20,5	32,7	17,4	30,7	55,3	3,1	0,8	171	0,1	49	6,5	56
Mali	20,1	28,0	43,9	30,0	17,9	4,3	1,1	182	0,5	21	6,0	41
Mauretanien	4,7	20,9	55,3	31,6	31,2	6,5	1,2	159	0,7	31	4,2	48
Mayotte	0,3	25,3	45,8	32,4	64,0	27,9	-	-	0,0	-	-	-
Mosambik	31,8	22,8	37,1	32,1	36,5	1,5	3,1	180	0,3	33	4,5	42
Namibia	2,7	16,9	52,0	33,1	63,5	14,0	1,7	129	0,1	107	7,5	96
Niger	23,8	39,9	16,6	27,3	13,2	2,5	1,9	189	0,0	18	6,3	26
Nigeria	205,3	25,8	52,0	29,7	48,3	19,4	0,7	157	0,2	14	5,4	52
Réunion	0,9	7,3	99,7	27,0	63,3	28,1	-	-	0,0	-	-	-
Ruanda	13,2	24,0	17,4	30,4	27,5	4,0	4,5	158	0,2	37	3,9	70
Sambia	18,8	31,0	44,6	30,5	47,4	17,1	1,6	144	0,2	40	6,0	74
São Tomé und Príncipe	0,2	15,9	74,4	32,4	40,5	2,5	2,1	143	9,7	88	-	-
Senegal	17,1	24,7	48,1	31,0	31,3	6,4	2,1	164	1,7	66	7,1	34
Seychellen	0,1	3,0	57,5	23,1	64,3	27,8	3,9	62	31,3	126	-	115
Sierra Leone	8,0	19,6	42,9	32,6	36,4	6,1	2,1	184	0,6	39	6,2	24
Simbabwe	17,6	17,3	32,2	32,9	75,7	14,8	3,5	156	0,8	10	3,8	38
Somalia	16,1	29,2	46,1	29,9	34,9	4,2	0,0	-	1,8	2	1,4	-
Südafrika	58,7	9,6	67,4	32,2	82,6	12,2	0,5	113	0,5	88	7,6	97
Sudan	43,1	20,3	35,3	31,6	48,8	19,6	4,1	167	0,1	8	2,2	43
Südsudan	13,9	32,4	20,2	32,0	30,5	6,6	0,0	187	0,0	3	2,6	-
Tansania	62,6	29,4	35,2	30,3	26,5	6,9	3,6	154	0,1	60	6,1	46
Togo	8,3	19,8	42,8	32,2	29,4	7,0	3,0	165	0,6	38	5,1	44
Tschad	16,2	28,6	23,5	30,9	22,9	4,5	-1,2	186	0,1	7	3,5	20
Uganda	47,3	34,6	25,0	29,6	32,0	6,5	1,6	162	0,2	20	5,4	73
Zentralafrikanische Republik	5,0	16,3	42,2	33,5	50,4	4,3	-4,0	188	0,4	6	3,6	83

2 | MENA

In direkter Nachbarschaft zu Europa leben in der Region Naher Osten und Nordafrika, bekannt auch unter dem englischen Kürzel „Mena“, rund 550 Millionen Menschen. Von der Einwohnerzahl her ist die Region in etwa auf Augenhöhe mit der EU, nicht aber bei anderen demografischen Kennziffern: Während in der EU 15 Prozent der Bevölkerung unter 15 Jahre alt sind und 21 Prozent über 64 Jahre, hat die Mena-Region eine umgekehrte Altersstruktur mit 29 Prozent unter 15-Jährigen und nur 6 Prozent über 64-Jährigen. Somit hat die Region weltweit die zweitjüngste Bevölkerung nach Subsahara-Afrika.¹

Die Mena-Bevölkerung hat sich seit 1960 mehr als vervierfacht, bis 2030 ist ein weiteres Wachstum von etwa 13 Prozent zu erwarten, auf dann rund 620 Millionen, während die Einwohnerschaft Europas in etwa konstant bleiben dürfte und weiter altern wird. Nach Subsahara-Afrika gewinnt Mena damit unter allen hier betrachteten Weltregionen am zweitstärksten an Bevölkerung hinzu. Der größte Zuwachs zwischen Westsahara und Oman findet dort statt, wo die sozioökonomische Entwicklung weitgehend stagniert und die Konflikthanfälligkeit hoch ist – in Jemen, Irak und den palästinensischen Autonomiegebieten. Glaubt man den Langfristprojektionen der Vereinten Nationen, dann lebt im Mena-Raum im Jahr 2100 eine Milliarde Menschen – das sind etwa doppelt so viele wie heute in Europa.

Nordafrika und der Nahe Osten haben in den vergangenen Jahren einerseits einen starken gesellschaftlichen Wandel erlebt, sichtbar an verbesserten Bildungswerten und sinkenden Geburtenziffern, andererseits aber vielerorts eine politische und wirtschaftliche Stagnation, die gerade junge Menschen ohne ausreichende Perspektiven zurücklässt und ihre Migrationswünsche schürt.

Der Entwicklungsstand der 21 Staaten der Region – inklusive der Türkei, die häufig und auch in dieser Studie zu Mena gerechnet wird – ist auf engem Raum sehr heterogen. Zu ihnen gehören extrem reiche Ölstaaten am Golf, das ebenfalls ölfreiche Libyen, das praktisch jede staatliche Funktion verloren hat, das High-Tech-Land Israel und auch Länder, die zu den ärmsten und konfliktreichsten der Welt zählen. Die beiden Hauptstädte Doha in Katar und Sanaa in Jemen liegen nur zwei Flugstunden voneinander entfernt, aber in dem einen Land liegt das jährliche BIP pro Kopf bei 117.000 und in dem anderen bei 2.400 US-Dollar.² Migration aus wirtschaftlicher Not spielt in der Region ebenso eine Rolle wie Flucht vor Krieg und Terror.

Der Wunsch der Menschen, aus Mena abzuwandern, hat sich intensiviert. Auf die Frage „Würden Sie gerne dauerhaft in ein anderes Land übersiedeln, wenn Sie die Möglichkeit dazu hätten?“ antworteten 2010 bis 2012 noch 19 Prozent der Erwachsenen mit „Ja“. Im darauffolgenden Befragungszyklus 2013 bis 2016 waren es bereits 22 Prozent und 2015 bis 2017 sogar 24 Prozent. Aber auch im Mena-Raum sind es letztlich deutlich weniger Menschen, die tatsächlich konkrete Vorbereitungen für eine Wanderung treffen, in der Regel nur etwa ein Prozent.³ Die Wanderungsbereitschaft dürfte hoch bleiben, denn in praktisch keinem Land gelingt es, den nachwachsenden und zunehmend besser qualifizierten Generationen ausreichende, ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeitsplätze zu bieten.

Der Großteil der Migration findet innerhalb der Region statt, vor allem aus den ärmeren in die wohlhabenderen Staaten, dorthin, wo es Arbeit gibt, welche die Einheimischen nicht übernehmen wollen. In Mena leben etwa 7 Prozent der Weltbevölkerung, aber rund 18 Prozent aller Migranten weltweit.

Zu letzteren zählen auch Geflüchtete und Migranten, die von außerhalb der Region stammen und nur vorübergehend in Mena-Ländern bleiben, bis sie weiterziehen.⁴

Begünstigt durch die Nähe über das Mittelmeer ist Europa das wichtigste Ziel der überregionalen Migration. Weil viele Länder in Europa aus Arbeitsmarktgründen mittelfristig auf Zuwanderung angewiesen sind, bietet der Mena-Raum – zumindest theoretisch und aus demografischer Sicht – ein großes Migrationsreservoir.⁵

Status Quo der Migration aus der Mena-Region

Die Mena-Region war einst zu einem großen Teil durch die heutigen EU-Staaten Frankreich, das Vereinigte Königreich, Italien und Spanien kolonisiert. Aus diesen Zeiten resultieren soziale, wirtschaftliche und sprachliche Beziehungen, über die auch Migration entstanden ist – zunächst vor allem aus den Maghreb-Staaten Marokko, Tunesien und Algerien nach Frankreich. In den 1960er Jahren legten neben Frankreich auch Deutschland, Österreich, Belgien und die Niederlande Rekrutierungsprogramme für ausländische Arbeitskräfte auf, erst aus Südeuropa, wenig später auch aus Nordafrika und der Türkei. Diese gezielten Anwerbungen von in der Regel gering qualifizierten „Gastarbeitern“ für die Arbeit in Bergwerken oder Industriebetrieben waren ursprünglich nur für vorübergehende Aufenthalte geplant. Nach der Ölkrise und dem Wirtschaftseinbruch von 1973 endete die sogenannte Gastarbeiterwanderung und es kam zu einem Anwerbestopp. Damals kehrte ein Teil der Gastarbeiter in ihre alte Heimat zurück, doch viele der einmal Zugewanderten blieben dauerhaft und holten später ihre Familien nach.⁶

Die heutige Diaspora in der EU findet sich vor allem in Frankreich, Deutschland, Belgien, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich.⁷

In Deutschland stellen Türken heute mit knapp 1,5 Millionen Personen die weitaus größte Gruppe an Ausländern. Von diesen sind über 400.000 in Deutschland geboren, also nicht selbst zugewandert.⁸ In der öffentlichen Wahrnehmung vermischen sich allerdings tatsächliche türkische Staatsangehörige und die weitaus größere Gruppe der Menschen mit „türkischem Migrationshintergrund“. Letztere umschreibt jenen Kreis von Personen, die entweder Türken sind oder mindestens einen Elternteil haben, auf den das zutrifft. Die Zahl der Personen mit türkischem Migrationshintergrund bezieht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf 2,9 Millionen, was vier Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands entspricht.⁹

In der EU lebten 2017 rund 9,5 Millionen Zugewanderte aus dem Mena-Raum, überwiegend aus der Türkei (2,7 Millionen), Marokko (2,5 Millionen) und Algerien (1,6 Millionen). Die meisten von ihnen gab es mit 3,2 Millionen in Frankreich (vor allem aus Algerien und Marokko), gefolgt von 2,3 Millionen in Deutschland (überwiegend aus der Türkei). Aber auch in den Niederlanden und Belgien lebten mit 512.000 respektive 169.000 vergleichsweise viele Personen aus Nordafrika, dem Nahen Osten und der Türkei. Die in der EU lebenden Personen aus Algerien, Marokko und Tunesien machten 3,9 respektive 7,1 und 5,0 Prozent der Bevölkerung ihrer Heimatländer aus.¹⁰

Zu diesen Migrationsbeziehungen nach Europa kommt seit geraumer Zeit eine starke Arbeitsmigration innerhalb der Mena-Region. Zielländer sind insbesondere rohstoffreiche Gebiete mit großen Öl- und Gasvorräten, die zum einen Arbeitskräfte im hochqualifizierten Bereich benötigen und zum anderen reich genug sind, einfache Arbeiten auf dem Bau oder im niedrigen Dienstleistungssektor von günstigen Arbeitskräften aus der Region verrichten zu lassen. Die dafür eingesetzten ge-

ring qualifizierten, überwiegend männlichen Arbeiter stammen sowohl aus arabischen Ländern wie auch aus Südasien. Die Mehrheit der ägyptischen Migranten ist beispielsweise in den Golfstaaten tätig.¹² In Kuwait, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten sind zwischen 74 und 88 Prozent der Bevölkerung ausländische Arbeitskräfte.¹³

Zusätzlich stellen Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Terror sind, einen großen Teil der Migranten innerhalb der Mena-Region. Dort finden sich über 40 Prozent aller weltweit in ihrem eigenen Land Vertriebenen. Einige von ihnen retten sich in ein Nachbarland. Nur wenige gelangen bis nach Europa.¹⁴ Insgesamt leben in der Region fast sechs Millionen Geflüchtete aus Syrien, während es mehr als eine Million

bis in die EU geschafft hat. Daneben gibt es in Syrien 6,8 Millionen Binnenvertriebene, in Irak sind es 2,7 Millionen und in Jemen 2 Millionen.¹⁵

Einflussgrößen für die Migration aus der Mena-Region

1 Demografische Faktoren

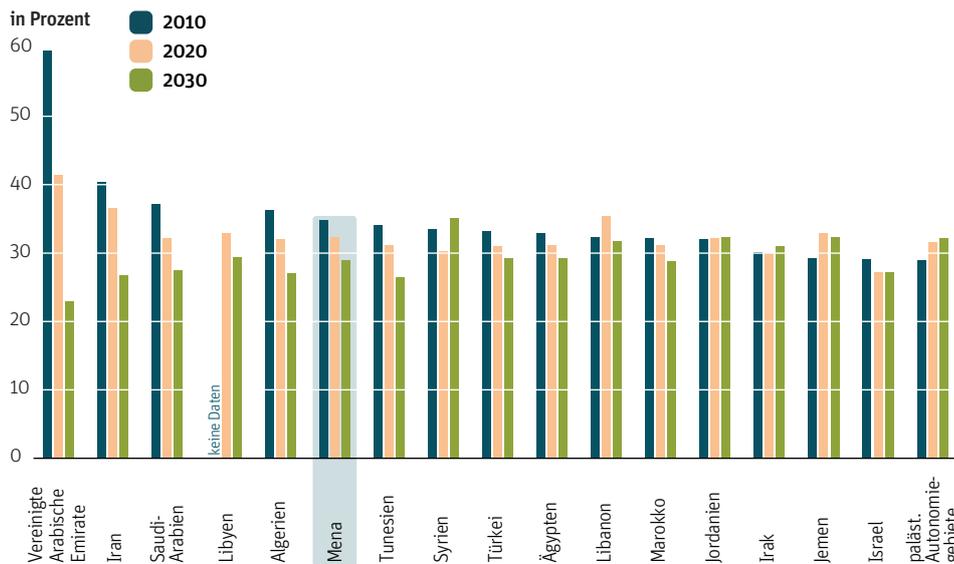
Der demografische Übergang von hohen Geburtenziffern und niedriger Lebenserwartung hin zum umgekehrten Muster ist in den Mena-Ländern verschieden weit fortgeschritten. Dies entspricht dem sehr heterogenen sozioökonomischen Entwicklungsstand innerhalb der Region. In einzelnen Ländern wie Tunesien und Marokko sind die Kinder-

Anders als andere Schwellenländer

In einigen Mena-Ländern wie der Türkei oder Iran sind die Kinderzahlen je Frau bereits deutlich gesunken. So sind Bevölkerungen mit einem relativ hohen Anteil an jungen Erwerbsfähigen entstanden. Sie nutzen diesen demografischen Bonus aber anders als die asiatischen Tigerstaaten kaum, um daraus eine demografische Dividende zu schöpfen. Andere Länder wie Jemen oder Ägypten müssen noch warten, bis sie überhaupt jene Altersstruktur erreichen, die einen wirtschaftlichen Aufholprozess ermöglicht.



Anzahl der 15- bis 64-Jährigen im Verhältnis zu einer Person im Alter von 0 bis 14 oder 65 und älter (Datengrundlage: UN DESA³⁷)



Viele junge Menschen

In den meisten Mena-Ländern bleibt der Anteil an jungen Erwachsenen hoch. Weil aber die Bevölkerung insgesamt wächst, bedeutet das einen immer höheren Druck auf den Arbeitsmarkt. Die Zahl der neuen Jobs kann mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten. Nur dort, wo die Kinderzahlen je Frau früher deutlich höher waren als heute, sinkt der Anteil der jungen Erwachsenen – etwa in den Vereinigten Arabischen Emiraten, dem Iran oder Tunesien.

Anteil der 20- bis 39-Jährigen an der Gesamtbevölkerung, 2010, 2020 und 2030

(Datengrundlage: Cepam¹⁸)

zahlen je Frau fast auf das bestandserhaltende Niveau von 2,1 gesunken, in Libanon, Iran, Kuwait, Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Türkei sogar darunter. Dort wächst die Bevölkerung vor allem deshalb, weil sie noch relativ jung ist. Es ist zu erwarten, dass die Geburtenziffern weiter sinken und dieses Wachstum in den kommenden Jahrzehnten ausklingen wird. In anderen Ländern aber liegen die Kinderzahlen je Frau noch auf hohem Niveau, vor allem in Ägypten (3,0), Irak (4,1), Jemen (4,0) und den palästinensischen Autonomiegebieten (3,7). Entsprechend stark wächst dort die Bevölkerung, in Irak und Jemen zwischen 2020 und 2030 voraussichtlich um fast 25 Prozent.¹⁶

Einen Sonderfall stellt Israel dar, das einzige Industrieland der Welt mit Geburtenziffern über dem bestandserhaltenden Niveau. Dort bekommen die Frauen im Schnitt 3,1 Kinder. Die neun Millionen Israelis leben in einem der am dichtesten besiedelten Flächenstaaten der Erde. Besonders stark wächst dort mit einer Geburtenziffer von fast sieben Kindern je Frau die Gruppe der ultraorthodoxen Haredim. Ihr Bevölkerungsanteil dürfte bis 2040 von heute 11 auf dann 20 Prozent ansteigen.¹⁷

Bis 2030 haben alle Staaten der Mena-Region ein Bevölkerungswachstum zu erwarten. Der Anteil der 20- bis 39-Jährigen, der Altersgruppe mit der höchsten Wanderungswahrscheinlichkeit, dürfte 2030 fast überall mehr als 25 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, in Ländern wie Irak, Jemen, Syrien und den palästinensischen Autonomiegebieten sogar über 30 Prozent. Das Migrationspotenzial bleibt somit aus demografischer Perspektive hoch – auch in Richtung Europa.

2 Bildung

Die Regierungen der meisten Mena-Länder haben in der jüngeren Vergangenheit stark in Bildung investiert. Dadurch haben sich die Einschulungsraten in allen Bildungsstufen erhöht – im Sekundarbereich von 57 Prozent im Jahr 2000 auf 71 Prozent 2017.¹⁹ Die Bildungswerte sind zwar formal gestiegen, ihre Qualität entspricht aber selten den internationalen Anforderungen. Obwohl Länder wie Tunesien, Marokko oder Saudi-Arabien rund ein Fünftel ihres Staatshaushaltes in die Bildung, von den Vorschulen bis zu den Hochschulen, stecken und damit

doppelt so viel wie Deutschland,²⁰ schneiden die meisten Mena-Länder in weltweiten Bildungsvergleichstests wie Timss oder Pisa in allen Bereichen, von der Lese- bis zur Mathematikkompetenz, sehr schlecht ab. Einzig Israel, mit Einschränkungen auch Libanon und die Türkei stechen mit besseren Ergebnissen heraus.²¹ Naturwissenschaften, technische Fächer und Fremdsprachen, die junge Erwachsene international wettbewerbsfähig machen könnten, nehmen in den Lehrplänen wenig Platz ein, dagegen hat religiöser Unterricht oft eine große Bedeutung. Berufliche Bildung spielt außerhalb von Israel und Iran kaum eine Rolle. Frontalunterricht und Auswendiglernen gehören zum Alltag an Universitäten, während die Studierenden wenig über kritisches Denken, Management, Teamfähigkeit und Problemlösungskompetenz erfahren.²²

Obwohl in den meisten Mena-Ländern ein Mangel an Technikern herrscht, zieht es junge Menschen überwiegend in die Sozial- und Geisteswissenschaften, in der Hoffnung, anschließend eine Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung zu bekommen, dem bei weitem größten Arbeitgeber der Region.²³

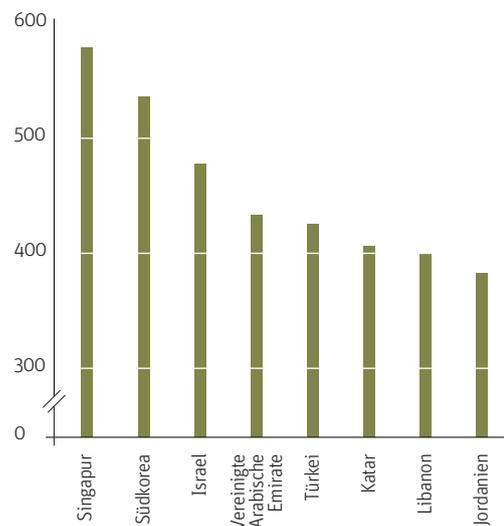
In Saudi-Arabien kommen etwa zwei Drittel der einheimischen Arbeitskräfte beim Staat unter.²⁴ Trotzdem kann die Verwaltung die großen Zahlen an Jungakademikern längst nicht mehr aufnehmen. Gleichzeitig gelingt es selbst Ländern wie Saudi-Arabien oder Katar, die erhebliche Summen in den Aufbau internationaler Universitäten stecken, nicht, das notwendige Fachpersonal für den technischen oder medizinischen Bereich über den eigenen Nachwuchs auszubilden. In Saudi-Arabien und einigen anderen arabischen Ländern liegt, anders als in den meisten OECD-Ländern, die Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen deutlich höher als unter Personen ohne derartige Qualifikation.²⁵ Das formell wachsende Humanvermögen dient somit nur begrenzt der Entwicklung der Länder.

Der jüngste Arab Human Development Report der Vereinten Nationen bestätigt, dass junge Menschen in der Region einerseits immer mehr Bildungsjahre mitbekommen und zwangsläufig höhere Erwartungen an eine bessere Zukunft hegen, dass sie aber andererseits oft marginalisiert werden. Anstatt die Zukunft ihrer Länder mitzugestalten, drohe die Jugend so zu einer „Kraft der Zerstörung“ zu werden, heißt es in dem Report.²⁶

Schlecht in Mathe

Bei internationalen Vergleichsstudien wie Pisa oder Timms schneiden die Mena-Staaten mit wenigen Ausnahmen schlecht ab – insbesondere in mathematischen Fähigkeiten. Länder wie Jordanien, Türkei oder Libanon finden sich am Ende der Bewertung. Nur Israel kann mit Kanada oder den USA mithalten. Ganz oben liegen ostasiatische Länder.

Pisa-Ergebnisse (Länderdurchschnitt) im Bereich Mathematik, 2015
(Datengrundlage: OECD²⁹)



Die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit, der Überhang an jungen Menschen und der gestiegene Bildungsstand gelten denn auch als wichtigste Faktoren für den Aufbruch der Arabellion 2011.²⁷ Die Chancenlosigkeit vieler junger Menschen in der Mena-Region dürfte den Wunsch abzuwandern gerade unter den besser Qualifizierten künftig eher verstärken als reduzieren.²⁸ Allerdings treffen Ausbildungsstand und Fachrichtungen der Mena-Absolventen nur bedingt auf die Nachfrage des europäischen Arbeitsmarktes, sodass Migranten aus der Region meist mit einer Beschäftigung unterhalb ihrer formalen Qualifikation und ihrer Erwartungen Vorlieb nehmen müssen.

3 Wirtschaftliche Faktoren

Nach Einschätzung der Weltbank steckt fast die ganze Mena-Region in einer „Falle des mittleren Einkommens“. Diese *middle income trap* beschreibt eine wirtschaftliche Lage, bei der ein Land extreme Armut zwar überwunden hat und den Menschen bessere Einkommen ermöglicht, aber dann keine weiteren Fortschritte mehr macht. Kein Staat der Region, der 1975 zu den Ländern mit mittlerem Einkommen zählte, konnte

seither seinen Status in Richtung höherer oder hoher Einkommen verbessern, einige sind sogar zurückgefallen. Selbst Länder, die aufgrund ihrer Öl- und Gasexporte starke Wachstumsphasen erlebt haben, konnten keinen Anschluss an das Wohlstandsniveau der Weltwirtschaft finden, weil sie zu stark von schwankenden Rohstoffpreisen abhängig sind. Hauptgrund dafür ist die Tatsache, dass es überall in der Region an innovativen Unternehmen der Privatwirtschaft fehlt, an unternehmerischen Freiheiten, an Start-ups, die neue Technologien nutzen und damit die Arbeitsplätze des 21. Jahrhunderts schaffen.³⁰

Der Internationale Währungsfonds rechnet vor, dass in den nächsten fünf Jahren in der Mena-Region pro Jahr rund 5,5 Millionen neue Bewerber auf den Arbeitsmarkt kommen. Allein in Ägypten, dem einwohnerstärksten Land der Region, sind es 1,3 Millionen. In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der Arbeitsplätze in Mena aber nur halb so schnell gestiegen wie jene der Jobsuchenden. Das Wirtschaftswachstum lag im vergangenen Jahrzehnt deutlich niedriger als in anderen Weltregionen mit vergleichbarem Entwicklungsstand.³¹ Die Weltbank macht einen Mangel an Reformen, eine wachsende Verschuldung und die hohe Arbeitslosigkeit bei Frauen und Männern für die schleppende Entwicklung verantwortlich.³² Frauen tragen allerdings kaum zur gesamten Arbeitslosigkeit bei, da sie trotz einer mittlerweile guten Ausbildung meist gar keine Arbeit suchen. Ihre Erwerbsquoten sind die mit Abstand niedrigsten der Welt.³³

Damit entwickelt sich die Mena-Region grundsätzlich schlechter als andere Schwellen- und Entwicklungsregionen, etwa in Asien. Dort haben rückläufige Geburtenziffern bei gleichzeitig steigenden Bildungswerten in der Regel dazu geführt, dass die letzten geburtenstarken Jahrgänge einen wirtschaftlichen Entwicklungsschub verursacht und den demografischen Bonus in eine Dividende überführt haben. In Mena aber gelingt es bisher nicht, das Potenzial des Nachwuchses

volkswirtschaftlich nutzbar zu machen. Hier führt der Überhang an jungen Menschen, in der Fachliteratur als *Youth Bulge* bezeichnet, vielmehr zu sozialer und politischer Unruhe, weil die Jugend gegen mangelnde Perspektiven und politische Missstände aufbegehrt.³⁴

Die ökonomischen Bedingungen im Mena-Raum sind dabei extrem unterschiedlich. In einigen rohstoffreichen Ländern liegt das jährliche BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten zwischen 49.000 (Saudi-Arabien) und 116.000 US-Dollar (Katar), also weit über der Grenze, bei der es für die Menschen attraktiv ist auszuwandern. Jemen hingegen kommt auf ein jährliches Pro-Kopf-BIP von gerade mal 2.400 US-Dollar, bei dem es den Menschen kaum möglich ist, eine Migration über weitere Strecken zu organisieren und zu finanzieren. Dazwischen, bei einem jährlichen Pro-Kopf-BIP von 8.000 bis 11.000 US-Dollar, liegen Länder wie Tunesien, Ägypten und Jordanien wo eine Migration wahrscheinlicher ist.³⁵

Länder wie die Türkei stecken wegen einer verfehlten Wirtschaftspolitik, Iran aufgrund von Sanktionen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Beiden Ländern steht für 2019 nach den Erwartungen des Internationalen Währungsfonds eine Rezession ins Haus und die lokalen Währungen verlieren massiv an Wert.³⁶ Die Einkommensmöglichkeiten der meisten Menschen verschlechtern sich dort und der Druck, sich anderswo eine Beschäftigung zu suchen, wird steigen. Insgesamt reichen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Mena-Raum bei weitem nicht aus, die große Zahl an Jobsuchenden mit Arbeit zu versorgen, weshalb die Migrationswahrscheinlichkeit hoch bleibt.

4 Netzwerke und Diaspora

Migrationsnetzwerke bestehen für die Mena-Länder vor allem nach Europa und innerhalb der Region. Arbeitsmigranten sind aufgrund ihrer Rücküberweisungen für die Mena-Länder ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, aber auch, weil sie die heimischen Arbeitsmärkte entlasten. In Ägypten, Jordanien, Libanon und den palästinensischen Autonomiegebieten machten diese Gelder im Jahr 2018 zwischen 10 und 15 Prozent des BIPs aus.³⁸ Umgekehrt fließen aus den Mena-Staaten, die viele ausländische Arbeitskräfte beschäftigen, erhebliche Beträge in Richtung deren Herkunftsländern ab. Aus den Vereinigten Arabischen Emiraten waren es 2017 rund 44 Milliarden US-Dollar, das ist nach den USA der zweitgrößte Betrag weltweit. Selbst aus kleinen Ölstaaten wie Kuwait oder Katar waren es 12 bis 14 Milliarden US-Dollar.³⁹ Diese Zahlen geben die wirklichen Geldströme nur unvollständig wieder, denn längst nicht alle Transfers verlaufen über offizielle und dokumentierbare Banküberweisungen.

Die Netzwerke von Nordafrika nach Frankreich, Belgien und die Niederlande dürften auch weiter für Zuwanderung in die EU sorgen, zum Zwecke der Arbeit oder des Familiennachzugs. Daneben können sich rasch neue Netzwerke zu weiteren Ländern entwickeln, etwa durch den Zuzug von Geflüchteten wie aus Syrien. Wie viele von diesen wie lange in Europa bleiben wollen und können, ist derzeit allerdings ungewiss.

Diaspora-Kanäle müssen aber keine dauerhafte Migration nach sich ziehen, wie der starke Rückgang der Einwanderung türkischer Personen nach Deutschland zeigt. Die Migration aus der Türkei war einst nach dem Anwerbestopp von 1973 zurückgegangen, dann aber wegen des Familiennachzugs wieder angestiegen. Unter anderem um Schein- und Zwangsehen zu erschweren und die Integration in Deutschland zu erleichtern, verschärfte Deutschland 2007 die Bedingungen für den Familiennachzug von sogenann-

ten Drittstaatsangehörigen.⁴⁰ So müssen seither nachzugswillige Ehegatten mit einem Sprachtest belegen, dass sie sich auf einfache Art mündlich und schriftlich auf Deutsch verständigen können. Sonstige Familienangehörige, etwa erwachsene Geschwister oder Großeltern dürfen nur nachziehen, wenn dadurch eine „außergewöhnliche Härte“ vermieden wird.⁴¹

Ein anderer Faktor könnte die Migration aus Mena in Richtung Europa künftig begünstigen: Die reichen Ölstaaten am Golf versuchen sich seit einigen Jahren aus ihrer Abhängigkeit von fremden Arbeitskräften zu lösen. In Saudi-Arabien etwa sind 76 Prozent aller Beschäftigten Ausländer. Das Königreich muss aber, ähnlich wie die Scheichtümer am Golf, seinen Staatshaushalt wegen gesunkener Ölpreise einschränken und mehr Arbeitsplätze für die stark wachsende eigene Bevölkerung reservieren. Um den Arbeitsmarkt zu „saudisieren“, hat das Land zwischen April 2012 und August 2018 rund 2,7 Millionen ausländische Arbeitskräfte des Landes verwiesen.⁴²

5 Konflikte und politische Faktoren

Die heutigen Konflikte der Region sind zum Teil historisch bedingt. Sie beruhen auf willkürlichen Grenzziehungen nach der Kolonialzeit und auf den Folgen des Kalten Krieges, als die USA Israel, Saudi-Arabien und die Golfstaaten unterstützte und die Sowjetunion Syrien, Ägypten und den Irak. Andere Auseinandersetzungen verlaufen entlang innerarabischer oder religiöser Konfliktlinien und werden verstärkt durch Terrorgruppen und Milizen. Als vor acht Jahren die „Arabelionen“ ausbrachen, ein Aufstand frustrierter junger Menschen in vielen Ländern der Region, gab es die Hoffnung, es würden sich Demokratie, Freiheit und Menschenrechte verbreiten. Doch mit Ausnahme von Tunesien haben sich die politischen Verhältnisse nirgendwo grundlegend verbessert. Vielmehr destabilisieren die aktuellen Unruhen in

Algerien, der Bürgerkrieg in Libyen, der Krieg in Jemen und der latente Konflikt zwischen dem schiitischen Iran und dem sunnitischen Saudi-Arabien die Region noch weiter.

Der *Transformation Index* der Bertelsmann-Stiftung stuft sieben Länder der Region als „harte Autokratien“ ein, darunter Libyen, Jemen, Syrien und Iran.⁴³ Im *Fragile State Index* finden sich unter den 31 weltweit schwächsten Staaten mit Jemen, Syrien, Irak und Libyen gleich vier aus der Mena-Region.⁴⁴ Der Nahe Osten gilt als die mit Abstand konfliktträchtigste Region der Welt.⁴⁵ Die hohen Rüstungsausgaben der Mena-Länder sprechen derweil nicht für eine Beruhigung der Konflikte und Bürgerkriege. Nirgendwo auf der Welt liegen die Militärausgaben höher. In Algerien, Kuwait und Libanon sind es über fünf Prozent des BIP, in Oman und Saudi-Arabien sogar über acht Prozent.⁴⁶

All diese Umstände liefern den Menschen gute Gründe, ein Land zu verlassen, in dem Unterdrückung oder Krieg herrschen. Tatsächlich verstärkte sich die Abwanderung aus Mena nach dem Ausbruch des Arabischen Frühlings 2011, als in einem Jahr 341.795 Personen aus der Region in die EU kamen. Mit dem Bürgerkrieg in Syrien stieg ihre Zahl im Jahr 2015 auf etwa 1,4 Millionen. Insgesamt haben aber viel mehr Syrer ihr Land fluchtartig verlassen, von denen allein 3,6 Millionen in der Türkei unterkamen, andere in den Nachbarstaaten Libanon, Jordanien und Irak.⁴⁷

6 Umweltfaktoren

Die Mena-Region ist eine der heißesten und trockensten der Welt. Über 60 Prozent aller Bewohner haben unzureichenden oder gar keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.⁴⁸ Nirgendwo auf der Welt nutzen die Menschen die Ressource Wasser weniger nachhaltig als dort. In einigen der Länder wird das Nass zu über 50 Prozent aus fossilen Quellen gefördert, die sich über Jahrtausende nicht natürlicherweise regenerieren.⁴⁹ Mehr als die Hälfte der Länder leidet nach der Weltbank-

Definition unter „absoluter Wasserknappheit“, bei der pro Jahr und Kopf der Bevölkerung weniger als 500 Kubikmeter Wasser zur Verfügung stehen. Die Landwirtschaft beansprucht fast 80 Prozent des Wassers in einer Region, die schon heute massiv von Lebensmittelimporten abhängt, sich also nicht eigenständig ernähren kann.⁵⁰

Der Klimawandel wird den Wasserstress deutlich erhöhen, vor allem in Jordanien, Irak, Libanon, Marokko und Syrien, was die Versorgungsmöglichkeiten weiter einschränkt und politisch-soziale Krisen wahrscheinlicher macht. Die Region steht nach Analysen der Weltbank weltweit vor den schwersten wirtschaftlichen Verlusten durch klimabedingten Wassermangel, mit geschätzten Einbußen von 6 bis 14 Prozent des BIPs bis 2050.⁵¹

Möglicherweise waren Klimawandel und Dürren auch ein Auslöser für den Krieg in Syrien.⁵² Immerhin hatte die Levante von 2006 bis 2011 eine ungewöhnliche Trockenperiode erlebt, die zu massiven Ernteeinbußen und einer inflationären Steigerung der Nahrungsmittelpreise führte. 1,5 Millionen Landbewohner verloren ihre Existenzgrundlage und zogen in die Städte - und das zu einer Zeit, da in Syrien bereits 1,5 Millionen Flüchtlinge aus Irak Schutz vor den dortigen Auseinandersetzungen gesucht hatten. In den Städten kam es zu öffentlichen Protesten, die sich im Frühling 2011 zu Demonstrationen gegen das Assad-Regime ausweiteten und später in Krieg und IS-Terror eskalierten.⁵³

Besonders unter Wassermangel leidet seit vielen Jahren Jemen, ein Land, das ebenfalls einen Krieg erlebt. Dort übernutzen die Menschen die natürlichen Wasservorräte so stark, dass die Grundwasserspiegel je nach Region um ein bis sieben Meter pro Jahr sinken.⁵⁴ Damit ist absehbar, dass Jemen, wo sich die Bevölkerung seit 1976 verfünffacht hat und sich bis 2050 noch einmal mehr als verdoppeln wird, schon bald das Wasser ausgeht. Hinzu kommt, dass durch den Konflikt die Versorgung mit sauberem Trinkwasser großräumig zusammengebrochen ist und sich deshalb

2016 und 2017 eine Cholera-Epidemie ausbreiten konnte, die eine Million Menschen infizierte und 2.500 Tote forderte.⁵⁵

Erschwerend für die Region kommt hinzu, dass 60 Prozent der Vorräte an Oberflächenwasser über nationale Grenzen fließen und sich künftige Konflikte um Wasser nur kooperativ lösen lassen.⁵⁶ So ist Irak mit seinen über 40 Millionen Einwohnern fast komplett auf den Zustrom aus anderen Ländern angewiesen, vor allem aus der Türkei, aber auch aus Iran und Syrien. Gerade mal acht Prozent des in Irak genutzten Wassers stammen aus dem eigenen Land.⁵⁷ Auch Ägypten hängt nahezu vollständig am Tropf von fremdem Wasser, das über den Nil ins Land fließt. Steigt der Verbrauch an Oberlauf des Flusses, in Sudan und Äthiopien, weil auch dort die Bevölkerung stark wächst und große Staudämme das Wasser zurückhalten, ist die Versorgung in Ägypten gefährdet.

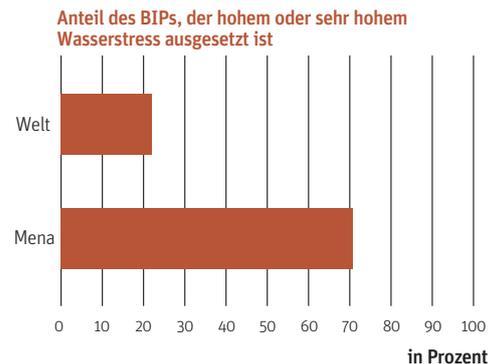
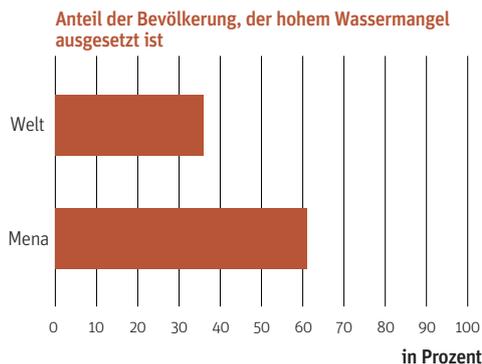
Nach Ansicht des Weltwirtschaftsforums stellt die Wasserknappheit für die Mena-Region ein größeres Problem dar als die politische Instabilität oder die Arbeitslosigkeit.⁵⁸ Bei schwindenden Wasservorräten wird ein Überleben in den betroffenen Ländern immer schwerer und Wanderungen werden zunehmen. Da die vom Klimawandel direkt Betroffenen jedoch sehr geringe Anpassungsmöglichkeiten haben und meist nur bis dorthin wandern, wo sie eine bessere Wasserversorgung erwarten können, wird sich diese Migration vor allem regional auswirken.⁵⁹

Das Beispiel Syrien zeigt, dass der Klimawandel nicht alleine für Flucht und Migration verantwortlich gemacht werden kann, dass sich aber in komplexen und instabilen politischen Gemengelagen die Wahrscheinlichkeit dafür erhöht, weil er bestehende Konflikte verschärfen kann.⁶⁰ Wanderungen aus Umweltgründen beziehungsweise aus Regionen, die sich ökologisch destabilisieren, dürften deshalb mittelfristig zu einem wichtigen Faktor für den Mena-Raum werden.

Ohne Wasser keine Stabilität

In der Mena-Region ist der Wassermangel weltweit am höchsten und nirgendwo sonst ist die Wirtschaft so stark von den Wasservorräten abhängig. Bei schwindenden Vorräten wird die Wirtschaftsleistung zurückgehen. vielerorts fördern die Menschen fossiles Grundwasser, das sich auch über Jahrtausende nicht erneuern kann.

(Datengrundlage: World Bank 2017⁶¹)



7 Migrationspolitik

Nach den Rekordzahlen an Geflüchteten, die 2015 überwiegend aus der Mena-Region in die EU kamen, hat die Europäische Union eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um die Migration stärker zu überwachen und irreguläre Wege zu blockieren. Die wichtigsten waren eine Kontrolle der EU-Außengrenzen, Grenzsicherungen einzelner Mitgliedsstaaten, eine Kooperation mit Drittstaaten wie der Türkei und nordafrikanischen Ländern, um irreguläre Migration zu unterbinden, verschärfte Anstrengungen, um Zugewanderte ohne Aufenthaltsgenehmigung zurückzuführen, eine verschärfte Asylpolitik etwa über die Definition sicherer Herkunftsstaaten und Aktionen gegen den Menschen schmuggel.

Diese mitunter als Abschottungspolitik bezeichnete Strategie hat konkrete Ergebnisse gebracht: Die Zahl der irregulären Grenzübertritte auf der östlichen Mittelmeerroute ist im Jahr 2018 gegenüber 2015 um 97 Prozent und jene auf der zentralen Mittelmeerroute um 77 Prozent zurückgegangen. Auf der westlichen Mittelmeerroute nehmen die Passagen auf niedrigem Niveau zu.⁶² Obwohl weniger Menschen als in den Jahren zuvor die EU über die drei Mittelmeerrouten erreichen, stirbt heute ein größerer Anteil jener, die sich auf den Weg machen als früher. Laut dem UNHCR dürften sich diese Trends auch 2019 fortsetzen.⁶³

Gleichzeitig findet nach wie vor eine reguläre Migration aus Mena in die EU statt, zu Arbeits- und Ausbildungszwecken sowie zur Familienzusammenführung. Zwischen 2008 und 2012 hat sich deren Zahl von 2 auf 1 Millionen Menschen pro Jahr halbiert, aber 2017 waren es wieder 1,8 Millionen.⁶⁴

Trotz der rückläufigen Zahlen bei der irregulären Migration bestehen nach wie vor wesentliche Probleme bei der EU-Migrationspolitik. So herrscht generell Uneinigkeit über die Verteilungsquoten für Geflüchtete. Auch der Versuch, den Herkunftsländern von Migranten als Gegenleistung für eine bessere Grenzkontrolle und den Kampf gegen das Schleuserwesen legale Wege der Einwanderung anzubieten, scheitert daran, dass die EU-Staaten jeweils eigene Regeln für eine Arbeitsmigration haben. Die Umsiedlung von Asylbewerbern in Italien oder Griechenland in Rahmen des Relocation-Programms funktioniert nur schleppend, ebenso die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern in ihre Herkunftsländer. Die Verschiebung der EU-Außengrenze nach Nordafrika über Abkommen mit der libyschen Küstenwache und libyschen Milizen hat dort zu Internierungslagern und massiven Menschenrechtsverstößen geführt.⁶⁵

Insgesamt versuchen die Länder der EU vor allem die irreguläre Migration aus der Mena-Region zu begrenzen, während bestehende,

legale Wege bei weitem nicht ausreichen, den Migrationsdruck in die EU abzumildern. Inwieweit sich die Migration künftig auf niedrigem Niveau halten, respektive steuern lässt, ist derzeit nicht abzuschätzen.

Länderbeispiele

Ägypten: einwohnerstärkstes Land der Region – hohe Arbeitslosigkeit – hohes Migrationspotenzial

Ägypten ist eines der drei afrikanischen Länder, welche die 100-Millionen-Einwohnerzahl bereits überschritten haben. Bis 2030 dürften es dann 117 Millionen sein. Das nach wie vor hohe Wachstum liegt unter anderem daran, dass die Kinderzahl je Frau nicht wie anderswo üblich kontinuierlich sinkt, sondern seit 2008 von damals 3,0 wieder auf 3,4 gestiegen ist. Als Gründe für diese Entwicklung gelten insbesondere die wirtschaftliche und politische Verunsicherung in Folge der arabischen Rebellion von 2011, die dazu geführt hat, dass die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit weiter gestiegen ist und besser gebildete Frauen aus dem Arbeitsmarkt zugunsten der Männer verdrängt werden. Zur eigenen wirtschaftlichen Absicherung heiraten diese Frauen früher und bekommen mehr Kinder.⁶⁶

Migration ist für Ägypten ein relativ neues Phänomen. Während der britischen Kolonialzeit gab es so gut wie keine Wanderungen in Richtung der Kolonialmacht. Auch nach der Unabhängigkeit 1952 unterband die ägyptische Regierung Auswanderung weitgehend, aus Furcht vor einem Verlust von Fachkräften.⁶⁷ Erst 1971 hob sie alle Ausreisebeschränkungen auf. Als mit der Ölkrise von 1973 die Weltmarktpreise für den begehrten Rohstoff in die Höhe schossen und die ölreichen Länder der Mena-Region enorme Gewinne einstrichen, stieg dort die Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Zahl der ägyptischen Migranten in ölreichen Ländern stieg von 70.000 im Jahr 1970 auf 2,3 Millionen im Jahr 1986.⁶⁸ 2016 lebten knapp 3 Millionen ägyptische Migranten in der Mena-Region, vor allem in Saudi-Arabien und Jordanien, fast ebenso viele waren es jeweils in der EU und Nordamerika.⁶⁹ Aber Ägypten war auch ein Zielgebiet von Migranten, vor allem aus den palästinensischen Autonomiegebieten, aus Sudan und seit 2011 auch aus dem kriegsgeplagten Syrien.⁷⁰

Aufgrund des hohen Bevölkerungswachstums und der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage im Land dürfte sich das Migrationspotenzial Ägyptens in Zukunft noch vergrößern – auch in Richtung EU. Das gilt aber vor allem, wenn es für Ägypter schwieriger wird in den Nachbarländern Beschäftigung zu finden, wie etwa nach dem Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes in Libyen, als dort zehntausende von Arbeitskräften ihren Job verloren und nach Ägypten zurückkehrten.⁷¹ Vor allem junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren sind auf der Suche nach Beschäftigung. Die Jugendarbeitslosigkeit in Ägypten lag 2018 bei 33 Prozent – einer der höchsten Werte weltweit.⁷²

Marokko: lange Migrationsbeziehung – Nähe zu Europa – Zuwanderung aus Subsahara-Afrika

Marokko stand von 1912 bis 1956 unter Kolonialherrschaft, zum größeren Teil durch Frankreich, zu einem kleinen durch Spanien. Vor allem mit Frankreich entstanden schon im Ersten Weltkrieg enge Migrationsbeziehungen, als die Franzosen zehntausende Marokkaner für die Armee, die Industrie und den Bergbau rekrutierten.⁷³ Nach der Unabhängigkeit des nordafrikanischen Landes als Königreich im Jahr 1956 warb Frankreich erneut Arbeitskräfte aus Marokko für Industrie und Landwirtschaft an, auch weil während des Algerienkrieges von 1954 bis 1962 die Zuwanderung aus diesem Land gestoppt war. Nach der Ölkrise von 1973 sank in Frankreich der Bedarf an Zuwanderern. Marokkaner wanderten stattdessen auf Basis von Migrationsabkommen in die Niederlande, nach Belgien, Deutschland und Skandinavien aus. Aber auch diese Migrationswege wurden seit den 1980er Jahren durch geänderte Visavorschriften erschwert, so dass sich die Wanderung in die südeuropäischen Länder Italien und Spanien verlagerte. Diese boten Arbeit in der Landwirtschaft und waren über das Mittelmeer auch auf irregulärem Wege erreichbar. Von dem nördlichsten Teil Marokkos bis nach Gibraltar sind es gerade einmal 14 Kilometer.⁷⁴

Reguläre Arbeitsmigration aus Marokko nach Europa findet nur noch in geringem Umfang statt, auch weil es wenige Hochqualifizierte gibt, die diesen Weg wählen könnten. Der schlechte Bildungsstand in Marokko geht noch auf die französische Kolonialverwaltung zurück, die überall in Afrika wenig Interesse daran hatte, die einheimische Bevölkerung auf breiter Basis zu qualifizieren: Während der 44 Jahre währenden französischen Herrschaft erreichten insgesamt gerade einmal 1.414 marokkanische Personen einen Sekundarschulabschluss.⁷⁵

In der EU lebten 2017 rund 2,5 Millionen Marokkaner, knapp eine Million davon in Frankreich. Während die Zahl der Neuan-

kömmlinge in Europa aufgrund der erschweren Einreisemöglichkeiten in den letzten Jahren zunächst zurückgegangen war, ist sie jüngst wieder gestiegen, weil die westliche Mittelmeerroute aufgrund der schärferen Kontrollen auf der östlichen und zentralen Route wieder attraktiver geworden ist. 2018 kamen 57.000 Personen irregulär von Marokko auf dem Seeweg nach Spanien. Dies waren nur zu etwa einem Fünftel Marokkaner, denn auch viele Zuwanderer aus den Ländern südlich der Sahara machen sich über diesen Weg auf nach Norden. Die meisten stranden dann aber in Marokko, bleiben dort ohne Aufenthaltsgenehmigung und versuchen ein Auskommen zu finden.⁷⁶

Das Maghreb-Land ist für die EU ein wichtiger Partner geworden, wenn es darum geht, Migration zu kontrollieren. Seit 2014 flossen über unterschiedliche Töpfe 232 Millionen Euro und 2018 auf Druck von Spanien über den *EU Trust Fund* weitere 148 Millionen Euro nach Marokko,⁷⁷ damit die dortigen Behörden die Grenzen sichern, Menschen schmuggel unterbinden und Migranten aus Subsahara-Afrika besser schützen. Dies funktioniert allerdings nur begrenzt. Immer wieder gibt es Berichte, nach denen irreguläre Migranten von Spanien aus ohne große Prüfung auf Asylrecht nach Marokko zurückgeschoben werden. Zudem werden Eingewanderte aus Subsahara-Afrika, die es bis in den Norden Marokkos geschafft haben, teilweise zurück in die Wüstenregion im Süden des Landes nahe der algerischen Grenze deportiert.⁷⁸

Wegen der engen Beziehungen Marokkos zu einigen europäischen Ländern und der etablierten Netzwerke dürfte die Migration Richtung EU aber anhalten. Einzig die demografische Entwicklung verspricht mittelfristig etwas Entspannung: Mit 2,2 Kindern je Frau weist Marokko die niedrigste Geburtenziffer in Nordafrika auf und die Bevölkerung dürfte bis 2030 von heute 37 Millionen nur noch auf 40 Millionen anwachsen – das entspricht einer Zunahme von rund acht Prozent und ist deutlich weniger als in anderen Mena-Ländern wie Ägypten, Irak oder Jemen.

Türkei: Nähe zu Europa – politische und wirtschaftliche Probleme – alternde Bevölkerung

In der Türkei, die direkt an die EU grenzt, leben heute 82 Millionen Menschen. Die Kinderzahl je Frau liegt mit 2,1 genau auf dem bestandserhaltenden Niveau. Aber weil die Bevölkerung noch relativ jung ist, steht dem Land bis 2030 noch ein Bevölkerungswachstum von acht Prozent bevor, auf dann fast 90 Millionen.

Die Türkei befindet sich damit mitten in der Phase, in der sich eine demografische Dividende abschöpfen ließe. Das gelingt ihr aber nur bedingt, denn die Fortschritte in Sachen Bildung, Forschung und Entwicklung sowie beim Aufbau von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung kommen nur schleppend voran und dem Land droht eine Stagnation.⁷⁹ Damit ist die Türkei bereits in der Phase der demografischen Alterung bei gleichzeitig schrumpfender Erwerbsbevölkerung angekommen, allerdings ohne den Wohlstand und die Sozialsysteme zu schaffen, die für eine Versorgung einer alternden Bevölkerung nötig wären.⁸⁰

Anders als die meisten Länder der Mena-Region war die Türkei nie kolonisiert. Neuzeitliche Migrationsbeziehungen entstanden erst durch die Gastarbeiterwanderungen zwischen der Türkei und Nordwest-Europa. Die türkische Regierung war zum einen daran interessiert, den eigenen Arbeitsmarkt zu entlasten und erhoffte sich zum anderen, dass zurückkehrende Gastarbeiter neues Wissen und Geld mitbringen würden, um die türkische Wirtschaft zu modernisieren.⁸¹ Dieses Konzept ging nur zum Teil auf, denn der Bildungsstand der Auswanderer war so niedrig, dass sie zwar die ihnen zgedachten Tätigkeiten in Europa übernehmen konnten, aber im Rahmen des wirtschaftlichen Strukturwandels dort häufig ihre Jobs verloren. Diese Personen und ihre Nachkommen sind bis heute bei der Integration stark benachteiligt, also überproportional arbeitslos und auch in der zweiten und dritten Generation im Schnitt nur unterdurchschnittlich qualifiziert.⁸²

In der EU lebten 2017 rund 2,7 Millionen aus der Türkei zugewanderte Personen. Die Zahl der Menschen mit türkischem Migrationshintergrund lässt sich weniger genau quantifizieren, dürfte aber mehr als doppelt so groß sein. In Deutschland, wo 2,9 Millionen Menschen mit türkischem Migrationshintergrund leben, haben diese zu mehr als 50 Prozent die deutsche Staatsbürgerschaft.⁸³

Im Rahmen des bundesdeutschen Anwerbeabkommens von 1961 kamen allein aus der Türkei vier Millionen Menschen nach Deutschland, von denen etwa die Hälfte später wieder in die Türkei zurückkehrte. Während die Zahl der jährlichen Einreisen in den 1960er und 1970er Jahren meist die Grenze von 150.000 überschritt, ist der Wanderungssaldo zwischen beiden Ländern heute nahezu ausgeglichen. Zwischen 2006 und 2014 wanderten sogar mehr Menschen aus Deutschland Richtung Türkei als umgekehrt.⁸⁴

Die Zeiten einer starken Arbeitsmarktzunahme aus der Türkei in die EU und dort vor allem nach Deutschland liegen somit weit zurück. Nach dem Anwerbestopp von 1973 sorgte nur noch der Familiennachzug für weitere Zuwanderung aus der Türkei. Heute hat die Türkei ihren Status als Auswanderungsland verloren und ist im Saldo selbst zu einem Zuwanderungsland geworden.⁸⁵ Das liegt zum einen an der türkischen Wirtschaft, die zumindest bis zur Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 stark gewachsen war und Arbeitskräfte aus anderen Ländern angelockt hatte. Zum anderen haben 3,6 Millionen Geflüchtete aus Syrien zumindest vorübergehend Zuflucht in der Türkei gefunden.⁸⁶

Seit Mitte der 1980er Jahre verlassen aber auch Menschen die Türkei, weil sie sich dort bedroht fühlen und anderswo um politisches Asyl ersuchen: Personen, die nach dem Militärputsch 1980 geflüchtet sind, Mitglieder der kurdischen Bevölkerungsminorität, die immer wieder in ihren Rechten beschnitten werden, und Oppositionelle, die vom Erdogan-Regime bedroht sind. Nach

Angaben der Vereinten Nationen haben allein in den 1990er Jahren fast 340.000 türkische Bürger Asyl in europäischen Ländern beantragt.⁸⁷ Seit 2015 wandern wieder etwas mehr Menschen von der Türkei Richtung Deutschland als umgekehrt, was vermutlich mit den politischen Repressionen und dem 2016 verhängten Ausnahmezustand zusammenhängt.⁸⁸ Auch wenn die Türkei derzeit kaum ein Herkunftsland von Migranten in die EU darstellt, kann sich das aufgrund der Bevölkerungsgröße und der labilen politischen Verhältnisse künftig ändern – vor allem weil zu vielen Ländern Europas starke Diaspora-beziehungen existieren.

Weitere Entwicklung

Die Mena-Länder stehen für das zweithöchste Bevölkerungswachstum aller hier betrachteten Weltregionen. Ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung trägt sich mit dem Gedanken, ihr Herkunftsland zu verlassen, wenn die Möglichkeit dazu besteht. Die räumliche Nähe zu Europa macht es wahrscheinlich, dass die EU ein vorrangiges Ziel dieser Wanderungen bleibt, zumal mit einer Reihe von Ländern starke Diaspora-Beziehungen existieren, vor allem mit der Türkei und Staaten in Nordafrika. Auch Geflüchtete aus der jüngeren Vergangenheit stammen aus dieser Region, vor allem aus Syrien und Irak.

Weil Mena die politisch instabilste Region der Welt ist, dürfte sich an diesem Trend auch künftig wenig ändern, zumal sie auch Transitgebiet für Geflüchtete aus anderen Weltregionen in Subsahara-Afrika und Südasien ist. Zudem leben in Mena viele innerhalb ihrer Länder vertriebene Menschen, von denen sich ein Teil auf weitere Wanderschaft begeben will oder muss. Mit anhaltenden Krisen und Konflikten, etwa in Libyen und Jemen und der angespannten politischen Lage in den einwohnerstarken Ländern Iran, Irak, Türkei und Ägypten können immer wieder größere, wenngleich schwer kalkulierbare Migrationsbewegungen entstehen. Das gilt insbesondere, weil in Mena eine Vielzahl von

Menschen über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen und einen Bildungsstand haben, bei dem eine Migration wahrscheinlicher wird.

Doch auch die ärmeren Bevölkerungsteile dürften ausreichend Gründe haben, auszuwandern: Umweltveränderungen, allen voran der Klimawandel, der auf Länder trifft, die wenig Anpassungsmöglichkeiten haben und heute schon unter Trinkwassermangel leiden, können die Migration künftig weiter verstärken. Auch hier gilt, dass umweltbe-

dingte Migration zunächst regional stattfindet, längerfristig und indirekt aber auch zu internationaler Wanderung führen kann. Die Folgen des Klimawandels können fragile Staaten weiter destabilisieren und Aufstände und Gewalt begünstigen.

Umgekehrt haben viele Mena-Länder angesichts ihres fortgeschrittenen Status im demografischen Übergang eine günstige Altersstruktur und zudem einen gestiegenen Bildungsstand, um theoretisch von einer demografischen Dividende zu profitieren. In

diesem Fall, der allerdings stabile politische Verhältnisse, freies Unternehmertum und die notwendigen Investitionen in Arbeitsplätze voraussetzt, könnten sich große Zahlen von jungen Erwachsenen vor Ort entfalten und zu einem wirtschaftlichen Aufstieg ihrer Länder beitragen. Unter günstigen Rahmenbedingungen ergäbe sich dadurch die Chance auf eine demografische Dividende, auf einen Entwicklungsschub, der Migration langfristig reduziert.

	DEMOGRAFIE				BILDUNG		WIRTSCHAFT	LEBENSQUALITÄT	DIASPORA	POLITIK		ÖKOLOGIE
	Bevölkerung 2020 (Millionen)	Bevölkerungswachstum bis 2030 in Prozent (Basisjahr = 2020)	Anteil der Bevölkerung in urbanen Räumen 2020 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen an der Gesamtbevölkerung 2030 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen mit Sekundarschulabschluss 2030 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen mit Postsekundarabschluss 2030 in Prozent	Durchschnittliches jährliches BIP pro Kopf-Wachstum 2010 bis 2017 in Prozent	HDI Rang von 189, 2017	Anteil Migranten in EU-28 Ländern an der Gesamtbevölkerung (Herkunftsland) in Prozent	Fragile State Index Rang von 178, 2019	Bertelsmann Transformation Index Demokratiewertung (1 bis 10)	World Risk Index Rang von 172, 2018
Ägypten	102,4	14,5	42,8	29,2	52,6	40,1	1,0	115	0,3	34	3,7	166
Algerien	43,1	10,7	73,7	27,1	71,0	25,9	1,1	85	3,9	72	4,8	63
Bahrain	1,5	15,6	89,5	25,3	54,7	27,9	0,9	43	0,4	113	3,2	149
Irak	41,1	23,7	70,9	30,9	35,3	24,7	2,8	120	1,3	13	3,6	110
Iran	84,4	8,1	75,9	26,8	61,2	27,8	0,8	60	0,5	52	2,9	120
Israel	8,8	18,0	92,6	27,2	54,9	39,9	1,6	22	0,9	67**	-	162
Jemen	30,6	25,1	37,9	32,4	40,5	1,1	-8,7	178	0,1	1	1,8	84
Jordanien	10,4	23,2	91,4	32,4	50,4	32,0	-1,8	95	0,4	69	4,4	117
Katar	2,8	18,9	99,2	26,0	49,7	25,7	-1,0	37	0,2	141	3,7	172
Kuwait	4,3	13,9	100,0	23,6	57,3	22,5	-1,9	56	0,9	130	4,5	132
Libanon	6,3	13,0	88,9	31,7	55,9	36,9	-3,1	80	3,5	44	4,9	111
Libyen	6,7	10,2	80,7	29,4	52,7	31,9	-7,0	108	1,1	28	2,6	127
Marokko	36,8	7,7	63,5	28,8	49,0	22,3	2,2	123	7,1	78	3,8	87
Mena	548,2	13,1	-	28,9	53,0	30,1	-0,2	-	1,8	-	-	-
Oman	4,6	15,2	86,3	24,9	50,3	31,3	-2,5	48	0,1	133	3,0	150
Palästinensische Autonomiegebiete	5,2	20,9	76,7	32,2	61,2	32,8	0,9	119	0,3	-	-	-
Saudi Arabien	34,7	15,6	84,3	27,5	46,7	45,4	1,1	39	0,2	93	2,6	170
Syrien	19,8	10,6	55,5	35,0	45,7	23,9	0,0	155	1,3	4	1,8	100
Tunesien	11,8	6,1	69,6	26,4	56,6	33,4	0,6	95	5,0	95	6,5	105
Türkei	82,3	8,0	76,1	29,2	58,7	34,6	4,9	64	3,3	59	5,6	112
Vereinigte Arabische Emirate	10,1	16,9	87,0	23,0	56,0	31,5	2,3	34	0,2	149	4,0	141
Westsahara	0,6	23,5	86,8	31,8	32,4	8,6	-	-	0,1	-	-	-

3 | SÜDASIEN

Bereits im 16. Jahrhundert reisten Europäer aus Portugal und den Niederlanden nach Südasien auf der Suche nach neuen Handelsrouten, um von dort Tee, Seide und Porzellan zu importieren. Der steigende Bedarf nach Rohstoffen in Folge der Industrialisierung und der Aufstieg der britischen Kolonialmacht im 19. Jahrhundert führten dazu, dass innerhalb kurzer Zeit fast ganz Südasien unter britische Herrschaft kam.¹ Während dieser Zeit wurden mehr als 1,2 Millionen Menschen vom indischen Subkontinent unter Zwang als Arbeiter in andere britische Kolonien in der Karibik und Afrika gebracht.² Nach dem Zweiten Weltkrieg erlangten die Länder Südasiens ihre Unabhängigkeit, blieben jedoch in der Staatengemeinschaft des *Commonwealth of Nations* weiterhin mit dem Vereinigten Königreich verbunden. Bis Anfang der 1960er Jahre konnten Migranten aus den ehemaligen Kolonien dadurch relativ einfach in das Vereinigte Königreich einreisen, was zu einem Anstieg der Zuwanderung führte und den Grundstein für die große südasiatische Diaspora legte. Bereits Mitte der 1970er Jahre lebte etwa

eine halbe Million Menschen aus Südasien, hauptsächlich aus Indien, Pakistan und Bangladesch, im Vereinigten Königreich.³

Südasien ist heute mit 1,9 Milliarden Einwohnern nach Ost- und Südostasien die zweitbevölkerungsreichste Region der Welt und dürfte bis 2070 noch weiterwachsen. 2025 wird Indien voraussichtlich die Volksrepublik China als einwohnerstärkstes Land der Welt ablösen. Einzelnen betrachtet weist die demografische Entwicklung der Länder der Region jedoch einige Unterschiede auf.⁴ Während in den 1950er Jahren Frauen in Südasien durchschnittlich sechs bis sieben Kinder bekamen, liegen die Geburtenziffern heute in fast allen Ländern nur noch knapp über oder gar unter dem bestanderhaltenden Niveau von 2,1 Kindern, und das Bevölkerungswachstum verlangsamt sich bereits. Eine Ausnahme bilden Pakistan und Afghanistan, in denen die Geburtenziffern mit 3,4 respektive 4,4 Kindern noch relativ hoch liegen und die Bevölkerung entsprechend stärker wachsen.⁵

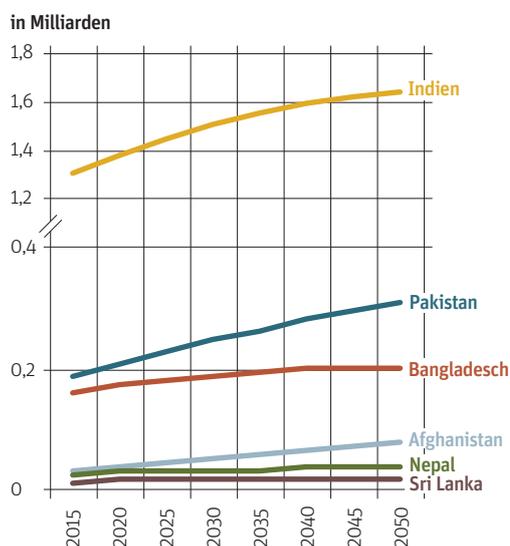
Auch die sozioökonomische Lage der Länder weist deutliche Unterschiede auf. Während sich die meisten laut dem *Human Development Index* im Bereich der mittleren menschlichen Entwicklung befinden, mit Indien an der Spitze und Pakistan als Schlusslicht, fallen die wohlhabenderen Inselstaaten Sri Lanka und die Malediven in den Bereich der hochentwickelten Länder. Das von anhaltenden Konflikten geplagte Afghanistan befindet sich als einziges Land der Region in der Kategorie der niedrig entwickelten Länder.⁶

Laut der letzten Gallup-Befragung von 2015 bis 2017 haben verhältnismäßig wenige Menschen in Südasien einen Migrationswunsch – nur acht Prozent der Bevölkerung gaben an, dauerhaft auswandern zu wollen, wenn sie dazu die Möglichkeit hätten. Damit liegt die Region ein gutes Stück unter dem weltweiten Durchschnitt von 15 Prozent.⁷ Noch weniger hatten bereits Auswanderungspläne. Gemessen an der Zahl der Menschen in Südasien sind das aber immer noch relativ viele – in der Befragung im Zeitraum 2010 bis 2015 stellte Indien mit 3,5 Millionen Menschen, die angaben, Auswanderungspläne zu haben, nach Nigeria weltweit die zweitmeisten potenziellen Auswanderer.⁸

Abnehmendes Wachstum

Die Bevölkerungen aller Länder Südasiens dürften bis 2030 noch größer werden. Während Afghanistan und Pakistan zwischen 2020 und 2030 mit einem Zuwachs von 32 respektive 17 Prozent zu rechnen haben, hat sich das Wachstum in Bangladesch und Indien bereits verlangsamt. Hier wird die Zahl der Menschen bis 2030 voraussichtlich nur noch um etwa 10 Prozent zunehmen. Am niedrigsten fällt das Wachstum mit 3 Prozent in Sri Lanka aus – ab 2040 dürfte die Bevölkerung des Inselstaats als erste in Südasien anfangen zu schrumpfen.

Bevölkerungswachstum der Länder Südasien, 2015 bis 2050
(Datengrundlage: Cepam⁹)



Status Quo der Migration aus Südasien

2017 lebten 3,3 Millionen Menschen aus Südasien in der EU. Die meisten von ihnen stammen aus Indien (1,3 Millionen), Pakistan (842.000) und Bangladesch (383.000).

Die EU ist jedoch nicht das Hauptziel südasiatischer Migranten. 2017 lebten 78 Prozent aller internationalen Migranten aus der Region in anderen asiatischen Ländern und der Mena-Region, ein Großteil davon in den arabischen Golfstaaten. Mit 11 Prozent hatte

Nordamerika die zweitgrößte südasiatische Diaspora. Während die Länder am Golf vor allem niedrig qualifizierte und temporäre Arbeitsmigranten anziehen, ist Nordamerika das Ziel hochausgebildeter Zuwanderer, insbesondere aus Indien.¹⁰ In der EU leben etwa acht Prozent der südasiatischen Migranten. Dabei handelt es sich sowohl um höher als auch um niedrig qualifizierte Personen,¹¹ wobei deren Anteil in den letzten Jahren leicht angestiegen ist. Außerdem sind hoch ausgebildete Zuwanderer aus Südasien häufig in Jobs beschäftigt, für die sie überqualifiziert sind.¹²

Die Gründe für die Auswanderung sind je nach Herkunftsland verschieden: Indische Zuwanderer in der EU kommen hauptsächlich, um zu arbeiten und der Großteil von ihnen befindet sich im Erwerbsalter.¹³ Aus Pakistan wandern viele Menschen aus familiären Gründen in die EU.¹⁴ Menschen aus Afghanistan suchen hauptsächlich Schutz vor den langanhaltenden Kriegen und Konflikten im eigenen Land. 2017 stammten nach Syrien die zweitmeisten geflüchteten Menschen weltweit aus Afghanistan.

Einflussgrößen für künftige Migration aus Südasien

1 Demografische Faktoren

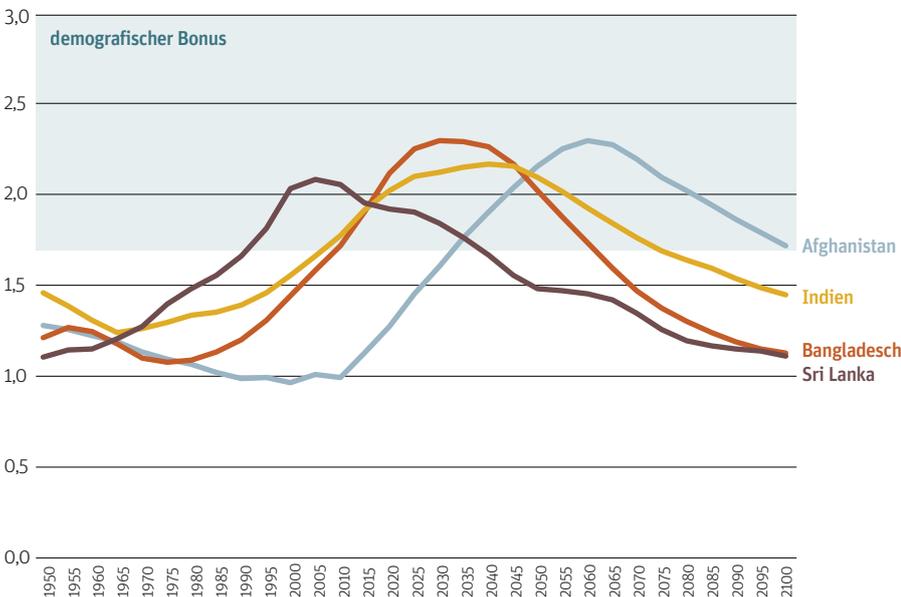
Bis 2030 werden zu den heutigen 1,8 Milliarden Einwohnern Südasiens etwa 194 Millionen Menschen hinzukommen – das entspricht einem Wachstum von über 10 Prozent. Allerdings bestehen zwischen den Ländern deutliche Unterschiede in der demografischen Entwicklung: Während Afghanistan und Pakistan mit 32 respektive 17 Prozent bis 2030 am stärksten wachsen, beträgt das Plus in Indien und Bangladesch im selben Zeitraum nur noch knapp 10 Prozent.

Die Länder der Region befinden sich somit in unterschiedlichen Stadien der demografischen Entwicklung. Während Pakistan und Afghanistan mit sehr jungen und wachsenden Bevölkerungen noch weit von der Phase einer möglichen demografischen Dividende (zur Erklärung siehe ► S. 17) entfernt sind, befindet sich Indien mittendrin und kann theoretisch überdurchschnittlich lang von der günstigen Bevölkerungsstruktur profitieren.¹⁵ Sri Lanka wird die Phase der demografischen Dividende voraussichtlich schon 2040 wie-

der verlassen – hier schrumpft die Bevölkerung im Erwerbsalter schon, ab 2040 dürfte das Land bereits an Einwohnern verlieren.

Dabei hängt die unterschiedliche Entwicklung vor allem davon ab, ob Frauen gleichberechtigt sind, was sich unter anderem an ihrem Bildungsstand zeigt. In Sri Lanka und Bangladesch liegt die Alphabetisierungsrate von Männern und Frauen fast auf gleichem Niveau.¹⁷ Mit 40 respektive 38 Prozent sind dort auch überdurchschnittlich viele Frauen erwerbstätig – in Afghanistan sind es hingegen nur 22 Prozent.¹⁸ Der Bildungsstand und die Möglichkeit ein eigenes Einkommen zu erzielen, beeinflusst maßgeblich, in welchem Alter Frauen heiraten und wie viele Kinder sie bekommen. In Indien waren zwischen 2007 und 2008 87 Prozent aller Frauen ohne Schulbildung im Alter von 20 Jahren bereits verheiratet, während es bei Frauen mit einem höheren Sekundarschulabschluss nur 38 Prozent waren. Frauen, die eine weiterführende Bildung erhalten hatten, bekamen im Schnitt fast drei Kinder weniger als Frauen ohne Schulbildung.¹⁹

Die Mehrheit der südasiatischen Bevölkerung lebt auf dem Land. Zwar ist der Anteil der Städter seit 1950 kontinuierlich gestiegen, aber auch 2020 dürfte der Urbanisierungsgrad gerade einmal 35 Prozent erreichen. Bhutan, die Malediven, Bangladesch und



Unterschiedliche Bevölkerungsstrukturen

In Bangladesch und Indien hat sich aufgrund der gesunkenen Geburtenziffern die Abhängigenquote günstig entwickelt. Diese Länder dürften überdurchschnittlich lange von einem demografischen Bonus profitieren. Ob sie in Zukunft auch eine demografische Dividende einfahren werden, hängt vor allem davon ab, ob sie genug Jobs für die große Zahl der jungen Erwerbsfähigen schaffen können. Afghanistan ist mit einer sehr jungen Bevölkerung noch weit von der Chance auf eine demografische Dividende entfernt.

Anzahl der 15- bis 64-Jährigen im Verhältnis zu einer Person im Alter von 0 bis 14 oder 65 und älter (Datengrundlage: UN DESA¹⁶)

Pakistan sind dann voraussichtlich mit um die 40 Prozent die am stärksten urbanisierten Länder Südasien. In Indien dürften es 35 Prozent sein, was angesichts der hohen Bevölkerungszahl des Landes fast eine halbe Milliarde Menschen bedeutet.²⁰ In der EU überwiegt momentan die Zahl höher qualifizierter Zuwanderer aus Südasien, die größtenteils aus den Städten stammen. Migranten aus ländlichen Gegenden und kleineren Städten sind oft auf die Hilfe von Arbeitsvermittlungsagenturen angewiesen, die einen Großteil der Erwerbsmigration in die Golfstaaten organisieren.²¹

Indien ist zahlenmäßig das mit Abstand wichtigste Auswanderungsland in Südasien: 2017 lebten über 16 Millionen Menschen aus Indien außerhalb ihres Geburtslandes. Damit ist die indische Diaspora die größte weltweit.²² Mit der Ausnahme von Bhutan und den Malediven sind alle Länder Südasien im Saldo Auswanderungsländer. Während die Auswanderung aus Pakistan, Afghanistan und Nepal in den nächsten Jahren vermutlich weiter ansteigen wird, dürfte sie in Indien, Sri Lanka und Bangladesch ab Mitte des 21.

Jahrhunderts zurückgehen. Vor allem Indien zieht mittlerweile mehr und mehr selbst Zuwanderer an. Dafür ist vor allem die weit verbreitete Armut in Nachbarstaaten wie Bangladesch, Nepal, Pakistan oder Myanmar verantwortlich. Zusätzlich dürfte das sich verlangsamende Bevölkerungswachstum in Indien den Bedarf nach Arbeitskräften in einigen Branchen langfristig erhöhen.

2 Bildung

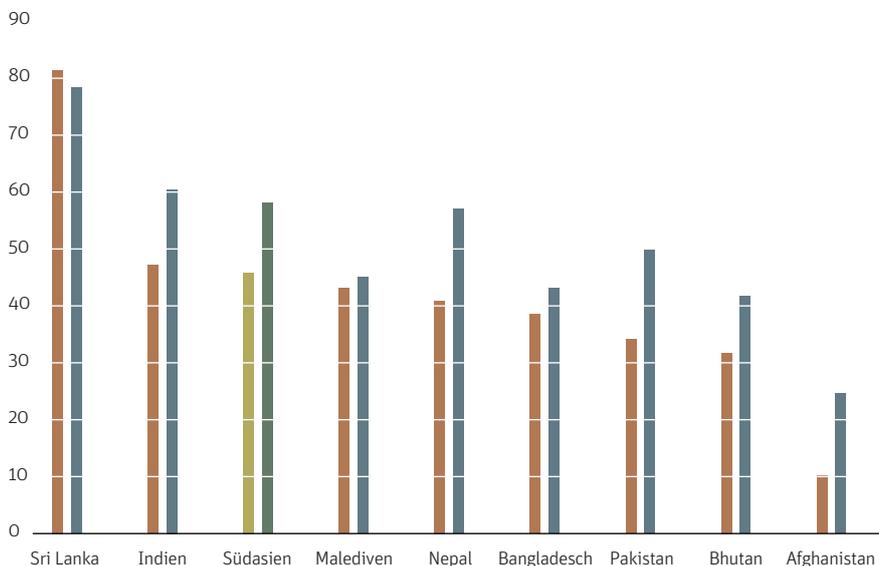
Innerhalb Südasien unterscheiden sich die Länder stark im Bildungsstand ihrer Bevölkerung. 2020 dürften in Sri Lanka 80 Prozent und in Indien 54 Prozent der Menschen im Erwerbsalter einen Sekundarschulabschluss (vergleichbar mit dem deutschen Abitur) oder höher haben. In der migrationsstärksten Gruppe der 20- bis 39-Jährigen sind es 89 respektive 64 Prozent. Im Gegensatz dazu erreichen in Afghanistan nur 18 Prozent aller Menschen im Erwerbsalter einen entsprechenden Abschluss. Hier sind die Bildungschancen für Männer und Frauen zudem besonders ungleich: 2020 dürften 25 Prozent

der Männer im Erwerbsalter über einen Sekundarschulabschluss oder höher verfügen, aber nur 10 Prozent der Frauen. Fast überall in Südasien, neben Afghanistan vor allem in Nepal, haben Frauen schlechtere Bildungschancen als Männer – nur in Sri Lanka nicht.

Der Anteil der Kinder im Grundschulalter, die nie eine Schule besucht haben, bewegt sich in den meisten Ländern zwischen 1 (auf den Malediven) und 12 Prozent (in Nepal), nur in Pakistan und Afghanistan ist er mit 29 respektive 32 Prozent deutlich höher.²⁴

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts haben die Bildungsinvestitionen der Länder jedoch Erfolge gezeigt: In der gesamten Region stiegen die Einschulungsraten für Grund- und Sekundarschulen bis 2017 auf durchschnittlich 90 respektive 60 Prozent.²⁵ Dass mehr Kinder eine Schule besuchen, sagt allerdings noch nichts über die Qualität der Bildung aus. In Indien beispielsweise konnte laut einer Studie von 2018 über die Hälfte der getesteten Zweitklässler in ländlichen Regionen kaum einzelne Wörter lesen. Insgesamt ist die Bildungsqualität im internationalen Vergleich eher niedrig, mit Ausnahme von Sri Lanka. Dort können 92 Prozent der erwachsenen Bevölkerung lesen und schreiben, der südasianische Durchschnitt lag 2016 bei nur 71 Prozent, weltweit waren es 86 Prozent.²⁸

in Prozent



Ungleiche Bildungschancen

Der Anteil der Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss ist in den Ländern Südasien unterschiedlich groß, an der Spitze stehen Sri Lanka und Indien. Sri Lanka ist das einzige Land, in dem mehr Frauen als Männer einen mit dem Abitur vergleichbaren Bildungsabschluss haben. In allen anderen Ländern sind Frauen in Sachen Bildung benachteiligt, am stärksten in Nepal und Afghanistan.

Anteil der Menschen mit mindestens Sekundarschulabschluss an der Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) nach Geschlecht, 2020

(Datengrundlage: Cepam²³)

■ Frauen
■ Männer

Außerdem dürften in Sri Lanka 2020 31 Prozent der 20- bis 39-Jährigen über einen Hochschulabschluss verfügen – in ganz Südasien sind es nur 15 Prozent.

Auch innerhalb der Länder bestehen große Unterschiede bei Bildungsstand und -qualität, etwa zwischen Städten und ländlichen Regionen oder staatlichen und privaten Schulen. Trotz insgesamt niedriger Bildungswerte können die besten Schüler, besonders in Indien, mit internationalen Standards mithalten oder übertreffen diese sogar.²⁹

Setzt sich der insgesamt positive Trend in der Bildungsentwicklung weiter fort, dürfte dies zum einen den Trend zu sinkenden Kinderzahlen verstärken, womit sich das Migrationspotenzial aus demografischer Sicht reduziert. Zum anderen stellt sich die Frage, ob die besser Qualifizierten künftig auch genügend Jobs finden werden. Das Überangebot an Arbeitskräften hat bereits dazu geführt, dass die Erwerbsquote von Frauen gesunken ist. Darüber hinaus ist es wahrscheinlich, dass die besser Ausgebildeten im Ausland nach Beschäftigungsmöglichkeiten suchen werden. Auch Bildungsmigration aus Südasien könnte zunehmen, besonders Richtung Vereinigtes Königreich, da britische Universitäten ein hohes internationales Ansehen genießen und die Sprachbarriere aufgrund der ehemaligen Kolonialbeziehungen niedrig ist.

3 Wirtschaftliche Faktoren

Seit der Jahrtausendwende ist Südasien Wirtschaft stark gewachsen. Mit Ausnahme von 2008 lag das jährliche Wachstum des BIPs in der Region zwischen 2003 und 2017 jeweils bei fünf bis neun Prozent. Dieses Wachstum geht jedoch hauptsächlich auf Indien zurück. 2017 machte das indische BIP 79 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung Südasien aus.³⁰

Doch diese positive Entwicklung hat bisher nicht dazu geführt, dass in größerem Maße neue Jobs geschaffen wurden, während der

Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter beständig steigt. Die absolute Zahl der formell wie auch informell Beschäftigten ist in fast allen Ländern Südasien zwischen 2005 und 2015 gesunken. Der Hauptgrund hierfür ist, dass sich Frauen, besonders in Indien, aus dem Erwerbsleben zurückgezogen haben. Dort haben Frauen zunehmend besseren Zugang zu Bildung und bleiben daher länger in der Ausbildung. Da es an Arbeitsplätzen mangelt, die durchschnittlichen Haushaltseinkommen aber steigen, sind es meist die Frauen, die auf eine Erwerbstätigkeit verzichten.³¹ Allein um die heutige Beschäftigungsrate der Gesamtbevölkerung Südasien auch nur zu halten, müssten in der Region jährlich 11,7 Millionen neue Jobs entstehen.³²

Gleichzeitig prägt Armut weiterhin die ganze Region. Obwohl das BIP pro Kopf aller Länder Südasien in den letzten zwanzig Jahren gestiegen ist, lebten 2013 noch 15 Prozent der Menschen von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag. Damit ist Südasien nach Subsahara-Afrika die Weltregion, in der die meisten Menschen in extremer Armut leben.³³ Hier geht die Einkommensschere besonders weit auseinander. In Indien machte 2016 das Einkommen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung 56 Prozent des Bruttonationaleinkommens aus. Die Deregulierung der Wirtschaft seit den 1980er Jahren hat die Einkommensungleichheit noch befördert. Das Einkommen der reichsten 0,1 Prozent der Bevölkerung ist seitdem stärker gewachsen, als jenes der gesamten unteren Hälfte.³⁴

Von dem Wirtschaftswachstum hat die Bevölkerung Südasien also sehr ungleich profitiert. Einkommensunterschiede werden dadurch weiter verschärft, dass es nach wie vor an funktionierenden sozialen Sicherungssystemen fehlt.³⁵ Somit sind private Geldrücksendungen von temporär oder längerfristig im Ausland arbeitenden Verwandten eine wichtige Form der finanziellen Absicherung.³⁶ Laut Schätzungen der Weltbank war Südasien 2017 die Weltregion, in die mit etwa 117 Milliarden US-Dollar die meisten privaten Geldsendungen eingingen. Fast 60 Prozent davon stammten von Erwerbsmigranten

in den Golfstaaten.³⁷ Über die Hälfte aller Geldrücksendungen in die Region gingen nach Indien. Anteilig betrachtet spielen sie allerdings für Nepal die größte Rolle, wo sie 2018 für 30 Prozent des BIP verantwortlich waren.³⁸ In Nepal und in Bangladesch haben die Rücküberweisungen erheblich zum Rückgang der Armut beigetragen.³⁹

Obwohl sich die südasiatische Wirtschaft insgesamt positiv entwickelt und die Zahl der Menschen, die in Armut leben, in fast allen Ländern zurückgegangen ist, bestehen weiterhin große Einkommensunterschiede und die meisten Menschen sind informell beschäftigt. Diese Unsicherheit ist der Hauptgrund für die meist temporäre Arbeitsmigration einzelner Familienmitglieder, die dann ihre Verwandten in der Heimat mit Geldsendungen unterstützen. Dieser Trend dürfte sich in Zukunft fortsetzen. Die Zielländer könnten sich jedoch verändern, da beispielsweise die Golfstaaten, die bisher das Hauptziel südasiatischer Erwerbsmigranten waren, in den letzten Jahren aufgrund veränderter Einwanderungsgesetze und wirtschaftlicher Entwicklungen an Attraktivität verloren haben. Weil viele Menschen aus den wachsenden Mittelschichten Südasien ebenfalls mangelnde Berufsperspektiven haben, dürfte sich auch das Migrationspotenzial von besser Gebildeten und Studenten erhöhen, die auch die EU als Ziel wählen könnten. Sollte die Einwanderungspolitik der EU-Länder weiterhin restriktiv und wenig aufeinander abgestimmt bleiben, ist ein starker Anstieg der Zuwanderung jedoch nicht zu erwarten.

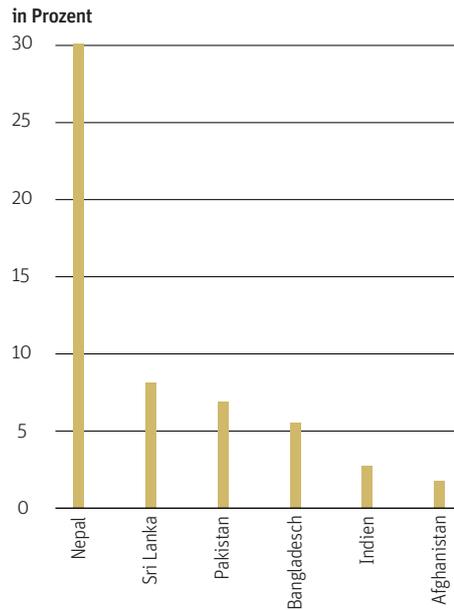
4 Netzwerke und Diaspora

Die größte südasiatische Diaspora in der EU lebte 2017 mit 1,9 Millionen Menschen im Vereinigten Königreich. Über 90 Prozent der südasiatischen Zuwanderer stammen aus ehemaligen Kolonien, die meisten aus Indien und Pakistan. Doch auch in Italien gibt es nennenswerte südasiatische Bevölkerungsgruppen: 2017 waren es 419.000 Personen, von denen über die Hälfte aus Indien und

Rücküberweisungen als Sozialversicherung

Für alle Länder Südasiens sind Geldrücksendungen von Erwerbsmigranten wichtig und haben dazu beigetragen, vielen Haushalten aus der Armut zu helfen. Am größten war der Anteil am BIP 2018 in Nepal. Die Überweisungen erreichen mehr Menschen als das nationale Wirtschaftswachstum, von dem oft nur wenige profitieren. 2017 stammten die meisten Mittel aus dem Ausland von Erwerbsmigranten in den Golfstaaten. 9,5 Prozent kamen aus EU-Ländern, die meisten davon mit 6,8 Milliarden US-Dollar aus dem Vereinigten Königreich und 1,3 Milliarden aus Italien.⁴⁰

Anteil der Geldrücksendungen von Migranten am BIP in Prozent, 2018
(Datengrundlage: World Bank⁴¹)



Bangladesch stammt. In Deutschland, wo mit 277.000 Menschen die drittmeisten Migranten aus Südasien leben, war die afghanische Diaspora am größten.⁴²

Die ehemaligen kolonialen Verbindungen zwischen Südasien und dem Vereinigten Königreich sind der wichtigste Grund dafür, dass dort deutlich mehr Menschen aus der Region zuhause sind als in anderen Ländern der EU. Während des Zweiten Weltkriegs rekrutierte das Vereinigte Königreich etwa 2,5 Millionen Menschen aus Indien für die britische Armee, von denen viele nach Ende des Krieges im Vereinigten Königreich blieben.⁴³ Während des Wirtschaftsaufschwungs in der Nachkriegszeit kamen Arbeitsmigranten aus Indien und Pakistan hinzu, die bis zum *Commonwealth Immigrants Act* von 1962 relativ einfach einreisen und sich niederlassen konnten.⁴⁴ Diese Wanderungen haben den Grundstein südasiatischer Gemeinschaften im Vereinigten Königreich gelegt, deren Mitglieder Informationen und Geld in ihre Heimatländer zurücksandten und so auch nach der Verschärfung der Einwanderungsgesetze einen verstärkenden Einfluss auf weitere Zuwanderung hatten.⁴⁵

Nach Deutschland kamen bereits Ende der 1970er Jahre größere Zahlen afghanischer Migranten, bei denen es sich hauptsächlich um Menschen aus der höher gebildeten Oberschicht handelte, die aus politischen Gründen nach Deutschland flohen. Aus ihnen erwuchs eine gut integrierte afghanische Gemeinde in Deutschland, die zahlreiche kulturelle Vereine und Organisationen gründete. Diese Netzwerke trugen dazu bei, dass sich auch später viele Menschen aus dem krisengeschüttelten Afghanistan dazu entschlossen, nach Deutschland zu fliehen beziehungsweise auszuwandern.⁴⁶

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts bemühen sich zudem die südasiatischen Regierungen um ihre im Ausland lebenden Staatsbürger, die immer mehr als wichtige Ressource für die eigene Wirtschaft und für Beziehungen mit dem Ausland gesehen werden. Dies zeigt sich besonders in Indien, dessen Staatsbürger in Nordamerika und Europa eine gut ausgebildete und wohlhabende Diaspora stellen. Ein Beispiel dafür, wie Regierungen versuchen, den Kontakt zu den Auslandsgemeinschaften zu pflegen, ist die Gründung sogenannter Diaspora-Ministerien, deren

Aufgabe es ist, sich um die Situation und Rechte von Auswanderern zu kümmern. Auch unterstützen diese Ministerien Migranten bei der Rückkehr, um von Wissen und Fähigkeiten, die diese im Ausland erworben haben, zu profitieren.⁴⁷

5 Konflikte und politische Faktoren

Die politische Situation Südasiens ist noch immer geprägt von der einstigen Kolonisierung eines großen Teils der Region durch das Vereinigte Königreich sowie von einer ethnischen und religiösen Vielfalt, die immer wieder zu Konflikten geführt hat. Nachdem der indische Subkontinent 1947 seine Unabhängigkeit von der britischen Herrschaft erlangen konnte, folgte die Teilung in die zwei Staaten Indien und Pakistan. Von letzterem spaltete sich 1971 der Ostteil als Bangladesch ab. Diese neuen Staatengründungen in Folge der Dekolonisation verursachten oder verschärften Konflikte zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in der Region.⁴⁸

Seit Mitte der 1970er Jahre hat die Zahl der Konflikte in Südasien zugenommen, zwischen 2010 und 2013 ging sie leicht zurück und seitdem steigt sie wieder. 2017 zählte das *Uppsala Conflict Data Program* zehn Konflikte in der gesamten Region.⁴⁹ Besonders Indien und Pakistan sind immer noch von internen und Grenzkonflikten geprägt. Afghanistan wurde in den 1980er Jahren zu einem der letzten Schauplätze des Kalten Krieges und danach von langjährigen Bürgerkriegen heimgesucht, die bis heute anhalten und das Land destabilisieren.⁵⁰ Der 1983 begonnene Bürgerkrieg auf Sri Lanka nahm 2009 sein Ende. In Folge des langjährigen Konflikts hatten zwischen 1983 und 2001 etwa 900.000 Menschen das Land verlassen, die meisten von ihnen Angehörige der tamilischen Minderheit.⁵¹

Die Konflikte haben zu der Vertreibung von Millionen Menschen geführt. Ein Großteil von ihnen hat in Nachbarländern Schutz gesucht,

wie etwa afghanische Flüchtlinge in Pakistan oder die aus Sri Lanka geflohenen Tamilen in Indien. Ein kleiner Teil von ihnen hat auch in Nordamerika und in EU-Ländern Aufnahme gefunden, größtenteils im Vereinigten Königreich, Deutschland und den Niederlanden.⁵² Gleichzeitig sind die Länder Südasiens Zielregionen für Flüchtlinge aus Ost- und Südostasien, die zum Beispiel von Tibet nach Indien und Nepal ziehen, oder von Myanmar nach Bangladesch.⁵³

Laut dem *Fragile State Index* 2019 fällt keines der Länder Südasiens in die Kategorie der stabilen oder nachhaltigen Staaten. Besonders instabil ist Afghanistan, gefolgt von Pakistan und Bangladesch.⁵⁴ Indien und Sri Lanka erzielen in der Demokratie-Wertung des Bertelsmann Transformation Index die höchsten Werte in der Region. Doch in Indien gefährden weit verbreitete Korruption, Diskriminierung von ethnischen und religiösen Minderheiten und das Erstarken nationalistischer Parteien in den letzten Jahren die demokratischen Institutionen des Landes.⁵⁵

Politische Konflikte und Bürgerkriege dürften auch in Zukunft zu Flucht und Vertreibung in der Region führen. Der Großteil dieser Wanderungen wird aller Voraussicht nach weiterhin innerhalb der Länder oder der Regi-

on stattfinden. Die einzige größere Fluchtmigration Richtung EU ist jene aus Afghanistan. Zwischen 2015 und 2016 waren afghanische Geflüchtete die zweitgrößte Gruppe neuer Asylbewerber in der EU.⁵⁶ 2017 hielten sich etwa 370.000 Geflüchtete aus Afghanistan in der EU auf,⁵⁷ mit 1,4 Millionen Menschen suchten allerdings deutlich mehr im benachbarten Pakistan Schutz.⁵⁹

6 Umweltfaktoren

Südasiens gehört zu jenen Weltregionen, die am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen sein werden. Laut dem *Climate Risk Index* waren 2017 Sri Lanka, Nepal und Bangladesch unter den zehn Ländern, die am heftigsten von Naturkatastrophen betroffen waren. Indien folgte auf Platz 14. Der *World Risk Index* 2018 stuft innerhalb Südasiens Bangladesch und Afghanistan als die am meisten durch Naturkatastrophen gefährdeten Länder ein. In Afghanistan liegt das vor allem an einer schlechten Infrastruktur und unzureichenden Möglichkeiten, die Folgen von Naturkatastrophen zu bewältigen.⁶⁰

Heftige Regenfälle, Überschwemmungen und Erdbeben kosteten in der Region 2017 mehrere tausend Menschenleben und zerstörten

Häuser sowie landwirtschaftliche Flächen. Bangladesch und die Malediven sind außerdem vom steigenden Meeresspiegel und von Küstenerosion bedroht. Laut Schätzungen des *Internal Displacement Monitoring Centre* mussten 2015 fast acht Millionen Menschen in Südasiens ihren Wohnort in Folge von Naturbeziehungsweise menschengemachten Katastrophen verlassen.⁶²

Die meisten Menschen, die auf diese Weise ihre Häuser oder die landwirtschaftliche Existenzgrundlage verlieren, wandern innerhalb des eigenen Landes oder in die Nachbarländer – teilweise auch nur temporär. Oft sind Geldrücksendungen von im Ausland lebenden Verwandten die einzige finanzielle Absicherung gegen solche Schäden. Nehmen derartige Ereignisse künftig zu, was den Klimamodellen zufolge der Fall sein wird, dann dürfte dies dazu führen, dass mehr Menschen ins Ausland ziehen, um dort zu arbeiten und ihre Familien finanziell zu unterstützen.⁶³

Folgenreiche Naturereignisse können Konflikte verschärfen und die politische Lage destabilisieren. Zwar sind solche Katastrophen sowie daraus folgende Wasser- und Nahrungsmittelknappheit keine alleinigen Auslöser von Konflikten oder Kriegen. Aber unter angespannten politischen Bedingungen kann eine klimatisch bedingte Ressourcenknappheit bestehende Auseinandersetzungen noch gefährlicher machen, wie zum Beispiel in Afghanistan zu beobachten ist. Gleichzeitig behindern Konflikte oft Schutzmaßnahmen gegen Umweltgefahren. Wo sich die negativen Folgen von Naturereignissen und Konflikten gegenseitig verstärken, führt dies häufig zu Wanderungen, die sich jedoch meist regional auswirken.⁶⁴

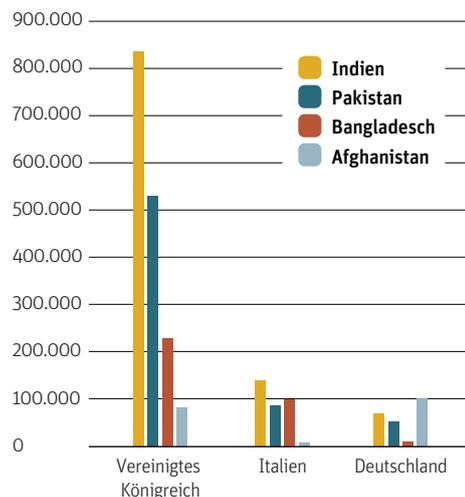
7 Migrationspolitik

Als wichtigstes staatliches Steuerungsinstrument dürfte die Migrationspolitik der südasiatischen Länder und der EU künftig mitentscheiden, ob Migranten aus Südasiens Richtung Europa oder in andere Weltregionen

Koloniale Vergangenheit

Aufgrund der kolonialen Vergangenheit hat sich die Zuwanderung aus Südasiens in die EU stark auf das Vereinigte Königreich konzentriert. Netzwerke, die englische Sprache und der gute Ruf britischer Universitäten sind weitere Faktoren, welche die Zuwanderung begünstigen. Italien war über Jahre aufgrund der relativ lockeren Zuwanderungsgesetze auch für niedrig ausgebildete Erwerbsmigranten ein beliebtes Ziel.

Südasiatische Diaspora in Deutschland, Italien und Vereinigtes Königreich, 2017
(Datengrundlage: UN DESA⁵⁸)



wandern. Dazu trifft die EU etwa bilaterale Abkommen und verständigt sich über einen gemeinsamen Rahmen der Migrationspolitik. 2016 schlossen die EU und Indien die *Common Agenda on Migration and Mobility*, welche beispielsweise die reguläre Erwerbsmigration, von der beide Seiten profitieren, fördern soll. Damit reagiert die EU auf den sich in vielen Mitgliedsstaaten ausbreitenden Fachkräftemangel und die indische Regierung auf den Mangel an Jobs im eigenen Land, besonders für höher Ausgebildete. Gleichzeitig verknüpft die Vereinbarung die Lockerung von Visa-Vergaben an Erwerbsmigranten mit der Verpflichtung Indiens, irreguläre Migranten aus der EU wieder aufzunehmen.⁶⁶

Grundlegender als gelockerte Visa-Bestimmungen dürften sich der angekündigte Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und die daraus folgende Beschränkung der Freizügigkeit von EU-Migranten auf Wanderungen aus Südasien auswirken. Wenn künftig weniger EU-Bürger in das Vereinigte Königreich ziehen, um dort zu arbeiten, dürfte die außereuropäische Zuwanderung wieder an Gewicht gewinnen, zumindest solange ein Bedarf an Arbeitskräften besteht.⁶⁷ Seit dem Brexit-Referendum von 2016 hat die EU-Migration in das Vereinigte Königreich bereits abgenommen, während Migration aus Drittstaaten und die Abwanderung von EU-Bürgern zugenommen hat.⁶⁸ Allerdings könnte eine mögliche negative Entwicklung der britischen Wirtschaft in Folge des EU-Ausstiegs langfristig auch dazu führen, dass die außereuropäische Zuwanderung ebenfalls zurückgeht.

Auf die Fluchtmigration, hauptsächlich aus Afghanistan, hat sich die Verschärfung der EU-Asyl- und Grenzpolitik ausgewirkt: Sie hat zu einem Rückgang der Asylanträge geführt. Allerdings führen mehr negative Asylentscheidungen nicht automatisch zur Rückkehr abgelehnter Bewerber. Stattdessen kann es bedeuten, dass mehr Menschen „untertauchen“ und ohne Aufenthaltsgenehmigung in der EU bleiben. Tatsächlich kehrten 2017 weniger als 23 Prozent der in der EU

abgelehnten afghanischen Asylbewerber nach Afghanistan zurück,⁶⁹ was auch mit der nach wie vor prekären politischen Situation dort zusammenhängt. Gleichzeitig gehen seit 2015 immer mehr Asylbewerber nach der ersten Asylentscheidung in Berufung. Damit sind sie häufig erfolgreich: 2017 wurde in über der Hälfte aller Fälle afghanischer Asylbewerber in Deutschland, die gegen ihren negativen Asylbescheid geklagt hatten, positiv entschieden.⁷⁰

Die EU versucht, Migration aus Südasien politisch zu steuern: Verschiedene Abkommen erleichtern die Anwerbung hochqualifizierter Erwerbsmigranten, sollen aber gleichzeitig die Fluchtmigration beschränken. Bisher geht dieses Konzept allerdings nur teilweise auf, denn die Hürden für Erwerbsmigration sind in vielen EU-Ländern hoch, während Geflüchtete sich angesichts anhaltender Konflikte auch von strikteren Asylregelungen nicht abschrecken lassen.

Länderbeispiele

Indien: wachsende Bevölkerung – große Einkommensunterschiede – mittleres Migrationspotenzial

Indiens Bevölkerung dürfte um das Jahr 2025 herum die größte der Welt sein. Zwar verlangsamt sich das Wachstum aufgrund der seit den 1960er Jahren sinkenden Geburtenziffern, aber es wird angesichts der noch jungen Bevölkerung voraussichtlich noch bis etwa 2060 anhalten. Die Kinderzahl je Frau liegt mittlerweile mit 2,3 nur noch geringfügig über dem bestandserhaltenden Niveau von 2,1.⁷¹ Die indische Bevölkerungsstruktur bietet damit gute Voraussetzungen für eine demografische Dividende: 2020 dürften auf jede abhängige jüngere oder ältere Person zwei Erwerbsfähige kommen.⁷²

Auch die indische Wirtschaft hat sich seit Beginn des 21. Jahrhunderts positiv entwickelt und gehört heute zu den am schnellsten wachsenden der Welt. Trotzdem liegen die

durchschnittlichen Einkommen unter dem Niveau anderer Länder mit einem ähnlichen Entwicklungsstand.⁷³ 2011 lebten 21 Prozent der Bevölkerung von weniger als 1,9 US-Dollar pro Tag und damit in extremer Armut.⁷⁴ Hinzu kommt, dass der informelle Sektor im Land groß ist. Damit können viele Menschen nicht mit einem geregelten Einkommen rechnen und dem Staat bleiben Steuereinnahmen vorenthalten. Zwischen 2011 und 2012 waren nur knapp 18 Prozent aller Erwerbstätigen im formellen Sektor beschäftigt. Diese Tendenz zeigt sich insbesondere bei Frauen, die ohnehin auf dem Arbeitsmarkt unterrepräsentiert sind. 2011/12 gingen nur 31 Prozent der Frauen über 15 Jahren einer formellen oder informellen Erwerbstätigkeit nach, bei Männern waren es 80 Prozent.⁷⁵

Große regionale Unterschiede in Einkommen, Bildungsqualität und Jobchancen führen dazu, dass viele Menschen innerhalb Indiens wandern. Allerdings sind es in der Regel nicht die Ärmsten, sondern Menschen mit einem gewissen Bildungsstand und finanziellen Möglichkeiten. Der gleiche Trend zeigt sich bei der internationalen Migration: Die meisten indischen Emigranten stammen aus den Regionen mit den höchsten durchschnittlichen Einkommen und dem höchsten Entwicklungsstand.⁷⁶

Ein Großteil der internationalen Wanderungen aus Indien führt in die Golfstaaten. 2017 lebten dort 54 Prozent aller indischer Migranten. 17 Prozent waren es in Nordamerika, die meisten davon in den USA, 16 Prozent in anderen Ländern Südasiens und 8 Prozent in der EU.⁷⁷ Während in die Golfstaaten hauptsächlich niedrig qualifizierte Arbeitskräfte einwandern, die sich selten dauerhaft dort niederlassen (dürfen), ziehen in die USA größtenteils Hochqualifizierte, besonders aus der IT-Branche. In die EU kamen in den 1970er und 1990er Jahren vor allem hoch ausgebildete Erwerbsmigranten und Studenten, seit der Jahrtausendwende aber auch vermehrt niedrig und mittel qualifizierte Arbeitskräfte.⁷⁸ Der durchschnittliche Bildungsstand der indischen Migranten ist nicht

in allen EU-Ländern gleich. So verfügten 2011 fast 70 Prozent der indischen Zuwanderer im Vereinigten Königreich über einen tertiären Bildungsabschluss, in Italien waren es 2008 unter zehn Prozent.⁷⁹

Aus Indien dürften auch in Zukunft weiterhin viele Menschen auswandern. Zwar ist der Anteil der Diaspora an der Gesamtbevölkerung mit 1,3 Prozent sehr gering, aber das bedeutet angesichts einer Zahl von 1,4 Milliarden indischen Staatsbürgern eine stattliche Zahl. Auch wenn die indische Wirtschaft seit Jahren wächst, herrscht ein Mangel an Arbeitsplätzen außerhalb des informellen Sektors, weshalb in Zukunft sowohl niedrig- als auch hochqualifizierte Menschen im Ausland nach besseren Arbeitsmöglichkeiten suchen dürften. In die EU wird vermutlich weiterhin die Erwerbsmigration dominieren. Außerdem dürfte die Zahl indischer Studenten an europäischen Universitäten weiter steigen.⁸⁰ Dennoch bleibt das Potenzial für Wanderungen in die EU vergleichsweise niedrig, weil Nordamerika und die Golfstaaten bis auf weiteres die interessantere Alternative bedeuten.

Bangladesch: wachsende Bevölkerung – Abhängigkeit von Rücküberweisungen – hohes Migrationspotenzial

Bangladesch wird im Jahr 2030 mit 188 Millionen Menschen die drittgrößte Bevölkerung in Südasien haben, nach Indien und Pakistan. Das Land am Golf von Bengalen ist aber mittlerweile nach Sri Lanka das am zweitlangsamsten wachsende Land. Die Geburtenziffer liegt mit 2,1 Kindern bereits auf dem bestanderhaltenden Niveau – Tendenz weiter sinkend.⁸¹ Bangladesch hatte bereits 1975 als Reaktion auf das damals starke Bevölkerungswachstum ein nationales Familienplanungsprogramm entwickelt.⁸² Informationskampagnen sowie die Einrichtung von auf Familienplanung spezialisierten Kliniken in ländlichen Gebieten bewirkten nicht nur einen besseren Zugang zu Verhütungsmitteln,

sondern veränderten auch die gesellschaftliche Einstellung gegenüber Familienplanung.⁸³

Der durchschnittliche Bildungsgrad in Bangladesch ist relativ niedrig, hat sich über die vergangenen Jahrzehnte jedoch erheblich verbessert, insbesondere bei Frauen, die ursprünglich stark benachteiligt waren. Derzeit haben knapp 50 Prozent der 20- bis 39-jährigen Männer und 52 Prozent der Frauen mindestens einen Sekundarschulabschluss. Auch in der Arbeitsmarkteteiligung stehen Frauen im südasiatischen Vergleich relativ gut da: In Bangladesch lag sie 2017 bei Frauen im Erwerbsalter bei 38 Prozent, in Pakistan hingegen waren es 2018 nur 23 Prozent.⁸⁴

Seit Mitte der 1970er Jahre wächst die Wirtschaft Bangladeschs und das Wachstum hat sich seit der Jahrtausendwende stark beschleunigt. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 250 Milliarden US-Dollar ist Bangladesch 2017 nach Indien und Pakistan die drittstärkste Wirtschaftsmacht Südasiens.⁸⁵ Die positive wirtschaftliche Entwicklung ist unter anderem auf strukturelle Reformen in den 1980er Jahren, die exportorientierte Textilindustrie und die Vergabe von Mikrokrediten in ländlichen Regionen zurückzuführen.⁸⁶ Trotzdem lebten 2017 immer noch 41 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung von weniger als 1,9 US-Dollar pro Tag.⁸⁷ Der Mangel an gut bezahlten Jobs zeigt sich auch an der internationalen Erwerbsmigration, besonders von Vertragsarbeitern in den Golfstaaten und Malaysia.⁸⁸ Auch die intraregionale Migration spielt eine Rolle: 2015 hielten sich schätzungsweise drei Millionen Menschen aus Bangladesch in Indien auf, von denen ein Großteil im informellen Sektor beschäftigt war.⁸⁹

Bangladesch ist aufgrund seiner geografischen Lage häufig von Naturkatastrophen wie tropischen Wirbelstürmen und Überschwemmungen betroffen und hat außerdem ein hohes Risiko für langfristige Folgen des Klimawandels. Küstenerosion, steigende Meeresspiegel und die Versalzung landwirt-

schaftlich genutzter Flächen sind dabei die größten Probleme.⁹⁰ Alle drei Phänomene steigern sowohl interne wie auch internationale Migration in Bangladesch. 41 Prozent der arbeitenden Bevölkerung war 2017 in der Landwirtschaft beschäftigt.⁹¹ Da durch Umweltveränderungen viele landwirtschaftliche Flächen unbrauchbar werden, ziehen mehr Menschen temporär oder langfristig in andere Regionen und vor allem vom Land in die Städte. Die internationale Migration, vor allem in die Golfstaaten, ist für viele Haushalte eine Strategie, um zusätzliche Einkommensquellen neben der Landwirtschaft aufzubauen.⁹²

Seit der Unabhängigkeit von Pakistan war Bangladesch zwar in keinen direkten Krieg verwickelt, dafür aber Schauplatz verschiedener interner Konflikte. Auch das politische System des seit 1990 demokratisch regierten Landes ist in den letzten Jahren instabiler geworden und entwickelt sich mehr und mehr zu einem Einparteienstaat.⁹³ Ein weiteres Risiko für die politische und soziale Stabilität des Landes ist der starke Anstieg von Fluchtmigration nach Bangladesch. Seit 2017 sind etwa 900.000 Angehörige der Rohingya-Minderheit aus dem benachbarten Myanmar nach Bangladesch geflohen und leben überwiegend in grenznahen Flüchtlingscamps unter schwierigen Bedingungen.⁹⁴ Es gibt Befürchtungen, dass die humanitäre Krise das Land destabilisiert, dass extremistische Gruppen an Zuspruch gewinnen und die Regierung darauf mit autoritären Maßnahmen reagiert.⁹⁵

Die Auswanderung aus Bangladesch dürfte auch in Zukunft hoch bleiben. Viele Haushalte sind auf lange Sicht von Geldrücksendungen aus dem Ausland abhängig und der Klimawandel wird vielen Bewohnern ihre Existenzgrundlage rauben. Bisher waren die Golfstaaten das primäre Ziel von Erwerbsmigranten aus Bangladesch, in den letzten Jahren stieg jedoch auch die Migration in die EU. Aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen in den Golfstaaten ziehen zum Beispiel immer häufiger Vertragsarbeiter von dort weiter nach Italien.⁹⁶

Afghanistan: junge Bevölkerung – anhaltende Konflikte – hohes Migrationspotenzial

Afghanistan wächst von allen Ländern Südasiens am schnellsten. Bis 2030 dürfte die heute 38 Millionen Menschen umfassende Bevölkerung um 32 Prozent anwachsen. Mit 4,4 Kindern pro Frau liegt die Geburtenziffer deutlich höher als in den anderen Ländern Südasiens.⁹⁷ Das starke Bevölkerungswachstum hängt vor allem mit der schwierigen Situation von Frauen in dem von langjährigen Konflikten geprägten Land zusammen. Im *Gender Inequality Index*, der den Zugang von Frauen zu Bildung, ihre politische und wirtschaftliche Beteiligung und ihre reproduktive Gesundheit berücksichtigt, erreichte Afghanistan 2017 nur Platz 153 von 160 Ländern. Laut dem Index hatten im Zeitraum zwischen 2010 und 2017 nur elf Prozent der über 25-jährigen Frauen einen Sekundarschulabschluss und nur 20 Prozent der über 15-jährigen gingen einer Erwerbstätigkeit nach.⁹⁸

Die afghanische Bevölkerung ist mit einem Medianalter von 18 Jahren sehr jung. 2015 kamen auf 100 Menschen im Erwerbsalter 84 Kinder unter 15 Jahren. 2020 wird diese Zahl auf 74 zurückgegangen sein und weiter abnehmen.⁹⁹ Damit verbessert sich zwar die Abhängigenquote, aber es ergibt sich noch keine Chance auf eine demografische Dividende. Afghanistan ist ein Land mit enormen politischen und wirtschaftlichen Problemen. Laut dem *Fragile State Index* waren 2019 weltweit nur acht Länder instabiler als Afghanistan.¹⁰⁰ Über Jahrzehnte gab es bewaffnete Konflikte und autoritäre Regierungen. Nach dem Stellvertreterkrieg zwischen der Sowjetunion und den USA in den 1980er Jahren übernahm 1996 das Taliban-Regime die Macht, bevor 2001 eine US-Intervention für Frieden sorgen sollte – bisher allerdings vergeblich. Für die Bevölkerung bedeutet der dauerhafte Kriegszustand zumindest in Teilen des Landes einen unzureichenden Zugang zu Bildung, zu gesundheitlicher Versorgung und einen Mangel an Jobs, mit denen sich ein Lebensunterhalt erwirtschaften lässt.

Das Wachstum des BIP betrug 2017 etwa 2,7 Prozent. Das ist weniger als die Hälfte des südasiatischen Durchschnitts und bedeutet angesichts des hohen Bevölkerungswachstums so gut wie keine Verbesserung des Lebensstandards.¹⁰¹ 2017 lebten 83 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in Afghanistan von weniger als 1,9 US Dollar pro Tag.¹⁰²

Die Konflikte in Afghanistan haben dazu geführt, dass Millionen Menschen vor unmittelbarer Gewalt fliehen mussten. 2017 lebten 2,6 Millionen Menschen außerhalb des Landes und machten damit 13 Prozent aller Geflüchteten weltweit aus. Gleichzeitig verlassen unzählige Menschen das Land auf der Suche nach Arbeit oder besseren Bildungschancen, da die anhaltenden Konflikte das Leben immer schwerer machen.¹⁰³

Die Umweltbedingungen und der Klimawandel verschärfen die Situation bereits jetzt weiter. Afghanistan ist häufig Dürren und Überflutungen ausgesetzt. 2018 mussten 435.000 Menschen in Folge von Naturkatastrophen ihre Wohnorte verlassen.¹⁰⁴ Gleichzeitig können sich die meisten Menschen kaum gegen deren Folgen schützen. Über ein Drittel der Bevölkerung war 2016 abhängig von Subsistenzlandwirtschaft und mehr als die Hälfte hatte keinen direkten Zugang zu gesicherten Wasserquellen.¹⁰⁵ Migration ist daher in vielen Fällen die einzige Anpassungsstrategie.

Auch in Zukunft dürfte die Zahl der Menschen, die aus Afghanistan vor Gewalt und wirtschaftlicher Not fliehen, hoch bleiben, da sich die Konflikte und ihre Auswirkungen auf die allgemeinen Lebensbedingungen vermutlich nicht in absehbarer Zeit werden lösen beziehungsweise beheben lassen. Nur ein Bruchteil dieser Personen hat jedoch die EU zum Ziel. Das liegt auch an einer verschärften EU-Grenzpolitik sowie an niedrigen Anerkennungsraten afghanischer Asylbewerber. Letzteres hat zudem den Effekt, dass mehr Menschen aus Afghanistan versuchen irregulär in die EU zu kommen, selbst wenn sie eigentlich Anspruch auf Asyl hätten.¹⁰⁶

Weitere Entwicklung

Mit Ausnahme Bhutans und der Malediven sind alle Länder Südasiens im Saldo Auswanderungsländer. Aufgrund des Einkommens- und Sicherheitsgefälles in der Region sind Indien und Pakistan selbst wichtige Zielländer für internationale Migranten, besonders aus Bangladesch, Nepal und Afghanistan. Die meisten Migranten aus Südasiens bleiben in der Großregion Asien, die Mehrheit von ihnen migriert temporär, um im Ausland zu arbeiten.

Während intraregionale Wanderungen in Südasiens seit den 1990er Jahren in absoluten Zahlen leicht zurückgegangen sind, hat sich die Zahl internationaler Migranten zwischen 1990 und 2015 beinahe verdreifacht. Am häufigsten migrieren Menschen aus Sri Lanka und Indien über die Grenzen Südasiens hinaus. Die EU war 2015 nach den Golfstaaten und Nordamerika die dritt wichtigste Zielregion.¹⁰⁷

Insgesamt haben die meisten Länder der Region ein relativ hohes Migrationspotenzial. Auf der einen Seite wächst die Bevölkerung in der Region immer noch beständig, auf der anderen Seite konnten die Volkswirtschaften im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums nicht ausreichend neue Jobs schaffen. So dürfte der Wunsch vieler Menschen bestehen bleiben, im Ausland nach besseren Arbeitsmöglichkeiten zu suchen.

Gewaltsame Konflikte und die damit zusammenhängende Zerstörung von Infrastruktur dürften auch in Zukunft Migration befördern, vor allem aus Afghanistan. Viele Länder der Region, insbesondere Bangladesch und Nepal, sind zudem wirtschaftlich auf Geldrücksendungen von Migranten angewiesen. Diese Situation wird dadurch verstärkt, dass sich viele Familien noch immer auf die Landwirtschaft als alleinige Einkommensquelle verlassen müssen, der Klimawandel und andere Umweltveränderungen ihnen aber diese Existenzgrundlage nehmen könnten.

Neben dieser Migration der weniger gut Gestellten wächst aber auch die Migration der neuen Mittelschichten. In einigen Ländern, besonders in Indien, gibt es immer mehr Besserverdiener, die viel in die Bildung ihrer Kinder investieren, die dann als höher Qualifizierte zu Erwerbszwecken abwandern oder als internationale Studierende temporär oder langfristig ihr Heimatland verlassen. Noch umfasst die indische Mittelschicht laut einer Schätzung des *National Council of Applied Economic Research* nur zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung.¹⁰⁸ Das sind in absoluten Zahlen 157 Millionen Menschen, also mehr als die gesamte Bevölkerung Deutschlands und Frankreichs zusammen.

Unter südasiatischen Migranten in der EU finden sich sowohl Hoch-, wie auch Mittel- bis Geringqualifizierte. Der Arbeitskräftemangel in vielen EU-Ländern zieht vermehrt auch letztere Gruppe an, etwa für Arbeiten in der Bau- oder Landwirtschaft, diese konzentrieren sich aber auf die Länder mit verhältnismäßig offenen Visa-Bestimmungen wie Italien und Spanien. Abkommen zwischen der EU und Südasien, insbesondere mit Indien, sollen vor allem die Zuwanderung Hochqualifizierter fördern. Allerdings werden

hochausgebildete Zuwanderer aus Indien immer gefragter auf dem internationalen Arbeitsmarkt. Bislang konnte die EU deutlich weniger Zuwanderer dieser Kategorie anziehen als die USA und Kanada. Die Zahl der vergebenen Aufenthaltstitel an indische Migranten in der EU ist in den letzten Jahren sogar zurückgegangen.¹⁰⁹

Generell dürften sich künftige internationale Migrationsbewegungen aus Südasien im Wesentlichen auf die Großregion Asien erstrecken. So ist in Südasien besonders die Landbevölkerung von den Folgen des Klimawandels betroffen, diese hat aber kaum die finanziellen Möglichkeiten, um bis in die EU auszuwandern. Auch die Fluchtmigration aus Afghanistan, die für viele Menschen nicht nur eine Flucht vor Krieg, sondern auch vor Armut und den schlechten wirtschaftlichen Bedingungen bedeutet, dürfte sich weiterhin auf das benachbarte Pakistan und den Iran konzentrieren.

Doch auch Netzwerke und bereits bestehende Migrationskanäle beeinflussen die Richtungen der Migration aus Südasien. Hier ist besonders die große südasiatische Diaspora im Vereinigten Königreich zu nennen, wobei un-

gewiss ist, welchen Effekt der geplante Brexit auf die außereuropäische Zuwanderung haben wird. Ebenso wird die lange Tradition der Erwerbsmigration aus Südasien in die Golfstaaten auch weiterhin eine Migration dorthin begünstigen. Allerdings versuchen diese Länder sich seit etwa 2010 von ihrer Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften zu lösen und vorhandene Arbeitsplätze vermehrt mit einheimischem Personal zu besetzen. Gerade im gering qualifizierten Bereich zeigt dieser Strategiewechsel aber bisher kaum Erfolge.¹¹⁰

	DEMOGRAFIE			BILDUNG			WIRTSCHAFT	LEBENSQUALITÄT	DIASPORA	POLITIK		ÖKOLOGIE
	Bevölkerung 2020 (Millionen)	Bevölkerungswachstum bis 2030 in Prozent (Basisjahr = 2020)	Anteil der Bevölkerung in urbanen Räumen 2020 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen an der Gesamtbevölkerung 2030 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen mit Sekundarschulabschluss 2030 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen mit Postsekundarabschluss 2030 in Prozent	Durchschnittliches jährliches BIP pro Kopf-Wachstum 2010 bis 2017 in Prozent	HDI Rang von 189, 2017	Anteil Migranten in EU-28 Ländern an der Gesamtbevölkerung (Herkunftsland) in Prozent	Fragile State Index Rang von 178, 2019	Bertelsmann Transformation Index, Demokratiewertung (1 bis 10)	World Risk Index Rang von 172, 2018
Afghanistan	39,0	31,6	26	30,7	21,9	6,8	0,8	168	0,87	9	3,02	35
Bangladesh	171,0	9,8	38,2	32,3	50,3	10,9	5,4	136	0,23	36	5,11	9
Bhutan	0,8	10,5	42,3	32,1	41,1	14,7	4,2	134	0,22	81	6,25	62
Indien	1382,2	9,0	34,9	32,2	52,3	21,4	5,6	130	0,09	74	6,96	75
Malediven	0,5	12,0	40,7	28,2	46,4	14,8	3,4	101	0,1	96	-	-
Nepal	30,6	11,9	20,6	34,7	61,4	9,1	3,1	149	0,31	45	4,52	104
Pakistan	208,9	17,4	37,2	31,6	49,7	11,8	2,3	150	0,43	23	4,01	89
Sri Lanka	21,2	3,1	18,7	27,5	57,1	36,5	4,6	76	1,75	46	6,61	61
Südasien	1854,1	10,5	36,6*	32,1	51,3	18,8	5,1	-	0,18	-	-	-

* Mit Iran

4 | OST- UND SÜDOSTASIEN

Schon seit dem 16. Jahrhundert trieben Europäer Handel mit den ost- und südostasiatischen Ländern, später eroberten sie als Kolonialmächte Teile der Region. Dennoch kamen von dort verhältnismäßig wenige Menschen auf der Suche nach Arbeit oder weil sie aus ihrer Heimat fliehen mussten nach Europa.¹ Als die Kolonien nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Unabhängigkeit erlangten, kehrten sich die Migrationsbewegungen um. Mehr Menschen zogen aus den ehemaligen Kolonien in Ost- und Südostasien nach Europa, zum Beispiel aus Indonesien in die Niederlande und aus Vietnam nach Frankreich.² Hongkong blieb bis 1997 eine britische Kolonie, aber auch von dort stieg die chinesische Migration ins Vereinigte Königreich in den 1950er und -60er Jahren an, da in Hongkong Geborene bis 1962 ohne Visum einreisen konnten.³ Allerdings fielen diese Wanderungen zahlenmäßig deutlich geringer aus als andere postkoloniale Wanderungen, wie sie etwa

zwischen Nordafrika und Frankreich oder Südasiens und dem Vereinigten Königreich zu beobachten waren.⁴

Eine Ausnahme bildet Vietnam, aus dem nach Ende des Vietnamkrieges 1975 etwa 200.000 Geflüchtete aus humanitären Gründen in europäischen Ländern aufgenommen wurden.⁵ Zusätzlich kamen als Folge der politischen Annäherung des sozialistischen Vietnams an den Ostblock zwischen 1981 und 1990 mehr als 210.000 Vietnamesen als Arbeitsmigranten und Studenten in die osteuropäischen Staaten, größtenteils in die DDR, nach Tschechien und Bulgarien.⁶ Auch heute gibt es in diesen Ländern noch eine große vietnamesische Diaspora.

Mit 2,3 Milliarden Einwohnern bilden Ost- und Südostasien die bevölkerungsreichste Großregion des Planeten. Zu ihr gehören die Volksrepublik China und Indonesien, das an

Einwohnern größte respektive viertgrößte Land der Welt. Das Bevölkerungswachstum in den meisten Staaten verlangsamt sich allerdings seit Mitte der 1980er Jahre. Ab 2035 dürfte die Einwohnerzahl der Großregion zu schrumpfen beginnen.⁷

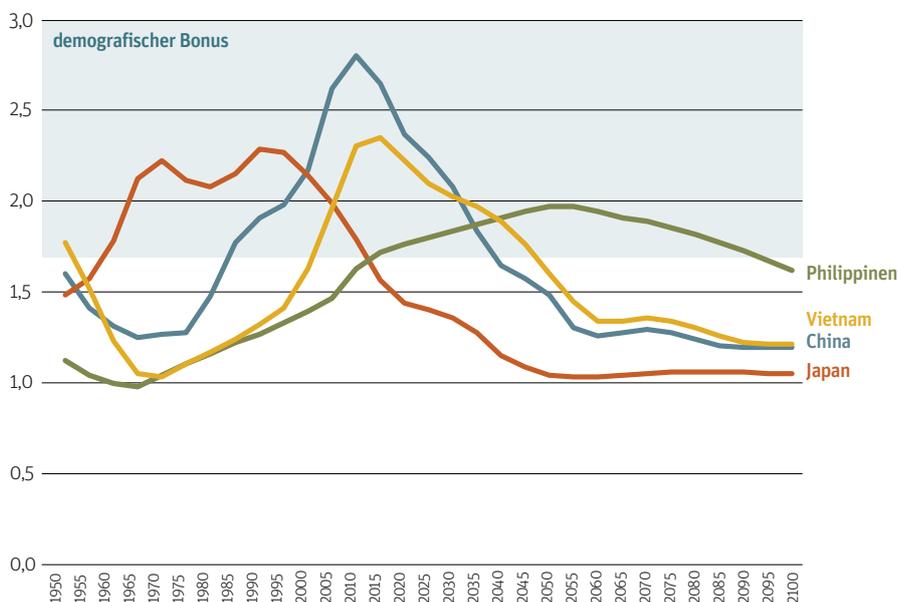
Hinter diesem allgemeinen Trend verbirgt sich eine große Vielfalt demografischer Entwicklungen und Stadien, in denen sich die Länder der Region befinden. Während Japan, Südkorea und China bereits mit den Folgen einer alternden Gesellschaft zu kämpfen haben, befinden sich die Philippinen und Vietnam mit anhaltendem Bevölkerungswachstum bei gleichzeitig schon sinkenden Kinderzahlen in der Phase, in der sie von einer demografischen Dividende (zur Erklärung siehe ► S. 17) profitieren können.

Unterschiede in der Altersstruktur

Wenn in einer Gesellschaft vielen Menschen im Erwerbsalter wenige Kinder oder Personen im Rentenalter gegenüberstehen, wirkt sich dies positiv auf die sozioökonomische Entwicklung aus, da die arbeitende Bevölkerung wenige nicht berufstätige Menschen versorgen muss. In diesem Fall spricht man von einem demografischen Bonus, der sich in eine demografische Dividende verwandeln lässt, wenn die vielen Erwerbsfähigen auch eine Beschäftigung finden. Während einige Staaten Ost- und Südasiens, wie Japan und Südkorea, diesen Bereich einer günstigen Altersstruktur bereits wieder verlassen haben, beginnt diese Phase in anderen Ländern erst, etwa in den Philippinen.

Anzahl der 15- bis 64-jährigen im Verhältnis zu einer Person im Alter von 0 bis 14 oder 65 und älter

(Datengrundlage: UN DESA⁸)



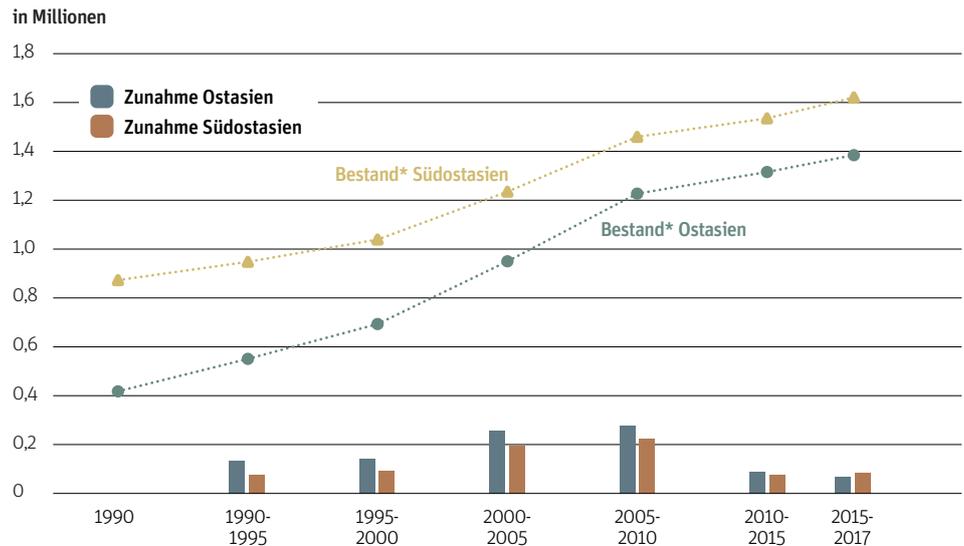
Verlangsamte Zuwanderung

Die Gesamtzahl der in der EU lebenden Einwanderer aus Ost- und Südostasien steigt seit den 1990er Jahren an – allerdings hat sich das Wachstum seit 2010 deutlich verlangsamt. Das bedeutet entweder, dass die EU an Attraktivität verloren hat, dass die Einreisemöglichkeiten erschwert wurden und/oder dass der Migrationsdruck aus der Region nachlässt. Letzteres liegt auch daran, dass einzelne Länder Ost- und Südasiens mittlerweile selbst einen Zuwanderungsbedarf haben.

Anzahl internationaler Migranten aus Ost- und Südostasien in EU-28 Ländern, in Millionen, 1990 bis 2017, und absolute Differenz in Fünf-jahresschritten

(Datengrundlage: UN DESA¹⁵)

*Bestand bezieht sich auf das letzte Jahr des Zeitraums.



Status Quo der Migration aus Ost- und Südostasien

Die Länder Ost- und Südasiens weisen große Unterschiede in ihrer demografischen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung auf. Auf der einen Seite stehen hochentwickelte Länder wie Japan und Südkorea oder der wohlhabende Stadtstaat Singapur, auf der anderen Entwicklungsländer wie Laos und Kambodscha, in denen Armut noch verbreitet und der Zugang zu Bildung insbesondere auf dem Land unzureichend ist.⁹ Dazwischen befinden sich Länder wie Vietnam, Indonesien und die Philippinen, die sich in den letzten zwanzig Jahren wirtschaftlich gut entwickeln konnten und zunehmend bessere Bildungs- und Gesundheitssysteme bereitstellen. Viele dieser Länder haben eine wachsende und vermehrt gut ausgebildete Mittelschicht, doch insgesamt hinken Arbeits- und Einkommenschancen hinter der nationalen Wirtschaftsleistung her. Daraus erwächst bei vielen Menschen der Wunsch auszuwandern, um bessere Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Der Großteil dieser Migration findet innerhalb der Region statt. Hauptziele jener, die über die Grenzen Ost- und Südasiens hinaus wandern, sind die USA, Kanada, Australien und die arabischen Golfstaaten.¹⁰

2017 lebten in der EU 1,4 Millionen Menschen aus Ostasien und 1,6 Millionen aus Südostasien. Die drei wichtigsten Herkunftsländer waren mit großem Abstand die Volksrepublik China mit einer Million, die Philippinen mit 488.000 und Vietnam mit 404.000 Menschen. Zielländer in Europa sind vor allem das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland sowie seit den 1990er Jahren auch Italien und Spanien. Insgesamt lebten 2017 nur acht Prozent aller weltweiten ost- und südostasiatischen Migranten in der EU.¹¹

Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Volksrepublik China das wichtigste Herkunftsland. 1978 lockerte die Regierung die restriktiven Ausreisebestimmungen. Sie wollte den Wissenserwerb im Ausland fördern, was einen Anstieg der Emigration zur Folge hatte. Nur ein kleiner Teil dieser Wanderungen erreichte allerdings die EU.¹² Die chinesischen Migranten, die dennoch in die EU kamen, studierten in der Regel oder gingen einer Arbeit nach. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat die Zahl chinesischer Studierender in der EU stark zugenommen,¹³ während von den Philippinen größtenteils Fachkräfte aus dem medizinischen und Pflegebereich zuwandern. Obwohl aus Vietnam seit den 1980er Jahren vor allem gering qualifizierte Arbeitskräfte

und Geflüchtete nach Europa kamen, gilt die zweite Generation der vietnamesischen Diaspora mittlerweile als eine der am besten integrierten in Westeuropa, die sich durch einen hohen Bildungsstand und Erfolg auf dem Arbeitsmarkt auszeichnet.¹⁴

Einflussgrößen für künftige Migration aus Ost- und Südostasien

Ost- und Südostasien haben in den letzten fünfzig Jahren eine rasante ökonomische und demografische Entwicklung erlebt. Allerdings zeigen sich enorme regionale Unterschiede bei der wirtschaftlichen Leistung, der politischen Situation und den Lebensbedingungen. Dementsprechend sind die individuellen Möglichkeiten der Menschen, ihr Leben zu gestalten, sehr verschieden, was wiederum einen Einfluss auf Migrationswünsche und -wahrscheinlichkeiten hat.

1 Demografische Faktoren

Die Region hat seit den 1960er Jahren ein starkes Bevölkerungswachstum erlebt und die Zahl der Menschen ist von einer Milliarde auf die heutigen 2,3 Milliarden gestiegen. Da

die Geburtenziffern vielerorts bereits unter das bestandserhaltende Niveau von 2,1 Kindern je Frau gesunken sind, ist ein Ende des Wachstums in Sicht, in Ostasien voraussichtlich ab 2030, in Südostasien ab etwa 2055. In den hochentwickelten Staaten, allen voran in Japan, aber auch in Südkorea und dem Stadtstaat Singapur, altern die Gesellschaften bereits stark, da nur wenige Kinder geboren werden und die Menschen am weltweiten Durchschnitt gemessen besonders lange leben.¹⁶ Selbst der Bevölkerungsriese China dürfte im Laufe der nächsten fünf Jahre beginnen zu schrumpfen; die Zahl der Menschen im Erwerbsalter sinkt schon seit 2015. Diese Länder werden in Zukunft selbst auf Migration angewiesen sein, um Arbeitskräftemangel zu vermeiden und die soziale Sicherung zu gewährleisten.

In Ländern wie Indonesien, Vietnam und den Philippinen, in denen sich das Bevölkerungswachstum voraussichtlich noch bis etwa 2050 fortsetzen wird, besteht eine günstige Bevölkerungsstruktur mit überproportional vielen jungen Menschen im Erwerbsalter, von denen die Mehrheit mindestens einen sekundären Bildungsabschluss besitzt. Diese Länder könnten eigentlich von einer demografischen Dividende profitieren. Da aber für den Nachwuchs nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und die Einkommen nach wie vor niedrig sind, nutzen diese Länder ihre günstigen demografischen Bedingungen zu wenig aus. Für einen Teil der Bevölkerung dürfte dieser Mangel an Perspektiven im eigenen Land Migration zu einer attraktiven Alternative machen.

Das Bevölkerungs- und Wohlstandsgefälle zwischen den Ländern der Region sorgt bereits jetzt für ein hohes Maß an intraregionaler Arbeitsmigration. Dieser Trend dürfte sich fortsetzen, denn in den wohlhabenden und damit für Migranten attraktiven Ländern

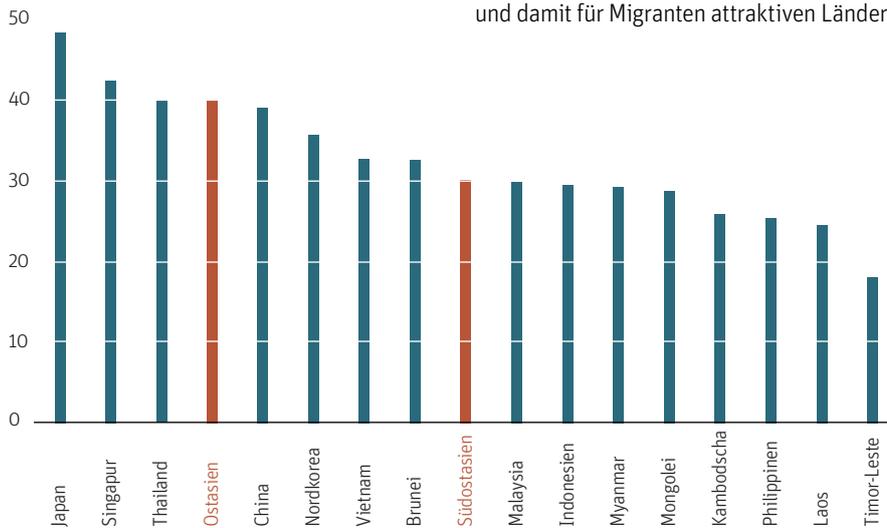
werden mit der Alterung die Arbeitskräfte knapp. Besonders deutlich zeigt sich das in Japan und Südkorea, in China, aber mehr und mehr auch in Malaysia und Thailand. Bis auf China sind diese Staaten im Saldo bereits Zuwanderungsländer. Verstärkt wird die regionale Arbeitsmigration durch die geografische und kulturelle Nähe der Länder zueinander. Demografische Faktoren allein dürften daher kaum dazu führen, dass sich mehr Erwerbsmigranten aus Ost- und Südostasien auf den weiten Weg in die EU machen werden.

2 Bildung

In fast allen Staaten Ost- und Südasiens haben die Regierungen parallel oder gar im Vorfeld zum wirtschaftlichen Wachstum stark in Bildung investiert. Davon haben vor allem die sogenannten Tigerstaaten Südkorea, Singapur und Taiwan profitiert, die in wenigen Jahrzehnten von armen Entwicklungsländern zu führenden Industrienationen wurden.¹⁸ 2016 lag die Alphabetisierungsrate in Ost- und Südostasien mit 96 Prozent deutlich über dem weltweiten Schnitt von 86 Prozent.¹⁹

Zwischen den verschiedenen Staaten zeigt sich jedoch eine große Bandbreite an Bildungssystemen und Bildungserfolgen. Während in Japan und Südkorea 2020 über 90 Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter mindestens über einen Abschluss einer weiterführenden Schule (vergleichbar mit dem Abitur in Deutschland) verfügen werden, sind es in Kambodscha gerade einmal 15 und in Myanmar 21 Prozent. Generell bleibt bei vielen der vergleichsweise wenig entwickelten Länder die Qualität der Bildung hinter den hohen Einschulungsraten zurück. Auf den Philippinen zum Beispiel, wo 2020 schon 71 Prozent der Menschen im Erwerbsalter einen höheren Schulabschluss haben werden, hat die Regierung jahrelang Bildungsinvestitionen an ausländische Arbeitsmärkte angepasst, was zu einer sehr einseitigen Ausbildungspraxis geführt hat.²⁰

in Jahren



Große Altersunterschiede

Das Medianalter markiert die Grenze, welche die Gesamtbevölkerung in zwei gleich große Hälften teilt – eine jüngere und eine ältere. Die sozioökonomisch weit entwickelten Länder Japan oder Südkorea mit ihren niedrigen Geburtenziffern sind bereits stark gealtert. Andere, wie die Philippinen oder Laos haben noch eine sehr junge Bevölkerung.

Medianalter der Gesamtbevölkerung nach Land und Region, 2020

(Datengrundlage: Cepam¹⁷)

Auch China hat beginnend mit den Reformen des Parteiführers Deng Xiaoping massiv auf Bildung gesetzt. Heute schaffen es viele chinesische Universitäten an die Spitze von weltweiten Rankings. Während die in den 1950er Jahren Geborenen nur zu 1,7 Prozent eine Hochschule besucht haben, waren es 30 Jahre später bereits 18 Prozent. Seither ist der Anteil der Studierenden weiter deutlich gestiegen. Ihre Zahl hat sich mittlerweile auf weit über 40 Millionen erhöht.²¹ Zum Vergleich: EU-weit studieren rund 20 Millionen Personen.²² China nähert sich bei den Bildungserfolgen mit Riesenschritten seinen Nachbarn Japan und Südkorea, wo über die Hälfte der Menschen im Erwerbsalter eine Hochschule besucht hat.

Höhere Bildung kann als Migrationstreiber wirken, da sie den Wunsch nach besseren Berufsaussichten erhöht. Besser Gebildete erhalten darüber hinaus einfacher eine Aufenthaltsgenehmigung oder ein Arbeitsvisum und können so auf legalem Weg migrieren.

3 Wirtschaftliche Faktoren

Seit den 1980er Jahren, im Falle von Japan bereits seit den 1950ern, hat die gesamte ostasiatische Region ein starkes Wirtschaftswachstum und eine rasche Industrialisierung erlebt. Am deutlichsten ist diese Entwicklung in den Tigerstaaten sichtbar: In Südkorea hat sich etwa das BIP pro Kopf seit 1990 verdreifacht.²⁴ Während der 1990er Jahre zeigte China das mit Abstand höchste Wirtschaftswachstum weltweit, welches sich erst in den letzten Jahren zu verlangsamen beginnt.²⁵ Auch in vielen südostasiatischen Staaten, angeführt von Malaysia und Thailand, wuchs in dieser Zeit die Wirtschaft. Während in China, Thailand und Malaysia trotz weiterhin bestehender hoher sozialer und regionaler Ungleichheit breite Mittelschichten herangewachsen sind, kommt in Ländern wie Indonesien, den Philippinen und Vietnam immer noch wenig von dem neuen Wohlstand bei der Bevölkerung an. Hier herrschen aufgrund hoher sozialer Ungleichheit und Korruption für viele Menschen schwierige Arbeitsbedingungen mit niedrigen Gehältern.²⁶

Die Auswirkungen des Wirtschaftswachstums zeigen sich am stärksten in den urbanen Zentren, während auf dem Land die beruflichen Chancen geringer sind und wenig von den steigenden Lebensstandards der neuen Mittelschichten ankommt.²⁷ 2030 werden in Ostasien voraussichtlich 73 Prozent der Menschen in Städten leben – so viele wie heute in Europa. Auch in Südostasien wird der Anteil der Stadtbevölkerung steigen, allerdings etwas langsamer, von heute 47 auf 56 Prozent im Jahr 2030.²⁸ Je mehr Menschen vom Land in die Städte ziehen, desto mehr können ihre Wanderungserfahrung dann auch für eine internationale Migration in weiter entfernte Länder nutzen – auch wenn bei weitem nicht alle, die in Städte ziehen, später einmal auswandern.

Von der Stadt oder aus dem Ausland senden viele Migranten Geld an ihre Familien auf dem Land. Allein aus der EU haben ost- und südostasiatische Migranten im Jahr 2017 nach Schätzungen der Weltbank 13,5 Milliarden US-Dollar in ihre Herkunftsländer geschickt. Diese machten jedoch nur 9,6 Prozent aller Geldrücksendungen nach Ost- und Südostasien aus.²⁹ Der größte Teil dieser Gelder stammt aus der Region selbst (rund

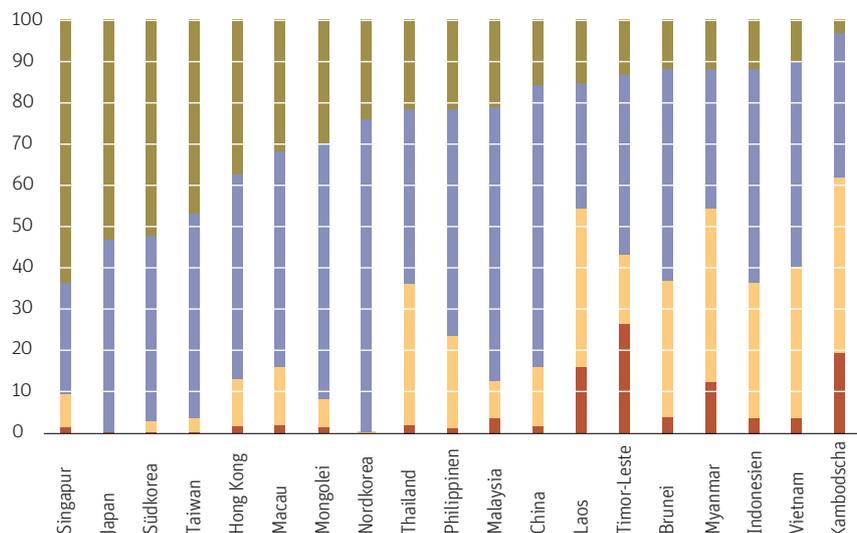
Starkes Bildungsgefälle

Japan, Südkorea und Singapur sind die weltweiten Spitzenreiter bei der höheren Bildung. Doch auch auf den Philippinen erlangen, gemessen am allgemeinen Entwicklungsstand des Landes, überdurchschnittlich viele Menschen einen höheren Bildungsabschluss. Allerdings sagen diese Zahlen noch nichts über die Qualität der Bildung aus. China schneidet im Vergleich des durchschnittlichen Bildungsgrads schlecht ab, da die älteren Erwerbstätigen zu ihrer Zeit nur wenige Chancen hatten zu studieren. Die jüngeren Jahrgänge hingegen sind zunehmend besser qualifiziert.

Erwerbsbevölkerung (20 bis 64 Jahre) nach höchstem Bildungsgrad, in Prozent, 2020
(Datengrundlage: Cepam²³)

- keine Bildung
- Primarbildung
- Sekundarbildung
- Postsekundarbildung

in Prozent



34 Prozent) und den USA (rund 30 Prozent). Migration ist somit ein erheblicher Wirtschaftsfaktor für die Region und wird auch deshalb von vielen Regierungen gefördert.

76 Prozent der Geldrücksendungen aus der EU gingen an die drei Herkunftsländer China, die Philippinen und Vietnam. Die meisten Geldsendungen kamen dabei aus Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Italien, Frankreich und Spanien.

4 Netzwerke und Diaspora

Migrationsbeziehungen zwischen Ost- und Südostasien und Europa haben ihren Ursprung überwiegend in der Kolonialzeit. Aber auch der wirtschaftliche Aufschwung in den südlichen Ländern der EU bis 2008 zog Menschen aus der Region an. Länder wie Italien und Spanien verfolgten eine lockerere Einwanderungspolitik und wurden zu beliebten Zielen chinesischer Erwerbsmigranten mittlerer und niedriger Qualifikation. Wo eine längere Migrationsbeziehung besteht, wie zwischen China und dem Vereinigten Königreich, wandern die Menschen eher um zu studieren oder um als hochqualifizierte Arbeitskräfte tätig zu werden.³⁰

In Staaten mit hohen Auswandererzahlen gerät die Diaspora vermehrt ins Blickfeld der Regierungen, die versuchen, den Kontakt zu ihren im Ausland lebenden Staatsbürgern aufrechtzuerhalten. Auf den Philippinen entwickelte sich seit den 1970er Jahren die internationale Erwerbsmigration, insbesondere im Pflegebereich, zu einem regelrechten Wirtschaftsmodell, das von staatlicher Seite gefördert wird. Das Land profitiert enorm von den Geldrücksendungen der Auswanderer. 2017 machten die Rücküberweisungen 10,5 Prozent des philippinischen Bruttoinlandsproduktes aus.³¹ Die große Anzahl an Pflegekräften, die ausgebildet werden, um später im Ausland zu arbeiten, hat dazu beigetragen, eine relativ stabile Migrationsinfrastruktur etwa in die USA, nach Kanada und die Golfstaaten zu etablieren.

Angesichts des Mangels an Pflegepersonal in der EU dürften sich vermehrt auch die europäischen Staaten dafür interessieren, Fachkräfte aus den Philippinen anzuwerben. Allerdings sind die bestehenden Netzwerke in die EU-Staaten deutlich schwächer ausgeprägt als jene nach Nordamerika. Dies hängt zum einen mit den ehemaligen kolonialen Beziehungen zu den USA zusammen, im Fall Kanadas auch mit einem offenen und gut strukturierten Einwanderungs- und Anwerbesystem.³²

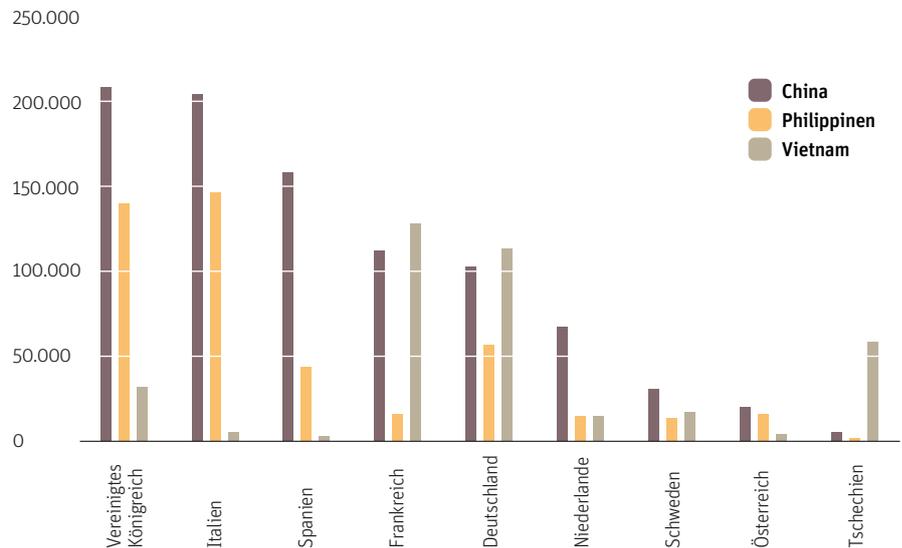
5 Konflikte und politische Faktoren

Bis zum Ende des Vietnamkrieges 1975 waren Ost- und Südostasien zwei der wichtigsten Schauplätze des Kalten Krieges. Gleichzeitig erfuhren viele Länder innerstaatliche, ethnische Konflikte, die nach der

Kolonialzeit ausgebrochen waren.³³ Seit dem Ende der 1970er Jahre ist die Region deutlich friedlicher geworden und seit 1993 registrierte das *Uppsala Conflict Data Program* nur noch zwei Kriege – beide auf der philippinischen Insel Mindanao. Die Zahl kleinerer bewaffneter Konflikte lag jedoch weiterhin durchschnittlich bei sechs pro Jahr, die meisten davon in Myanmar und auf den Philippinen.³⁴ Laut dem *Fragile State Index* (FSI), der auch die Indikatoren staatliche Legitimität, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung von Menschenrechten miteinbezieht, sind dies auch die beiden Länder, deren Situation sich 2018 am stärksten verschlechtert hat. Mit Ausnahme von Japan, Südkorea, Singapur und der Mongolei spricht der FSI-Bericht für alle Länder der Region zumindest eine Warnung aus. Besonders kritisch bewertet der Bericht die Situation in Myanmar und Nordkorea.³⁵

Größte Diaspora in der EU

In den meisten EU-Ländern ist die chinesische Diaspora die größte der ost- und südostasiatischen Zuwanderergruppen. Sie setzt sich hauptsächlich aus Erwerbsmigranten und Studenten zusammen. In Frankreich, Deutschland und der Tschechischen Republik ist hingegen die vietnamesische Diaspora am größten.



Chinesische, vietnamesische und philippinische Migranten in ausgewählten EU-Ländern, 2017
(Datengrundlage: UN DESA³⁶)

Die Konflikte wirken sich unmittelbar auf das Migrationsverhalten der Menschen auf, hauptsächlich auf regionaler Ebene. So auch im Falle des 2016 wieder aufgeflamten Konflikts in Myanmar, der dazu führte, dass 2017 mehr als eine halbe Million Menschen ins benachbarte Bangladesch geflohen ist, überwiegend Mitglieder der muslimischen Minderheit der Rohingya.³⁷ Da es sich dabei fast ausschließlich um arme Landbewohner handelte, wandern nur wenige über längere Distanzen. In der EU beantragten 2017 nur 340 Menschen aus Myanmar Asyl.³⁸

Doch nicht nur gewaltsame Konflikte und Kriege, sondern auch mangelnde Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsverletzungen bewegen Menschen zur Flucht ins Ausland. Nicht alle haben jedoch die Möglichkeit, diesen Wunsch zu realisieren. Im autoritären Nordkorea zum Beispiel darf kaum ein Mensch das Land verlassen. Sollte sich die politische Situation auf der koreanischen Halbinsel verändern und es zu einer Öffnung der Grenze kommen, wäre aufgrund des starken Wohlstandsgefälles zwischen dem Norden und dem Süden Koreas mit starker Migration zu rechnen, die jedoch auf die Region beschränkt bleiben dürfte.

6 Umweltfaktoren

Ost- und Südostasien sind und werden in Zukunft verstärkt von den Folgen des Klimawandels betroffen sein. Stürme, Taifune, Überflutungen und Dürren sowie der steigende Meeresspiegel werden mit hoher Wahrscheinlichkeit die Wohnsituation und Nahrungsmittelversorgung in der Region gefährden. Laut dem *Internal Displacement Monitoring Center* gehörten China und die Philippinen zu den Ländern, in denen zwischen 2008 und 2014 weltweit die meisten Menschen durch Umweltveränderungen und Naturkatastrophen gezwungen waren, ihren Wohnort zu verlassen.³⁹ Zwischen 1998 und 2017 waren Myanmar, die Philippinen und Vietnam unter den zehn Ländern, die weltweit am stärksten unter Naturkatastrophen zu leiden hatten.⁴⁰

Wichtig ist dabei nicht nur die Frage, wie häufig solche Katastrophen auftreten, sondern auch, wie gut sich die Länder dagegen schützen oder sich danach erholen können. Diese sogenannte Resilienz entscheidet mit, ob die Menschen nach einer Katastrophe abwandern müssen oder ob sie weiter vor Ort leben und arbeiten können. So sind die Niederlande im Vergleich zu Indonesien prinzipiell stärker durch den Klimawandel gefährdet, doch sie verfügen über zahlreiche finanzielle, technische und strukturelle Möglichkeiten, mit Stürmen oder einem steigenden Meeresspiegel umzugehen. Insgesamt leben die Menschen in Indonesien daher mit einem deutlich größeren Umweltrisiko.⁴¹

Ähnlich wie bei der Flucht vor Konflikten findet Migration aufgrund von Klimaveränderungen und Naturkatastrophen überwiegend innerhalb von Landesgrenzen statt, auch in der Form von zeitlich begrenzten saisonalen Wanderungen.⁴² Auch Wanderungen aufgrund von Industrieunfällen und starker Luftverschmutzung fallen eher regional aus. Insbesondere in China wird letztere immer häufiger zu einem Faktor, der die Entscheidung wohlhabenderer Schichten beeinflusst, innerhalb des Landes umzuziehen oder gar auszuwandern.⁴³

7 Migrationspolitik

Die Migrationspolitik der Ziel- und Herkunftsländer bildet den institutionellen Rahmen, der beeinflusst, wie leicht sich die Migration für den Einzelnen gestaltet. Die restriktive Ausreisepolitik der Volksrepublik China verhinderte beispielsweise bis zur Öffnung des Landes 1978 Auswanderungen in großem Umfang. Doch seit den 1980er Jahren nahm die internationale Migration aus China in alle Weltregionen stark zu. Gleichzeitig begünstigten in den 1990er Jahren lockere Einreisebestimmungen in Italien und Spanien sowie Amnestien für irreguläre Migranten die chinesische Erwerbsmigration in diese Länder.⁴⁴

Auch bilaterale Abkommen, wie die 2013 verabschiedete Vereinbarung zur Fachkräftenanwerbung medizinischen Personals zwischen den Philippinen und Deutschland, können das Migrationspotenzial erhöhen. Die Philippinen und das Vereinigte Königreich, das Hauptziel philippinischer Fachkräfte in Europa, beschlossen 2003 ein ähnliches Abkommen. Die Wirksamkeit dieser Vereinbarungen wird jedoch kritisch bewertet. Bis zum Ende des Abkommens mit dem Vereinigten Königreich im Jahr 2006 wurden nur 175 von über 6.000 neu eingewanderten Fachkräften über das Programm rekrutiert.⁴⁵ Ähnliche Anwerbesysteme zeigen in Kanada jedoch große Erfolge. Ein Grund dafür ist das transparente und klar auf die Anwerbung von Fachkräften ausgerichtete Einwanderungssystem.⁴⁶ Die EU-Staaten hingegen präsentieren sich mit einer vergleichsweise komplizierten und uneinheitlichen Gesetzeslage. Ein Versuch, die Erwerbsmigration in die EU einheitlicher zu gestalten, war die Einführung der Blauen Karte EU im Jahr 2009. Da die neue Regelung aber unterschiedlich in die nationalen Zuwanderungsgesetze integriert wurde, hat die Blaue Karte bis heute kaum den gewünschten Effekt einer Vereinheitlichung erzielt.⁴⁷

Wenn aufgrund von früheren Migrationsbewegungen bereits Netzwerke und etablierte Migrationskanäle bestehen, führen mangelnde Möglichkeiten der legalen Erwerbsmigration selten zu einem nennenswerten Rückgang der Zuwanderung. Stattdessen weichen Zuwanderer auf irreguläre Migrationswege aus, was häufig prekäre Arbeitsbedingungen und Ausbeutung zur Folge hat.⁴⁸

Auch die Asylpolitik der Zielländer wirkt sich auf das Migrationspotenzial aus: Obwohl viele Menschen insbesondere in China von politischer Verfolgung betroffen sind und besonders religiöse und ethnische Minderheiten, wie die seit 2014 in sogenannten Umerziehungslagern internierten Uiguren, zahllose Gründe hätten, im Ausland Schutz zu suchen, ist die Zahl der chinesischen Asylbewerber in der EU sehr niedrig. 2017 wurden

dort nur 4.870 neue Anträge gestellt.⁴⁹ Ein Grund für diese geringe Zahl ist die große geografische Distanz zur EU. Zudem variieren die Erfolgsaussichten eines Asylverfahrens für unterschiedliche Minderheiten stark.

Länderbeispiele

China: alternde Bevölkerung – wachsende Mittelschicht – mittleres Migrationspotenzial

Die Volksrepublik China ist mit 1,4 Milliarden Einwohnern das menschenreichste Land der Erde. Das Bevölkerungswachstum ist jedoch seit 1990 stark zurückgegangen und in naher Zukunft wird die Einwohnerzahl voraussichtlich anfangen zu sinken. Die Erwerbsbevölkerung schrumpft bereits seit 2015. In den 1980er und -90er Jahren galt China in Europa hauptsächlich als Quelle niedrig qualifizierter Arbeitskräfte, doch mittlerweile wird die Volksrepublik immer mehr selbst zum Ziel von Zuwanderern. Die Abwanderung vor allem Niedrigqualifizierter sinkt, da der lange Zeit unbegrenzt scheinende Vorrat an Arbeitskräften nun zu schrumpfen beginnt. Arbeitsmigranten mit niedrigem Bildungsstand waren in den 1980er und -90er Jahren vor allem in die Golfstaaten und andere ostasiatische Länder sowie in geringerem Umfang nach Afrika und Europa ausgewandert.⁵⁰

China hat in den letzten zwanzig Jahren ein starkes Wirtschaftswachstum erfahren, das zu steigenden Gehältern und einer wachsenden Mittelschicht geführt hat. Doch das Land ist weiterhin gekennzeichnet von großer sozialer Ungleichheit und starken Unterschieden zwischen den Lebensbedingungen der städtischen und ländlichen Bevölkerung.⁵¹ Um Landflucht zu vermeiden, war der Zuzug in die Städte lange Zeit durch Wohnmeldegesetze beschränkt, bis 2020 soll es nun aber Lockerungen für Umzüge in Städte mit unter drei Millionen Einwohnern geben.⁵² Die prekäre Wohnsituation in vielen Städten und der Verlust von Landrechten beim Umzug in die

Stadt dürfte aber das Wanderungspotenzial vom Land in die Städte abschwächen. Auch ein Anstieg internationaler Migration als Folge der Reform ist unwahrscheinlich.⁵³

Somit verändert sich auch das Gesicht chinesischer Migration in der Welt: Seit der Jahrhundertwende nimmt der Anteil wohlhabender und gut ausgebildeter Auswanderer beständig zu, und China ist heute das Hauptherkunftsland internationaler Studierender weltweit.⁵⁴ Diese neuen Auswanderer stammen hauptsächlich aus der städtischen Mittelschicht. Die beliebtesten Zielländer außerhalb Ost- und Südasiens sind die USA, Kanada und Australien: 36 Prozent aller Chinesen, die 2017 im Ausland lebten, waren in diesen Staaten wohnhaft, während nur 10 Prozent in der EU lebten – die meisten von ihnen im Vereinigten Königreich und Italien.⁵⁵

Ein weiteres Merkmal der chinesischen Migration ist ihr oft temporärer Charakter – insbesondere die Bildungsmigranten kehren meist nach dem Studium zurück, statt sich dauerhaft im Ausland niederzulassen. Diese Tendenz hängt mit der verbesserten wirtschaftlichen Lage Chinas zusammen, wird aber mittlerweile auch direkt von staatlicher Seite durch Rückkehrprämien und Rekrutierungsprogramme gefördert.⁵⁶

Philippinen: junge Bevölkerung – starke Migrationsinfrastruktur – hohes Migrationspotenzial

Mit 109 Millionen Einwohnern sind die Philippinen nach Indonesien das zurzeit bevölkerungsstärkste Land Südasiens. Die Geburtenziffer sinkt zwar seit den 1950er Jahren beständig, gehört mit durchschnittlich 2,8 Kindern pro Frau aber immer noch zu einer der höchsten in der Region. Dennoch haben die Philippinen heute eine günstige Bevölkerungsstruktur: 55 Prozent der Philippiner befinden sich im Erwerbsalter und 72 Prozent der Erwerbsfähigen verfügen über einen Abschluss einer weiterführenden Schule oder einer Hochschule. Doch trotz des wirtschaft-

lichen Wachstums und des hohen Bildungsstandes fehlt es an ausreichend bezahlten Arbeitsplätzen für die junge Bevölkerung. 2015 lebten 21,6 Prozent der Menschen unter der nationalen Armutsgrenze. In Südostasien schneiden nur Myanmar, Timor-Leste und Laos schlechter ab.⁵⁷ Gleichzeitig hinkt die Qualität der höheren Bildungseinrichtungen der in anderen südostasiatischen Ländern hinterher, was auch durch eine einseitige staatliche Förderung einiger Ausbildungsberufe begründet ist, die als relevant für den „Arbeitskräfte-Export“ gesehen werden. Dazu zählen vor allem Pflegeberufe.⁵⁸

Die Philippinen haben eine lange Geschichte der Emigration, beginnend mit der Auswanderung philippinischer Arbeitskräfte in die USA während der Kolonialzeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.⁵⁹ In den 1970er Jahren begann die philippinische Regierung, Arbeitsmigration ins Ausland zu fördern, am Anfang vor allem in die Golfstaaten. Auswanderung und Geldrücksendungen der temporär oder langfristig ausgewanderten Arbeitsmigranten wurden zu einem grundlegenden Bestandteil der philippinischen Wirtschaft. Die ersten staatlichen Programme wurden im Laufe der Jahre durch die Einführung weiterer Institutionen wie der *Philippines Overseas Employment Administration* und internationale Vereinbarungen erweitert. Ziel dieser Einrichtung ist es, den „Arbeitskräfte-Export“ aufrechtzuerhalten und die im Ausland lebende Migranten vor Ausbeutung und prekären Arbeitsbedingungen zu schützen.⁶⁰ Es besteht also eine starke Migrationsinfrastruktur, die es den Menschen erleichtert, auszuwandern.

2017 waren 54 Prozent philippinischer Migranten Frauen. Bereits in den 1960er Jahren zogen auf den Philippinen mehr Frauen vom Land in die Städte, meistens um als Haushaltshilfen in wohlhabenden Familien zu arbeiten.⁶¹ Der Wandel des weltweiten Arbeitsmarktes und ein steigender Bedarf an Arbeitskräften im Service- und Pflegesektor sowie in der Leichtindustrie, etwa im Textilbereich, führten dazu, dass sich dieses Muster in

der internationalen Migration fortsetzte.⁶² Die meisten philippinischen Migranten leben nach wie vor in den Golfstaaten, allen voran in Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie in den USA und Kanada. Nur neun Prozent der Ausgewanderten lebten 2017 in der EU.⁶³

Die Inselnation gehört schon jetzt zu den Ländern, die weltweit am meisten von den Folgen des Klimawandels betroffen sind und dies dürfte sich künftig kaum ändern. Besonders gefährdet sind die Philippinen nicht nur durch ihre Lage, sondern auch wegen mangelnder Möglichkeiten, sich gegen die Folgen von Umweltkatastrophen zu wappnen.⁶⁴ Dies könnte bereits bestehende Probleme im Land verstärken und dazu führen, dass mehr Menschen die starke Migrationsinfrastruktur nutzen, um abzuwandern.

Vietnam: junge Bevölkerung – rascher demografischer Wandel – längerfristig sinkendes Migrationspotenzial

Lange Zeit waren vietnamesische Migranten in der öffentlichen Wahrnehmung mit der Fluchtbewegung der 1970er und -80er Jahre verbunden. Doch heute verlassen die meisten Vietnamesen ihre Heimat, um anderswo zu arbeiten oder zu studieren.

Nach Indonesien und den Philippinen ist Vietnam mit knapp 98 Millionen Einwohnern das drittbevölkerungsreichste Land Südostasiens. Doch die Geburtenrate liegt mit 1,9 Kindern mittlerweile unter dem bestandserhaltenden Niveau und auch unter dem südostasiatischen Schnitt von 2,2. Das Bevölkerungswachstum hat sich bereits verlangsamt. Die vietnamesische Bevölkerung dürfte mit 106 Millionen im Jahr 2045 ihr Maximum erreichen und danach sinken. Somit befindet sich Vietnam in der Phase, in der eine demografische Dividende möglich ist: 62 Prozent der Bevölkerung sind im Erwerbsalter und bieten so reichlich Potenzial für den Arbeitsmarkt. Dieses wird allerdings

im Moment nicht vollständig ausgeschöpft, da es an höher qualifizierten Arbeitskräften mangelt, während die niedriger Ausgebildeten oft vergeblich nach Arbeit suchen und ein Teil von ihnen als Folge dessen abwandert. Zwischen 2012 und 2016 gingen die meisten dieser Arbeitsmigranten nach Taiwan, Japan und Südkorea.⁶⁵

Die Situation wird durch die Folgen des Klimawandels erschwert. Dürren und Überflutungen gefährden vor allem die Landwirtschaft, in der 40 Prozent der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt sind.⁶⁶ Als Folge solcher Naturkatastrophen müssen viele Menschen in Vietnam ihre Wohnorte verlassen, gleichzeitig erhöht sich das Migrationspotenzial über die Landesgrenzen hinweg.⁶⁷

Doch auch aus Vietnam wandern die meisten Menschen nicht nach Europa, sondern vor allem innerhalb der Region oder in die Golfstaaten. Zwar besteht aufgrund der Migrationsgeschichte zwischen Vietnam und den europäischen Ländern ein beständiger Zustrom vietnamesischer Einwanderer, doch bereits 2005 wurden sie von der philippinischen Gemeinschaft in der EU als größte südostasiatische Diaspora überholt.⁶⁸

In den letzten Jahren zeigt sich allerdings gerade bei den Bildungswanderern ein neuer Trend: Weil das Land stark in das Bildungssystem investiert hat, erreichen mittlerweile 29 Prozent der 20- bis 24-Jährigen einen höheren Sekundarabschluss. Immer mehr vietnamesische Migranten verlassen das Land, um zu studieren, unter anderem in der EU. Ähnlich wie in China kommen diese Migranten vor allem aus der wachsenden urbanen Mittelschicht. Sie profitieren darüber hinaus davon, dass die Regierung sie als wertvolle Ressource wahrnimmt und durch Stipendien und Förderprogramme unterstützt – in der Hoffnung, dass sie später zurückkehren und in ihrer Heimat als Experten eine Arbeit aufnehmen. Hauptziele für Studenten sind die USA, Japan und China sowie Frankreich, das Vereinigte Königreich und Deutschland.⁶⁹

Weitere Entwicklung

In Ost- und Südostasien zeigt sich relativ klar der Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Entwicklung und Migration. Die ost- und südostasiatischen Länder lassen sich anhand ihres Migrationspotenzials in vier Gruppen einteilen:

Die hochentwickelten Industriestaaten Japan, Südkorea, Taiwan und Singapur sind im Saldo bereits Einwanderungsländer. Hier sind die Lebensstandards hoch und die Geburtenziffern so niedrig, dass jede Kindergeneration die ihrer Eltern noch nicht einmal zu zwei Dritteln ersetzt. Die Alterung der Bevölkerung ist weit fortgeschritten. Abwanderung findet nur in geringem Maße statt, während der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften steigt.

An zweiter Stelle stehen China, Thailand und Malaysia, die in den letzten dreißig Jahren starkes Wirtschaftswachstum und eine Verbesserung der Lebensqualität erfahren haben. Auch hier liegen die Geburtenziffern unter dem Reproduktionsniveau, in Thailand sogar deutlich, und die Bevölkerungen altern bereits.⁷⁰ Diese Länder sind sowohl Ein- als auch Auswanderungsländer. Auswanderer rekrutieren sich aus den neuen Mittelschichten, die bessere Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten im Ausland suchen, während ein beginnender Arbeitskräftemangel sowie vergleichsweise gute Lebensbedingungen und Gehälter Erwerbsmigranten aus anderen Ländern anziehen.

Die dritte Gruppe umfasst die Auswanderungsländer Philippinen, Indonesien und Vietnam. Wirtschaftliche Entwicklung und ein verbesserter Zugang zu Bildung stehen hier einem Mangel an modernen Arbeitsplätzen, hoher sozialer Ungleichheit und verschiedenen Problemen wie Umweltrisiken, Korruption und innerstaatlichen Konflikten entgegen. Diese Länder haben daher ein hohes Abwanderungspotenzial.

Die niedrig entwickelten Länder der vierten Gruppe, Laos, Kambodscha und Myanmar, in denen große Teile der Bevölkerung in ärmeren, ländlichen Regionen leben, erfahren hauptsächlich Binnenmigration oder Wanderungen in die unmittelbaren Nachbarländer, da die Menschen wenig finanzielle Möglichkeiten oder Netzwerke haben, die eine Migration über größere Distanzen ermöglichen würden.

Die Großregion Ost- und Südostasien hat insgesamt ein mittleres Migrationspotenzial. Laut der Gallup-Befragung von 2010-15 erwägen drei Millionen Menschen aus Ostasien auszuwandern, 1,2 Millionen gaben an, schon konkrete Pläne zu haben. Damit liegt die Region weit hinter Afrika, Süd- und Westasien und Lateinamerika. In China und auf den Philippinen leben absolut gesehen die meisten Menschen mit Migrationsplänen in der Region.⁷¹ Betrachtet man jedoch ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung, zeigt sich ein anderes Bild: Nur 0,2 Prozent der über 20-Jährigen in China haben konkrete Pläne auszuwandern. Auf den Philippinen trifft dies dagegen auf 1,5 Prozent zu.⁷²

Wirtschaftswachstum und höhere Bildung bieten den Menschen in fast allen Staaten der Region neue Perspektiven in ihren Heimatländern. Doch solange die Chancen im Vergleich zu jenen in potenziellen Zielländern gering sind und Probleme wie soziale Ungleichheit, Korruption und klimabedingte Umweltveränderungen bestehen bleiben, bedeutet Auswanderung eine Option für die Menschen. Aufgrund des starken Wohlstands-, demografischen und Sicherheitsgefälles zwischen den Ländern dürfte der Großteil der Migrationsbewegungen aber innerhalb der Region stattfinden. Darüber hinaus sind vor allem lang etablierte Migrationsziele wie Nordamerika, Australien und die Golfstaaten gefragt. Vermutlich wird sich nur ein Bruchteil der Migranten nach Europa aufmachen und auch dann oft nur temporär. In fast allen Ländern der Region hat die Migration in die EU nach der Finanzkrise von 2008 abgenommen, seit 2015 ist sie jedoch langsam wieder gestiegen.⁷³

Die Hauptherkunftsländer für Migration nach Europa werden voraussichtlich weiterhin China, die Philippinen und Vietnam bleiben. Aus China ist mit höher ausgebildeten Erwerbsmigranten und internationalen Studierenden zu rechnen, während die Zahl niedrigqualifizierter Menschen eher konstant bleiben oder sinken dürfte. Denn das Land wird in Zukunft selbst mit einem wachsenden Arbeitskräftemangel bei alternder und schrumpfender Bevölkerung zu kämpfen haben.

Von den Philippinen ist weiterhin mit der Zuwanderung von Fachkräften zu rechnen. Aber künftig dürften auch andere Migrationsgründe eine Rolle spielen. Denn die Folgen des Klimawandels und gewaltsamer Konflikte treiben eine wachsende Zahl von Menschen auf die Flucht innerhalb der Region. Weil die Philippiner über etablierte Migrationskanäle verfügen, können diese Binnenwanderer anschließend eine Erwerbsmigration in weiter entfernte Länder organisieren.

Aus Vietnam dürften eher Erwerbsmigranten mit niedriger bis mittlerer Qualifikation auswandern. Sie sind häufig in der Landwirtschaft tätig und somit am meisten von Umweltveränderungen durch den Klimawandel betroffen. Von ihnen dürfte nur ein Bruchteil in die EU kommen, während die Mehrzahl innerhalb der Region bleibt. Demgegenüber ist zu erwarten, dass die Zahl der Bildungsmigranten nach Europa steigt.

Zuwanderer aus Ost- und Südostasien dürften überwiegend im Alter von 20 bis 40 Jahren sein, da Erwerbs- und Bildungsmigration überwiegen. Auch der Familiennachzug aus Ost- und Südostasien besteht größtenteils aus der Zuwanderung von Ehepartnern im Erwerbsalter.

Ein Trend, der sich weiter fortsetzen dürfte, ist der temporäre Charakter der Migration. Da sich in den Hauptherkunftsländern ost- und südostasiatischer Migration wachsende Mittelschichten bilden, wird es für abgewanderte, besser qualifizierte und Studierende immer attraktiver, nach einigen Jahren in ihre

Heimatländer zurückzukehren. Langfristig ist es wahrscheinlich, dass Austauschbeziehungen in Form von zirkulärer oder temporärer Migration zwischen der EU und Ost- und Südostasien dauerhafte Migration ersetzen werden.

Viele EU-Staaten, insbesondere Deutschland und Italien, aber auch Staaten in Mittel- und Osteuropa werden künftig mit einem demografiebedingten Arbeitskräftemangel zu kämpfen haben.⁷⁴ Aufgrund der hohen Einwohnerzahl bieten Ost- und Südostasien noch ein großes Potenzial gut ausgebildeter junger Menschen. Allerdings ist Europa bei weitem nicht das bevorzugte Ziel dieser Migranten. Ohne konkrete Anwerbeprogramme wird sich daran kaum etwas ändern, denn die demografische Entwicklung in Ost- und Südostasien führt dazu, dass immer mehr ehemalige Auswanderungsländer selbst zu Zielen für Zuwanderer werden und sich damit die intraregionale Migration verstärkt. Auch wäre in Europa eine flexiblere Einwanderungspolitik notwendig, um die zirkuläre Migration zu ermöglichen, wie sie aus Ost- und Südostasien zu erwarten ist.⁷⁵

	DEMOGRAFIE				BILDUNG		WIRTSCHAFT	LEBENSQUALITÄT	DIASPORA	POLITIK		ÖKOLOGIE
	Bevölkerung 2020 (Millionen)	Bevölkerungswachstum bis 2030 in Prozent (Basisjahr = 2020)	Anteil der Bevölkerung in urbanen Räumen 2020 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen an der Gesamtbevölkerung 2030 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen mit Sekundarschulabschluss 2030 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen mit Postsekundarabschluss 2030 in Prozent	Durchschnittliches jährliches BIP pro Kopf/Wachstum 2010 bis 2017 in Prozent	HDI Rang von 189, 2017	Anteil Migranten in EU-28 Ländern an der Gesamtbevölkerung (Herkunftsland) in Prozent	Fragile State Index Rang von 178, 2019	Bertelsmann Transformations Index Demokratisierung (1 bis 10)	World Risk Index Rang von 172, 2018
Ostasien	1654,6	-0,1	64,8	23,6	65,1	33,3	-		0,08	-	-	-
China	1416,6	0,2	61,4	23,9	69,4	28,8	7,0	86	0,07	88	3,28	95
Hong Kong	7,5	5,2	100	20,0	41,3	53,4	2,2	7	1,39	-	-	-
Japan	126,2	-4,4	91,8	19,5	31,1	68,6	1,3	19	0,11	157	-	29
Macau	0,6	12,3	100	22,0	43,8	48,1	0,9		0,33	-	-	-
Mongolei	3,2	9,5	68,7	27,4	57,0	41,1	6,2	92	0,57	128	7,4	154
Nordkorea	25,7	1,4	62,4	28,6	66,1	33,8	-		0,09	26	2,6	-
Südkorea	51,3	1,1	81,4	22,2	24,9	74,7	2,4	22	0,19	159	8,45	126
Taiwan	23,6	-0,7	78,9	22,7	31,5	68,4	-		-	-	9,42	-
Südostasien	667,5	7,8	50,0	30,1	61,9	23,7	-		0,25	-	-	-
Brunei Darussalam	0,4	11,6	78,3	28,6	65,0	20,9	-1,6	39	1,28	124	-	8
Indonesien	271,6	7,5	56,6	30,7	66,9	20,3	4,1	116	0,07	93	6,5	36
Kambodscha	16,8	12,7	24,2	32,5	59,8	5,0	5,4	146	0,46	54	4	12
Laos	7,2	11,7	36,3	33,7	45,5	23,1	6,1	139	0,72	62	2,92	106
Malaysia	33,0	13,5	77,2	30,6	66,7	31,1	3,5	57	0,28	119	4,78	82
Myanmar	54,3	4,7	31,1	32,2	47,8	20,0	6,0	148	0,04	22	3,38	64
Philippinen	109,4	12,9	47,4	32,1	62,7	31,1	4,5	113	0,47	50	6,3	3
Singapur	5,8	9,9	100,0	25,2	22,3	74,5	2,5	9	1,04	162	7,15	158
Thailand	69,7	0,9	51,4	25,8	53,8	36,5	2,7	83	0,35	77	3,25	88
Timor-Leste	1,4	26,1	31,3	30,2	58,8	22,6	-4,2	132	0,3	41	-	13
Vietnam	97,8	6,1	37,3	27,7	62,1	16,9	4,9	116	0,42	109	3,35	25

5 | POSTSOWJETISCHER RAUM

Die Länder der ehemaligen Sowjetunion blicken auf eine lange Geschichte von politischen, wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Brüchen und Krisen zurück: Oktoberrevolution, Stalinismus und Zweiter Weltkrieg führten zu Hunger, Krieg sowie Vertreibungen und haben die Bevölkerung immer wieder stark dezimiert. Auch das Ende der Sowjetunion und die wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Transformation haben tiefe Spuren hinterlassen. All dies wirkt sich bis heute auf die Bevölkerungsentwicklung der Sowjet-Nachfolgestaaten aus und prägt das Verhältnis zwischen Russland und seinen osteuropäischen, zentral- und westasiatischen Nachbarn.

Der Zusammenbruch des Sowjetreiches machte aus den ehemaligen 15 Teilrepubliken in kürzester Zeit wirtschaftliche Konkurrenten. Die drei baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen orientierten sich rasch nach Westen und wurden 2004 Mitglieder der Nato und der EU. Sie tauchen in dieser Studie folglich in den EU-28 Staaten auf. Georgien, Moldau und die Ukraine richten sich ebenfalls stärker an der EU aus. Acht weitere Staaten, von Weißrussland bis Kasachstan, sind mehr oder weniger eng mit Russland verbunden. Der Untergang der Sowjetunion beendete auch das gemeinsame System der Arbeitsteilung zwischen den Ländern. Zu Sowjetzeiten waren etwa die zentralasiatischen Teilrepubliken mit der Produktion von Baumwolle betraut und hatten über Wasserkraftwerke Strom zu liefern. In der Ukraine waren Luft- und Raumfahrtindustrie zuhause.¹

Dann aber mussten sie alle als neugeborene Staaten eigene, funktionierende Volkswirtschaften aufbauen.² In dieser chaotischen Zeit entschlossen sich viele Russen, die zu Sowjetzeiten in anderen Teilrepubliken gelebt hatten, nach Russland zurückzukehren. Minderheiten wie Russlanddeutsche und Juden verließen ebenfalls in größeren Zahlen die ehemalige Sowjetunion. Dadurch wurden die neuen Staaten zunächst ethnisch homogener. Die Muster der teils schon zu Sowjetzeiten bestehenden Migrationsbewegungen sind bis heute zu beobachten. Ausgelöst durch die großen wirtschaftlichen Unterschiede innerhalb der Region entstand schon bald auch unter dem neuen Wirtschaftssystem ein relativ konstantes, aber konjunkturabhängiges System der Arbeitsmigration, welches vor allem durch temporäre Wanderungen aus den zentral- und westasiatischen Ländern in Richtung Russland geprägt ist, dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich stärksten Land des Großraums.

Stetiger Anstieg

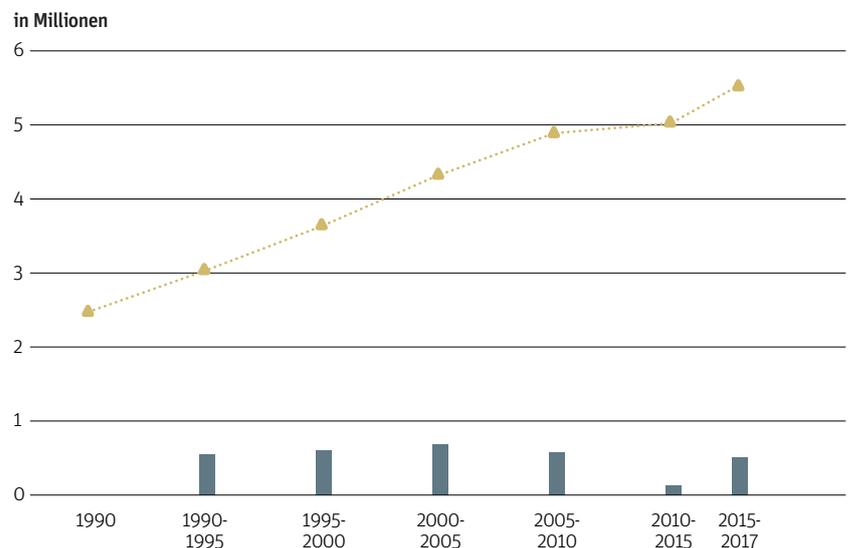
Seit dem Ende der Sowjetunion hat die Zahl von Migranten aus den postsowjetischen Ländern in der EU zugenommen. Seit Mitte der 2000er Jahre hat sich das Wachstum zeitweilig abgeschwächt, in den letzten Jahren steigt die Zahl postsowjetischer Migranten jedoch wieder.

Anzahl internationaler Migranten aus den postsowjetischen Staaten in EU-28 Ländern, in Millionen, 1990 bis 2017, und absolute Differenz in Fünfjahres-schritten

(Datengrundlage: UN DESA⁶)

- Zunahme
- Bestand*

* Bestand bezieht sich auf das letzte Jahr des angegebenen Zeitraums.



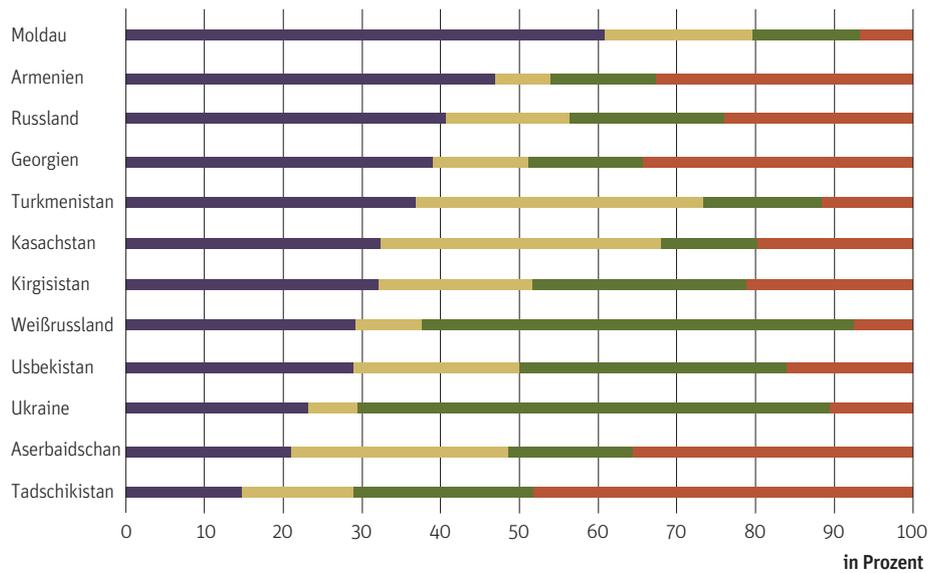
Familie und Arbeit

2017 kamen postsowjetische Migranten zu fast 40 Prozent aus familiären Gründen. Angesichts von 5,5 Millionen in der EU lebenden Menschen aus dieser Region ist das eine sehr hohe Zahl. Sie relativiert sich zum Teil dadurch, dass viele der Migranten nach einiger Zeit in ihre Heimat zurückkehren. Insgesamt haben die Länder der EU in diesem Jahr für postsowjetische Migranten 1,9 Millionen Aufenthaltstitel ausgestellt.

Erstmals erteilte Aufenthaltstitel in der EU-28 für zwölf Monate oder mehr nach Grund für die Erteilung, in Prozent, 2017

(Datengrundlage: Eurostat 2018⁶)

- Familiengründe
- Bildungsgründe
- vergütete Erwerbstätigkeit
- Sonstige



Doch auch die EU und China spielen mittlerweile eine Rolle. So versucht China mittels einer neuen Seidenstraße Einfluss auf die Region zu nehmen. Deren Ziel ist es, die zentralasiatischen Länder auf dem historischen Handelsweg stärker wirtschaftlich einzubinden und das Gebiet zwischen Europa, Iran und China zu einem ökonomischen Kooperationsraum auszubauen.³ Die EU ordnet ihre Position in der Region hingegen durch Assoziierungsabkommen mit Ländern wie Georgien, Moldau oder der Ukraine und einer „Östlichen Partnerschaftsstrategie“, in deren Rahmen zuletzt auch die Visaregeln für diese Herkunftsstaaten gelockert wurden.⁴

Migrationswunsch und -bereitschaft sind im postsowjetischen Raum weniger ausgeprägt als in anderen Weltregionen. Laut den Gallup-Befragungen würden etwa 15 Prozent der knapp 230 Millionen Menschen über 15 Jahren aus den entsprechenden Staaten in ein anderes Land auswandern, wenn sie die Gelegenheit dazu hätten. Seit 2010 hat sich dieser Wert im Grunde nicht verändert.⁵ In Russland ist der Bevölkerungsanteil mit Migrationswunsch zuletzt deutlich gewachsen. Rund 20 Prozent der Bevölkerung über

15 Jahren können sich vorstellen, das Land zu verlassen. Die Hauptziele der Russen mit Migrationswunsch sind Deutschland und die USA.⁶ Insgesamt liegen die Menschen im postsowjetischen Raum mit ihren Migrationswünschen sogar unter jenen aus der EU, wo sich wie in Russland 20 Prozent der Bevölkerung mit diesen Fragen beschäftigt.

Status Quo der Migration aus den postsowjetischen Nachfolgestaaten

Für postsowjetische Migranten war die EU je nach Herkunftsland bisher nur teilweise ein relevantes Ziel. Die meisten von ihnen wandern innerhalb der Region. So lebten 2017 rund 11 Millionen postsowjetische Migranten in Russland, in der Ukraine waren es etwa 4,4 und in Kasachstan 3,2 Millionen. Erst an vierter und fünfter Stelle stehen mit Deutschland und den USA Zielländer außerhalb der Region. Fast die Hälfte der 5,5 Millionen postsowjetischen Migranten in der EU lebt in Deutschland. Sie stammen vor allem aus den bevölkerungsreichsten Ländern, aus Russland, der Ukraine und Kasachstan.⁷

Zu Beginn der 1990er Jahre erreichte die Zuwanderung aus Russland und Kasachstan nach Deutschland ihren Höhepunkt, als viele (Spät-)Aussiedler in die Heimat ihrer Vorfahren zurückkehrten. Bei (Spät-)Aussiedlern handelt es sich um Personen, die ihre deutsche Abstammung nachweisen und dadurch rasch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können. In den 1980er Jahren nahmen diese Wanderungen bereits zu und zwischen 1990 und 2017 wanderten rund zweieinhalb Millionen Menschen über diesen Weg nach Deutschland ein.⁹

So wuchs die Zahl der postsowjetischen Migranten in der EU seit den 1990er Jahren relativ konstant. Ab 2014 nahm ihre Zahl aufgrund des Krieges in der Ukraine erneut stark zu. Rund 1,6 Millionen Ukrainer galten zuletzt als Binnenvertriebene¹⁰ und bis 2018 stellten und seit Beginn des Konfliktes knapp 61.000 Ukrainer einen Asylerstantrag in der EU.¹¹ Deren Wanderungsziele beschränkten sich vor allem auf Deutschland und Polen.¹²

In beiden Ländern leben mit rund 2 Millionen respektive 337.000 Menschen große Gruppen postsowjetischer Migranten. Doch auch in Italien (544.000), Lettland (227.000) und Griechenland (215.000) existieren große Auslandsgemeinschaften aus dieser Region.¹³ Dabei kommen die heutigen Migranten vor allem aus Familiengründen, um zu arbeiten oder zu Bildungszwecken.¹⁴ Insgesamt hat sich an den Migrationsmustern in und aus dem postsowjetischen Raum über die letzten zwei Jahrzehnte wenig grundsätzlich verändert.¹⁵ Nur der Bestand der Migranten aus der Region in der EU hat stetig zugenommen.

Einflussgrößen für künftige Migration aus dem postsowjetischen Raum

1 Demografische Faktoren

In den meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist der demografische Übergang relativ weit fortgeschritten. Die Geburtenziffern liegen in den meisten Ländern unter dem

bestandserhaltenden Niveau, auch wenn sich die Entwicklung nach Land und Subregion unterscheidet.¹⁷

Zwischen 2020 und 2030 dürfte die Zahl der Bewohner in der Region nur noch um 0,1 Prozent auf dann gut 291 Millionen Menschen steigen. Dabei verlieren Georgien, die Ukraine und die Republik Moldau am stärksten an Bevölkerung, denn hier kommen nur noch wenige Kinder zur Welt. Auch in den anderen osteuropäischen Ländern führen niedrige Geburtenziffern bei einer kaum steigenden Lebenserwartung dazu, dass die Bevölkerung bereits heute deutlich schrumpft. Weißrussland und Russland können ebenfalls kein Wachstum mehr verzeichnen. Einzig die zentralasiatischen Länder, also die Länder, die auf -stan enden, gewinnen noch 10 bis 15 Prozent an Bewohnern hinzu. Dort liegen Kinderzahlen je Frau noch oberhalb der Grenze von 2,1, über der eine Bevölkerung auch in Abwesenheit von Migration wächst. Auch Tadschikistan, Kirgisistan, Turkmenistan und Kasachstan – werden nach dem mittleren

Cepam-Szenario bis 2030 noch über diesem Niveau bleiben.

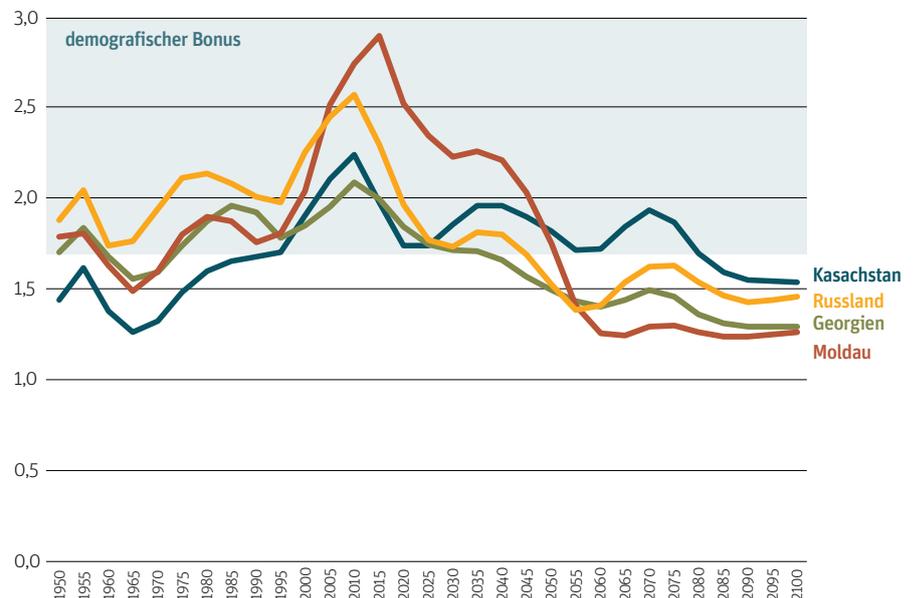
Insgesamt dürften die Bevölkerungen bis 2030 stark altern, insbesondere in den osteuropäischen und zum Teil in den Kaukasus-Ländern: Dann werden in Georgien, der Ukraine, in Weißrussland und Russland fast 20 Prozent der Menschen über 64 Jahre alt sein und damit das heutige Niveau der EU erreicht haben. Noch im Jahr 2000 lag der Anteil der Älteren in diesen Ländern zwischen 12 und 14 Prozent. Die zentralasiatischen Staaten bleiben aufgrund der höheren Kinderzahlen vergleichsweise jung. So wird das Medianalter in Tadschikistan 2030 bei 26, in der Ukraine aber bei 44 Jahren liegen.

Das Zeitfenster des demografischen Bonus (zur Erklärung des demografischen Bonus siehe ► S. 17), in dem aufgrund eines überproportional hohen Anteils an Menschen im Erwerbsalter ein wirtschaftlicher Aufschwung möglich ist, haben die postsowjetischen Länder bisher vergleichsweise schlecht

Auf und ab

Die vielen Brüche in der Entwicklung der postsowjetischen Staaten haben ihre Spuren in der Bevölkerungszusammensetzung hinterlassen: Das Zeitfenster des demografischen Bonus, bei dem ein großer Teil der Bevölkerung im Erwerbsalter ist, öffnet und schließt sich deshalb immer wieder. Anfang der 2000er Jahre waren die Bedingungen am günstigsten. Mittlerweile leben aber in Russland bereits vergleichsweise viele Menschen im Ruhestandsalter, mit den entsprechenden Herausforderungen für die Sozialsysteme. Kasachstan ist demgegenüber deutlich jünger und hat dadurch noch länger die Chance, von einer günstigen Altersstruktur zu profitieren.

Anzahl der 15- bis 64-Jährigen im Verhältnis zu einer Person im Alter von 0 bis 14 oder 65 und älter (Datengrundlage: UN DESA¹⁹)



genutzt. Eigentlich waren die Bedingungen dafür seit Beginn der 2000er Jahre günstig, aber damals mangelte es fast überall an Beschäftigungsmöglichkeiten. Das Fenster wird sich in einigen Ländern bald schon wieder schließen und das bedeutet etwa für Russland, die Ukraine oder Georgien einen Rückgang an potenziellen Arbeitskräften bei steigenden Sozialkosten durch die Alterung der Gesellschaft.

Aus rein demografischen Gründen sinkt damit das Migrationspotenzial in den osteuropäischen Ländern der Region, auch wenn aus Armenien, Weißrussland, Georgien oder Moldau verstärkt ältere Menschen über 40 auswandern. In den nach wie vor wachsenden, zentralasiatischen Staaten benötigten hingegen bis 2030 noch viele junge Menschen berufliche Perspektiven und Einkommensmöglichkeiten, die sie häufig nur außerhalb ihrer Heimatländer finden werden. Das gilt vor allem für die Altersgruppe zwischen 20 und 39 Jahren, die am häufigsten wandert. Sie dürften aber allein schon der Sprache wegen nach Russland ziehen.¹⁸

2 Bildung

In der ehemaligen Sowjetunion genoss Bildung einen hohen Stellenwert und war kostenfrei zugänglich. Der Erfolg der Bildungsoffensive zeigt sich bis heute an den älteren Geburtskohorten, etwa an den heute 70- bis 80-Jährigen, von denen über 90 Prozent mindestens einen Sekundarschulabschluss vorweisen können. Auch in der westlichen Welt war die Qualität der sowjetischen Bildung anerkannt und geschätzt. Emigranten aus der Sowjetelite haben sich beispielsweise in der US-amerikanischen, der israelischen und europäischen Wissenschaftslandschaft überaus verdient gemacht.²⁰ Mit dem Ende des Sowjetreichs haben die neuen Regierungen jedoch teilweise Studiengebühren eingeführt und die Finanzmittel für Bildung gekürzt, was einen Qualitätsverlust zur Folge hatte.²¹

Im internationalen Vergleich steht die Region trotzdem gut da. Heute haben rund 66 Prozent der Bevölkerung (betrachtet sind nur die über 15-Jährigen) einen Sekundarschulabschluss, 23 Prozent eine darüber hinausgehende Ausbildung. Nur gut 2 Prozent haben lediglich eine Grundschulbildung oder gar keinen Schulabschluss. Während die Bildungswerte (aber nicht unbedingt die Bildungsqualität) zwischen 1990 und 2010 in allen Bereichen noch merklich gestiegen sind, trifft dies heute nur noch für den Hochschulbereich zu, und auch dort nur in geringem Umfang.

In der Altersgruppe mit der höchsten Migrationswahrscheinlichkeit, also bei den 20- bis 39-Jährigen, dürften 2030 praktisch alle Personen mindestens über einen Sekundarschulabschluss verfügen, ein Drittel voraussichtlich sogar über einen Hochschulabschluss. Dabei ist es in den zentralasiatischen Staaten und der Republik Moldau eher ein Fünftel dieser Altersgruppe. Insgesamt eröffnet eine Auswanderung gerade für diese Gruppe die Perspektive auf ein besseres Leben, vor allem dann, wenn die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in der Heimat wenig Hoffnung machen.

3 Wirtschaftliche Faktoren

Nach dem Ende der Sowjetunion brachen in der gesamten Region viele der alten Industriebetriebe zusammen, weil sie nicht mehr wettbewerbsfähig waren und die ehemaligen Sowjetrepubliken ihre gemeinsamen Märkte verloren hatten.²² Zwischen 1990 und 1995 halbierte sich in den meisten Ländern das Bruttoinlandprodukt pro Kopf²³, mit verheerenden Folgen: Armut und soziale Ungleichheit nahmen zu und wegen sinkender Staatseinnahmen begannen die Regierungen sozialstaatliche Leistungen, etwa im Bildungs- und Gesundheitsbereich, deutlich zu kürzen. Vor allem die zentralasiatischen Staaten verloren eine wichtige Einnahmequelle, da über Nacht die Transferleistungen aus Moskau ausblieben.²⁴

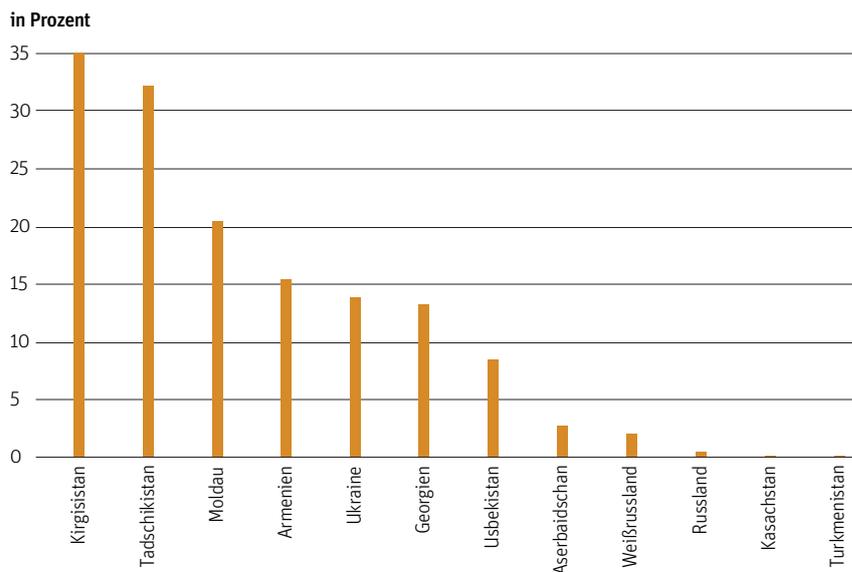
Die ökonomische Krise hielt in den meisten Ländern mindestens bis Ende der 1990er Jahre an. Kirgisistan, Tadschikistan und die Ukraine haben bis heute nicht ihr altes Leistungsniveau erreicht. Selbst Russland erwirtschaftete erst 2009 wieder ähnlich viel wie vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion.²⁵ In den 2000er Jahren haben die postsowjetischen Staaten ein teilweise starkes Wirtschaftswachstum erlebt. Auch zwischen 2010 und 2017 ist das BIP in fünf von zwölf Ländern durchschnittlich um über vier Prozent pro Jahr gewachsen. Allerdings verdeckt dieser Mittelwert die Folgen der russischen Rezession nach 2014, welche die gesamte Region erfasste. Noch 2016 schrumpfte das BIP in fünf von zwölf Ländern. Einzig Georgien und Kirgisistan weisen eine konstant positive Entwicklung auf, jedoch auf niedrigem Niveau.²⁶

Auch heute noch leben trotz wirtschaftlicher Wachstumsphasen viele Menschen der Region in armen Verhältnissen. So galten 2016 in Kirgisistan, Georgien oder Armenien laut den nationalen Armutsgrenzen über 20 Prozent der Bevölkerung als arm. Der Anteil von Menschen in extremer Armut, die von weniger als 1,90 US-Dollar am Tag leben, ist jedoch im Vergleich zu anderen Weltregionen wie Lateinamerika oder Subsahara-Afrika gering bis sehr gering und dürfte weiter sinken, wenn sich die bisherigen Trends fortsetzen.²⁷ Deshalb und wegen der guten Bildungswerte stuft der *Human Development Index* (HDI) Russland, Weißrussland und Kasachstan in die Kategorie „sehr hohe menschliche Entwicklung“ ein. Die meisten Länder im postsowjetischen Raum fallen in die zweitbeste Kategorie des HDI. Nur Kirgisistan und Tadschikistan landen in der vorletzten Kategorie mit „mittlerer menschlicher Entwicklung“.²⁸

Rücküberweisungen als Wirtschaftsfaktor

Für einige Länder der Region sind die Rücküberweisungen ihrer im Ausland lebenden Bürger ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. In sechs von zwölf Ländern entsprachen die Geldsendungen im Jahr 2018 über zehn Prozent des BIPs. Zwischen 2013 und 2016 verringerten sie sich jedoch in fast allen Ländern aufgrund der schlechten Wirtschafts­lage in Russland erheblich. Besonders betroffen war Usbekistan: Während 2013 noch rund 6,7 Milliarden US-Dollar ins Land flossen, halbierte sich diese Summe bis 2015 auf knapp 3 Milliarden. Erst seit 2016 steigen die Rücküberweisungen allmählich wieder an.

Rücküberweisungen als Anteil am BIP, in Prozent, 2018
(Datengrundlage: World Bank²⁹)



Die durch den wirtschaftlichen und politischen Übergang hervorgerufenen sozialen Verwerfungen konnten viele postsowjetische Länder bis heute nicht bewältigen, auch wenn einige von ihnen reich an Rohstoffen sind. So entfallen auf Russland rund 13 Prozent der weltweiten Ölförderung, auch Kasachstan und Aserbaidschan sind reich an dem Rohstoff. Der 32-Millionen-Einwohnerstaat Usbekistan ist immerhin für 1,5 Prozent der weltweiten Erdgasförderung verantwortlich.³⁰ Jene Staaten, deren Kassen sich nicht durch Rohstoffexporte füllen lassen und deren Wirtschaftsleistung stark vom Agrarsektor abhängt, wie Kirgisistan, Tadschikistan oder Moldau, sind umso mehr von den Rücküberweisungen ihrer im Ausland lebenden Bevölkerung abhängig.³¹ Dort machten die Zahlungen 2018 rund 35, respektive 32 und 21 Prozent des BIPs aus.³² 2017 stammten rund sechs Prozent aus der EU. 46 Prozent der gesamten Rücküberweisungen in die Region kamen hingegen aus Russland.³³ Entsprechend wirkte sich auch die russische Wirtschaftskrise auf die Rücküberweisungen in die südlichen Nachbarstaaten aus.³⁴

Die bisher starke Arbeitsmigration aus der Region in Richtung Russland dürfte weiterhin die bedeutendste Wanderungsbewegung bleiben, während die Ziele insgesamt vielfältiger werden. Denn wegen der momentan schwachen russischen Wirtschaft bemühen sich die Regierungen der typischen Abwanderungsländer, die Arbeitsmigration in andere Staaten zu fördern.

4 Netzwerke und Diaspora

Die Zahl der aus den postsowjetischen Ländern stammenden Migranten in aller Welt ist seit 1990 relativ konstant bei etwa 29 Millionen geblieben. Die meisten von ihnen leben innerhalb der Region, sie wandern vor allem nach Russland, in die Ukraine und nach Kasachstan. Erst dann folgen mit Deutschland und den USA Ziele außerhalb der Region.³⁵

Dabei war Deutschland vor allem für eine spezielle Bevölkerungsgruppe ein wichtiges Migrationsziel: (Spät-)Aussiedler waren die größte Zuwanderergruppe aus der Region,

vor allem aus Russland, Kasachstan, der Ukraine und Kirgisistan.³⁶ Aber auch jüdische Emigranten suchten in Israel und den USA eine neue Heimat und die sogenannten Pontosgriechen in Griechenland. Diese Wanderungen fanden vor allem in den 1990er Jahren statt. Mittlerweile ist deren Migrationspotenzial weitgehend erschöpft.³⁸

Auch für die Regierungen der Herkunftsländer sind ihre im Ausland lebenden Landsleute von Bedeutung. Einige Regierungen, insbesondere in Ländern mit niedrigem BIP und hohen Geldrücksendungen, versuchen verstärkt neue Migrationsziele für Auswanderer auszumachen. Sie unterstützen zudem den Handel zwischen Ziel- und Herkunftsland, fördern den Wissenstransfer von Migranten oder helfen ihnen dabei, sich erfolgreich in den Zielländern zurechtzufinden.³⁹ In der Republik Moldau etwa organisiert die Regierung einen regelmäßigen Kongress als Kommunikationsplattform zwischen Wirtschaft, Regierung und Diaspora.⁴⁰

5 Konflikte und politische Faktoren

In und außerhalb der postsowjetischen Region war die Hoffnung zu Beginn der 1990er Jahre groß, dass die nun unabhängigen Staaten sich rasch demokratisieren würden. Generell prägen heute autoritäre Regime und Demokratiedefizite den gesamten Raum, wenn auch mit großen Unterschieden zwischen den Ländern. Anhand der politischen Systeme sowie ihrer geopolitischen Orientierung lassen sich drei Staatengruppen ausmachen: Georgien, Moldau und die Ukraine haben im Rahmen des EU-Programms der Östlichen Partnerschaft Assoziierungsabkommen mit der EU geschlossen. Sie gelten, gemeinsam mit Kirgisistan, laut dem *Bertelsmann Transformation Index* (BTI) als defekte Demokratien, unter anderem wegen eines eingeschränkten staatlichen

Gewaltmonopols. Armenien, Weißrussland und Russland zählt der BTI zu den gemäßigten Autokratien, während Aserbaidschan, Kasachstan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan als harte Autokratien gelten. Dort fehlen grundlegende demokratische Institutionen wie freie und faire Wahlen oder eine Gewaltenteilung. Diese Staaten zeichnen sich durch starke Machteliten, Klientelpolitik und Korruption aus.⁴¹ Geopolitisch orientieren sie sich stärker an Russland als die anderen postsowjetischen Staaten.⁴²

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Bewohner der Region ihrem Unmut über ausbleibende politische und sozioökonomische Verbesserungen wieder zunehmend Luft machen. Immer wieder entlädt sich dies in Auseinandersetzungen innerhalb der Staaten. Die Liste ungelöster Konflikte ist lang. In den

Regionen Bergkarabach (Armenien, Aserbaidschan), Abchasien, Südossetien (Georgien), Transnistrien (Moldau, Russland) und im Donbass (Ukraine, Russland) fehlt nach wie vor eine friedliche Perspektive. Zwischen einzelnen Ländern oder innerhalb von ihnen kommt es immer wieder zu bewaffneten Konflikten.⁴³ 2014 waren es mit dem Krieg in der Ukraine sechs Konflikte und Kriege – die höchste Zahl seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.⁴⁴

Diese Auseinandersetzungen wirken sich auch auf die Migration aus, weil die Menschen die betroffenen Regionen häufig verlassen wollen. Dabei haben die sogenannten eingefrorenen Konflikte, wie in Transnistrien oder Bergkarabach, für die EU kaum eine migrationspolitische Bedeutung. Sie sind zwar nicht gelöst, aber zurzeit finden auch keine regelmäßigen Kampfhandlungen statt. Anders ist es bei dem Konflikt in der Ukraine, der für einen Anstieg der Asylanträge in der EU gesorgt hat. So stellten im Jahr 2015 knapp 21.000 Ukrainer einen Asylantrag, während es zwei Jahre zuvor nur 820 gewesen waren. Bis 2018 sanken die Anträge wieder auf 9.000. Auch aus den anderen postsowjetischen Staaten suchen relativ wenige Menschen Schutz in der EU. Einzig aus Russland kommen je nach Lage vor Ort immer wieder größere Zahlen an Asylsuchenden. So stellten 2016 rund 23.000 Russen einen Asylantrag in einem EU-Mitgliedsstaat.⁴⁵ Insgesamt hat die Fluchtmigration aus dem postsowjetischen Raum aber, von diesen kurzfristigen Ausschlägen abgesehen, für die EU eine eher geringe Bedeutung.

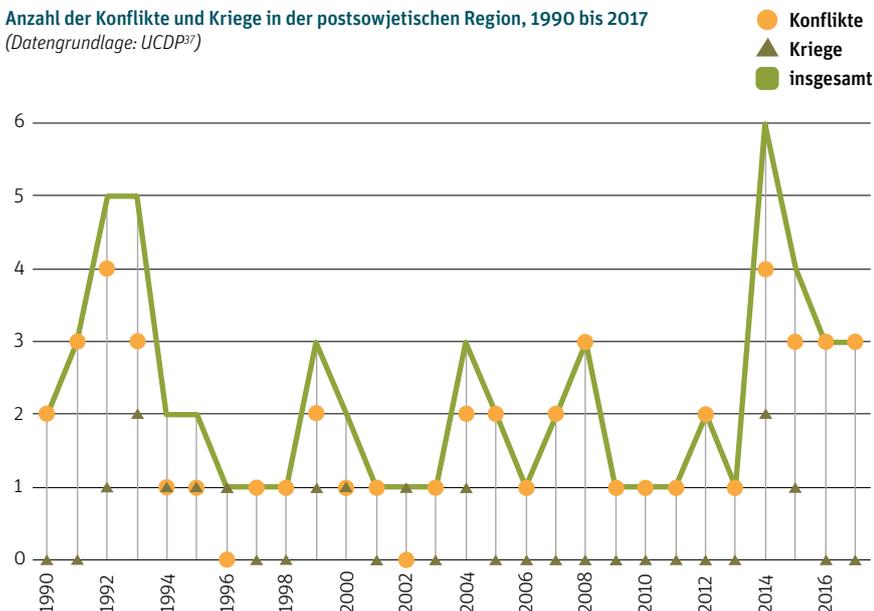
Insgesamt stagniert die Region politisch. Die autokratischen Regime haben sich verfestigt und scheinen weder die Motivation noch die Kraft für Veränderungen Richtung Demokratie zu haben.⁴⁷ Damit dürften Konflikte und politische Faktoren das Migrationspotenzial konstant halten oder sogar erhöhen, wobei ein Teil der Wanderungen allein wegen der geografischen Nähe auch in die EU führen dürfte.

Konfliktreiche Region

Mit der Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken brachen vielerorts alte Grenzkonflikte wieder auf. So stritten Aserbaidschan und Armenien nach 1992 um die Kontrolle der Bergkarabach-Region, die bereits Anfang des 20. Jahrhunderts umkämpft war. Bis heute gibt es immer wieder militärische Auseinandersetzungen in der Region. Zuletzt führten Russland und Georgien 2008 einen Krieg um die georgischen Regionen Abchasien und Südossetien. In der Ostukraine kämpfen seit 2014 prorussische Separatisten und das ukrainische Militär gegeneinander.

Anzahl der Konflikte und Kriege in der postsowjetischen Region, 1990 bis 2017

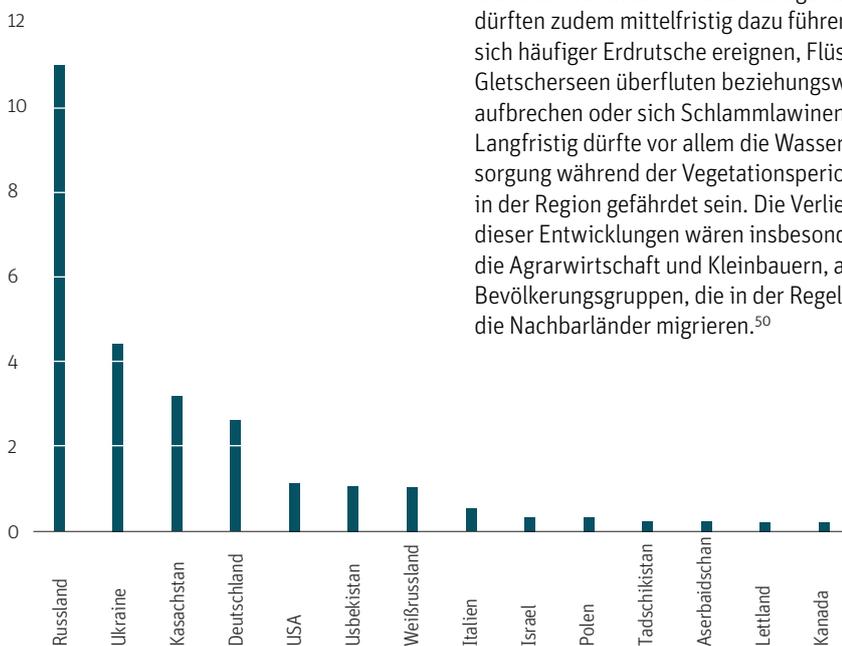
(Datengrundlage: UCDP³⁷)



6 Umweltfaktoren

Die ehemaligen Sowjetstaaten unterscheiden sich sowohl in ihren klimatischen Bedingungen als auch bei den zu erwartenden Klimaveränderungen. Die Länder lassen sich dabei in zwei Gruppen einteilen. Der osteuropäische Teil, zu dem Weißrussland, die Ukraine und Russland gehören, hat mittelfristig kaum negative Folgen des Klimawandels zu erwarten. Teilweise werden die klimatischen Veränderungen dort sogar als positiv eingeschätzt, weil etwa neue Flächen im hohen

in Millionen



Die meisten bleiben in der Großregion

Rund 29 Millionen postsowjetische Migranten lebten 2017 außerhalb ihres Geburtslandes. Davon hatte sich jedoch nur ein geringer Teil außerhalb des postsowjetischen Raums niedergelassen. 63 Prozent von ihnen waren allein nach Russland, der Ukraine und Kasachstan umgezogen. Das sowjetische Erbe – eine gemeinsame Geschichte und teilweise gemeinsame Sprache sowie Kultur – machten es leichter, innerhalb der Region anstatt über ihre Grenzen hinaus zu wandern.

Anzahl postsowjetischer Migranten in der Welt nach den wichtigsten Zielländern, in Millionen, 2017
(Datengrundlage: UN DESA⁴⁶)

Norden landwirtschaftlich nutzbar werden. Diese Staaten haben aber in Zukunft längere und häufigere Hitzewellen und veränderte Niederschlagsmuster zu erwarten.⁴⁸

Der zentralasiatische Teil mit Usbekistan, Kirgisistan und Turkmenistan wird die negativen Folgen des Klimawandels stärker zu spüren bekommen. Zudem bewertet der Weltrisikoindex die Anpassungsfähigkeit dieser Länder als gering.⁴⁹ Zentralasien prägen bergige Landschaften und ein trockenes Klima. Wie in anderen Hochgebirgsregionen dürften hier künftig die Gletscher weiter abschmelzen wie etwa im Tien Shan Gebirge, welches sich von Kasachstan bis nach China erstreckt. Veränderte Niederschlagsmuster dürften zudem mittelfristig dazu führen, dass sich häufiger Erdrutsche ereignen, Flüsse und Gletscherseen überfluten beziehungsweise aufbrechen oder sich Schlammlawinen lösen. Langfristig dürfte vor allem die Wasserversorgung während der Vegetationsperiode in der Region gefährdet sein. Die Verlierer dieser Entwicklungen wären insbesondere die Agrarwirtschaft und Kleinbauern, also Bevölkerungsgruppen, die in der Regel nur in die Nachbarländer migrieren.⁵⁰

7 Migrationspolitik

Die russische Migrationspolitik beeinflusst maßgeblich, wie sich das regionale Migrationspotenzial entwickelt und vor allem, ob es sich tatsächlich in Wanderungen umwandelt. Verschärft Russland etwa seine Bestimmungen für ausländische Arbeitskräfte, so wirkt sich dies direkt auf die Wandermöglichkeiten innerhalb des postsowjetischen Gebietes aus und damit unter Umständen auch auf Wanderungen in die EU.

Nach dem Ende der Sowjetunion galten zunächst die alten Gesetze aus den frühen 1980er Jahren. Migranten aus den neuen Nachbarstaaten konnten mit einem einfachen Antrag bei der zuständigen Behörde oder den russischen Konsulaten die russische Staatsbürgerschaft beantragen. Seit 2002 regelt ein neues Gesetz, wann und wie Migranten eingebürgert werden können. Seit 2011 benötigen alle Personen, die sich um die russische Staatsbürgerschaft bemühen, eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis, wodurch der Einbürgerungsprozess nun länger ausfällt.⁵¹ Die neuen Gesetze sollen irreguläre Wanderungen beschränken und spiegeln damit sicherheitspolitische Überlegungen wider. Bis heute hat Russland aber keine kohärente migrationspolitische Linie: Auf liberalere Ansätze, die Zuwanderung für Bürger aus den postsowjetischen Staaten vereinfachen sollten, folgten immer wieder einschränkende Regelungen.⁵²

Für manche Herkunftsländer dürften sich die Zuwanderungsbedingungen jedoch künftig verbessern. So strebt die Gruppe der Eurasischen Wirtschaftsunion (EWU), der neben Russland auch Armenien, Kasachstan, Kirgisistan und Weißrussland angehören, eine gemeinsame Migrationspolitik an. Bereits jetzt genießen Arbeitsmigranten aus den Mitgliedsstaaten eine bevorzugte Behandlung gegenüber solchen aus anderen Ländern.⁵³

Aus europäischer Sicht besteht die Chance, Migration in die Partnerschaft mit den östlichen Nachbarstaaten einzubringen. Seit 2007 engagiert sich die EU etwa in Zentralasien mit Bildungsinvestitionen oder Partnerschaftspartnerschaften. Allerdings entscheiden sich viele Hochschulwärter eher für Russland oder China als Studienort. In den an der EU orientierten Staaten hat das europäische Engagement eine konkrete migrationspolitische Bedeutung. So unterstützt die EU die Bemühungen der Regierungen, irreguläre Migrationsbewegungen zu bremsen und legale Migration in Richtung EU zu steuern.⁵⁴ Seit 2017 können etwa Ukrainer und Georgier ohne Visum in die EU einreisen.⁵⁵ Hinzu kommen gemeinsame Rückkehrprogramme wie etwa mit der Republik Moldau.⁵⁶

Die europäische Migrationspolitik dürfte vor allem das Migrationspotenzial für die Länder der Östlichen Partnerschaftsstrategie erhöhen, denn ihnen steht schon jetzt ein leichterer Zugang zur Union frei. Die russische Migrationspolitik zielt hingegen auf die Zuwanderung aus der eigenen Diaspora und erleichtert Migranten aus den Partnerländern der EWU die Einreise. Damit dürfte sie das Potenzial für die EU eher verringern.

Länderbeispiele

Russland: schrumpfende Bevölkerung – stagnierende Wirtschaft – geringes Migrationspotenzial

Im postsowjetischen Raum ist Russland mit seinen rund 143 Millionen Einwohnern das mit Abstand größte Land. Bis 2030 dürfte die Bevölkerung um drei Millionen Menschen geschrumpft sein. Grund dafür sind niedrige Geburtenraten, die seit Ende der 1960er Jahre fast durchgehend unterhalb des Reproduktionsniveaus liegen, sowie eine geringe Lebenserwartung, vor allem für Männer. Sie werden durchschnittlich nur etwa 66 Jahre alt, elf Jahre weniger als russische Frauen.⁵⁷

Der frühe Tod bedeutet vergleichsweise wenige Menschen im Rentenalter und einen relativ hohen Anteil von Menschen im Erwerbsalter. Diese unfreiwillig günstige Altersstruktur verändert sich jedoch rasant. Während 2010 noch 2,6 Personen im Erwerbsalter auf eine jüngere oder ältere Person kamen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stand, dürften es 2030 nur noch 1,7 sein⁵⁸ – Tendenz weiter sinkend. Grund dafür ist vor allem der Geburteneinbruch in den 1990er Jahren. Damit steigt zwangsläufig der Bedarf an Arbeitskräften aus anderen Ländern. Die rasche Alterung von Russlands Bevölkerung wird diese Nachfrage noch verschärfen.

Russland und seine Entwicklung bestimmen maßgeblich, wer wie in der Region wandert. Das Land ist mit Abstand das wichtigste Migrationsziel im postsowjetischen Raum und profitiert von den vielen Migranten, die beispielsweise im Baugewerbe arbeiten.⁵⁹ Im Saldo ist es ein Einwanderungsland, und das dürfte auch in Zukunft so bleiben. Sieben Millionen Russen in anderen postsowjetischen Ländern stehen 11 Millionen Migranten aus diesen Staaten in Russland gegenüber. Die EU ist nur ein untergeordnetes Wanderungsziel. 2017 lebten dort etwa zwei Millionen Russen.⁶⁰

Migrationspolitisch bemüht sich das Land derzeit vor allem um russischsprachige Zuwanderer aus dem gesamten postsowjetischen Raum und darüber hinaus. Wladimir Putin hat im Oktober 2018 eine Verordnung unterzeichnet, die ein neues migrationspolitisches Konzept bis 2025 vorsieht und es dieser Gruppe von potentiellen Zuwanderern erleichtern soll, sich in Russland niederzulassen.⁶¹ Allerdings hat eine andere Gesetzesinitiative bereits 2012 eine ganze Reihe von migrationspolitischen Reformen angeregt, von denen bis heute nur ein Bruchteil umgesetzt wurde.⁶²

Damit bleibt Russland vor allem für Migranten aus den ärmeren Nachbarstaaten attraktiv, aber kaum für hochqualifizierte Russen, die seit dem Ende der Sowjetunion nach Europa oder in die USA abgewandert und dort heimisch geworden sind. Sie werden eher von Demokratiedefiziten, Korruption, Vetternwirtschaft und der autoritären und repressiven Politik der Machthaber in Moskau abgeschreckt.

Insgesamt dürfte das Migrationspotenzial aus Russland in die EU in den kommenden Jahren eher stagnieren oder sogar sinken, weil die Bevölkerung altert und die Wirtschaft zugleich Arbeitskräfte benötigt. Damit würde sich der Trend der vergangenen Jahre fortsetzen: Seit 2008 erteilten die EU-Mitgliedsstaaten jedes Jahr konstant weniger Aufenthaltstitel an russische Bürger.⁶³ Einzig der autoritäre Kurs der Regierung, der vielen Menschen in Russland das Leben schwer macht, spricht derzeit für ein wachsendes Wanderungspotenzial.

Georgien: schrumpfende Bevölkerung – wirtschaftlicher Aufschwung – wachsendes Migrationspotenzial

Das mit 3,8 Millionen Einwohnern zweitkleinste Land im postsowjetischen Raum steht vor großen demografischen Herausforderungen. Bis 2030 dürfte die Bevölkerung auf 3,4 Millionen Menschen schrumpfen, seit den 1990er Jahren hält sich die Geburtenziffer unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus, die Lebenserwartung liegt deutlich unter westeuropäischen Werten und ab 2030 wird sich das Verhältnis zwischen Erwerbsfähigen und den zu versorgenden Jungen und Alten verschlechtern.⁶⁴

Ökonomisch entwickelt sich Georgien als eines der wenigen Länder in der Region vergleichsweise gut: Die Wirtschaft wächst und diversifiziert sich, das Land wird zu einem immer beliebteren Tourismusziel und vertieft seine Partnerschaften mit der EU und China.⁶⁵ Möglich wurde diese Entwicklung, weil sich das Land politisch beruhigt hat – auch wenn die Konflikte um die umkämpften Regionen Abchasien und Südossetien keinesfalls gelöst sind. Die prägenden Konflikte sind heute eher sozioökonomischer Natur. Vielen Georgiern fehlen nach wie vor Jobperspektiven und gerade auf dem Land leben viele Menschen in Armut. Hinzu kommt, dass die akademische und Berufsausbildung nicht den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts entsprechen, auf dem vor allem Fachkräfte für den Handel und die Landwirtschaft gefragt sind.⁶⁶

So war Georgien in den letzten Jahren trotz positiver Entwicklung ein Auswanderungsland. Die meisten georgischen Migranten lebten 2017 in Russland (450.500), Griechenland (81.900) und der Ukraine (65.000). In der gesamten EU waren es rund 168.000. Gleichzeitig kann Georgien immer mehr Menschen aus dem benachbarten Ausland anziehen, die beispielsweise zu einem Studium ins Land kommen.⁶⁷

Ab- und Zuwanderungen prädestinieren Georgien für eine zirkuläre Migration – auch mit der EU. Das haben sowohl die georgische Regierung als auch einige EU-Mitgliedsstaaten erkannt und in den vergangenen Jahren Pilotprogramme umgesetzt.⁶⁸

Gelingt es dem Land, seine positiven Entwicklungen weiter auszubauen und zu verstetigen, dann dürfte auch das Migrationspotenzial in Richtung EU wachsen. Dafür spricht, dass Georgien sich politisch stärker an der EU als an Russland orientiert und versucht zirkuläre Migration als Entwicklungsinstrument in der Partnerschaft mit der EU einzusetzen. Auch die Rücküberweisun-

gen ins Land verändern sich entsprechend. So sinken die Sendungen aus Russland während sie aus der EU zunehmen.⁶⁹ Damit entwickelt sich das Migrationspotenzial in Georgien merklich anders als in den meisten anderen Ländern der Region.

Kasachstan: stagnierende Bevölkerung – wirtschaftliche und politische Unruhe – gleichbleibendes Migrationspotenzial

Mit 18 Millionen Einwohnern ist Kasachstan das viertgrößte Land im postsowjetischen Raum und dürfte bis 2030 noch um eine halbe Million Menschen wachsen. Zwar liegt die Geburtenziffer im Land heute noch bei 2,5 Kindern pro Frau, sie wird aber voraussichtlich in den kommenden Jahren sinken und zwischen 2030 und 2035 einen Wert von 2,0 erreichen. Kasachstan hat erst 1995 eine Bevölkerungszusammensetzung erreicht, die einen demografischen Bonus verspricht und dürfte noch einige Jahrzehnte von einer relativ jungen und anteilmäßig großen Erwerbsbevölkerung profitieren.⁷⁰

Das Land gilt zwar als einer der ökonomisch erfolgreichsten Nachfolgestaaten der Sowjetunion und die Regierung kann auf große Ölvorkommen zurückgreifen, doch sie ist dadurch anfällig für Preisschwankungen auf dem Weltmarkt. Mit dem Verfall des Ölpreises zwischen 2014 und 2015 begann entsprechend eine der schwersten Krisen seit seiner Unabhängigkeit. In dieser Phase verlor die kasachische Währung deutlich an Wert und die Armutsrate im Land stieg.⁷¹ Hinzu kamen politische Unruhen, eine Serie von Terroranschlägen und landesweite Proteste, die sich gegen die von der Regierung geplante Erleichterung von Landprivatisierungen und die allgemeine sozioökonomische Lage richteten. Der autokratische Staat antwortete mit verschärfter Repression gegen Oppositionelle, Gewerkschaften und die Medien.⁷² Im Land klafft zudem eine enorme Lücke zwischen den mittleren und unteren Einkommensklassen, die künftig noch wachsen dürfte.

Wie sich das Land weiterentwickelt, hängt vor allem von seinem Verhältnis zu Russland ab. Kasachstan ist Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion, obwohl dies wirtschaftlich Wettbewerbsnachteile gegenüber Russland mit sich bringt. Der wachsende Einfluss Chinas in der Region könnte das Verhältnis zu Russland weiter belasten. Sollte sich die wirtschaftliche und politische Krise wieder verstärken, wäre mit einem steigenden Migrationspotenzial aus Kasachstan zu rechnen, das sich aber kaum bis in die EU auswirken dürfte.

Weitere Entwicklung

In der postsowjetischen Region wandern die Menschen vor allem aus Erwerbszwecken zwischen den neuen unabhängigen Staaten und Russland. So hat sich ein Migrationssystem herausgebildet, welches entsprechende Abhängigkeiten zwischen den Ländern hervorgebracht hat. Einige Länder wie Tadschikistan hängen existentiell von den Rücküberweisungen ihrer Landsleute aus Russland oder anderen rohstoffreichen Ländern ab. In kaum einem anderen Teil der Welt sind so viele Menschen in diesem Ausmaß von den Geldsendungen ihrer Diaspora abhängig.⁷³

Zwar haben auch andere Migrationsformen, wie die (Spät-)Aussiedlerwanderungen nach Deutschland, Teile der Region geprägt, doch diese haben sich größtenteils erschöpft oder verharren auf niedrigem Niveau. Wanderungsziele innerhalb der Region sind somit deutlich beliebter, was vor allem auf eine gemeinsame Sprache, etablierte Netzwerke und eine gute Migrationsinfrastruktur zurückzuführen ist. Es ist unwahrscheinlich, dass sich dies künftig grundlegend ändert.

Nur wenn sich die politische und wirtschaftliche Entwicklung im postsowjetischen Raum verschlechtert, würde die EU als Ziel für Migranten aus der Region attraktiver. Das gilt vor allem für Länder, die sich politisch eher nach der EU als nach Russland ausrichten, also für die Ukraine, Georgien oder die Republik Moldau. Auch China könnte sich zu einem Migrationsziel entwickeln, vor allem

für Menschen aus zentralasiatischen Ländern, die durch die neue Seidenstraße von Handels- und Arbeitsmarktbeziehungen nach Ostasien profitieren dürften. Bislang sind die Regierungen der zentralasiatischen Staaten allerdings eher skeptisch gegenüber China und orientieren sich nach wie vor stärker an Russland.

	DEMOGRAFIE			BILDUNG			WIRTSCHAFT	LEBENSQUALITÄT	DIASPORA	POLITIK		ÖKOLOGIE
	Bevölkerung 2020 (Millionen)	Bevölkerungswachstum bis 2030 in Prozent (Basisjahr = 2020)	Anteil der Bevölkerung in urbanen Räumen 2020 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-Jährigen an der Gesamtbevölkerung 2030 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-Jährigen mit Sekundarschulabschluss 2030 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-Jährigen mit Postsekundarabschluss 2030 in Prozent	Durchschnittliches jährliches BIP pro Kopf-Wachstum 2010 bis 2017 in Prozent	HDI Rang von 189, 2017	Anteil Migranten in EU-28 Ländern an der Gesamtbevölkerung (Herkunftsland) in Prozent	Fragile State Index Rang von 178, 2019	Bertelsmann Transformation Index Demokratieerwartung (1 bis 10)	World Risk Index Rang von 172, 2018
Armenien	2,9	-4,5	63,3	24,2	63,4	35,3	3,9	83	2,82	105	5,1	91
Aserbaidschan	10,0	4,1	56,4	27,3	78,3	21,4	-0,1	80	0,43	76	3,4	103
Georgien	3,8	-10,5	59,5	21,9	46,3	52,1	5,4	70	4,28	81	6,8	101
Kasachstan	18,4	3,0	57,7	25,8	69,9	28,9	2,6	58	6,01	116	3,8	129
Kirgisistan	6,3	10,4	36,9	29,0	80,4	19,0	2,8	122	1,56	68	6,2	67
Moldau	4,0	-3,2	42,8	24,4	79,3	19,6	4,1	112	10,58	103	6,2	125
Postsowjetischer Raum	290,2	0,1	-	24,4	67,2	31,8	2,5	-	1,91	-	-	-
Russland	143,2	-2,5	74,8	22,3	59,6	39,2	1,0	49	1,41	73	4,6	130
Tadschikistan	9,4	15,1	27,5	31,1	73,2	26,6	4,7	127	0,37	65	3,0	93
Turkmenistan	6,1	11,6	52,5	29,1	82,1	17,6	7,4	108	0,18	85	2,9	86
Ukraine	43,6	-5,1	69,6	22,2	72,3	26,6	0,1	88	2,76	91	6,9	145
Usbekistan	33,2	10,4	50,4	30,7	74,6	25,1	5,7	105	0,23	70	3,2	58
Weißrussland	9,4	-3,3	79,5	22,5	64,4	34,3	0,8	53	2,69	99	4,3	147

6 | LATEINAMERIKA UND KARIBIK

Seit die europäischen Kolonialmächte vor rund 500 Jahren die sogenannte Neue Welt eroberten, ist die internationale Migration ein bestimmender Faktor der lateinamerikanischen Geschichte. Fast eine Million junge Europäer zogen nach Lateinamerika¹ und in die Karibik, um dort für die europäischen Königshäuser zu kämpfen, zu arbeiten oder zu missionieren.² Im selben Zeitraum verschleppten die Kolonialmächte rund zwölf Millionen Menschen, hauptsächlich aus westafrikanischen Gebieten, als Sklaven in die Region.³

Ein Ergebnis dieser gewaltsamen, gemeinsamen Geschichte sind relativ stabile Migrationswege, die bis Mitte des 20. Jahrhunderts vor allem aus Europa in Richtung Westen verliefen. Erst ab den 1960er Jahren kehrten sie sich um und es zog immer mehr Menschen aus Lateinamerika in die Länder der ehemaligen Kolonialmächte, nach Spanien und Portugal, aber auch nach Italien und in die Niederlande. Viele flohen vor den Militärdiktaturen in Argentinien, Brasilien, Peru, Chile oder Paraguay.

Seitdem haben sich die meisten lateinamerikanischen Länder demokratisiert und auch sozioökonomisch konnte die Region enorme Fortschritte machen. Zwischen 1990 und 2015 sank der Anteil an armen Menschen stetig von 15 auf 4 Prozent.⁴ Überall bildeten sich wirtschaftlich aufstrebende Schichten. Doch die positive Entwicklung der frühen 2000er Jahre hat sich seit der Wirtschaftskrise 2007/08 deutlich abgeschwächt.

In dieser ambivalenten wirtschaftlichen Situation hegten laut der letzten Gallup-Befragung von 2017 rund 27 Prozent der erwachsenen Bevölkerung einen Migrationswunsch.⁵ Damit liegt die Region fünf Prozentpunkte hinter Subsahara-Afrika auf Platz zwei. Aus der Analyse der vorhergehenden Befragung zwischen 2010 und 2015 zeigt sich, dass diejenigen, die einen Migrationswunsch äußerten, im Durchschnitt um die 30 Jahre alt waren. Fast drei Viertel von ihnen hatten mindestens einen Sekundarschulabschluss und nur etwa 13 Prozent waren arbeitslos.⁶ Diejenigen, die ihren Wunsch tatsächlich

auch in die Tat umsetzen, profitieren dabei von einer gefestigten Migrationsinfrastruktur mit starken familiären und wirtschaftlichen Netzwerken. Auch das zeigt die Auswertung der Gallup-Befragung: Etwa 60 Prozent der Personen, die sich wünschten, auszuwandern, konnten auf Auslandsnetzwerke zurückgreifen. Bei jenen, die bereits konkrete Migrationspläne hatten, waren es sogar fast 90 Prozent.⁷

Status Quo der Migration aus Lateinamerika und Karibik in die EU

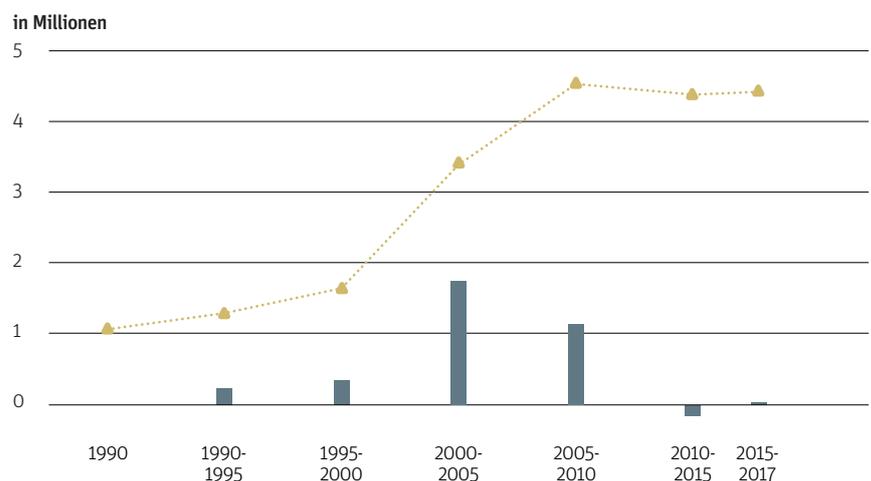
Für potenzielle Migranten aus Lateinamerika und Karibik sind die Mitgliedsstaaten der EU das dritthäufigste Ziel. Nach wie vor wichtigstes Zielland sind die Vereinigten Staaten, wohin sechsmal mehr Menschen auswandern, gefolgt von Ländern innerhalb der Region. In der EU lebten 2017 rund 4,4 Millionen Lateinamerikaner, die meisten von ihnen in Spanien, Portugal, Italien und den Niederlanden. Die Hauptherkunftsländer

Starker Anstieg bis zur Krise

Zu Beginn des Jahrtausends sorgte der spanische Bauboom für hohe Zuwanderungszahlen. Das Land brauchte Arbeitskräfte und viele Lateinamerikaner nutzten die Gelegenheit, in der EU Fuß zu fassen. Mit der Wirtschaftskrise 2007/08 nahm diese Art der Zuwanderung jedoch wieder ab. Allein in Spanien verloren zwischen 2008 und 2011 rund 2,2 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz. Am stärksten betroffen davon waren afrikanische und lateinamerikanische Männer und Frauen, die auf Baustellen oder im Pflegesektor beschäftigt waren.⁹

Anzahl internationaler Migranten aus Lateinamerika und Karibik in EU-28 Ländern, in Millionen, 1990 bis 2017, und absolute Differenz in Fünfjahresschritten
(Datengrundlage: UN DESA¹⁰)

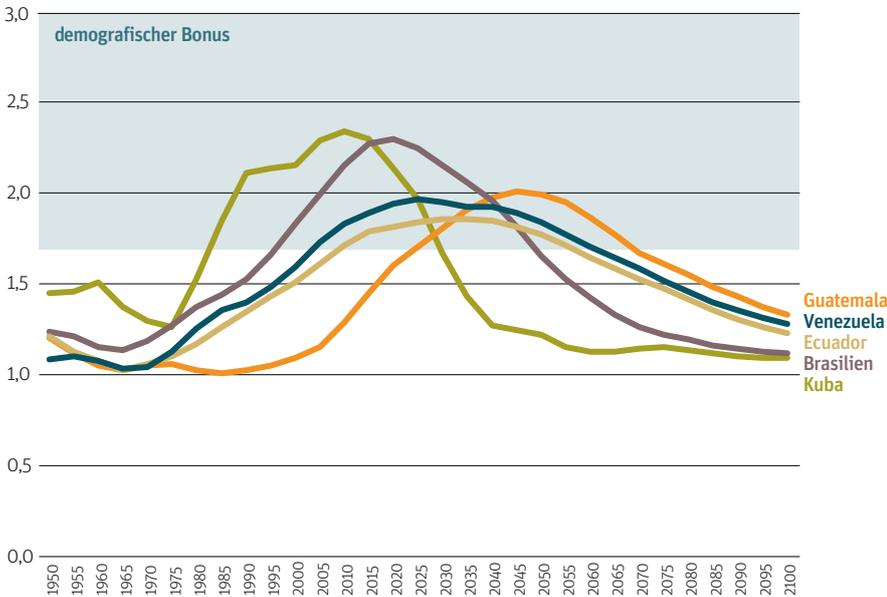
- Zu- oder Abnahme
- Bestand*



*Bestand bezieht sich auf das letzte Jahr des Zeitraums.

Chance verpasst?

Für einen Teil der lateinamerikanischen Staaten schließt sich während der 2030er Jahre schon das Zeitfenster, in dem sie von einer demografischen Dividende profitieren können. Schon 2030 dürfte das etwa in Kuba der Fall sein. Dann steigen die Versorgungsansprüche der alternden Gesellschaft, während die Jahrgänge im Erwerbsalter, die überwiegend für die Einnahmen von Staat und Sozialkassen verantwortlich sind, kleiner werden. Die demografischen Verhältnisse nähern sich damit den heutigen in Europa an. Das demografische Schwergewicht Brasiliens kann hingegen noch bis 2050 die demografische Dividende einfahren.



Anzahl der 15- bis 64-Jährigen im Verhältnis zu einer Person im Alter von 0 bis 14 oder 65 und älter
(Datengrundlage: UN DESA¹⁶)

waren dabei Brasilien (580.000), Ecuador (541.000), Kolumbien (501.000), Argentinien (385.000) und Peru (360.000).⁸

In nennenswerten Zahlen kamen lateinamerikanische Migranten erst in den späten 1990er Jahren in die EU. In der Zeit von der Jahrtausendwende bis zum Beginn der Wirtschaftskrise 2007/2008 wurden es deutlich mehr. Besonders in Spanien waren die Jobaussichten gut, denn das Land erlebte einen regelrechten Bauboom, der durch niedrige Zinsen und Steuervorteile beim Wohnungskauf angeheizt wurde.¹¹ Um diese Zeit wanderten die Lateinamerikaner zunehmend auch in andere Weltregionen, etwa nach Asien.¹²

Die EU war und ist dabei aus mehreren Gründen attraktiv. Die gemeinsamen Sprachen mit Spanien und Portugal erleichtern die Kommunikation im Zielland, familiäre und professionelle Netzwerke helfen dabei, Anschluss zu finden und auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Dies sind allesamt Faktoren, die auch die Integration erleichtern. Vielen Lateinamerikanern kommt darüber hinaus zugute, dass sie in einigen EU-Ländern schnell die Staatsbürgerschaft erhalten können.

Einflussgrößen für künftige Migration aus Lateinamerika und Karibik

1 Demografische Faktoren

In Lateinamerika befindet sich der demografische Übergang bereits in der Endphase. Bis 2030 kommen zwar noch rund 50 Millionen zu den heute 663 Millionen Lateinamerikanern hinzu, was einem Wachstum von knapp acht Prozent entspricht, doch die Bevölkerung altert bereits merklich. Schon 2015 lag die Fertilitätsrate für die gesamte Region bei 2,1 Kindern je Frau, während sie in einigen Ländern schon unter das Reproduktionsniveau gesunken war, etwa in Brasilien, Kolumbien und Chile. Laut dem mittleren Cepam-Szenario, welches annimmt, dass die derzeit zu beobachtenden demografischen Trends weiter bestehen bleiben, dürften die Geburtenziffern bis 2060 überall in der Region unter das Bestandserhaltungsniveau fallen.¹³

Die Alterung der Bevölkerung beruht auch auf einer steigenden Lebenserwartung: Zu Beginn der 1990er Jahre konnten Neugeborene mit rund 69 Lebensjahren rechnen. 2015 waren es bereits 78 und damit nur etwa drei Jahre weniger als in den EU-28 Staaten. In Chile dürfte die Lebenserwartung 2030 bis 2035 schon rund 85 Jahre für Frauen und 80 für Männer erreichen.¹⁴ Dem Alterungsprozess entsprechend nimmt die Bevölkerungspyramide in den kommenden Jahren die typische Form eines Bienenstocks an: Die älteren Geburtsjahrgänge steigen allmählich zur größten Bevölkerungsgruppe auf und die nachwachsenden Kohorten fallen mit jedem Jahr etwas kleiner aus.

Mit dieser Entwicklung endet allmählich das Zeitfenster, in dem die Länder von einer demografischen Dividende (zur Erklärung siehe ► S. 17) profitieren können. In den meisten Ländern begann diese Phase, in der es viele Menschen im erwerbsfähigen Alter gibt, aber vergleichsweise wenige junge und alte, die zu versorgen sind, in den 1990er und 2000er Jahren. In den 2030er Jahren wird diese günstige Situation bei einem Viertel der Länder bereits ausklingen.¹⁵

Zu den Ländern, in denen die Bevölkerungen früh altern werden, zählen Uruguay, Chile und Kuba, wo 2030 schon ein Fünftel der Bevölkerung älter als 65 Jahre sein dürfte. In der gesamten Großregion dürfte er bis 2030 von heute etwa 32 auf 29 Prozent sinken. In absoluten Zahlen dürfte die Gruppe aber aufgrund des anhaltenden Bevölkerungswachstums in etwa konstant bleiben. Da die Bevölkerung gleichzeitig altert, nimmt die Zahl der Erwerbsfähigen in der Region ab, was die Aussichten der jungen Menschen auf den Arbeitsmärkten verbessert. Die demografischen Faktoren weisen somit eher auf ein sinkendes Migrationspotenzial hin.

2 Bildung

Als in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren die lateinamerikanischen Volkswirtschaften florierten und sich in den meisten Ländern die Staatskassen füllten, haben viele Regierungen die Gelegenheit genutzt, um sozial- und bildungspolitische Reformen voranzutreiben. Damit waren sie durchaus erfolgreich, was sich auch an den gestiegenen Einschulungsraten ablesen lässt: Zwischen

2000 und 2010 stieg die Nettoeinschulungsrate für die Sekundarbildung von 65,6 auf 72,8 Prozent.¹⁷

Zwar beginnen weiterhin weniger lateinamerikanische Kinder eine Sekundarschulbildung als im westeuropäischen Durchschnitt, doch bis 2030 dürften sich die Bildungserfolge laut dem mittleren Cepam-Szenario deutlich verbessern. Rund 60 Prozent aller Personen zwischen 20 und 39 Jahren könnten dann auf einen unteren Sekundarschulabschluss zurückgreifen, während etwa 23 Prozent über einen Hochschulabschluss verfügen würden. Schon 2015 hatten die meisten Jahrgänge junger Erwachsener eine bessere Bildung als die älteren Kohorten.²⁰

Für diese jungen, gut ausgebildeten Menschen geht es zunächst darum, eine Arbeit mit gutem Einkommen zu finden. Gelingt ihnen das nicht, weil die heimischen Arbeitsmärkte nicht genügend adäquate Stellen bieten, könnten sie sich vermehrt auf den Weg nach Nordamerika, Europa oder Asien machen. Besonders deutlich werden die Bildungsfortschritte in den karibischen Ländern und Peru ausfallen. So dürften 2030 etwa 50

Prozent der Puerto Ricaner zwischen 20 und 39 Jahren einen Hochschulabschluss in der Tasche haben und dann auf Jobsuche gehen. Die Bildungserfolge dürften das Migrationspotenzial dieser Länder erhöhen.

3 Wirtschaftliche Faktoren

Bis in die 1980er Jahre galt Lateinamerika als Region ohne große Entwicklungsperspektiven. In vielen Ländern regierten autoritäre Regime, interne Konflikte und Korruption waren weit verbreitet. Wirtschaftlich stand es schlecht um die Region, denn mit ihrem Entwicklungsmodell häuften die Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hohe Auslandsschulden an und steuerten damit in eine finanzielle Krise, die viele Länder in die Abhängigkeit von internationalen Finanzhilfen brachte.²¹ Mit Strukturanpassungsprogrammen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank sollte die Region wieder auf die Beine kommen. Nach wie vor liegt das jährliche Pro-Kopf-Einkommen der Region jedoch deutlich unter jenem der EU, wo die Menschen im Schnitt das Vierfache erwirtschaften.²² Auch wo sich die Wirtschaft

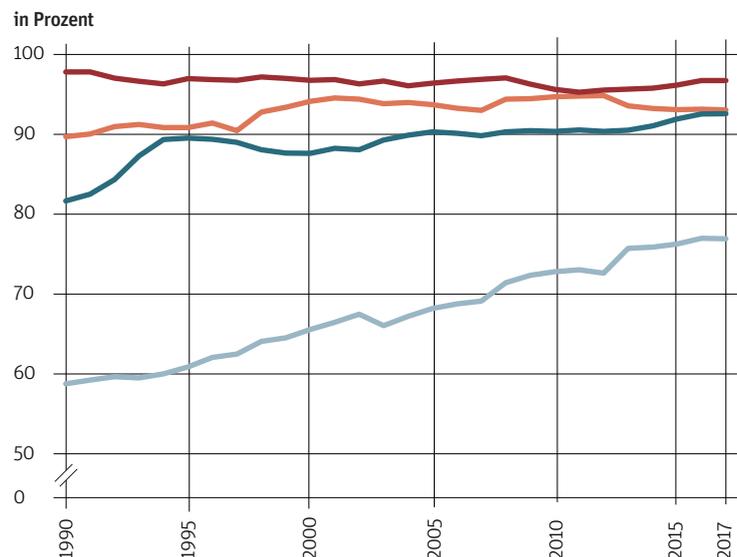
Verbesserungsbedarf bei der Sekundarbildung

Fast alle lateinamerikanischen Länder haben inzwischen einen nahezu universellen Zugang zur Primarbildung erreicht. Seit Ende der 1990er Jahre wurden konstant über 90 Prozent der Kinder eingeschult. Dennoch verlassen in einigen Ländern, insbesondere im Norden Mittelamerikas, immer noch viele Kinder während der Grundschulzeit frühzeitig die Schule. Häufig müssen sie helfen, ein ausreichendes Einkommen für die Familie zu erwirtschaften, anstatt zu lernen. Der Anteil derer, die den Übergang in die Sekundarstufe schaffen, liegt dementsprechend noch auf einem niedrigeren Niveau als in Nordamerika und Westeuropa.

Nettoeinschulungsraten für die Primar- und Sekundarbildung nach Region, 1990 bis 2017

(Datengrundlage: UIS¹⁹)

- Primarbildung Nordamerika und Westeuropa
- Primarbildung Lateinamerika und Karibik
- Sekundarbildung Nordamerika und Westeuropa
- Sekundarbildung Lateinamerika und Karibik



Zurück zur Armut?

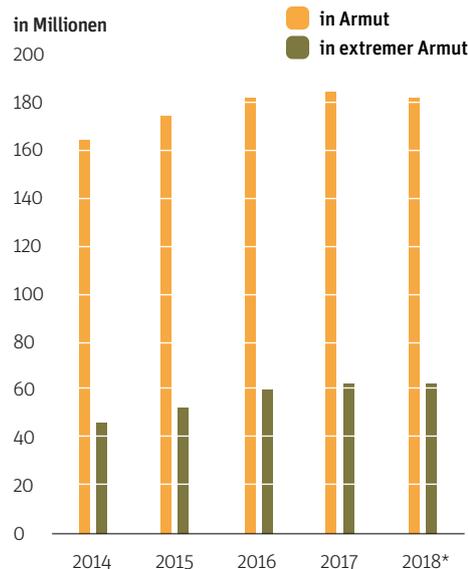
Weil die Wirtschaft Lateinamerikas in den frühen 2000er Jahren boomte, konnten die meisten Regierungen erfolgreich die noch immer große Armut bekämpfen. Die Zahl der Menschen in Armut sank zwischen 2002 und 2012 von 226 auf 166 Millionen. Doch mit einer gewissen Verzögerung wirkte sich die Wirtschaftskrise von 2008 auf die oft von Rohstoffexporten abhängigen Volkswirtschaften aus. Bis 2018 breitete sich die Arbeitslosigkeit wieder aus und Teile der neu entstandenen Mittelschichten glitten erneut in die Armut ab.

Anzahl der Menschen in Lateinamerika in Armut und extremer Armut** in den Jahren 2014 bis 2018

(Datengrundlage: CEPAL²⁴)

* Die Werte für 2018 sind Projektionen.

** Die Cepal berechnet die Zahl (extrem) armer Menschen anhand einer Methodik, die Haushaltseinkommen, -ausgaben und Lebensbedingungen in den Ländern berücksichtigt und daher nicht mit den üblichen Armutsgrenzen der Weltbank vergleichbar ist.



langsam wieder erholt, bestehen die sozialen Probleme weiter. Die Einkommensungleichheit ist weiter angestiegen und der Mangel an Arbeitsplätzen in ländlichen Regionen treibt mehr Menschen in die Slums an den Rändern der großen Städte wie Mexiko-Stadt und Lima.²³

Erst in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren schafften es immer mehr Länder, sich aus dem Teufelskreis von hoher Verschuldung, schwacher Wirtschaft und grassierender Armut zu befreien. Die extreme sozioökonomische Ungleichheit, welche die Region über Jahrhunderte geprägt hatte, konnte so zumindest verringert werden. Die verbesserten Lebensbedingungen lassen sich am *Human Development Index* (HDI) ablesen, der Lateinamerika heute insgesamt eine hohe menschliche Entwicklung bescheinigt. Fünf lateinamerikanische Länder haben es sogar in die höchste Kategorie des HDI geschafft: Chile, Argentinien, Uruguay und die beiden kleinen Inselstaaten Barbados und Bahamas.

Durch die prosperierende Wirtschaft bildeten sich in der Region neue Mittelschichten. In einigen Ländern sind es jedoch eher

„prekäre Mittelschichten“. Ihre Einkommen liegen zwar über der Armutsgrenze, doch sie reichen kaum aus, um sich eine nachhaltige finanzielle Basis zu schaffen. Diese Menschen können bei konjunkturellen Schwankungen leicht zurück in die Armut zurückfallen – so geschehen nach der globalen Wirtschaftskrise von 2008. Im Jahr 2018 lebten nach Schätzungen der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Cepal) wieder 182 Millionen arme und 63 Millionen extrem arme Menschen in der Region. Ein Grund dafür ist die nach wie vor hohe Abhängigkeit vieler Länder von Rohstoffexporten, vor allem von Erdöl und Erdgas. Sinken deren Preise aufgrund reduzierter Nachfrage, geraten ganze Volkswirtschaften in Bedrängnis.

Trotz der zuletzt schwachen Entwicklung geht die Wirtschaftskommission für Lateinamerika (Cepal) davon aus, dass die Wirtschaft sich langsam erholen wird.²⁷ Voraussetzung dafür, dass sich auch die Lage der Menschen verbessert, wären steigende Löhne, qualitativ hochwertigere Arbeitsplätze, funktionierende Sozialsysteme und ein besserer Arbeitsmarktzugang für Frauen. Die stärksten Entwicklungshemmnisse sieht die Kommission in der nach wie vor hohen Geschlechter- und

Einkommensungleichheit und in struktureller Diskriminierung von Minderheiten.²⁸

Gelingt es der Region, die Ungleichheit zu reduzieren und mehr Menschen wirtschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, würde das Migrationspotenzial zunächst steigen. Dann verfügen mehr Personen über die notwendigen Mittel, um eine Wanderung nach Nordamerika oder Europa zu organisieren und zu finanzieren, wobei die USA voraussichtlich auch weiterhin das attraktivste Ziel bleiben werden. Stockt die Entwicklung und die Lebensbedingungen verändern sich wenig, würden die Menschen eher über kurze Distanzen migrieren.

4 Netzwerke und Diaspora

Traditionell sind die EU und Lateinamerika kulturell, wirtschaftlich und politisch eng miteinander verbunden. So arbeitet die EU etwa mit den Ländern des Mercosur, dem lateinamerikanischen Binnenmarkt, oder der Cepal zusammen, um Investitionen anzuregen oder nach Lösungen für klimapolitische Probleme zu suchen.²⁹ Zwischen einigen Ländern der EU und Lateinamerika existieren zudem Netzwerke in den unterschiedlichsten Gesellschaftsbereichen. Potenzielle Migranten in Lateinamerika können auf diese Netzwerke zurückgreifen, wenn sie darüber nachdenken, in Spanien, Italien oder Deutschland nach neuen Perspektiven zu suchen. Sie helfen ihnen dabei, eine Wohnung, einen neuen Job oder gesellschaftlichen Anschluss zu finden. Gerade in Spanien und Portugal erleichtert die gemeinsame Sprache dies zusätzlich.

Auch wenn die Zuwanderung aus Lateinamerika in den letzten Jahren abgenommen hat, so leben immerhin rund 4,4 Millionen Migranten aus der Region in der EU, fast ausschließlich in Spanien.³⁰ Das Land bietet ihnen besonders günstige Bedingungen, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Zum Beispiel können lateinamerikanische Migranten hier schneller als in anderen Ländern die Staatsbürgerschaft annehmen.

Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten, wo 25,5 Millionen in Lateinamerika geborene Menschen leben, spielt die EU aber eine untergeordnete Rolle als Migrationsziel.³¹ Dies zeigt sich auch am Volumen der Rücküberweisungen der Migranten: Weniger als ein Zehntel der zuletzt rund 80 Milliarden US-Dollar pro Jahr kam aus den Ländern der EU, während es aus den Vereinigten Staaten knapp drei Viertel waren.³² Verstärkte Handelsbeziehungen mit China und anderen asiatischen Ländern sorgen derweil für eine zunehmende Migration in diese Regionen und dürften so das Wanderungspotenzial nach Europa eher verringern.³³

5 Konflikte und politische Faktoren

Am 26. September 2016 unterschrieben die kolumbianische Regierung und die Guerillaorganisation Farc einen Friedensvertrag und beendeten damit formal einen der letzten großen bewaffneten Konflikte der Region. Viele lateinamerikanische Länder blicken auf eine ähnlich bewegte politische Vergangenheit zurück. Sie erlebten Krisen, Terror und Diktaturen, doch seit den 1990er Jahren haben sich die meisten Staaten demokratisiert. Heute sind es andere Auseinandersetzungen,

die Politik und Gesellschaft herausfordern. So brachen seit 1998 beispielsweise 256 Bergbaukonflikte aus.³⁴ Häufig geht es dabei um Ansprüche auf Land, auf das die Bauern als Lebensgrundlage angewiesen sind. Doch auch Gewalt und hohe Mordraten, wovon häufig Frauen betroffen sind, gehören zum Alltag.³⁵

Im Vergleich zu früheren Zeiten haben sich zwar demokratische Wege etabliert, mit denen sich gesellschaftliche Konflikte leichter bewältigen lassen. Doch auch Demokratien sind keine Garantie für eine friedliche und gefestigte Gesellschaft, was sich gerade in Lateinamerika immer wieder gezeigt hat: So entmachtete die venezolanische Regierung 2015 das Parlament weitestgehend, nachdem die Opposition einen Wahlsieg errungen hatte. Für die gesamte Region sinkt im Bertelsmann-Transformations-Index seit zehn Jahren der Demokratiewert.³⁶

Die politisch-sozialen Spannungen der letzten Jahre wirken sich auch auf das Vertrauen aus, welches die Menschen in die Demokratie und ihre Regierungen haben. In einer regelmäßigen Befragung von Lateinamerikanern waren 2008 etwa 51 Prozent unzufrieden mit der Demokratie, zehn Jahre später waren es bereits 71 Prozent. Dazu beigetragen

haben die schlechte wirtschaftliche Lage und die unzureichenden politischen Antworten darauf.³⁷

Aufgrund der Unzufriedenheit gewinnen vermehrt autoritäre Politiker Zustimmung, was sich zuletzt in Brasilien und Nicaragua gezeigt hat. Die Aufgaben sind enorm, denn das derzeitige Wirtschaftswachstum ist für Schwellenländer zu gering, um ausreichend vielen Menschen einen sozioökonomischen Aufstieg zu ermöglichen. Insgesamt dürfte sich das Migrationspotenzial künftig weniger stark durch politisch-gewaltsame Konflikte verändern, als vielmehr durch freiheitseinschränkende, autoritäre Systeme.

6 Umweltfaktoren

Einige Länder Lateinamerikas gelten als sogenannte Biodiversitätshotspots, also als Gebiete, in denen die Artenvielfalt überdurchschnittlich hoch ist. Doch dieser natürliche Reichtum wird zunehmend bedroht, weil die Gebiete (land-)wirtschaftlich genutzt werden und der Klimawandel Spuren hinterlässt. Für die Migration innerhalb und aus der Region heraus könnten Umweltveränderungen zu einem bestimmenden Faktor werden.

Trotz Turbulenzen auf einem guten Weg

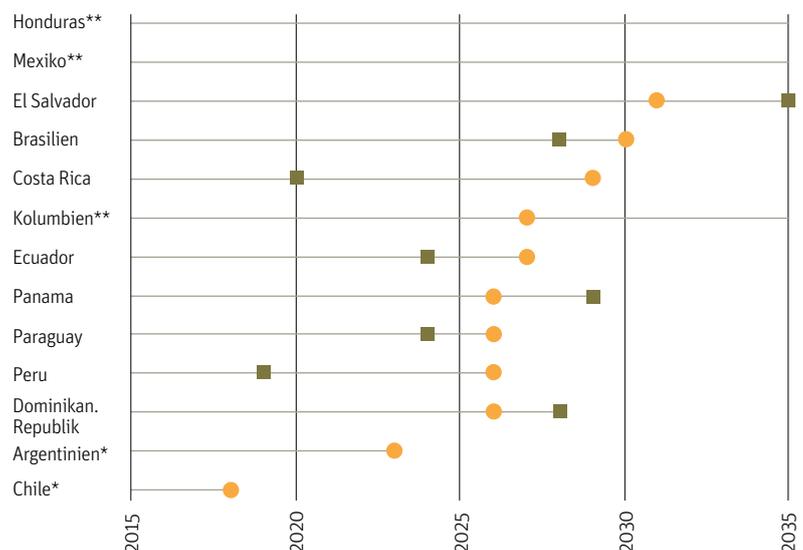
Auch wenn durch die weltweite Wirtschaftskrise wieder mehr Lateinamerikaner in die Armut getrieben wurden, könnte sich dies mittelfristig ändern. Entwickeln sich die Einkommen und die regionale Armut weiter so, wie es bis 2017 zu beobachten war, dann dürften bis 2030 zehn Länder das erste Ziel der Nachhaltigen Entwicklungsagenda 2030 (SDG) erreichen. Demnach soll bis dahin die Zahl der Menschen in Armut halbiert und die extreme Armut auf maximal drei Prozent begrenzt werden.

Lateinamerikanische Länder (Auswahl) und das Jahr, in dem sie SDG 1 erreichen können (bei gleichbleibenden Trends der Einkommensentwicklung und Armutsbekämpfung)
(Datengrundlage: CEPAL²⁶)

* Ziel wurde bereits erreicht.

** Eines oder beide Ziele werden nach 2035 erreicht.

- Armut um die Hälfte reduzieren
- extreme Armut auf drei Prozent reduzieren



Schon jetzt bedeuten vielerorts Naturereignisse wie das Klimaphänomen „El Niño“ alle vier Jahre extremes Wetter und Ernteausfälle sowie Einbrüche in der Fischerei. Die karibischen Inselstaaten, wo ein großer Teil der Bevölkerungen in küstennahen Städten lebt, sind durch häufigere und intensivere tropische Wirbelstürme und den steigenden Meeresspiegel bedroht. In vielen Ländern können stärkere Regenzeiten die natürlichen und gebauten Abflusssysteme zweitweise überlasten und Überschwemmungen hervorrufen. Die Andenregion hingegen wird künftig unter Frischwassermangel leiden, weil die großen Gletscher allmählich dahinschmelzen.³⁸

Diese Veränderungen werden sich auf den Tourismus in der Region ebenso auswirken wie auf die Erträge der Landwirtschaft und die Wirtschaftlichkeit der Agrarindustrie. Weil die Anpassungsmöglichkeiten an den Wandel von Land zu Land verschieden sind, wird sich auch die umweltbedingte Migration unterschiedlich entwickeln. Ein entwickeltes und stabiles Land wie Chile steht weniger schutzlos da als das deutlich ärmere Honduras.

Wie sich die einzelnen Länder an den Klimawandel anpassen können, diskutieren die lateinamerikanischen Regierungen bereits und einige haben erste Schritte unternommen, etwa indem sie temporäre Wanderungen erleichtern oder Umsiedelungsprogramme für gefährdete Gruppen einführen.⁴⁰ Klar ist, dass sich in Lateinamerika schon heute regelmäßig Millionen Menschen in naheliegenden Gebieten vor Naturkatastrophen in Sicherheit bringen, mehr waren es 2017 nur in Ostasien.⁴¹ Ihre Zahl dürfte künftig wachsen, insbesondere unter den strukturell benachteiligten Bevölkerungsschichten, denn die besser Gestellten haben ohnehin andere Möglichkeiten, sich den Veränderungen anzupassen – auch durch internationale Migration.

7 Migrationspolitik

Seit 1999 unterhält die EU mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik politische Beziehungen, heute vertreten durch die

Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (Celac). Dabei kommen die Staatschefs, Minister und ihre Angestellten regelmäßig zusammen, um gemeinsam Themen wie Migration oder Sicherheit zu besprechen. Auch mit den lateinamerikanischen Subregionen, Zentralamerika, der Karibik, der Andengemeinschaft sowie der Ländergruppe Mercosur steht die EU im Dialog.⁴²

Die gemeinsamen Initiativen, Foren und Vorhaben zeigen: Für beide Regionen ist es attraktiv, etwa die zirkuläre Migration von Hochqualifizierten zu befördern. So sprachen sie sich 2015 dafür aus, mittelfristig einen gemeinsamen „Wissenschaftsraum“ aufzubauen, also Forscher zwischen den Regionen mobiler zu machen und ihnen den Zugriff auf die notwendige Infrastruktur zu erleichtern. Seit 2015 haben lateinamerikanische Studierende und Universitätsangestellte über das Erasmus+ Programm zudem die Möglichkeit, einen geförderten Auslandsaufenthalt in der EU zu absolvieren.⁴³

Schon seit 2008 führen EU und Celac einen Dialog, aus dem beispielsweise das *EU-celac migration project* entstand, welches Beamte zu Reintegrationsmaßnahmen von Rückkehrern schult, die Datenlage zu Wanderungen verbessern soll und Empfänger von Rücküberweisungen dabei unterstützt, ihre Einnahmen effizient zu nutzen.⁴⁴

Insgesamt dürfte die gemeinsame Migrations- und Entwicklungspolitik von EU und Celac das Mobilitätspotenzial zwischen den Regionen positiv beeinflussen. Hierbei scheinen beide Seiten jedoch eher temporäre Migrationsformen zu favorisieren.

Länderbeispiele

Brasilien: alternde Bevölkerung – Demokratie in der Krise – wachsendes Migrationspotenzial

Seit den 1990er Jahren hat das mit 214 Millionen Menschen einwohnerreichste Land Lateinamerikas eine steile Entwicklung erlebt

und sich als Regionalmacht etabliert. Bis 2030 dürfte die Bevölkerung auf etwa 226 Millionen Menschen anwachsen, während sie bereits begonnen hat zu altern. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau liegt bei 1,8 und dürfte bis 2035 auf 1,6 sinken. Die günstigen Bedingungen, unter denen sich eine demografische Dividende ergeben kann, verändern sich allmählich, doch noch bis 2050 dürfte das Land die Chance haben, von vielen Menschen im Erwerbsalter zu profitieren.⁴⁵

In den 2000er Jahren konnte Brasilien zu einem regionalen Entwicklungsmotor aufsteigen. Unter dem damals beliebten, linksliberalen Präsidenten Luiz Inácio „Lula“ da Silva wuchs das Bruttoinlandsprodukt jährlich zwischen 2,3 und 4,4 Prozent⁴⁶, die Arbeitslosenquote sank von 10 auf 6,9 Prozent⁴⁷ und das Land machte Fortschritte im Gesundheitsbereich: Die Säuglingssterblichkeit sank von 28 auf 20 pro 1.000 Geburten und die Lebenserwartung stieg von 71 auf 74 Jahre.⁴⁸ Der wirtschaftliche Aufschwung, mit dem diese Fortschritte möglich wurden, nahm allerdings 2010 sein Ende und in den Jahren 2015 und 2016 erlebte das Land eine schwere Rezession. Zwar hat sich die Situation seit 2017 allmählich wieder entspannt, doch die schwächelnde Wirtschaft führte zu politischen Umbrüchen, die zuletzt dem rechtspopulistischen Jair Bolsonaro ins Präsidentenamt verhalfen.

Der Erfolg Bolsonaros kam auch zustande, weil eine Reihe von Korruptionsskandalen die Verfehlungen vieler Politiker offenbart hatte. Dies führte dazu, dass die bis 2016 amtierende Präsidentin Dilma Rousseff in einem Amtsenthebungsverfahren abgesetzt wurde. Die junge Demokratie Brasiliens durchläuft seitdem eine tiefe Krise, was sich auch daran zeigt, dass die Zustimmungswerte zur Demokratie abnehmen, während die Sympathien für autoritäre Politiker wachsen.⁴⁹

So steht das Land vor großen Herausforderungen. Einerseits muss die Wirtschaft wieder auf die Beine kommen, andererseits steht der soziale Frieden im Land auf dem

Spiel, wenn Bolsonaro seine Wahlkampfversprechen, etwa Oppositionelle zu verfolgen oder die Schutzmaßnahmen für die indigene Bevölkerung abzubauen,⁵⁰ in die Tat umsetzt. Während er die Wirtschaftspolitik seines Vorgängers Michael Temer weiterführen dürfte, bleibt abzuwarten, wie sich die menschenrechtliche und soziale Situation unter ihm verändert.

Sollten die demokratischen Institutionen und die Menschenrechte weiter unter Druck geraten, dann wüchse auch das Migrationspotenzial. Mit Portugal, Spanien und Italien finden sich unter den Ländern mit der größten brasilianischen Diaspora drei EU-Mitgliedsstaaten. Insgesamt leben rund 580.000 Brasilianer in der EU, was allerdings lediglich 0,3 Prozent der brasilianischen Bevölkerung gleichkommt. Die existierenden Netzwerke können gerade besser gebildete Menschen mit höherem Einkommen nutzen. Für den Großteil der Brasilianer, die sich mit einem Abwanderungswunsch beschäftigen, kommen hingegen eher die umliegenden Nachbarländer in Frage.

Ecuador: junge Bevölkerung – hohe Mobilität – mittleres Migrationspotenzial

Ecuador gehört mit Chile und Guatemala zu den kleinen bis mittelgroßen lateinamerikanischen Ländern. 2020 werden dort rund 17,3 Millionen Menschen leben und bis 2030 könnten weitere 2,1 Millionen hinzukommen. Heute liegt die durchschnittliche Kinderzahl je Frau mit 2,4 leicht über dem Reproduktionsniveau, doch bis spätestens 2035 dürften es nur noch 2 sein. Zwar hinkt Ecuador anderen lateinamerikanischen Ländern im demografischen Übergang hinterher. Doch auch hier setzt mit den kleiner werdenden Nachwuchsjahrgängen die Alterung der Bevölkerung ein.⁵¹

Ecuador konnte erst spät zu der positiven wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Region aufschließen. Ein Grund dafür war die instabile Lage im Land. So konnte

zwischen 1996 und 2007 kein Präsident seine Amtszeit regulär beenden.⁵² Ende der 1990er Jahre kam eine tiefe Wirtschaftskrise hinzu. Das stark vom Rohöl und dem Bananenexport abhängige Land litt unter dem Verfall der Ölpreise und den Auswirkungen des Klimaphänomens El Niño. Die Inflationsrate und die Staatsverschuldung schossen in die Höhe und 2003 lebte ein Drittel der Ecuadorianer von weniger als 3,10 US-Dollar, ein Sechstel sogar von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag und damit in extremer Armut.⁵³

In den Krisenzeiten zu Beginn des neuen Jahrtausends machten sich Hunderttausende auf, um den schlechten Lebensbedingungen zu entkommen. Die wichtigsten Ziele der Migranten waren die Vereinigten Staaten und Spanien. Während im Jahr 2000 lediglich 58.500 Ecuadorianer in den Ländern der heutigen EU-28 lebten, waren es 2010 bereits 612.500. Zuletzt sank die Zahl wieder auf immerhin noch 541.000 Personen im Jahr 2017 – etwa 3,3 Prozent der ecuadorianischen Bevölkerung. Mit fast 80 Prozent hat sich der größte Anteil der in der EU lebenden Ecuadorianer in Spanien niedergelassen, einzig in Italien findet sich eine weitere nennenswerte, aber deutlich kleinere Diaspora.⁵⁴

Seit 2007 hat das Land eine positive Entwicklung erlebt. Der damals frisch gewählte Präsident Rafael Correa begann damit, die in der Verfassung verankerten Prinzipien des *buen vivir*, also des guten Lebens, zu verfolgen. Unter seiner Führung investierte die Regierung beispielsweise in kostenlosen Zugang zu Bildung und Gesundheitsleistungen. Mit ihren Maßnahmen setzte die Regierung eine Phase der politischen Stabilisierung in Gang, die bislang jedoch kein erhöhtes Wirtschaftswachstum zur Folge hatte. So ist die Wirtschaft nach wie vor stark von dem Weltmarktpreis für Rohöl abhängig und entsprechend wuchs das BIP pro Kopf zwischen 2010 und 2017 im jährlichen Durchschnitt um lediglich 1,7 Prozent, was angesichts des Entwicklungsstands von Ecuador zu wenig ist, um größere Fortschritte zu machen.

Mit der politischen Stabilisierung des Landes versucht die Regierung, den Menschen vor Ort Perspektiven anzubieten. Durch spezielle Rückkehrprogramme schafft sie zudem Anreize, um diejenigen zurückzuholen, die während der Krisenzeit dem Land den Rücken gekehrt haben. Dazu bietet sie Unterstützung bei der Wohnungs- oder Jobsuche an, und hilft den Heimkehrern sich weiterzubilden.⁵⁵

Ecuador dürfte dennoch auch in Zukunft ein Auswanderungsland bleiben. So wird laut den Cepam-Projektionen die Abwanderung künftig weiter anwachsen. Durch die vielen im Ausland lebenden Ecuadorianer haben sich etwa in den Vereinigten Staaten, in Spanien und Italien Netzwerke gebildet, die Migration weiter befördern. Durch die positive Entwicklung im Herkunftsland könnten so vor allem zirkuläre und zeitlich begrenzte Wanderungen an Attraktivität gewinnen.

Venezuela: junge Bevölkerung – politisch und wirtschaftlich instabil – hohes Migrationspotenzial

Venezuela gehört mit 33 Millionen Einwohnern zu den größeren lateinamerikanischen Ländern. Bis 2030 dürfte die Bevölkerung noch um rund elf Prozent auf dann 37 Millionen wachsen. Ähnlich wie Ecuador liegt die durchschnittliche Kinderzahl je Frau mit 2,3 noch über dem Reproduktionsniveau. Erst zwischen 2030 und 2035 dürfte sie unter zwei sinken. Deshalb altert die Bevölkerung langsamer als in den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern. Doch die derzeitige politische und wirtschaftliche Krise könnte nachhaltig beeinflussen, wie sich das Land in den kommenden Jahren demografisch entwickelt.⁵⁶

Mit der sogenannten Bolivarischen Revolution, die sich auf den in Caracas geborenen Unabhängigkeitskämpfer Simon Bolívar berief, trat der 1999 gewählte Hugo Chávez eigentlich an, um das Land ökonomisch unabhängig zu machen, die Ungleichheit zu bekämpfen und einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts aufzubauen.⁵⁷ Die Bevölkerung

erhoffte sich vor allem bessere Lebensbedingungen. Zwar investierte die Regierung stark in die Sozialsysteme, doch bis zu seinem Tod 2013 gelang es Chávez nicht, das Land auf einen erfolgreichen wirtschaftlichen Weg zu bringen.⁵⁸ Nach wie vor lebt Venezuela von seiner sogenannten Öl-Rente und ist damit gänzlich abhängig von den Preisen des Weltmarktes. Rund 96 Prozent der Staatseinnahmen beruhen laut Welthandelsorganisation auf Ölexporten.⁵⁹

Seit 2014 die Ölpreise einbrachen, herrscht eine Hyperinflation. 2019 dürfte die Wirtschaft das sechste Jahr in Folge schrumpfen und der IWF prognostiziert eine Inflationsrate von zehn Millionen Prozent.⁶⁰ Unter diesen Bedingungen fehlen den Venezolanern die grundlegendsten Güter und Dienstleistungen: Es mangelt an Strom oder die Versorgung bricht regelmäßig zusammen. Viele Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Krankenhäuser sind kaum noch funktionsfähig und Medikamente Mangelware. In dieser Situation versuchen viele Venezolaner durch Schmuggel von Benzin ihre Lebensbedingungen zu verbessern.⁶¹ Andere entscheiden sich, das Land zu verlassen.

Schon vor Beginn der wirtschaftlich-politischen Krise galt Venezuela eher als ein Auswanderungsland, doch nun fliehen die Menschen vor der Armut und aus Angst vor wachsenden sozialen Unruhen. Seit 2014 haben geschätzte drei Millionen Menschen das Land verlassen – vor allem in die Nachbarländer.⁶² Die drei wichtigsten Zielländer, Kolumbien, Peru und Ecuador, haben über drei Jahre hinweg eine liberale Haltung gegenüber venezolanischen Migranten gezeigt. Wer einen Personalausweis hatte, konnte einreisen und bekam ein Visum. Doch seit August 2018 haben sich die drei Länder dazu entschieden, die Zuwanderungsregeln zu verschärfen. Die prekäre Situation zeigt sich auch an der Stimmung in den Ländern: Zunehmend erleben Venezolaner im Ausland Rassismus und Gewalt. Die Aufnahmeländer stehen nun vor der Aufgabe, Lösungen für diejenigen zu finden, die bereits Visa erhalten haben, deren Gültigkeit jedoch abläuft.

Auch in der EU macht sich die venezolanische Krise bemerkbar. Während 2014 lediglich 325 Venezolaner einen Asylantrag gestellt haben, waren es 2018 schon 21.870, knapp 90 Prozent von ihnen in Spanien.⁶³ Dabei profitieren die venezolanischen Geflüchteten in Spanien davon, dass bereits eine größere Diaspora im Land lebt und dass sie visumsfrei einreisen können. Auch wenn das Migrationspotenzial Venezuelas derzeit groß ist, werden die meisten Menschen kurz- und mittelfristig in den Nachbarländern Schutz suchen. Auch dort steigen die Asylantragszahlen weiter an, obwohl die Nachbarländer den freien Zugang erschwert haben.

Zurzeit ist nicht abzusehen, wie sich Venezuela politisch entwickelt. Abhängig davon, wer den politischen Machtkampf gewinnt – Staatschef Maduro oder sein Herausforderer Guaidó – dürfte sich entscheiden, mit welchem Entwicklungsmodell die künftige Regierung versuchen wird, das Land aus der Krise zu holen. Nötig wäre eine langfristig angelegte Politik, welche die Wirtschaft diversifiziert und das Land weniger abhängig von den Ölpreisen macht. Mittelfristig dürfte das Migrationspotenzial hoch bleiben, wobei auch die EU ein Ziel sein könnte.

Weitere Entwicklung

Für potenzielle Migranten aus Lateinamerika bleibt die EU auch in Zukunft attraktiv. Faktoren wie gemeinsame Sprache, Kultur und historische Verflechtungen bedeuten geringe Hürden für eine Wanderung. Ebenso können sie in den wichtigsten Zielländern Spanien, Italien und Portugal auf eine große Diaspora und eine stabile Migrationsinfrastruktur zurückgreifen. Ein erneuter Anstieg der Wanderungen in die EU aus der gesamten Region, vergleichbar mit den frühen 2000er Jahren, ist hingegen unwahrscheinlich, wenn in Europa nicht gleichzeitig eine entsprechende Arbeitsmarktnachfrage entsteht.

Auch wenn das Wanderungsvolumen zwischen beiden Regionen nicht wesentlich wächst, könnte sich die Migration von Latein-

amerikanern in die EU dennoch verändern. So dürfte die Anzahl derjenigen steigen, die zu Bildungszwecken auswandern. Sollte sich die Wirtschaft in Lateinamerika einigermaßen stabil entwickeln, kommen entweder mehr Menschen in die Lage, eine Migration über weitere Distanzen zu finanzieren, oder sie können angesichts des ausklingenden Bevölkerungswachstums auf den lateinamerikanischen Arbeitsmärkten eine Beschäftigung finden, was wiederum das Migrationspotenzial senken würde.

Hinzu kommen schwer kalkulierbare Faktoren, die einen Einfluss auf die Migration haben: Derzeit steigt das Migrationspotenzial in Nicaragua, Venezuela oder Brasilien aufgrund der politischen Entwicklung. Wirtschaftspolitische Fehler, autoritäre Politik und strukturelle Diskriminierung von Minderheiten führen in allen drei Ländern dazu, dass der Wunsch nach Auswanderung wächst.

Auch die US-amerikanische Migrationspolitik hat einen Einfluss auf die Migrationsmuster der Region. Schon seit vielen Jahren wandern Menschen aus Zentralamerika in Richtung der Vereinigten Staaten. Sie suchen Arbeit und sind ein wichtiger Faktor auf dem US-Arbeitsmarkt oder wollen mit ihren Familien zusammenleben, die sich dort bereits niedergelassen haben. Im Herbst 2018 erlangte das Phänomen internationale Beachtung, als einige tausend Zentralamerikaner in großen „Karawanen“ Richtung Norden zogen.⁶⁴ Ob die von dem aktuellen US-Präsidenten angekündigte Mauer diese Migration verhindern kann, ist umstritten, denn es gibt viele Wege in die USA. Sollte die Abschottungspolitik der USA, die auch verschärfte Visabestimmungen und erschwerten Familiennachzug umfasst⁶⁵, aber Wirkung zeigen, könnte dies auch eine verstärkte Abwanderung Richtung EU nach sich ziehen.

Dennoch dürfte das zukünftige Migrationspotenzial aus Lateinamerika in die EU eher gering ausfallen. Denn obwohl die tendenziell positive Entwicklung der Region Migration befördern dürfte, bleibt Nordamerika mit hoher Wahrscheinlichkeit das wichtigste

Wanderungsziel. Die starken familiären, wirtschaftlichen und informellen Netzwerke sowie die geografische Nähe werden auch weiterhin dafür sorgen, dass viele Lateinamerikaner in die USA ziehen, um dort zu studieren oder zu arbeiten. Hinzu kommt, dass die Wirtschaftsbeziehungen nach Asien, insbesondere nach Japan und China, an

Bedeutung gewinnen. Auch dort existieren größere lateinamerikanische Diasporagemeinden, welche die Mobilität über den Pazifik verstärken dürften.

Im Gegensatz zu den Wirtschaftsbeziehungen hat die Zuwanderung aus Lateinamerika keine Priorität für die Politik der EU. Ein

Grund dafür ist die geografische Distanz, die Wanderungen ohnehin hemmt. Darüber hinaus erscheinen das vorhandene Visasystem und die flexible Einbürgerungspolitik Spaniens als ausreichende Instrumente, um Migration zu steuern.

	DEMOGRAFIE				BILDUNG		WIRTSCHAFT	LEBENSQUALITÄT	DIASPORA	POLITIK		ÖKOLOGIE
	Bevölkerung 2020 (Millionen)	Bevölkerungswachstum bis 2030 in Prozent (Basisjahr = 2020)	Anteil der Bevölkerung in urbanen Räumen 2020 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen an der Gesamtbevölkerung 2030 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen mit Sekundarschulabschluss 2030 in Prozent	Anteil der 20- bis 39-jährigen mit Postsekundarabschluss 2030 in Prozent	Durchschnittliches jährliches BIP pro Kopf-Wachstum 2010 bis 2017 in Prozent	HDI Rang von 189, 2017	Anteil Migranten in EU-28 Ländern an der Gesamtbevölkerung (Herkunftsland) in Prozent	Fragile State Index Rang von 178, 2019	Bertelsmann Transformationsindex Demokratiewertung (1 bis 10)	World Risk Index Rang von 172, 2018
Amerikanische Jungferninseln	0,1	0,9	95,9	24,7	57,9	30,7	-	-	0,1	-	-	-
Antigua and Barbuda	0,1	5,0	24,4	28,0	59,9	30,8	1,54	70	3,4	127	-	-
Argentinien	45,4	7,9	92,1	28,6	54,0	28,2	0,17	47	0,9	140	8,00	135
Aruba	0,1	2,5	43,7	27,5	50,2	39,4	0,59	-	4,6	-	-	-
Bahamas	0,4	8,9	83,2	28,0	57,4	40,9	-0,75	54	0,5	135	-	119
Barbados	0,3	-3,8	31,2	25,3	59,2	30,7	0,38	58	6,0	136	-	168
Belize	0,4	14,5	46,0	32,9	45,8	24,5	-0,22	106	0,4	114	-	60
Bolivien	11,5	12,6	70,1	31,8	60,2	28,5	3,51	118	1,7	80	7,20	116
Brasilien	214,3	5,3	87,1	28,8	65,3	18,5	-0,43	79	0,3	83	7,65	121
Chile	18,4	4,9	87,7	27,0	71,1	26,5	2,28	44	0,8	150	9,20	28
Costa Rica	5,1	8,1	80,8	28,6	42,9	30,1	2,59	63	0,2	145	9,05	11
Curaçao	0,2	-1,6	89,1	23,0	65,0	30,0	0,00	-	0,3	-	-	-
Dominikanische Republik	11,1	9,5	82,5	30,7	58,5	28,7	3,95	94	2,2	108	6,95	33
Ecuador	17,3	11,9	64,2	30,2	53,5	25,9	1,74	86	3,3	87	5,90	55
El Salvador	6,5	3,2	73,4	31,7	57,7	20,5	2,11	121	0,5	96	7,30	14
Französisch Guyana	0,3	22,1	85,8	31,3	54,9	23,0	-	-	0,0	-	-	-
Grenada	0,1	-4,2	36,5	27,5	60,4	30,9	3,03	75	8,3	123	-	169
Guadeloupe	0,4	-0,9	98,5	25,0	62,9	31,7	-	-	0,0	-	-	-
Guatemala	17,8	16,4	51,8	33,1	44,3	11,6	1,45	127	0,1	57	5,05	7
Guyana	0,8	-5,6	26,8	31,7	80,3	14,7	3,49	125	3,5	99	-	5
Haiti	11,4	9,5	57,1	33,2	62,1	3,0	1,38	168	0,7	12	4,10	21
Honduras	9,7	14,7	58,4	33,5	36,9	8,5	1,94	133	0,5	64	5,80	39
Jamaika	2,9	0,0	56,3	28,8	72,9	26,2	0,42	97	5,3	117	8,30	27
Kolumbien	50,3	6,6	81,4	28,9	52,8	28,0	2,90	90	1,0	70	6,75	85
Kuba	11,4	-3,6	77,2	21,9	80,5	18,5	0,00	73	1,7	118	3,58	90
Lateinamerika und Karibik	663,5	7,6	81,2	29,4	59,9	23,3	0,85	-	0,7	-	-	-
Martinique	0,4	-4,7	89,1	20,8	61,1	35,3	-	-	0,0	-	-	-
Mexiko	133,3	9,4	80,7	29,9	61,2	25,4	1,41	74	0,1	98	6,10	92
Nicaragua	6,4	9,1	59,0	31,4	43,2	17,7	4,06	124	0,4	63	4,92	17
Panama	4,2	11,4	68,4	28,9	51,6	33,4	5,20	66	0,2	139	7,30	66
Paraguay	7,1	11,4	62,2	31,9	50,9	21,3	2,83	110	1,0	104	6,45	134
Peru	33,2	9,0	78,3	29,7	57,0	34,7	2,99	89	1,1	99	6,60	81
Puerto Rico	3,7	-2,2	93,6	25,7	48,3	49,3	0,61	-	0,0	-	-	-
St. Lucia	0,2	-1,7	18,8	28,0	58,8	31,4	1,08	90	7,3	-	-	-
St. Vincent und die Grenadinen	0,1	-7,7	53,0	27,7	63,1	21,0	1,09	99	6,1	-	-	-
Suriname	0,6	1,7	66,1	29,1	80,0	11,0	-0,41	100	38,7	115	-	68
Trinidad und Tobago	1,3	-4,7	53,2	24,8	60,5	36,5	-1,18	69	1,7	131	-	59
Uruguay	3,5	-0,1	95,5	27,0	65,4	18,0	2,68	55	2,7	158	9,95	133
Venezuela	33,2	10,7	88,3	30,2	62,2	30,2	0,17*	78	0,8	32	3,80	71

QUELLEN

Vorwort

¹ Natale, F., Migali, S. & Münz, R. (2018). Many more to come? Migration from and within Africa. European Commission, Joint Research Centre. bit.ly/2x6yM2f (22.03.19).

Migration ist Teil des Lebens

¹ Lutz, W., Goujon, A., KC, S., Stonawski, M. & Stilianakis, N. (Hrsg.) (2018). Demographic and human capital scenarios for the 21st century. 2018 assessment for 201 countries. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

² Sievert, S., Neubecker, N. & Klingholz, R. (2017). Europas demografische Zukunft. Wie sich die Regionen nach einem Jahrzehnt der Krisen entwickeln (Originalausgabe Juli 2017). Berlin.

³ Slupina, M., Dähler, S., Klingholz, R. & Reibstein, L. (2019). Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind (1. Auflage). Berlin: Institut für Bevölkerung u. Entwicklung / Berlin Institute for Population and Development.

⁴ Lutz, W., Amran, G., Bélanger, A., Conte, A., Gailey, N., Ghio, D., Grapsa, E. et al. (2019). Demographic Scenarios for the EU - Migration, Population and Education. Luxembourg.

⁵ European Commission, B. (2019). Eurobarometer 90.3 (2018): GESIS Data Archive.

⁶ National Institute of Population and Social Security Research (2019). Population Projections for Japan: 2016-2065. bit.ly/2WvgjAv (22.03.19).

⁷ Green, D. (2017). As Its Population Ages, Japan Quietly Turns to Immigration. bit.ly/2hFOVZE (22.03.19).

⁸ Tsianos, V. S. (2018). Die postmigrantische Gesellschaft: Rahmenbedingungen für eine offene und vielfältige Gesellschaft, S. 8–13.

⁹ Goldin, I., Pitt, A., Nabarro, B. & Boyle, K. (2018). Migration and the Economy. Economic Realities, Social Impacts & Political Choices. bit.ly/2N0PMAF (22.03.19).

¹⁰ Jaumotte, F., Koloskova, K. & Saxena, S. C. (2016). Impact of migration on income levels in advance economies. [Washington, DC]: Spillover Task Force, International Monetary Fund.

¹¹ OECD (2018). Settling in 2018. Indicators of immigrant integration. Paris: OECD Publishing.

¹² United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). Trends in International Migrant Stock: The 2017 Revision. (United Nations database, POP/DB/MIG/Stock/Rev.2017). New York. bit.ly/2DJ8TtG (22.03.19).

¹³ Angenendt, S. & Gnesa, E. (2018). Gute Argumente für den Globalen Pakt für Migration (Kurz gesagt). bit.ly/2Fg71c (22.03.19).

¹⁴ S. Endnote 12.; United Nations High Commissioner for Refugees (2018). Global Trends. Forced Displacement in 2017. Genf.

¹⁵ Castles, S., Haas, H. de & Miller, M. J. (2014). The age of migration. International population movements in the modern world (5. ed.). Basingstoke: Palgrave Macmillan.

¹⁶ Castles, S. (2016). Understanding Global Migration. A Social Transformation Perspective. In A. Amelina, K. Horvath & B. Meese (Hrsg.),

An Anthology of Migration and Social Transformation (IMISCOE Research Series), S. 19–41. Cham: Springer International Publishing.

¹⁷ S. Endnote 12.

¹⁸ S. Endnote 12.

¹⁹ International Labour Organization (2018). ILO Global Estimates on International Migrant Workers. Results and Methodology (2. Aufl.). Genf. bit.ly/2VTrHeZ (22.03.19).

²⁰ Das Gallup-Institut erhebt diese Informationen zum Teil, sie sind jedoch nicht öffentlich verfügbar.

²¹ Laczko, F. & Tjaden, J., Auer, D. (2017). Measuring Global Migration Potential, 2010-2015 (Global Migration Data Analysis Centre Briefing Series Nr. 9). bit.ly/2wJGcXd (22.03.19).

²² Esipova, N., Pugliese, A. & Ray, J. (2018). More Than 750 Million Worldwide Would Migrate If They Could, Gallup, Washington D.C. bit.ly/2t9TRWQ (22.03.19).

Warum sich Menschen auf Wander-schaft begeben

¹ Fisher, M. H. (2014). Migration. A world history. Oxford: Oxford Univ. Press.; Manning, P. & Trimmer, T. (2013). Migration in world history (2nd ed.). London: Routledge.

² Carling, J. (2017). How Does Migration Arise? Migration Policy Practice, 7(3), S. 4–11 (22.03.19).

³ McKeown, A. (2004). Global Migration, 1846-1940. Journal of World History, 15(2), S. 155–189.

⁴ Sequeira, S., Nunn, N. & Qian, N. (2019). Immigrants and the Making of America. The Review of Economic Studies, 55, S. 1311.

⁵ Foresti, M., Hagen-Zanker, J. & Dempster, H. (2018). Migration and Development. How human mobility can help achieve the Sustainable Development Goals (Briefing note). bit.ly/2Wf6rc (22.03.18).

⁶ Bauman, Z. (2016). Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache. Berlin: Suhrkamp.

⁷ Esipova, N., Pugliese, A. & Ray, J. (2018). More Than 750 Million Worldwide Would Migrate If They Could, Gallup, Washington D.C. bit.ly/2t9TRWQ (22.03.19).

⁸ Laczko, F. & Tjaden, J., Auer, D. (2017). Measuring Global Migration Potential, 2010-2015 (Global Migration Data Analysis Centre Briefing Series Nr. 9). bit.ly/2wJGcXd (22.03.19).

⁹ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). World Population Prospects: The 2017 Revision. POP/DB/WPP/Rev.2017/POP/F01-1. New York. bit.ly/2DJ8TtG (22.03.19).

¹⁰ Lutz, W., Goujon, A., KC, S., Stonawski, M. & Stilianakis, N. (Hrsg.) (2018). Demographic and human capital scenarios for the 21st century. 2018 assessment for 201 countries. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

¹¹ Kaps, A., Reinig, A. & Klingholz, R. (2018). Vom Hungerland zum Hoffnungsträger. Wird Äthiopien zum Vorbild für den afrikanischen Aufschwung? (Originalausgabe). Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

¹² S. Endnote 9. Syrien ist auf der Karte grau

gefärbt, weil sich durch den Konflikt keine sinnvollen Daten erheben und berechnen lassen.

¹³ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2018). Percentage of Population at Mid-Year Residing in Urban Areas by region, subregion and country, 1950-2050, WUP2018-F02-Proportion_Urban.xls. New York. bit.ly/2lJfzba (22.03.19).

¹⁴ Institute for Security Studies; Frederick S. Pardee Center for International Futures (2016). African Urban Futures. Pretoria. bit.ly/2Wn8gjl (22.03.19).

¹⁵ DHS Program (o.J.). STATcompiler. Rockville. statcompiler.com/en/ (11.12.18).

¹⁶ Carling, J. & Talleraas, C. (2016). Root Causes and Drivers of Migration: Implications for Humanitarian Efforts and Development Cooperation. Oslo: Peace Research Institute Oslo. bit.ly/2KaMOqY (22.03.19).

¹⁷ Héran, F. (2018). L'Europe et le spectre des migrations subsahariennes. Population et Sociétés. (558) (22.03.19).

¹⁸ Siehe beispielsweise Bundesregierung (2018). Was tun gegen Fluchtursachen? bit.ly/2lKjSlb (22.03.19).

¹⁹ Angenendt, S. (2014). Entwicklungspolitische Perspektiven temporärer und zirkulärer Migration (SWP-Studie S 13). Berlin. bit.ly/2YcrJkx (22.03.19).

²⁰ Haas, H. de (2007). Turning the Tide? Why Development Will Not Stop Migration. Development and Change, 38(5), S. 819–841. Michael Clemens (2014). Does Development Reduce Migration? (Working Paper Nr. 359). Washington D.C. bit.ly/2WeQk1 (22.03.19).

Siehe auch Berthélemy, J.-C., Beuran, M. & Maurer, M. (2009). Aid and Migration. Substitutes or Complements? World Development, 37(10), S. 1589–1599.

²¹ Klingholz, R. (2018). Bevölkerungswachstum. Bildung ist die Lösung. Biologie in unserer Zeit, 48(1), S. 36–44.

²² Klingholz, R. & Lutz, W. (2016). Wer überlebt? Bildung entscheidet über die Zukunft der Menschheit (1. Aufl.). Frankfurt: Campus Verlag.

²³ Canning, D., Raja, S. & Yazbeck, A. S. (2015). Africa's demographic transition. Dividend or disaster? Washington, DC: World Bank Group.

²⁴ Die Schwelle für dieses günstige Verhältnis setzen verschiedene Organisationen und Forscher unterschiedlich. Wir orientieren uns dabei an Jakkie Cilliers, der eine untere Grenze von 1,7 Personen im Erwerbsalter auf jede abhängige junge oder alte Person vorschlägt. Siehe Cilliers, J. (04.12.18). Getting to Africa's demographic dividend.

²⁵ S. Endnote 9.

²⁶ S. Endnote 10.

²⁷ S. Endnote 9.

²⁸ S. Endnote 10.; S. Endnote 9.

²⁹ UNESCO (2018). Migration, displacement and education. Building bridges, not walls (First edition). Paris: Unesco.

³⁰ Philippe Fargues (2017). International Migration and Education - A Web of Mutual Causation. Paper commissioned for the Global Education Monitoring Report 2019. bit.ly/2W8fR5s (22.03.19).

³¹ Carrasco Heiermann, A., Klingholz, R. &

Lutz, W. (2018). Mehr Humankapital wagen! Wie Bildung die Gesellschaften der Welt fit für das 21. Jahrhundert machen kann. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (22.03.19).

³² Unesco Institute for Statistics (2019). Education: Government expenditure on education as a percentage of GDP. bit.ly/1wWVPOA (22.03.19).

³³ Osmanovic, A. (2018). Über Doktoren aus Niger. Wider die Vereinfachung in der Migrationsdebatte. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung. bit.ly/2HfSnU (22.03.19).

³⁴ S. Endnote 19.; Castles, S., Haas, H. de & Miller, M. J. (2014). The age of migration. International population movements in the modern world (5. ed.). Basingstoke: Palgrave Macmillan.

³⁵ International Monetary Fund (2018). World Economic Outlook (October 2018) Dataset: IMF Datamapper: GDP per capita, current prices, U.S. Dollars per capita, International Monetary Fund. Washington D.C. bit.ly/2NJKN8 (22.03.19).

³⁶ World Bank (2016). Poverty headcount ratio at \$1.90 a day (2011 PPP) (% of population), World Bank. Washington D.C. bit.ly/2yfAbES (22.03.19).

³⁷ Die Studie nutzt durchgehend diese internationale Vergleichswährung der Weltbank. Die Daten dazu finden sich unter: <https://data.worldbank.org/indicator/ny.gdp.pcap.pp.kd>.

³⁸ World Bank (2017). GDP per capita, PPP (constant 2011 international \$). New York. bit.ly/2ktEEGC (22.03.19).

³⁹ Die migration hump theory lässt sich als ökonomische Dimension der umfassenderen migration transitions theory (siehe „Demografische Faktoren“) verstehen. Diese beschreibt, wie sich die Migrationsmuster in und aus einem Land heraus verändern, wenn sich zentrale Entwicklungsfaktoren langfristig und strukturell verbessern. Siehe dazu: Haas, H. de (2008). Migration and development. A theoretical perspective (Working papers). Oxford.; S. Endnote 34.

⁴⁰ Natale, F., Migali, S. & Münz, R. (2018). Many more to come? Migration from and within Africa. European Commission, Joint Research Centre. bit.ly/2x6yM2f (22.03.19).

⁴¹ Migali, S. & Scipioni, M. (2018). A global analysis of intentions to migrate (JRC111207). ⁴² S. Endnote 34.

⁴³ International Labour Organization (2018). ILO Global Estimates on International Migrant Workers. Results and Methodology (2. Aufl.). Genf. bit.ly/2VTrHeZ (22.03.19).

⁴⁴ World Food Programme (2018). Zero Hunger: Eine Welt ohne Hunger ist möglich. Berlin. bit.ly/2lJmHn5 (22.03.19).

⁴⁵ World Health Organization and the United Nations Children's Fund (2017). Progress on drinking water, sanitation and hygiene. 2017 update and SDG baselines. Geneva: World Health Organization and the United Nations Children's Fund.

⁴⁶ World Bank (2016). Access to electricity (% of population). Washington D.C. bit.ly/2QyH2Ah (22.03.19).

⁴⁷ United Nations Development Programme (2018). Human Development Indices and

- Indicators. 2018 Statistical Update. New York. bit.ly/1lFu5e8 (22.03.19).
- 48 S. Endnote 47.
- 49 S. Endnote 47.
- 50 S. Endnote 20.
- 51 Ministry of External Affairs, Government of India (2018). Overseas Indian Affairs. bit.ly/2VXWRSa (22.03.19); Ministry of Diaspora Affairs (2018). Ministry of Diaspora Affairs. Creating a common Jewish future. bit.ly/2XaX9GQ (22.03.19).
- 52 Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (2017). More Development – More Migration? The “Migration Hump” and Its Significance for Development Policy Co-operation with Sub-Saharan Africa (Briefing Paper Nr. 20). bit.ly/2Ftg7SO (22.03.19).
- 53 World Bank (2016). Personal remittances, received (current US\$) and Net official development assistance and official aid received (current US\$). World Bank. Washington D.C. bit.ly/2Wtmslh (22.03.19).
- 54 Manchin, M. & Orazbayev, S. (2016). Social Networks and the Intention to Migrate. SSRN Electronic Journal.
- 55 Uppsala Conflict Data Program (2018). UCDP Datenbank, Department of Peace and Conflict Research, Uppsala Universitet. Uppsala. bit.ly/2hW5Q13 (22.03.19).
- 56 S. Endnote 55.
- 57 S. Endnote 55.; Heidelberg Institute for International Conflict Research (2018). Conflict Barometer 2017: disputes, non-violent crises, limited wars, wars. Heidelberg. bit.ly/2XkgXrD (22.03.19).
- 58 United Nations High Commissioner for Refugees (2018). Figures at a Glance. UNHCR. Genf. bit.ly/2CjoOgR.
- 59 Fund for Peace (2019). Fragile States Index 2019. Global Data. bit.ly/2pOBZnH (22.03.19).
- 60 Internal Displacement Monitoring Centre (2018). Global Internal Displacement Database. 2017 internal displacement figures by country. Genf. bit.ly/2ERdvxt (22.03.19).
- 61 United Nations High Commissioner for Refugees (2018). Global Trends. Forced Displacement in 2017. Genf.
- 62 Eurostat (2018). Asylbewerber und erstmalige Asylbewerber nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht Jährliche aggregierte Daten (gerundet). bit.ly/2VXp9wh (22.03.19).
- 63 United Nations High Commissioner for Refugees (2018). Number of refugees and migrants from Venezuela reaches 3 million, UNHCR. Genf. bit.ly/2HZMoUV (22.03.19).
- 64 The Economist Intelligence Unit (2018). Democracy Index 2018: Me too? Political participation, protest and democracy. London, New York, Hong Kong. bit.ly/2lYs6NS (22.03.19).
- 65 CIA, N. I. C. (2018). Die Welt im Jahr 2035, gesehen von der CIA und dem National Intelligence Council. Das Paradox des Fortschritts. München: C.H. Beck.
- 66 Ionesco, D., Mokhnacheva, D. & Gemeine, F. (2017). Atlas der Umweltmigration (Deutsche Erstausgabe). München: oekom verlag.
- 67 Siehe Biermann, F., Boas, I. (2010). Preparing for a warmer world. Towards a global governance system to protect climate refugees. Global Environmental Politics, 10(1), S. 60–88. oder Myers, N. (2002). Environmental refugees: a growing phenomenon of the 21st century. Philosophical Transactions of the Royal Society B357. (1420), S. 609–613.
- 68 Government Office for Science (2011). Migration and Global Environmental Change: future challenges and opportunities. London. bit.ly/1XTyhOC (22.03.19).
- 69 S. Endnote 34.
- 70 Intergovernmental Panel on Climate Change (2018). Global Warming of 1.5 °C. an IPCC special report on the impacts of global warming of 1.5 °C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty. Genf. bit.ly/2pA6aKo (22.03.19).
- 71 Steffen, W., Rockström, J., Richardson, K., Lenton, T. M., Folke, C., Liverman, D. et al. (2018). Trajectories of the Earth System in the Anthropocene. Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America, 115(33), S. 8252–8259.
- 72 Cooke, K. (2018). Sinking cities: How climate change is ravaging the Middle East. Middle East Eye. bit.ly/2l8PNgZ (22.03.19); Lin, M. M. & Hidayat, R. (2018). Jakarta, the fastest-sinking city in the world, BBC Indonesia. bbc.in/2B727Of (22.03.19).
- 73 Internal Displacement Monitoring Centre (2018). Global Report on Internal Displacement. GRID 2018. bit.ly/2Xcysdd (22.03.19).
- 74 Global Migration Group (2017). Handbook for Improving the Production and Use of Migration Data for Development, Global Knowledge Partnership for Migration and Development (KNOMAD). Washington D.C.: World Bank.
- 75 S. Endnote 62.
- 76 ProAsyl (2016). Was im Asylverfahren passiert – und was dabei alles falsch läuft. bit.ly/2haYBpd (22.03.19).
- 77 Angenendt, S. & Koch, A. (2018). Der Globale Migrationspakt im Kreuzfeuer. Tiff die Kritik zu? SWP-Aktuell. (69) (22.03.19).
- 78 United Nations General Assembly (2018). Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration. Final Draft. bit.ly/2zuZ8yJ. Zugriff am 22.03.2019.
- 79 S. Endnote 77.
- 80 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2018). Fachkräfteeinwanderungsgesetz. bit.ly/2UNQdhD. Zugriff am 22.03.2019.
- Qualität und Quellen von Migrationsdaten**
- 1 United Nations (2015). Sustainable Development Knowledge Platform. Sustainable Development Goals, United Nations. New York. bit.ly/2hRjuXW (13.12.18).
- 2 Schachter, J., Osaki Tomita, K., Chen, H. & Singleton, A. (2017). Key Concepts and Definitions: Essential Criteria for Migration. In Global Migration Group (Hrsg.), Handbook for Improving the Production and Use of Migration Data for Development, S. 3–11. Washington D.C.: Global Knowledge Partnership for Migration and Development (KNOMAD), World Bank.
- 3 UN Department of Economic and Social Affairs Statistics Division (2017). Handbook on Measuring International Migration through Population Censuses. Draft as of 1 March 2017.
- 4 S. Endnote 2.
- 5 Gallup (2011). The World's Potential Migrants. Who They Are, Where They Want to Go, and Why It Matters. bit.ly/2W8SYii (09.06.17); Espinova, N., Ray, J. & Pugliese, A. (2018). Newest Potential Net Migration Index Shows Gains and Losses. Gallup. bit.ly/2lIaAV (14.02.19); Gallup (2018). World Poll Dataset Details. bit.ly/2WvgwNO (14.02.19).
- 6 Hovy, B., Haelg, N., UN Populations Division, Osaki Tomita, K., Chen, H. & UN Statistics Division (2017). Sources of Migration Statistics. In Global Migration Group (Hrsg.), Handbook for Improving the Production and Use of Migration Data for Development. Washington D.C.: Global Knowledge Partnership for Migration and Development (KNOMAD), World Bank.
- 7 S. Endnote 6.
- 8 Beispiele für diese Form von Migrationsmodellen zeigen Denett, A. (2016). Estimating an Annual Time Series of Global Migration Flows – An Alternative Methodology for Using Migrant Stock Data. In A. Wilson (Hrsg.), Global Dynamics. Chichester, UK: John Wiley & Sons, Ltd. bit.ly/2TyVDfh (22.03.19). sowie auch Azose, J. J. & Raftery, A. E. (2019). Estimation of emigration, return migration, and transit migration between all pairs of countries. Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America, 116(1), S. 116–122.
- 9 OECD, EASO (2018). Can we anticipate future migration flows? (Migration Policy Debates Nr. 16). bit.ly/2ZHPoJO (22.03.19); Global Migration Data Analysis Centre (2016). Migration forecasting. Beyond the limits of uncertainty.
- 10 Ein Beispiel für narrative Migrations Szenarien findet sich bei Böckenförde, M., Braune, E. & Käte Hamburger Kolleg / Centre for Global Cooperation Research (2018). Prospective Migration Policy - Scenario Building on Relations Between West Africa and Europe.
- 11 S. Endnote 9.
- 12 Beispiele für die Verbindung qualitativer und quantitativer Methoden finden sich etwa bei Bijak, J. (2011). Forecasting International Migration in Europe. A Bayesian View. Dordrecht: Springer Science+Business Media B.V.
- 13 Lutz, W. & Belanger, A. (2017). Demographic change and the drivers of future migration into Europe. Approach, methodology and work plan of the IRC/IIASA Centre of Expertise on Population and Age. Luxembourg.
- 14 Lutz, W., Amran, G., Bélanger, A., Conte, A., Gailey, N., Ghio, D., Grapsa, E. et al. (2019). Demographic Scenarios for the EU - Migration, Population and Education. Luxembourg.
- 15 Lutz, W., Goujon, A. & KC, S. (2018). Demographic and human capital scenarios for the 21st century. 2018 assessment for 201 countries.
- Die sechs betrachteten Regionen**
- 1 Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital (2019). Wittgenstein Centre Data Explorer Version 2.0 (Beta). bit.ly/2WcrsQX (22.03.19).
- Subsahara-Afrika**
- 1 Natale, F., Migali, S. & Münz, R. (2018). Many more to come? Migration from and within Africa. European Commission, Joint Research Centre. bit.ly/2x6yM2f (22.03.19).
- 2 Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital (2019). Wittgenstein Centre Data Explorer Version 2.0 (Beta). bit.ly/2WcrsQX (22.03.19). In der vorliegenden Studie bildet das Cepam SSP2-Szenario die Grundlage für alle demografischen Daten, sofern sie nicht anders gekennzeichnet sind, also für Bevölkerungsgrößen, Fertilitätsraten, Lebenserwartung, Alterszusammensetzung, Geschlechterverteilung sowie Wanderungssalden.
- 3 World Bank (2017). GDP growth (annual %). bit.ly/2ziqEb (22.03.19); Cilliers, J. (2018). Getting to Africa's demographic dividend. bit.ly/2P3Nm1a (22.03.19).
- 4 United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). Trends in International Migrant Stock: The 2017 Revision. (United Nations database, POP/DB/ MIG/Stock/Rev.2017). New York. bit.ly/2DJ8Ttg (22.03.19).
- 5 Pew Research Center (2018). International migration from sub-Saharan Africa has grown dramatically since 2010. Washington D.C. pewrsr.ch/2YnDOTN (22.03.19).
- 6 Gonzalez-Garcia, J. R. (2016). Sub-Saharan African Migration. Patterns and Spillovers. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- 7 Executive Committee of the High Commissioner's Programme (2018). Update of UNHCR's operations in Africa. bit.ly/2WYUxg6 (22.03.19).
- 8 S. Endnote 4.
- 9 Eurostat (2017). First permits by reason, citizenship, valid for 12 months or more [migr_resfirst]. bit.ly/2VXp9wh (22.03.19); Eurostat (2017). First time asylum applicants by citizenship, age and sex Annual aggregated data (rounded) [migr_asyappctza]. bit.ly/2VXp9wh.
- 10 S. Endnote 4.
- 11 S. Endnote 4.
- 12 Pew Research Center (2018). Migration From Sub-Saharan Africa to Europe Has Grown Since 2010. pewrsr.ch/2OslVhe (22.03.19).
- 13 Laczko, F. & Tjaden, J., Auer, D. (2017). Measuring Global Migration Potential, 2010-2015 (Global Migration Data Analysis Centre Briefing Series Nr. 9). bit.ly/2wJGcXd (22.03.19).
- 14 S. Endnote 1.
- 15 Pew Research Center (2018). At Least a Million Sub-Saharan Africans Moved to Europe Since 2010. Sub-Saharan migration to the United States also growing. pewrsr.ch/2OslVhe (22.03.19).
- 16 United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). World Population Prospects: The 2017 Revision. POP/DB/WPP/Rev.2017/POP/FO1-1. New York. bit.ly/2DJ8Ttg (22.03.19).
- 17 S. Endnote 3.
- 18 African Development Bank Group (2018). Jobs for Youth in Africa. Improve the quality of life for the people of Africa. Abijan. bit.ly/2kxwFiv (22.03.19).
- 19 UNICEF (2017). Dividend or Disaster: UNICEF's new report into population growth in Africa. uni.cf/2Gh29Uw (22.03.19); Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2006). Jugend und Kriegsgefahr. Welchen Einfluss haben demografische Veränderungen auf die Entstehung von Konflikten? Berlin. bit.ly/2DaTOuz (22.03.19); S. Endnote 19.
- 20 Saghir, J. & Santoro, J. (2018). Urbanization in Sub-Saharan Africa. Meeting Challenges by Bridging Stakeholders. bit.ly/2FKIVGx (22.03.19).
- 21 Njoh, A. J. (2003). Urbanization and development in sub-Saharan Africa. Cities, 20(3), S. 167–174.
- 22 Max-Planck-Institut für demografische Forschung (2017). Urban and rural fertility transitions in the developing world: a cohort perspective. Rostock. bit.ly/2v11Arg (22.03.19).
- 23 Migali, S. & Scipioni, M. (2018). A global analysis of intentions to migrate (JRC111207).
- 24 Kaps, A., Reing, A., Klingholz, R. & Müller, R. (2017). Education First! Bildung entscheidet über die Zukunft Sa-hel-Afrikas (1. Auflage). Berlin: Berlin Institut für Bevölkerung u. Entwicklung / Berlin Institute for Population and Development.
- 25 S. Endnote 2.
- 26 Lutz, W., Goujon, A., KC, S., Stonawski, M. & Stilianakis, N. (Hrsg.) (2018). Demographic and human capital scenarios for the 21st

century. 2018 assessment for 201 countries. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

²⁷ World Bank (2017). GDP per capita, PPP (constant 2011 international \$). New York. bit.ly/2KtEEGC (22.03.19).

²⁸ S. Endnote 15.

²⁹ S. Endnote 1.

³⁰ African Development Bank Group (2018). African Economic Outlook. Abijan. bit.ly/2Djcpf8 (22.03.19).

³¹ S. Endnote 1.

³² S. Endnote 27.

³³ S. Endnote 27.

³⁴ S. Endnote 3.

³⁵ World Bank (2016). Life expectancy at birth, total (years). New York. bit.ly/20xn48i (22.03.19).

³⁶ United Nations Development Programme (2018). Human Development Indices and Indicators. 2018 Statistical Update. New York. bit.ly/1lFu5e8 (22.03.19).

³⁷ S. Endnote 1.

³⁸ Hockstader, L. (13.08.18). An Emerging Sub-Saharan Exodus. bit.ly/2V2LTw (22.03.19).

³⁹ Fiedler, A. (2017). Migration von Subsahara-Afrika nach Europa. Motive, Informationsquellen und Wahrnehmung deutschen Engagements. Ifa Edition Kultur- und Außenpolitik. Stuttgart.

⁴⁰ Héran, F. (2018). L'Europe et le spectre des migrations subsahariennes. Population et Sociétés. (558) (22.03.19).

⁴¹ S. Endnote 15.

⁴² Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2014). Krise an Europas Südgrenze. Welche Faktoren steuern heute und morgen die Migration über das Mittelmeer? (Discussion Paper Nr. 16). Berlin (22.03.19).

⁴³ Eurostat (2017). Bevölkerung am 1. Januar nach Altersgruppen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit [migr_pop1ctz]. bit.ly/2VXp9wh (22.03.19).

⁴⁴ S. Endnote 7.

⁴⁵ Aucoin, C. (2017). Less armed conflict but more political violence in Africa. bit.ly/2oIXfCC (22.03.19).

⁴⁶ Fund for Peace (2018). Fragile States Index 2018. Global Data. bit.ly/2pOBZNh (22.03.19).

⁴⁷ Flahaux, M.-L., De Haas, H. (2016). African Migration: Trends, Patterns, Drivers. In: Comparative Migration Studies. Jg. 4, Nr. 1, S. 1-25.

⁴⁸ Sütterlin, S., Reinig, A. & Klingholz, R. (2018). Nahrung, Jobs und Nachhaltigkeit. Was Afrikas Landwirtschaft leisten muss. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

⁴⁹ Intergovernmental Panel on Climate Change (2007). Fourth Assessment Report. bit.ly/2Jf5kr7 (22.03.19).

⁵⁰ Serdeczny, O., Adams, S., Baarsch, F., Coumou, D., Robinson, A., Hare, W. et al. (2017). Climate change impacts in Sub-Saharan Africa. From physical changes to their social repercussions. Regional Environmental Change, 17(6), S. 1585-1600.

⁵¹ Muggah, R. & Luengo Cabrera, J. (2019). The Sahel is engulfed by violence. Climate change, food insecurity and extremists are largely to blame. bit.ly/2Um8LZt (22.03.19).

⁵² Eurostat (2017). Erstmals erteilte Aufenthaltstitel nach dem Grund für die Erteilung, der Gültigkeitsdauer und nach der Staatsangehörigkeit [migr_resfirst]. eurostat. Luxemburg. bit.ly/2VXp9wh (22.03.19); Eurostat (2018).

Asylbewerber und erstmalige Asylbewerber nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht Jährliche aggregierte Daten (gerundet). bit.ly/2VXp9wh (22.03.19).

⁵³ European Commission, International Cooperation and Development (2019). The EU Emergency Trust Fund for Africa - International Cooperation and Development - European Commission. bit.ly/1NwTlU6 (22.03.19); Kipp, D. (2018). Vom Notfall zum Regelfall - der EU-Treuhandfonds für Afrika (SWP-Studie Nr. 21). Berlin. bit.ly/2A7XL5X (22.03.19).

⁵⁴ S. Endnote 4.

⁵⁵ S. Endnote 4.

⁵⁶ Bertelsmann Stiftung (2018). Bertelsmann Transformation Index 2018, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. bit.ly/30S6j5 (22.03.19).

⁵⁷ S. Endnote 4.

⁵⁸ S. Endnote 4.

⁵⁹ Bertelsmann Stiftung (2018). BTI 2018 Country Report - Senegal. Gütersloh. bit.ly/2U3ltx2 (22.03.19).

⁶⁰ World Bank (2018). Annual Remittances Data (updated as of Dec. 2018) Inflows. New York. bit.ly/1T1SUbL (22.03.19).

⁶¹ Bündnis Entwicklung hilft, Ruhr University Bochum - Institute for International Law of Peace and Armed Conflict (2018). World Risk Report 2018. Berlin, Bochum. bit.ly/2CQCQVG (22.03.19).

⁶² S. Endnote 2.

⁶³ S. Endnote 4.

⁶⁴ S. Endnote 27.

⁶⁵ S. Endnote 1.

⁶⁶ Assefa, A., Ali, S. N., May, J. F., Megquier, S. & Moreland, S. (2015). The Demographic Dividend: An Opportunity for Ethiopia's Transformation. Washington D.C. bit.ly/2uC8LWW (22.03.19).

⁶⁷ Unesco Institute for Statistics (2017). Education: Enrolment by level of education, net enrolment rate by level of education and region, both sexes. bit.ly/1wWvPOA (22.03.19).

⁶⁸ Unesco Institute for Statistics (2019). World Inequality Database on Education • Ethiopia. bit.ly/2VWVWpdp (22.03.19).

⁶⁹ Internal Displacement Monitoring Centre (2018). Internal Displacement in 2018. Mid-Year Figures. bit.ly/2TjGC1p (22.03.19).

⁷⁰ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). World Population Prospects: The 2017 Revision. POP/6: Population density by region, subregion and country, 1950-2100 (persons per square km). New York. bit.ly/2D1jHJT (22.03.19).

⁷¹ S. Endnote 27.

⁷² Organization of the Petroleum Exporting Countries (2017). OPEC Annual Statistical Bulletin. bit.ly/2WwzzUc (22.03.19).

⁷³ World Bank (2019). Global Economic Prospects, January 2019: Darkening Skies. New York: World Bank.

⁷⁴ Central Intelligence Agency (2019). The World Factbook. Nigeria. bit.ly/18yJcGh (22.03.19).

⁷⁵ S. Endnote 46.

⁷⁶ PwC (2018). Structural transformation and jobless growth in Nigeria. pwc.to/2U3Q0zy (22.03.19).

⁷⁷ Isbell, T. & Ojewale, O. (2018). One in three Nigerians have considered emigration, most to find economic opportunity (Dispatch Nr. 231). bit.ly/2N1tA8Z (22.03.19).

⁷⁸ Dapel, Z. (2018). Poverty in Nigeria: Under-

standing and Bridging the Divide between North and South. bit.ly/2FKn2qT (22.03.19).

⁷⁹ S. Endnote 24.

⁸⁰ International Crisis Group (2018). Stopping Nigeria's Spiralling Farmer-Herder Violence. bit.ly/2mQbND7 (22.03.19).

⁸¹ International Organization for Migration. The UN Migration Agency. (2018). Nigeria 2018 Humanitarian Com-pendium. bit.ly/2YakPWj (29.03.19).

⁸² United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (2019). Global Humanitarian Overview 2019. bit.ly/20xqgRe (22.03.19).

⁸³ S. Endnote 4.

⁸⁴ Eurostat (2017). Endgültige Entscheidungen über Asylanträge nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht Jährliche aggregierte Daten (gerundet) [migr_asydctfina]. eurostat. Luxemburg. bit.ly/2VXp9wh (22.03.19).

⁸⁵ S. Endnote 1.; S. Endnote 6.

⁸⁶ S. Endnote 13.

⁸⁷ S. Endnote 40.

⁸⁸ Smith, S. (2018). Nach Europa! Das junge Afrika auf dem Weg zum alten Kontinent. Berlin: Edition.fotoTAPETA.

Mena

¹ Lutz, W., Goujon, A., KC, S., Stonawski, M. & Stilianakis, N. (Hrsg.) (2018). Demographic and human capital scenarios for the 21st century. 2018 assessment for 201 countries. Luxembourg: Publications Office of the European Union. In der vorliegenden Studie bildet das Cepam SSP2-Szenario die Grundlage für alle demografischen Daten, sofern sie nicht anders gekennzeichnet sind, also für Bevölkerungsgrößen, Fertilitätsraten, Lebenserwartung, Alterszusammensetzung, Geschlechterverteilung sowie Wanderungssalden.

² World Bank (2017). GDP per capita, PPP (constant 2011 international \$). New York. bit.ly/2KtEEGC (22.03.19).

³ Esipova, N., Pugliese, A. & Ray, J. (2018). More Than 750 Million Worldwide Would Migrate If They Could. Gallup. Washington D.C. bit.ly/2t9TRWQ (22.03.19).

⁴ International Organization for Migration. The UN Migration Agency. (2019). IOM MENA Regional Position Paper: Migration and Water in the Middle East and North Africa. Geneva. bit.ly/2V5apLq (22.03.19).

⁵ Sievers, W., Bommes, M. & Fassman, H. (Hrsg.) (2014). Migration from the Middle East and North Africa to Europe. Past Developments, Current Status and Future Potentials. s.l.: Amsterdam University Press.

⁶ S. Endnote 5.

⁷ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). Trends in International Migrant Stock: The 2017 Revision. (United Nations database, POP/DB/MIG/Stock/Rev.2017). New York. bit.ly/2DJ8Ttg (22.03.19).

⁸ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2018). Türkeistämmige Personen in Deutschland Erkenntnisse aus der Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2015“ (RAM) (Working Paper Nr. 81). Nürnberg. bit.ly/2VUWH20 (22.03.19).

⁹ S. Endnote 8.

¹⁰ S. Endnote 7.

¹¹ S. Endnote 7.

¹² McKeet, M., Keulertz, M., Habibi, N., Mulligan, M. & Woertz, E. (2017). Demographic and Economic Material Factors in the Mena Region.

bit.ly/2Pkbfrn (22.03.19).

¹³ Migration Policy Institute (2018). Egypt: Migration and Diaspora Politics in an Emerging Transit Country. bit.ly/2s2UKQs (22.03.19).

¹⁴ S. Endnote 4.

¹⁵ Internal Displacement Monitoring Centre (2019). Country Profiles: Iraq, Yemen. bit.ly/2I7kl2i (22.03.19); UNHCR (2019). Operational Portal Refugee Situations. Syria Regional Refugee Response. bit.ly/2qLp698 (22.03.19).

¹⁶ Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital (2019). Wittgenstein Centre Data Explorer Version 2.0 (Beta). bit.ly/2WcrsQX (22.03.19).

¹⁷ Shvadron, D. & Abramzon, S. (2017). Regional Population Scenarios for the State of Israel 2015-2040. bit.ly/2H6rmjK (22.03.19).

¹⁸ S. Endnote 16.

¹⁹ Unesco Institute for Statistics (2017). Education: Enrolment by level of education, net enrolment rate by level of education and region, both sexes. bit.ly/1wWvPOA (22.03.19).

²⁰ Unesco Institute for Statistics (2019). Education: Government expenditure on education as a percentage of GDP. bit.ly/1wWvPOA (22.03.19).

²¹ OECD (2015). PISA International Data Explorer. Averages for PISA mathematics scale: overall mathematics, age 15 years by All students [TOTAL], year and jurisdiction: 2015. bit.ly/2QJsqyp (22.03.19); Müller, R., Sievert, S. & Klingholz, R. (2016). Krisenregion Mena. Wie demografische Veränderungen die Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika beeinflussen und was das für Europa bedeutet (Originalausgabe). Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

²² S. Endnote 21.; Arezki, R., Mottaghi, L., Barone, A., Fan, R. Y., Kiendrebeogo, Y. & Lederman, D. (2018). Middle East and North Africa Economic Monitor, October 2018. A New Economy in Middle East and North Africa: The World Bank.

²³ S. Endnote 22.

²⁴ Fahoum, O. (2019). How to create more jobs in a fast-changing Middle East. bit.ly/2jmH2ID (22.03.19).

²⁵ S. Endnote 21.; OECD (2016). Education at a Glance: Saudi Arabia (Country Note). bit.ly/2PUI5wB.

²⁶ UNDP (2016). Youth and the prospects for human development in a changing reality. New York, NY: United Nations Development Programme Regional Bureau for Arab States.

²⁷ Paasonen, K. & Urdal, H. (2016). Youth Bulges, Exclusion and Instability: The Role of Youth in the Arab Spring. (Conflict Trends Nr. 3). Oslo. bit.ly/2vwmOhA.

²⁸ S. Endnote 22.

²⁹ S. Endnote 21.

³⁰ S. Endnote 22.

³¹ Saadi, D. (2018). IMF: Mena needs to create jobs for 27 million youth joining labour force. bit.ly/20IsHQs (22.03.19).

³² S. Endnote 22.

³³ International Labour Organization (2019). Labour force participation rate, by sex and age. bit.ly/2J75DLZ (22.03.19).

³⁴ S. Endnote 21.

³⁵ S. Endnote 2.

³⁶ International Monetary Fund (2019). Real GDP growth. Annual percentage change. bit.ly/2DCRyzt (22.03.19).

³⁷ United Nations, Department of Economic

- and Social Affairs, Population Division (2017). World Population Prospects: The 2017 Revision. POP/DB/WPP/Rev.2017/POP/F01-1. New York. bit.ly/2DJ8Tg (22.03.19).
- ³⁸ World Bank (2018). Annual Remittances Data (updated as of Dec. 2018) Inflows. New York. bit.ly/1T1SUbL (22.03.19).
- ³⁹ World Bank (2017). Bilateral Remittances Matrix 2017. New York. bit.ly/1T1SUbL (22.03.19).
- ⁴⁰ Die Bundesregierung (2011). Archiv von bundesregierung.de. Zuwanderung: Schutz vor Zwangsehen. Berlin. bit.ly/2DT7Eac (22.03.19).
- ⁴¹ Wilkommenszentrum Berlin (2019). Nachzug von Familienangehörigen - Berlin.de. bit.ly/2DocOkd (22.03.19).
- ⁴² Bel-Air, F. de (2018). Demography, Migration and Labour Market in Saudi Arabia (Gulf Labour Markets, Migration and Population GLMM-EN-No.5/2018). bit.ly/2Ykj4M5 (22.03.19).
- ⁴³ Bertelsmann Stiftung (2018). Bertelsmann Transformation Index 2018, Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. bit.ly/30Si6j5 (22.03.19).
- ⁴⁴ Fund for Peace (2019). Fragile States Index 2019. Global Data. bit.ly/2p0BZNh (22.03.19).
- ⁴⁵ Council on Foreign Relations (2019). Global Conflict Tracker. on.cfr.org/2UHCqcu (22.03.19).
- ⁴⁶ SIPRI (2019). Military expenditure by country as percentage of gross domestic product, 1988-2018. bit.ly/2j8fJlg (22.03.19).
- ⁴⁷ S. Endnote 15.
- ⁴⁸ Kharazi, S. (2018). Water Stress Poses Greatest Threat to MENA Region. bit.ly/2DXckMj (22.03.19).
- ⁴⁹ The World Bank (2017). Beyond Scarcity. Water Security in the Middle East and North Africa: The World Bank.
- ⁵⁰ International Organization for Migration. The UN Migration Agency. (2019). Migration and Water in the Middle East and North Africa. bit.ly/2Yi9nXM (22.03.19).
- ⁵¹ S. Endnote 49.
- ⁵² Selby, J., Dahi, O. S., Fröhlich, C. & Hulme, M. (2017). Climate change and the Syrian civil war revisited. *Political Geography*, 60, S. 232–244.; Zum Zusammenhang von Klimawandel und Flucht siehe auch: Abel, G. J., Brottrager, M., Crespo Cuarema, J. & Muttarak, R. (2019). Climate, conflict and forced migration. *Global Environmental Change*, 54, S. 239–249.
- ⁵³ Suter, M. (2017). Running Out of Water: Conflict and Water Scarcity in Yemen and Syria. bit.ly/2QKHHCl (22.03.19).
- ⁵⁴ S. Endnote 49.
- ⁵⁵ Medical Xpress (2019). Mystery of Yemen cholera epidemic solved. bit.ly/2JKQkca (22.03.19).
- ⁵⁶ S. Endnote 49.
- ⁵⁷ S. Endnote 4.
- ⁵⁸ S. Endnote 48.
- ⁵⁹ S. Endnote 4.
- ⁶⁰ Al-Zu'bi, I. (2019). Water scarcity is a growing problem across the Middle East. Is this how we solve it? bit.ly/2HOa3Xl (29.03.19).
- ⁶¹ S. Endnote 49.
- ⁶² Europäische Kommission (2018). Eine umfassende Migrationssteuerung. Vermerk zur Tagung des Europäischen Rates im Juni 2018. bit.ly/2MUiHn3 (22.03.19).
- ⁶³ UNHCR (2019). Desperate Journeys. Refugees and migrants arriving in Europe and at Europe's borders. bit.ly/2Fw6LUZ (22.03.19).
- ⁶⁴ Eurostat (2017). Erstmals erteilte Aufenthaltstitel nach dem Grund für die Erteilung, der Gültigkeitsdauer und nach der Staatsangehörigkeit [migr_resfirst], eurostat. Luxemburg. bit.ly/2Vxp9wh (22.03.19).
- ⁶⁵ Engler, M. (2018). Viel Bewegung in der Krise, aber wenig Fortschritt? - Europäische Flüchtlingspolitik seit 2015. Berlin. bit.ly/2QZennj (22.03.19); Human Rights Watch (2019). No Escape from Hell | EU Policies Contribute to Abuse of Migrants in Libya. bit.ly/2RSgNQZ (22.03.19).
- ⁶⁶ Radovich, E., El-Shitany, A., Sholkamy, H. & Benova, L. (2018). Rising up. Fertility trends in Egypt before and after the revolution. *PLoS one*, 13(1), e0190148.
- ⁶⁷ S. Endnote 13.
- ⁶⁸ S. Endnote 5.
- ⁶⁹ S. Endnote 7.
- ⁷⁰ S. Endnote 13.
- ⁷¹ S. Endnote 13.
- ⁷² International Labour Organization (2019). Unemployment by sex and age. ILO modelled estimate. bit.ly/2Ha5Agf (22.03.19).
- ⁷³ S. Endnote 5.
- ⁷⁴ Elyasmini, L. (2018). The Evolution of Moroccan Immigration: a Lesson for All Countries. bit.ly/2VqInDf (22.03.19).
- ⁷⁵ Miller, S. G. (2013). A history of modern Morocco. Cambridge: Cambridge University Press.
- ⁷⁶ Valdiva Garcia, A. (2018). The Externalization of European Borders: Morocco Becomes a Key EU Partner In Migration Control. bit.ly/2YbXuls (22.03.19).
- ⁷⁷ Europäische Kommission (2018). Press Release: Western Mediterranean Route: EU reinforces support to Morocco. Brüssel. bit.ly/2Gk0lfs (22.03.19).
- ⁷⁸ S. Endnote 76.; Europäische Kommission (2018). EU Cooperation on Migration with Morocco. bit.ly/2JaQJUG (22.03.19); Teevan, C. (2018). Morocco, the EU, and the migration dilemma. bit.ly/2KiXPUX (22.03.19); Amnesty International (2018). Morocco: Relentless crackdown on thousands of sub-Saharan migrants and refugees is unlawful. bit.ly/2QbJ8WB (22.03.19).
- ⁷⁹ Tuncel, C. O. (2012). Can Turkey Avoid the Middle Income Trap? bit.ly/2JzE4ud (22.03.19).
- ⁸⁰ Esen, B. (2017). The demographic transformation of Turkey. bit.ly/2VRjOKP (22.03.19).
- ⁸¹ S. Endnote 5.
- ⁸² Woellert, F. & Klingholz, R. (2014). Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin.; Solga, H. & Dombrowski, R. (2009). Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung. Stand der Forschung und Forschungsbedarf. Düsseldorf. bit.ly/2rCMfdm (22.03.19).
- ⁸³ S. Endnote 8.
- ⁸⁴ Aydin, Y. (2018). Deutsch-türkische Migration, Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/2LuAZxw (22.03.19).
- ⁸⁵ S. Endnote 84.
- ⁸⁶ S. Endnote 15.
- ⁸⁷ Kirisci, K. (2003). Turkey: A Transformation from Emigration to Immigration. bit.ly/2Wxd0it (22.03.19).
- ⁸⁸ S. Endnote 84.
- Südasien**
- ¹ Ward, J. R. (1994). The Industrial Revolution and British Imperialism, 1750-1850. *The Economic History Review* New Series, 47(1), S. 44–65.
- ² Sen, S. (2016). Indentured Labour from India in the Age of Empire. *Social Scientist*, 44(1/2), S. 35–74.
- ³ Passmore, E. & Thompson, A. S. (2015). Multiculturalism, decolonisation and immigration: integration policy in Britain and France after the Second World War. In A. S. Thompson & K. Fedorowich (Hrsg.), *Empire, migration and identity in the British World* (Studies in Imperialism MUP). Manchester: Manchester University Press.
- ⁴ Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital (2019). Wittgenstein Centre Data Explorer Version 2.0 (Beta). bit.ly/2WcRSQX (22.03.19). In der vorliegenden Studie bildet das Cepam SSP2-Szenario die Grundlage für alle demografischen Daten, sofern sie nicht anders gekennzeichnet sind, also für Bevölkerungsgrößen, Fertilitätsraten, Lebenserwartung, Alterszusammensetzung, Geschlechterverteilung sowie Wanderungssalden.
- ⁵ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). World Population Prospects. The 2017 Revision (22.03.19).
- ⁶ United Nations Development Programme (2018). Human Development Indices and Indicators. 2018 Statistical Update.
- ⁷ Espova, N., Pugliese, A. & Ray, J. (2018). More Than 750 Million Worldwide Would Migrate If They Could. Gallup. bit.ly/2SEM6D5 (26.03.19).
- ⁸ Global Migration Data Analysis Centre (2017). Measuring Global Migration Potential, 2010-2015. (Nr. 9).
- ⁹ S. Endnote 4.
- ¹⁰ Srivastava, R. & Pandey, A. K. (2017). Internal and international migration in South Asia: Drivers, Interlinkage and Policy Issues. New Delhi.
- ¹¹ Khadria, B. (2006). India: Skilled Migration to Developed Countries, Labour Migration to the Gulf. *Migración y Desarrollo*, 7, S. 4–37.
- ¹² Sasikumar, S. K. & Timothy, R. (2012). Migration of Low Skilled Workers from India to the European Union (CARIM-India Research Report Nr. 15).
- ¹³ S. Endnote 12.
- ¹⁴ Platonova, A. & Urso, G. (2013). Asian Immigration to the European Union, United States and Canada. An Initial Comparison. *Journal of Global Policy and Governance*, 1(2), S. 143–156.
- ¹⁵ S. Endnote 5.
- ¹⁶ S. Endnote 5.
- ¹⁷ Sheikh, S. M. & Loney, T. (2018). Is Educating Girls the Best Investment for South Asia? Association Between Female Education and Fertility Choices in South Asia. A Systematic Review of the Literature. *Frontiers in public health*, 6(172).
- ¹⁸ International Labour Organization (2019). Labour force participation rate by sex and age. (27.02.19).
- ¹⁹ Borkotoky, K. & Unisa, S. (2015). Female Education and its association with changes in socio-demographic behaviour. Evidence from India. *Journal of biosocial science*, 47(5), S. 687–706.
- ²⁰ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2018). World Urbanization Prospects 2018.
- ²¹ Fargues, P. & Lum, K. (2014). India-EU Migration: A Relationship with Untapped Potential (CARIM-India Research Report 2014/01); Tasneem, S. (2012). South Asian Regional Collaboration on Protection of Migrant Rights (RMMRU Working Paper Series Nr. 29). Dhaka: Unpublished.
- ²² United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). Trends in International Migrant Stock: The 2017 Revision. (United Nations database, POP/DB/MIG/Stock/Rev.2017). United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division. bit.ly/2DJ8Tg (22.03.19).
- ²³ S. Endnote 4.
- ²⁴ UNESCO Institute of Statistics (2019). World Inequality Database on Education (27.02.19).
- ²⁵ UNESCO Institute of Statistics (2019). Net enrolment rate (Education Dataset) (25.03.19). Dieser Wert beinhaltet auch den Iran.
- ²⁶ ASER Centre (2019). Annual Status of Education Report (Rural) 2018. New Delhi.
- ²⁷ Dundar, H., Bêteille, T., Riboud, M. & Deolalikar, A. (2014). Student Learning in South Asia. Challenges, Opportunities, and Policy Priorities. Washington, DC: The World Bank.
- ²⁸ World Bank (2019). World Development Indicators (Literacy rate, adult total. Percentage of people ages 15 and above) (18.03.19).
- ²⁹ S. Endnote 27.
- ³⁰ World Bank (2019). GDP, PPP (constant 2011 international \$). NY.GDP.MKTP.PP.KD, World Bank. bit.ly/2l9BQSe (27.02.19); World Bank (2019). World Development Indicators (GDP growth, annual percentage) (27.02.19).
- ³¹ Verick, S. (2014). Women's labour force participation in India: Why is it so low? New Delhi.
- ³² World Bank (2018). Jobless Growth? (South Asia Economic Focus Spring 2018). Washington, DC.
- ³³ Islam, T., Newhouse, D. & Yanez-Pagans, M. (2018). International Comparisons of Poverty in South Asia (Poverty & Equity Global Practice Working Paper Nr. 184).
- ³⁴ Alvaredo, F., Chancel, L., Piketty, T., Saez, E. & Zucman, G. (2017). World Inequality Report 2018.
- ³⁵ Rama, M., Bêteille, T., Li, Y., Mitra, P. K. & Newman, J. L. (2015). Addressing Inequality in South Asia. Washington, DC: World Bank Group.
- ³⁶ Rahman, M. M. & Zain Hussain, Z. (2015). Introduction. In M. M. Rahman & Z. Zain Hussain (Hrsg.), *South Asian Migration. Remittances and Beyond*. Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing.
- ³⁷ World Bank (2018). Bilateral Remittance Estimates for 2017.
- ³⁸ World Bank (2019). World Development Indicators (Personal remittances, received in current US-Dollar and percentage of GDP) (04.03.19).
- ³⁹ S. Endnote 10.
- ⁴⁰ S. 37.
- ⁴¹ World Bank (2018). Annual Remittances Data (updated as of Dec. 2018) Inflows. New York. bit.ly/1T1SUbL (22.03.19).
- ⁴² S. Endnote 22.
- ⁴³ Williams, L. (2013). Indian Diversity in the UK: An Overview of a complex and varied population (CARIM-India Research Report 2013/14).
- ⁴⁴ Somerville, W., Sriskandarajah, D. & Latorre, M. (2009). United Kingdom: A Reluctant Country of Immigration, Migration Policy Institute (Migration Information Source). bit.ly/2Qwpggh (06.03.19).
- ⁴⁵ Chand, M. (2013). A Catalyst for Globalization and Knowledge Flows: The South Asian Diaspora. In S. E. Khilji & C. Rowley (Hrsg.), *Globalization, Change and Learning in South Asia* (Chandos Asian studies series). Cambridge, UK: Chandos Publishing.
- ⁴⁶ Daxner, M. & Nicola, S.-L. (2017). Mapping of and report on the Afghan Diaspora in Germany. Bremen.; Marchand, K., Siegel, M., Kuschminder, K., Majidi, N., Vanore, M. & Buil, C. (2014).

Afghanistan Migration Profile. Kabul.

⁴⁷ International Organization for Migration (2013). *Diasporas and Development: Bridging Societies and States* (International Dialogue on Migration Nr. 22). Genf.; Aguinas, D. R. (2009). *Committed to the Diaspora. More Developing Countries Setting Up Diaspora Institutions, Migration Policy Institute* (Migration Information Source). bit.ly/2WdCgys (12.03.19).

⁴⁸ Kingsbury, D. (2011). Post-colonial states, ethnic minorities and separatist conflicts. Case studies from Southeast and South Asia. *Ethnic and Racial Studies*, 34(5), S. 762–778.

⁴⁹ UCDP; PRIO (2018). *Armed Conflict Dataset. Version 18.1*

⁵⁰ Rubin, B. R. (2013). *Afghanistan from the Cold War through the War on Terror*. Oxford: Oxford Univ. Press.

⁵¹ Velamati, M. (2009). Sri Lankan Tamil Migration and Settlement. Time for Reconsideration. *India Quarterly: A Journal of International Affairs*, 65(3), S. 271–294.

⁵² S. Endnote 51.; S. Endnote 46.

⁵³ Center for South Asian Studies; Konrad Adenauer Stiftung (2018). *Migration and Refugees in South Asia. Quest for a New Legal Regime*. Kathmandu.

⁵⁴ Fund for Peace (2018). *Fragile States Index 2018*

⁵⁵ Bertelsmann Transformation Index (2018). *India Country Report*. bit.ly/30K0BbU (05.03.19).

⁵⁶ Soutullo, J. & Saarela, A. (2018). External Relations. South Asia, European Parliament (Fact Sheets on the European Parliament). bit.ly/2VXW2ZG (29.03.19).

⁵⁷ UNHCR (2017). *UNHCR Population Statistics Reference Database* (26.02.19).

⁵⁸ S. Endnote 22.

⁵⁹ International Organization for Migration (2017). *World Migration Report 2018*. Genf.

⁶⁰ Bündnis Entwicklung Hilft; Ruhr Universität Bochum (2018). *World Risk Report 2018*. Berlin.

⁶¹ Eckstein, D., Hutfils, M.-L. & Wings, M. (2018). *Global Climate Risk Index 2019*. Bonn.

⁶² Rabbani, G., Shafeeqa, F. & Sharma, S. (2016). *Assessing the Climate Change Environmental Degradation and Migration Nexus in South Asia*. Dhaka.

⁶³ S. Endnote 62.

⁶⁴ Schaar, J. (2018). *The relationship between climate change and violent conflict* (Green Tool Box/ Peace and Security Tool Box: Working Paper). Stockholm.

⁶⁵ Mehdi, A., Chaudhry, D., Joshi, P. & Tomar, P. (2018). *The European Union as a Preferred Destination of Indian Migrants? Prospects, Patterns, Policies and Challenges*. In S. I. Rajan (Hrsg.), *India Migration Report 2018*. Migrants in Europe (India migration report). London: Routledge.

⁶⁶ Stefan, M. (2017). *Migration versus Mobility in EU External Action towards Asia. A closer look at EU relations with China, India, the Philippines and Thailand* (CEPS Research Report 2017/01).

⁶⁷ Ohne Autor (09.02.19). *The New Europeans. Britains European migrants are packing up. The rest of the world is moving in*. *The Economist*, S. 22–23.

⁶⁸ UK Office for National Statistics (2019). *Migration Statistics Quarterly Report. February 2019*. bit.ly/2QvZ8mv (27.03.19).

⁶⁹ Parusel, B. (2018). *Afghan Asylum Seekers and the Common European Asylum System*,

Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/2EHBcrX (12.03.19).

⁷⁰ ZEIT Online (2018). *Bamf: Fast die Hälfte der Klagen gegen Asylbescheide erfolgreich*. bit.ly/2Hishi8 (22.03.19).

⁷¹ S. Endnote 5.

⁷² S. Endnote 5.

⁷³ International Monetary Fund (2018). *India's Strong Economy Continues to Lead Global Growth* (IMF Country Focus). bit.ly/2Mcm410 (07.03.19).

⁷⁴ Asian Development Bank (2018). *Basic Statistics 2018*.

⁷⁵ ILO Country Office for India (2017). *India Labour Market Update*. New Delhi.; International Monetary Fund (2018). *India. Staff Report for the 2018 Article IV Consultation* (IMF Country Report 18/254). Washington, DC.

⁷⁶ Bhagat, R. B. (2010). *Internal Migration in India. Are the Underprivileged Migrating More?* *Asia-Pacific Population Journal*, 25(1), S. 27–45.

⁷⁷ S. Endnote 22.

⁷⁸ S. Endnote 10.; S. Endnote 12.

⁷⁹ S. Endnote 21.

⁸⁰ Schulze Palstring, V. (2015). *Das Potenzial der Migration aus Indien. Entwicklungen im Herkunftsland, internationale Migrationsbewegungen und Migration nach Deutschland* (Forschungsbericht Nr. 26).

⁸¹ S. Endnote 5.

⁸² Streatfield, P. K. & Kamal, N. (2013). *Population and family planning in Bangladesh*. *Journal of the Pakistan Medical Association*, 63(4), S. 73–81.

⁸³ Center for Global Development (2016). *Case 13: Reducing Fertility in Bangladesh* (Online Summary). In A. Glassmann & M. Temin (Hrsg.), *Millions Saved. New cases of proven success in global health*. bit.ly/2VY7N2u (13.03.19).

⁸⁴ S. Endnote 18.

⁸⁵ S. Endnote 30.

⁸⁶ Hayes, G., Hossain, B., Islam, K., Khuda, B.-e., Barkat, S., Titumir, R. A. M. et al. (2015). *The Impact of the Demographic Transition on Socioeconomic Development in Bangladesh*. *Future Prospects and Implications for Public Policy*. Dhaka.

⁸⁷ S. Endnote 74.

⁸⁸ S. Endnote 86.

⁸⁹ S. Endnote 10.

⁹⁰ S. Endnote 62.

⁹¹ International Labour Organization (2019). *Employment distribution by economic activity* (15.03.19).

⁹² S. Endnote 62.

⁹³ Bertelsmann Transformation Index (2018). *Bangladesh Country Report*. bit.ly/21aYfMK (15.03.19).

⁹⁴ UNHCR (2019). *Global Appeal. 2019 Update*. Genf.

⁹⁵ Iffat, I. (2017). *Rohingya refugee crisis: impact on Bangladeshi politics* (K4D Helpdesk Report Nr. 233). Brighton.

⁹⁶ International Organization for Migration (2017). *Current migration trends from Bangladesh to Italy. Focus on arrivals by sea* (IOM Italy Briefing Nr. 1).

⁹⁷ S. Endnote 5.

⁹⁸ S. Endnote 6.

⁹⁹ S. Endnote 5.

¹⁰⁰ S. Endnote 54.

¹⁰¹ S. Endnote 30.

¹⁰² S. Endnote 74.

¹⁰³ S. Endnote 94.

¹⁰⁴ Internal Displacement Monitoring Centre (2019). *Afghanistan. Annual conflict and disaster displacement figures*. bit.ly/2q8pddD (29.03.19).

¹⁰⁵ Thomas, V. (2016). *Climate Change in Afghanistan: Perspectives and Opportunities*. Kabul.

¹⁰⁶ European Council on Refugees and Exiles (2017). *EU-Migration Policy and Returns. Case Study on Afghanistan*. Brüssel.

¹⁰⁷ S. Endnote 10.

¹⁰⁸ Lobo, L. & Shah, J. (2015). *Introduction*. In L. Lobo & J. Shah (Hrsg.), *The Trajectory of India's Middle Class. Economy, Ethics and Etiquette*. Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing.

¹⁰⁹ S. Endnote 66.

¹¹⁰ Bel-Air, F. de (2018). *Asian Migration to the Gulf States in the Twenty-first Century*. In M. Chowdhury & S. I. Rajan (Hrsg.), *South Asian Migration in the Gulf. Causes and Consequences*. Cham: Springer International Publishing.

Ost- und Südostasien

¹ Kirchner, E. (2013). *The Historical Relations of Europe and East Asia - From Partnership to Post-colonialism*. In T. Christiansen, E. Kirchner, P. Murray & K. E. Jørgensen (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of EU-Asia Relations*. London.

² Castles, S. & Miller, M. J. (2009). *Migration in the Asia-Pacific Region*, Migration Policy Institute (Migration Information Source). bit.ly/213Qh7N (21.01.19).

³ Brown, K. (2015). *Erase and Rewind: Britain's Relations with China. The Search for a New Framework*. Ultimo.

⁴ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). *Trends in International Migrant Stock: The 2017 Revision*. (United Nations database, POP/DB/MIG/Stock/Rev.2017). bit.ly/2DJ8Ttg (22.03.19).

⁵ Robinson, W. C. (2000). *Terms of refuge. The Indochinese exodus & the international response* (2. impr). London: Zed Books.

⁶ Miller, K. (2015). *From Humanitarian to Economic: The Changing Face of Vietnamese Migration*, Migration Policy Institute (Migration Information Source). bit.ly/2MgySyl (14.01.19).

⁷ Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital (2019). *Wittgenstein Centre Data Explorer Version 2.0 (Beta)*. bit.ly/2WcrsQX (22.03.19). In der vorliegenden Studie bildet das Cepam SSP2-Szenario die Grundlage für alle demografischen Daten, sofern sie nicht anders gekennzeichnet sind, also für Bevölkerungsgrößen, Fertilitätsraten, Lebenserwartung, Alterszusammensetzung, Geschlechterverteilung sowie Wanderungssalden.

⁸ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). *World Population Prospects. The 2017 Revision*.

⁹ United Nations Development Programme (2018). *Cambodia Country Profile* (Human Development Reports). bit.ly/2V8ptk (14.01.19); United Nations Development Programme (2018). *Lao People's Democratic Republic Country Profile* (Human Development Reports). bit.ly/2kpxRT3 (14.01.19).

¹⁰ S. Endnote 4.

¹¹ S. Endnote 4.

¹² Biao, X. (2003). *Emigration from China. A Sending Country Perspective*. *International Migration*, 41(3), S. 21–48.

¹³ Latham, K. & Wu, B. (2013). *Chinese Immigration into the EU: New Trends, Dynamics and Implications*. London.

¹⁴ Bösch, F. & Su, P. H. (2018). *Invisible, successful, and divided Vietnamese in Germany since the late 1970s* (WIDER working paper Nr. 15). Helsinki.

¹⁵ S. Endnote 4.

¹⁶ United Nations Development Programme (2018). *Human Development Indices and Indicators. 2018 Statistical Update*.

¹⁷ S. Endnote 7.

¹⁸ Abe, M. (2006). *The Developmental State and Educational Advance in East Asia*. *Educate*, 6(1), S. 6–12.

¹⁹ Unesco Institute for Statistics (2019). *Education: Literacy Rate*. bit.ly/1wWvPOA.

²⁰ Ortiga, Y. Y. (08.08.18). *In the Philippines, the pitfalls of education aimed at exporting people*. *Channel News Asia*. bit.ly/2Mbgm96 (07.02.19).

²¹ DAAD (2017). *China. Daten und Analysen zum Hochschul- und Wissenschaftsstandort*. Bonn.

²² Eurostat (2017). *Students enrolled in tertiary education by education level, programme orientation, sex, type of institution and intensity of participation*. bit.ly/2t03UfZ (22.03.19).

²³ S. Endnote 7.

²⁴ World Bank (2017). *GDP per capita, PPP (constant 2011 international \$)*. New York. bit.ly/2kTEEGC (22.03.19).

²⁵ Wildau, G. & Feng, E. (21.01.19). *China's economy grows at slowest annual rate since 1990*. *Financial Times*. on.ft.com/2RRxdRp.

²⁶ International Monetary Fund (2018). *Regional Economic Outlook: Asia and Pacific. Asia at the Forefront: Growth Challenges for the Next Decade and Beyond* (World economic and financial surveys). Washington, DC.

²⁷ Jain-Chandra, S., Khor, N., Mano, R., Schauer, J., Wingender, P. & Zhuang, J. (2018). *Inequality in China - Trends, Drivers and Policy Remedies* (IMF Working Paper Nr. 127).

²⁸ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2018). *World Urbanization Prospects 2018*. bit.ly/2QvW6Yl (22.03.19).

²⁹ World Bank (2017). *Bilateral Remittances Matrix 2017*. New York. bit.ly/1T1SubL (22.03.19).

³⁰ S. Endnote 13.

³¹ World Bank (2019). *World Development Indicators (Personal remittances, received (percentage of GDP))* (04.02.19).

³² Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2012). *Nach Punkten vorn. Was Deutschland von der Zuwanderungs- und Integrationspolitik Kanadas lernen kann*. Berlin.

³³ Hack, K. (2012). *Decolonization and violence in Southeast Asia: Crises of identity and authority*. In E. Bogaerts & R. Raben (Hrsg.), *Beyond Empire and Nation. The Decolonization of African and Asian Societies. 1930s-1970s*. Leiden: KITLV Press.

³⁴ Uppsala Conflict Data Program (2018). *Armed Conflict Dataset. Version 18.1*, UCDP; PRIO.

³⁵ Fund for Peace (2018). *Fragile States Index 2018*.

³⁶ S. Endnote 4.

³⁷ UNHCR (2018). *Global Report 2017. Asia and the Pacific*. bit.ly/2lQEcH1 (22.03.19).

³⁸ Eurostat (2018). *Asylbewerber und erstmalige Asylbewerber nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht* (Jährliche aggregierte Daten (gerundet)). bit.ly/2xo5CvN (22.03.19).

- ³⁹ Ionesco, D., Mokhnacheva, D. & Gemenne, F. (2017). Atlas der Umweltmigration. München: oekom.
- ⁴⁰ Eckstein, D., Hutfils, M.-L. & Wings, M. (2018). Global Climate Risk Index 2019. Bonn.
- ⁴¹ Bündnis Entwicklung hilft, Ruhr University Bochum - Institute for International Law of Peace and Armed Conflict (2018). World Risk Report 2018. Berlin, Bochum. bit.ly/2CQCQCV (22.03.19).
- ⁴² S. Endnote 39.
- ⁴³ Qin, J. & Zhu, H. (2017). Run away? Air pollution and emigration interests in China. *Journal of Population Economics*, 31(1), S. 235–266.
- ⁴⁴ S. Endnote 13.
- ⁴⁵ Makulec, A. Migration of Healthcare Professionals. Lessons learnt from Philippines' Bilateral Labour Arrangements. In A. Krienbrink (Hrsg.), *Fachkräftemigration aus Asien nach Deutschland und Europa (Beiträge zu Migration und Integration)*. Nürnberg.
- ⁴⁶ OECD (2016). Recruiting for success. Challenges for Canada's Labour Migration System.
- ⁴⁷ Bellini, S. (2016). EU Blue Card: A promising tool among labour migration policies? A comparative analysis of selected countries (Working Paper Nr. 76). Berlin.
- ⁴⁸ Czaika, M. & Hothoth, M. (2014). Deflection into irregularity? The (un)intended effects of restrictive asylum and visa policies (IMI Working Paper Series Nr. 84).
- ⁴⁹ S. Endnote 38.
- ⁵⁰ Biao, X. (2016). Emigration Trends and Policies in China. Movement of the Wealthy and Highly Skilled. Washington, DC.
- ⁵¹ King Whyte, M. (2012). China's Post-Socialist Inequality. *Current History*, September 2012, S. 229–234.
- ⁵² Rietig, V. (2014). Migration with Chinese Characteristics: Hukou Reform and Elite Emigration, Migration Policy Institute (Migration Information Source). bit.ly/2JHKC15 (25.01.19).
- ⁵³ Sheehan, S. (22.02.17). China's Hukou Reforms and the Urbanization Challenge. *The Diplomat*. bit.ly/2BP7HAO (21.03.19).
- ⁵⁴ S. Endnote 50.
- ⁵⁵ S. Endnote 4.
- ⁵⁶ S. Endnote 50.
- ⁵⁷ Asian Development Bank (2018). Basic Statistics 2018
- ⁵⁸ Ortiga, Y. Y. (2017). Emigration, employability and higher education in the Philippines (1st). London: Routledge.
- ⁵⁹ Asis, M. M. B. (2006). The Philippines' Culture of Migration, Migration Policy Institute (Migration Information Source). bit.ly/2EiRoOz (04.02.19).
- ⁶⁰ Asis, M. M. B. (2017). The Philippines: Beyond Labor Migration, toward Development and (possibly) return, Migration Policy Institute (Migration Information Source). bit.ly/2psqSLO (30.01.19).
- ⁶¹ UN Women (2015). Filipino Women in International Migration. Situation Analysis, Policy Context and International Mechanisms. Quezon-Stadt.
- ⁶² UN Women (2015). Gender, Migration and Development in the Philippines. A Policy Paper.
- ⁶³ S. Endnote 4.
- ⁶⁴ S. Endnote 41.
- ⁶⁵ International Organization for Migration (2017). Vietnam Migration Profile 2016. Ha Noi.
- ⁶⁶ International Labour Organization (2018). Employment by sex and economic activity, Vietnam.
- ⁶⁷ Nguyen Anh, D., Leonardelli, I. & Dipierri, A. A. (2016). Assessing the Evidence: Migration, Environment and Climate Change in Vietnam. Genf.
- ⁶⁸ S. Endnote 4.
- ⁶⁹ S. Endnote 65.
- ⁷⁰ S. Endnote 8.
- ⁷¹ Global Migration Data Analysis Centre (2017). Measuring Global Migration Potential, 2010-2015
- ⁷² S. Endnote 71.
- ⁷³ S. Ghimis, A. (2016). The EU's Labour Migration Policy. Recent Developments and What More is Needed. In IEMed (Hrsg.), *IEMed Mediterranean Yearbook 2016*
- ⁷⁴ Haas, H. de (2018). *European Migrations. Dynamics, Drivers, and the Role of Policies*. Luxemburg.
- Postsowjetischer Raum**
- ¹ Sievert, S., Zacharov, S. V. & Klingholz, R. (2011). Die schrumpfende Weltmacht. Die demografische Zukunft Russlands und der anderen post-sowjetischen Staaten (Orig.-Ausg.). Berlin: Berlin-Inst. für Bevölkerung und Entwicklung.
- ² S. Endnote 1.
- ³ Dirmoser, D. (2018). Die Seidenstraße, Eurasien und die Alte Welt. Bonn. bit.ly/2JjTzZh (22.03.19).
- ⁴ European Union External Action (2019). Eastern Partnership, Europäische Union (COMM/DG/UNIT). bit.ly/2pVkj5f (22.03.19); Europäische Kommission (2018). Visaliberalisierung: Kommission berichtet über Erfüllung der Anforderungen für visumfreies Reisen für Staatsangehörige der westlichen Balkanländer und der Länder der östlichen Partnerschaft. Brüssel. bit.ly/2vPFecW (22.03.19).
- ⁵ Espipova, N., Pugliese, A. & Ray, J. (2018). More Than 750 Million Worldwide Would Migrate If They Could. Gallup. Washington D.C. bit.ly/2t9TRWQ (22.03.19).
- ⁶ Espipova, N. & Ray, J. (2019). Record 20% of Russians Say They Would Like to Leave Russia. Gallup. bit.ly/2CXrUqA (22.03.19).
- ⁷ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). Trends in International Migrant Stock: The 2017 Revision. (United Nations database, POP/DB/MIG/Stock/Rev.2017). New York. bit.ly/2DJ8Ttg (22.03.19).
- ⁸ S. Endnote 7.
- ⁹ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2019). Migrationsbericht 2016/2017: Zentrale Ergebnisse. bit.ly/2PdYDgy (22.03.19).
- ¹⁰ UNHCR (2019). Operational Update. March 2019 UNHCR Ukraine. bit.ly/2vPoaN8 (22.03.19).
- ¹¹ Eurostat (2018). Asylbewerber und erstmalige Asylbewerber nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht Jährliche aggregierte Daten (gerundet). bit.ly/2VXp9wh (22.03.19).
- ¹² OECD (2016). International Migration Database. Inflows of foreign population by nationality, OECD. Paris. bit.ly/2W96Xop (22.03.19). Die Daten liegen nicht für alle EU-Mitgliedsstaaten vor. Für Bulgarien, Zypern, Kroatien, Malta und Rumänien fehlen Zahlen.
- ¹³ S. Endnote 7.
- ¹⁴ Eurostat (2017). Erstmals erteilte Aufenthaltstitel nach dem Grund für die Erteilung, der Gültigkeitsdauer und nach der Staatsangehörigkeit [migr_resfirst], eurostat. Luxemburg. bit.ly/2VXp9wh (22.03.19).
- ¹⁵; Tarasyev, A., Cao, G.-Y. & Rovenskaya, E. (2016). Migration Flows and Effects in the CIS Countries—Dynamic Modelling. *Modern Economy*, 07(07), S. 799–814.
- ¹⁶ S. Endnote 14.
- ¹⁷ Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital (2019). Wittgenstein Centre Data Explorer Version 2.0 (Beta). bit.ly/2WcrsQX (22.03.19). In der vorliegenden Studie bildet das Cepam SSP2-Szenario die Grundlage für alle demografischen Daten, sofern sie nicht anders gekennzeichnet sind, also für Bevölkerungsgrößen, Fertilitätsraten, Lebenserwartung, Alterszusammensetzung, Geschlechterverteilung sowie Wanderungssalden.
- ¹⁸ Danzer, A. M. & Dietz, B. (2014). Labour Migration from Eastern Europe and the EU's Quest for Talents. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 52(2), S. 183–199.
- ¹⁹ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). World Population Prospects: The 2017 Revision. POP/DB/WPP/Rev.2017/POP/FO1-1. New York. bit.ly/2DJ8Ttg (22.03.19).
- ²⁰ S. Endnote 1.
- ²¹ Kurilla, I. (2011). Reforming Russia's Higher Education System. PONARS Eurasia Policy Memo No. 153. New York. bit.ly/2U2XmXn (22.03.19); Gorobets, A. (2011). Hidden declines in post-Soviet education. *Science (New York, N.Y.)*, 333(6042), S. 523–524.
- ²² S. Endnote 1.
- ²³ World Bank (2017). GDP per capita, PPP (constant 2011 international \$). New York. bit.ly/2KtEEG3 (22.03.19).
- ²⁴ S. Endnote 3.
- ²⁵ S. Endnote 23.
- ²⁶ World Bank (2017). GDP growth (annual %). World Bank. Washington D.C. bit.ly/2ZiquEb (22.03.19).
- ²⁷ World Bank (2017). Poverty headcount ratio at national poverty lines (% of population). New York. bit.ly/2EHieRZ (22.03.19); World Bank (2017). Poverty headcount ratio at \$1.90 a day (2011 PPP) (% of population). bit.ly/2yfAbES (22.03.19).
- ²⁸ United Nations Development Programme (2018). Human Development Indices and Indicators. 2018 Statistical Update. New York. bit.ly/1lfu5e8 (22.03.19).
- ²⁹ World Bank (2018). Annual Remittances Data (updated as of Dec. 2018) Inflows. New York. bit.ly/1TISubL (22.03.19).
- ³⁰ BP (2018). Statistical Review of World Energy (June 2018). on.bp.com/2GSwEda (22.03.19).
- ³¹ World Bank (2017). Agriculture, forestry, and fishing, value added (% of GDP). bit.ly/20htwHJ (22.03.19); S. Endnote 3.
- ³² S. Endnote 29.
- ³³ World Bank (2017). Bilateral Remittances Matrix 2017. New York. bit.ly/1TISubL (22.03.19).
- ³⁴ Spanger, H.-J. (2018). Aufbruch, Stagnation und das Elend der Pfadabhängigkeit. BfL - Regionalbericht Postsowjetisches Eurasien. Gütersloh.
- ³⁵ S. Endnote 7.
- ³⁶ Panagiotidis, J. (2017). Postsowjetische Migranten in Deutschland. Perspektiven auf eine heterogene Diaspora. Aus Politik und Zeitgeschichte, 67(11-12), S. 23–30.
- ³⁷ Uppsala Conflict Data Program (2018). UCDP Datenbank, Department of Peace and Conflict Research, Uppsala Universität. Uppsala. bit.ly/2hW5Ql3 (22.03.19).
- ³⁸ Castles, S., Haas, H. de & Miller, M. J. (2014). The age of migration. International population movements in the modern world (5. ed.). Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- ³⁹ Heleniak, T. (2017). Diasporas, Development, and Homelands in Eurasia After 1991. In M. V. Nikolko & D. Carment (Hrsg.), *Post-Soviet Migration and Diasporas. From Global Perspectives to Everyday Practices (Migration, Diasporas and Citizenship)*, S. 11–27. Cham: Springer International Publishing.
- ⁴⁰ The Government of the Republic of Moldova, State Chancellery (2018). Countrymen from over 20 states attend Diaspora Congress 2018 in Moldova. bit.ly/2F19Siw (22.03.19).
- ⁴¹ S. Endnote 3.; Bertelsmann Stiftung (2018). Bertelsmann Transformation Index 2018, Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. bit.ly/30Si6J5 (22.03.19).
- ⁴² S. Endnote 41.
- ⁴³ Euractiv (2016). Post-Soviet 'frozen conflicts'. bit.ly/2j8bWTr (22.03.19).
- ⁴⁴ S. Endnote 37.
- ⁴⁵ S. Endnote 11.
- ⁴⁶ S. Endnote 7.
- ⁴⁷ S. Endnote 3.
- ⁴⁸ Nikolayeva, L. (2017). Climate Change and Security in Eastern Europe. Republic of Belarus, Republic of Moldova, Ukraine. Regional Assessment. bit.ly/2U46ySe (22.03.19).
- ⁴⁹ Bündnis Entwicklung hilft, Ruhr University Bochum - Institute for International Law of Peace and Armed Conflict (2018). World Risk Report 2018. Berlin, Bochum. bit.ly/2CQCQCV (22.03.19).
- ⁵⁰ Blondin, S. (2018). Environmental migrations in Central Asia. A multifaceted approach to the issue. *Climate Asian Survey*, 4(5), S. 1–18.; USAID (2018). Climate Risk Profile: Central Asia. bit.ly/2z50eYf (22.03.19).
- ⁵¹ Chudinovskikh, O. & Denisenko, M. (2017). Russia: A Migration System with Soviet Roots. Washington D.C. bit.ly/2IS5BXM (22.03.19).
- ⁵² Malakhov, V. S. & Simon, M. E. (2018). Labour Migration Policy in Russia. Considerations on Governmentality. *International Migration*, 56(3), S. 61–72.
- ⁵³ Bundeszentrale für politische Bildung, Universität Bremen (2017). Analyse: Zwischen Liberalisierung und Restriktion: Entwicklungen der russischen Migrationspolitik. bit.ly/2jvR3hT (22.03.19); (2014). Erweiterung und Freihandel
- ⁵⁴ Ademmer, E. & Delcour, L. (2016). With a little help from Russia? The European Union and visa liberalization with post-Soviet states. *Eurasian Geography and Economics*, 57(1), S. 89–112.
- ⁵⁵ Auswärtiges Amt, Deutsche Botschaft Kiew (2019). Visumfreie Reisen in den Schengenraum für ukrainische Staatsangehörige. bit.ly/2HI2Alc (22.03.19); Delegation of the European Union to Georgia (2019). Visa Free Travel comes into effect for Georgia. bit.ly/2VQwKrn (22.03.19).
- ⁵⁶ Europäische Kommission (2019). International Cooperation and Development: Returning home to plant a new life in Moldova - International Cooperation and Development - European Commission. bit.ly/2Tm3g1 (22.03.19).
- ⁵⁷ S. Endnote 17.
- ⁵⁸ S. Endnote 19.
- ⁵⁹ S. Endnote 51.
- ⁶⁰ S. Endnote 7.
- ⁶¹ President of Russia (2018). Executive Order on Russia's state migration policy concept for 2019–2025. bit.ly/2JfNfA (22.03.19).

- ⁶² S. Endnote 51.
- ⁶³ S. Endnote 14.
- ⁶⁴ S. Endnote 17.
- ⁶⁵ State Commission on Migration Issues (2017). 2017 Migration Profile of Georgia. Tbilisi. bit.ly/2Wizd3C (22.03.19).
- ⁶⁶ Prague Process (2018). Circular Migration Schemes in Georgia: Lessons Learned and Ways Forward. December 2018 (Prague Process Policy Brief). bit.ly/2Trvbnw (22.03.19).
- ⁶⁷ S. Endnote 7; Bertelsmann Stiftung (2018). BTI 2018 Country Report - Georgia. Gütersloh. bit.ly/2T55b9X (22.03.19).
- ⁶⁸ S. Endnote 66.
- ⁶⁹ S. Endnote 33.
- ⁷⁰ S. Endnote 17.
- ⁷¹ World Bank (2019). The World Bank in Kazakhstan. Overview. bit.ly/2FrJlVg (22.03.19).
- ⁷² Bertelsmann Stiftung (2018). BTI 2018 Country Report - Kazakhstan. Gütersloh. bit.ly/2unX9qk (22.03.19).
- ⁷³ S. Endnote 29.

Lateinamerika und Karibik

- ¹ Lateinamerika bezeichnet hier die gesamte Region und umfasst die Subregionen Südamerika, Mittelamerika und die Karibik.
- ² Yezes del Castillo, I. (2014). Escenarios de la migración latinoamericana. La vida familiar transnacional entre Europa y América Latina. Papeles del CEIC, 2014(2).
- ³ P.E. Lovejoy (1989). The Impact of the Atlantic Slave Trade on Africa: A Review of the Literature. *Journal of African History*, 30(3), S. 365–394.
- ⁴ World Bank (2017). Poverty headcount ratio at \$1.90 a day (2011 PPP) (% of population). bit.ly/2yfAbES (22.03.19).
- ⁵ Esipova, N., Pugliese, A. & Ray, J. (2018). More Than 750 Million Worldwide Would Migrate If They Could, Gallup. Washington D.C. bit.ly/2t9TRWQ (22.03.19).
- ⁶ Migali, S. & Scipioni, M. (2018). A global analysis of intentions to migrate (JRC111207).
- ⁷ S. Endnote 6.
- ⁸ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). Trends in International Migrant Stock: The 2017 Revision. (United Nations database, POP/DB/MIG/Stock/Rev.2017). New York. bit.ly/2Dj8TgT (22.03.19).
- ⁹ Castles, S., Haas, H. de & Miller, M. J. (2014). The age of migration. International population movements in the modern world (S. ed.). Basingstoke: Palgrave Macmillan.; Woellert, F., Maget, K., Sievers, F., Sievert, S., Sütterlin, S. & Klingholz, R. (2016). Amerika - Wohlstand, Aufstieg und verpasste Chancen. Wie sich die Länder der Neuen Welt demografisch und wirtschaftlich entwickeln. Berlin. bit.ly/2DXdc46 (22.03.19).
- ¹⁰ S. Endnote 8.
- ¹¹ Köhler, H.-D. (2010). Spanien in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise. Aus Politik und Zeitgeschichte. (36-37), S. 7–13 (22.03.19).
- ¹² Bayona-i-Carrasco, J., Pujadas Rúbies, I. & Avila Tapiés, R. (2018). Europa como nuevo destino de las migraciones latinoamericanas y caribeñas. *Biblio3W. Revista Bibliográfica de Geografía y Ciencias Sociales*, XXIII(nº 1242), S. 1–22 (22.03.19).
- ¹³ Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital (2019). Wittgenstein Centre Data Explorer Version 2.0 (Beta). bit.ly/2WcrsQX (22.03.19). In der vorliegenden Studie bildet das Cepam SSP2-Szenario die Grundlage für alle demografischen Daten, sofern sie nicht anders gekennzeichnet sind, also für Bevölkerungsgrößen, Fertilitätsraten, Lebenserwartung, Alterszusammensetzung, Geschlechterverteilung sowie Wanderungssalden.

- ¹⁴ Lutz, W., Goujon, A., KC, S., Stonawski, M. & Stilianakis, N. (Hrsg.) (2018). Demographic and human capital scenarios for the 21st century. 2018 assessment for 201 countries. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- ¹⁵ OECD (2016). Latin American Economic Outlook 2017: OECD Publishing.
- ¹⁶ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). World Population Prospects: The 2017 Revision. POP/DB/WPP/Rev.2017/POP/FO1-1. New York. bit.ly/2Dj8TgT (22.03.19).
- ¹⁷ Unesco Institute for Statistics (2017). Education: Enrolment by level of education, net enrolment rate by level of education and region, both sexes. bit.ly/1wWvPOA (22.03.19).
- ¹⁸ UNESCO (2018). Migration, displacement and education. Building bridges, not walls (First edition). Paris: Unesco.
- ¹⁹ S. Endnote 17.
- ²⁰ S. Endnote 14.
- ²¹ Bertelsmann Stiftung (2018). Zwischen Performanz- und Legitimationskrise - BTI Regionalbericht Lateinamerika und Karibik. Gütersloh. bit.ly/2VXxIXX (22.03.19).
- ²² World Bank (2018). GNI per capita, Atlas method (current US\$). Washington D.C. bit.ly/2ws3nXm (22.03.19).
- ²³ Davis, M. (2007). Planet of slums. London, New York: Verso.
- ²⁴ Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2018). Panorama Social de América Latina 2018. s.l. bit.ly/2APG248 (29.01.19).
- ²⁵ S. Endnote 24.
- ²⁶ S. Endnote 24.
- ²⁷ Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2018). Perspectivas del Comercio Internacional de América Latina y el Caribe 2018: las tensiones comerciales exigen una mayor integración regional. s.l.
- ²⁸ Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2018). La ineficiencia de la desigualdad. s.l.: CEPAL.
- ²⁹ Tvevad, J. (2018). Lateinamerika und die Karibik | Kurzdarstellungen zur Europäischen Union | Europäisches Parlament, Europäisches Parlament. Brüssel. bit.ly/2GfuECZ (22.03.19).
- ³⁰ S. Endnote 8.
- ³¹ S. Endnote 8.
- ³² World Bank (2018). Bilateral Remittance Estimates for 2017 using Migrant Stocks, Host Country Incomes, and Origin Country Incomes (millions of US\$) (April 2018 Version). Washington D.C.
- ³³ S. Endnote 27.
- ³⁴ Observatorio de Conflictos Mineros en América Latina (2017). Conflictos Mineros en América Latina, Observatorio de Conflictos Mineros en América Latina. bit.ly/2EDM5uM (22.03.19).
- ³⁵ S. Endnote 21.
- ³⁶ Bertelsmann Stiftung (2018). Bertelsmann Transformation Index 2018, Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. bit.ly/30Si6j5 (22.03.19).
- ³⁷ Corporación Latinobarómetro (2018). Informe 2018
- ³⁸ Reyer, C. P.O., Adams, S., Albrecht, T., Baarsch, F., Boit, A., Canales Trujillo, N. et al.

- (2017). Climate change impacts in Latin America and the Caribbean and their implications for development. *Regional Environmental Change*, 17(6), S. 1601–1621.
- ³⁹ Ionesco, D., Mokhnacheva, D. & Gemeine, F. (2017). Atlas der Umweltmigration (Deutsche Erstausgabe). München: oekom verlag.
- ⁴⁰ S. Endnote 39.
- ⁴¹ Internal Displacement Monitoring Centre & Norwegian Refugee Council (2018). Global Report on Internal Displacement. bit.ly/2KgrNLz (22.03.19).
- ⁴² European Union External Action (2018). EU-CELAC relations - EEAS - European External Action Service - European Commission. bit.ly/2dJlU5dc (22.03.19).
- ⁴³ European Union External Action (2018). Latin America and the Caribbean - EEAS - European External Action Service - European Commission. bit.ly/2GvgZhh (22.03.19).
- ⁴⁴ European Commission. International Cooperation and Development (2019). Latin America - EU-CELAC migration project - International Cooperation and Development - European Commission. bit.ly/2MScw44 (22.03.19).
- ⁴⁵ S. Endnote 13.
- ⁴⁶ World Bank (2017). GDP growth (annual %). bit.ly/2ziqEeb (22.03.19).
- ⁴⁷ International Labour Organization (2019). Unemployment rate by sex and age (%), 1990-2018. bit.ly/2UoYvI4 (22.03.19).
- ⁴⁸ S. Endnote 16.
- ⁴⁹ S. Endnote 21.
- ⁵⁰ Eine Übersicht der politischen Positionen von Bolsonaro findet sich samt Quellen in Ebert, M. (2018). Warum wir Bolsonaro als rechtsextrem bezeichnen. bit.ly/2Sv7tHK (22.03.19).
- ⁵¹ S. Endnote 13.
- ⁵² S. Endnote 9.
- ⁵³ S. Endnote 9.
- ⁵⁴ S. Endnote 8.
- ⁵⁵ Ministerio de Relaciones Exteriores y Movilidad Humana (2019). Retorno e Integración de la persona Migrante en el Ecuador – Ministerio de Relaciones Exteriores y Movilidad Humana. bit.ly/2VX20PA (22.03.19).
- ⁵⁶ S. Endnote 13.
- ⁵⁷ S. Endnote 9.
- ⁵⁸ Perez, V. (2013). The Legacy of Hugo Chávez. *Harvard Political Review*. bit.ly/2DL42qD (22.03.19).
- ⁵⁹ World Trade Organization (2018). Trade Profile: Venezuela Bolivarian Republic of. bit.ly/2WYMPa (22.03.19).
- ⁶⁰ International Monetary Fund (2018). World Economic Outlook (October 2018). bit.ly/2NjAKN8 (22.03.19).
- ⁶¹ Zelik, R. (2019). Venezuela: kein "Sozialismus des 21. Jahrhunderts". In K. Dörre & C. Schickert (Hrsg.), Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus (Bibliothek der Alternativen), S. 73–95. München: oekom verlag.
- ⁶² International Organization for Migration. The UN Migration Agency. (2018). Number of Refugees, Migrants from Venezuela Reaches 3 Million. Press Release. Genf. bit.ly/2RRj8PX (22.03.19).
- ⁶³ Eurostat (2018). Asylbewerber und erstmalige Asylbewerber nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht Jährliche aggregierte Daten (gerundet). bit.ly/2VXp9wh (22.03.19).
- ⁶⁴ International Organization for Migration. The UN Migration Agency. (2018). IOM Monitors

- Caravans of Central American Migrants, Supports Voluntary Returns. Geneva. bit.ly/2CXVJlZ (22.03.19).
- ⁶⁵ Migration Policy Institute (2018). U.S. Immigration Policy under Trump: Deep Changes and Lasting Impacts. Washington D.C. bit.ly/30T1Ebi (22.03.19).

Datenübersichten

- Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital (2019). Wittgenstein Centre Data Explorer Version 2.0 (Beta). bit.ly/2WcrsQX (22.03.19).
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2018). Percentage of Population at Mid-Year Residing in Urban Areas by region, subregion and country, 1950-2050, WUP2018-F02-Proportion_Urban.xls. New York. bit.ly/2lJfzba (22.03.19).
- World Bank (2017). GDP per capita, PPP (constant 2011 international \$). New York. bit.ly/2KtEEGc (22.03.19).
- United Nations Development Programme (2018). Human Development Indices and Indicators. 2018 Statistical Update. New York. bit.ly/1lfu5e8 (22.03.19).
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). Trends in International Migrant Stock: The 2017 Revision. (United Nations database, POP/DB/MIG/Stock/Rev.2017). New York. bit.ly/2Dj8TgT (22.03.19).
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). World Population Prospects: The 2017 Revision. POP/DB/WPP/Rev.2017/POP/FO1-1. New York. bit.ly/2Dj8TgT (22.03.19).

Fund for Peace (2019). Fragile States Index 2019. Global Data. bit.ly/2p0BZnh (22.03.19).

Bertelsmann Stiftung (2018). Bertelsmann Transformation Index 2018, Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. bit.ly/30Si6j5 (22.03.19).

Bündnis Entwicklung hilft, Ruhr University Bochum - Institute for International Law of Peace and Armed Conflict (2018). World Risk Report 2018. Berlin, Bochum. bit.ly/2CQ0CVG (22.03.19).

Berlin-Institut

für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin

www.berlin-institut.org

gefördert von der

STIFTUNG
MERCATOR

ISBN: 978-3-946332-48-0

Wachsender Zuwanderungsbedarf in Europa +++ höchstes Wanderungspotenzial in Afrika südlich der Sahara +++ 15 Prozent aller Erwachsenen weltweit denken an Migration +++ Entwicklung fördert Migration +++ Ost- und Südostasien werden Zuwanderungsregionen +++ europäische Migrantinnen und Migranten bleiben in ihrer eigenen Großregion +++